



Landtag von Baden-Württemberg

58. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 11. Februar 2009 • Haus des Landtags

Beginn: 10:05 Uhr

Mittagspause: 13:32 bis 14:32 Uhr

Schluss: 18:08 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	4077	Abg. Hagen Kluck FDP/DVP	4127
Begrüßung des Präsidenten des Südtiroler Landtags, Herrn Dr. Dieter Steger, und seiner Begleitung	4095	Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP	4129
Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesre- gierung – Gesetz über die Feststellung des Staats- haushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2009 (Staatshaushaltsgesetz 2009 – StHG 2009)		Minister Heribert Rech.	4130
a) Einzelplan 02: Staatsministerium		Beschluss	4136
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzaus- schusses – Drucksache 14/3602	4077	c) Einzelplan 08: Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum	
Abg. Stefan Mappus CDU	4077, 4113	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzaus- schusses – Drucksache 14/3608	4138
Abg. Claus Schmiedel SPD	4081, 4104	Abg. Jochen Karl Kübler CDU	4138
Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE	4087, 4108	Abg. Alfred Winkler SPD	4140
Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP	4090	Abg. Birgit Kipfer SPD	4141
Ministerpräsident Günther Oettinger	4095	Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE	4142
Beschluss	4115	Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE	4144
b) Einzelplan 03: Innenministerium		Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP	4145
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzaus- schusses – Drucksache 14/3603	4115	Minister Peter Hauk	4147
Abg. Hans Heinz CDU	4115	Beschluss	4153
Abg. Reinhold Gall SPD	4119	d) Einzelplan 11: Rechnungshof	
Abg. Hans-Martin Haller SPD	4122	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzaus- schusses – Drucksache 14/3611	4155
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE	4123	Abg. Ursula Lazarus CDU	4155
Abg. Werner Wölfle GRÜNE	4125	Abg. Ingo Rust SPD	4155
		Abg. Eugen Schlachter GRÜNE	4156
		Abg. Michael Theurer FDP/DVP	4156
		Beschluss	4157
		Nächste Sitzung	4157

Protokoll

über die 58. Sitzung vom 11. Februar 2009

Beginn: 10:05 Uhr

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 58. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

(Unruhe)

Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen und die Gespräche einzustellen.

Urlaub für heute habe ich den Herren Abg. Schwehr und Stratthaus erteilt.

Krank gemeldet sind die Herren Abg. Palm und Reichardt.

Aus dienstlichen Gründen hat sich Herr Minister Professor Dr. Reinhart für heute Nachmittag entschuldigt.

Dienstlich verhindert ist Frau Ministerin Gönner.

Meine Damen und Herren, eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** finden Sie vervielfältigt auf Ihren Tischen. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 8. Dezember 2008, Az.: 1 BvR 2544/08 – Verfassungsbeschwerde gegen die in das Bayerische Polizeiaufgabengesetz und das Bayerische Verfassungsschutzgesetz neu aufgenommenen Online-Durchsuchungsbefugnisse

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Antrag der Landesregierung vom 12. Januar 2009 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksache 14/3880

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

3. Antrag der Landesregierung vom 20. Januar 2009 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksache 14/3881

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

4. Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 3. Februar 2009 – Energiekonzept 2020 – Drucksache 14/3961

Überweisung an den Wirtschaftsausschuss

5. Mitteilung der Landesregierung vom 3. Februar 2009 – Bericht über die Europapolitik der Landesregierung im Jahr 2007/2008 – Drucksache 14/4000

Überweisung an den Europaausschuss mit der Ermächtigung, den anderen davon berührten Fachausschüssen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben

*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe den **einzigsten Punkt** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2009 (Staatshaushaltsgesetz 2009 – StHG 2009)

Wir kommen zunächst zum **Buchstaben a:**

Einzelplan 02: Staatsministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/3602

Berichterstatter: Abg. Dr. Nils Schmid

Das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 02 eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Aussprache erteile ich Herrn Abg. Mappus das Wort.

Abg. Stefan Mappus CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Beratungen des Landeshaushalts 2009 standen und stehen unmittelbar im Zeichen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise. Das globale Handelsvolumen könne in diesem Jahr um 2,8 % schrumpfen, schätzt der IWF. Dies wäre das erste Mal seit dem Zweiten Weltkrieg, dass der Welthandel in Summe nicht mehr wächst.

Nach wie vor, meine Damen und Herren, kann heute noch niemand exakt sagen, wie sich Wirtschaft und Märkte in diesem Jahr entwickeln werden. Was wir derzeit vorfinden, ist eine makroökonomisch einmalige Situation, die auch in keinem Lehrbuch zu finden ist. Nach wie vor ist es ebenso unklar, wie sich die Konjunktur auf die Steuereinnahmen unserer öffentlichen Haushalte im Ergebnis genau auswirken wird. Dies werden wir bei der nächsten Steuerschätzung im Mai sehen. Aber sie wird sich mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit

(Stefan Mappus)

nicht unbedingt positiv auf das Steueraufkommen auswirken.

Trotzdem, meine Damen und Herren, müssen wir feststellen: Der weltweite Nachfrageeinbruch trifft Baden-Württemberg als führende Exportregion besonders hart. Das Auslandsgeschäft im Maschinenbau etwa steht im zweiten Halbjahr 2008 mit 8,1 % im Minus, allerdings – dies gehört zum vollständigen Bild und zur Wahrheit auch dazu – nach einer Reihe von ausgesprochenen Boomjahren mit zweistelligen Jahreswachstumsraten.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat mit Unterstützung der CDU-Fraktion einen Staatshaushaltsplan vorgelegt, der trotz außergewöhnlich schwieriger Wirtschaftslage erneut ohne zusätzliche Schulden auskommt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Gleichzeitig investieren wir gerade in der Krise gezielt und massiv in die Wettbewerbsfähigkeit, in die Standortsicherung und damit, meine Damen und Herren, in die Zukunft unseres Landes – mit der Qualitätsoffensive Bildung mit rund 1 200 zusätzlichen Lehrerstellen, die im Jahr 2009 zusätzlich an die Schulen kommen, mit dem Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ und mit dem Infrastrukturprogramm des Landes, um nur drei einzelne Posten zu nennen. Mit dem Etat 2009 erhöhen wir die Bildungsausgaben allein in diesem Jahr um 200 Millionen €. Wir erhöhen die Investitionen in die Infrastruktur gegenüber 2008 um 1,2 Milliarden €; das ist ein Plus von 40 %. Damit, meine Damen und Herren, macht Baden-Württemberg deutlich: Kraftvolles Krisenmanagement und glaubwürdige Konsolidierungspolitik sind miteinander vereinbar.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, die Menschen in diesem Land haben Vertrauen und Zutrauen in unsere Politik. Nicht von ungefähr sind nach einer aktuellen forsa-Umfrage, die am 5. Februar 2009 vom „Stern“ veröffentlicht wurde, die Baden-Württemberger von allen Deutschen am zuversichtlichsten, wenn sie die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr einschätzen sollen. Wir wollen dafür sorgen, dass diese Zuversicht bei allen Herausforderungen, vor denen wir stehen, nicht enttäuscht wird.

Der aktuelle Innovationsindex des Statistischen Landesamts belegt mit beeindruckenden Zahlen: Baden-Württemberg ist erneut und mit weitem Abstand die innovativste Region in ganz Europa. Meine Damen und Herren, unser Land hat die Kraft, hat die Ideen und die Strukturen, um die Folgen der globalen Krisenereignisse zu meistern.

Die Nullnettoneuverschuldung ist und bleibt – um dies klipp und klar zu sagen – das unverbrüchliche politische Ziel der Landesregierung und der CDU-Landtagsfraktion, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Gerade im Jahr 2009 profitieren wir von einer klugen und vorausschauenden Planung und Vorsorge. Weil wir die Überschüsse der Wachstumsjahre entgegen dem, was sonst über

Jahrzehnte hinweg in öffentlichen Haushalten gang und gäbe war, für künftige Haushaltsrisiken zurückgelegt haben,

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

weil wir unseren klaren Kurs der Nullnettoneuverschuldung halten, ersparen wir kommenden Generationen auch im Krisenjahr 2009 teure zusätzliche Zinslasten. Wir machen mit einem Haushalt ohne neue Schulden Ernst, weil wir dieses Ziel nicht preisgeben, sobald uns der erste Gegenwind ins Gesicht bläst. Meine Damen und Herren, das ist eine bleibende politische Leistung dieser Landesregierung und dieser Koalition, die gerade unter dem Eindruck der Krise – wie ich finde – umso größere Bedeutung gewinnt.

Wie es anders geht, zeigt ein kurzer Blick über den Rhein ins SPD-regierte Rheinland-Pfalz. Meine Damen und Herren, in Rheinland-Pfalz werden in diesem Jahr 700 Millionen € zusätzliche Schulden gemacht. Dies bürdet die SPD-Landesregierung von Rheinland-Pfalz den dortigen Landeskindern und -enkeln in diesem Jahr auf.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Hört, hört! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das gibt es doch nicht! – Unruhe)

Das Folgende ist eigentlich das besonders Schlimme an dieser Situation. Selbst in den Boomjahren 2007 und 2008 bei voll sprudelnden Steuerquellen hat die sozialdemokratische Haushaltspolitik in Mainz über 1,4 Milliarden € neue Schulden produziert.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Unglaublich!)

Meine Damen und Herren, so sieht es aus, wenn die SPD die Kasse führt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD – Zurufe von der SPD: Oje! – Unruhe bei der SPD – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Wie viele Schulden haben Sie denn hier über Jahrzehnte hinweg gemacht? – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Umso wichtiger ist es, dass sich die Föderalismuskommission prinzipiell auf eine Regelung für eine wirksame Schuldenbegrenzung geeinigt hat, damit auch die notorischen Schuldenmacher ihre Haushalte zumindest mittelfristig diszipliniert führen.

Meine Damen und Herren, ich will mich bei dieser Gelegenheit ausdrücklich beim Ministerpräsidenten dieses Landes, bei Herrn Günther Oettinger, als einem der beiden Kovorsitzenden der Föderalismuskommission bedanken.

(Lachen der Abg. Ute Vogt SPD)

Seien wir doch ehrlich: Die wenigsten haben geglaubt, dass man in dieser schwierigen Situation noch eine Einigung herbeiführen kann. Umso höher ist zu bewerten, dass diese Einigung herbeigeführt wurde. Dafür herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Tolles Ergebnis!)

(Stefan Mappus)

Meine Damen und Herren, dieser Kompromiss ist wichtig. Wenn Sie die Schuldsituation in Deutschland anschauen, dann stellen Sie fest, dass in vielen Bundesländern immer noch eine eigentlich nicht verantwortbare Politik gemacht wird. Deshalb ist es hoch zu bewerten, dass es eine Einigung in der Föderalismuskommission gab.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Ich verhehle nicht, dass diese notwendige Einigung aus baden-württembergischer Sicht auch ihren Preis hat. Ich hoffe wirklich sehr, dass diese Arbeit zu Ende geführt wird und dass wir spätestens ab dem Jahr 2020 auch bei der Neuentwicklung des Länderfinanzausgleichs – wenn man so will – einen Ertrag aus diesem Kompromiss haben. Wir helfen den anderen Ländern zunächst mit zusätzlichem Geld, damit sie ihre Haushalte in den Griff bekommen. Deshalb ist es, glaube ich, das Mindeste, wenn von diesen Ländern spätestens im Jahr 2020 das Signal erfolgt, dass Baden-Württemberg für diese Hilfe einen gewissen Ertrag bekommen muss. Darauf werden wir achten.

(Zuruf: Wer's glaubt, wird selig!)

Meine Damen und Herren, Herr Schmiedel, Sie haben seit der ersten Lesung des Haushalts Ihre Vorstellungen zur Konjunktur- und Haushaltspolitik gleich in mehreren Papieren Ihrer Fraktion formuliert. Ich muss sagen: Diese Papiere sind sehr lesenswert. Die Schlüsselbegriffe darin sind – ich zitiere –: „Klotzen!“, „Richtig Geld in die Hand nehmen!“, „Eine kräftige Schippe drauflegen!“

Meine Damen und Herren, abgesehen von dieser rhetorischen Kraftmeierei kommen Ihre Vorschläge inhaltlich in eher bescheidener Qualität daher. Sie haben in gewohnter Form allerhand Forderungen und Versprechungen parat. Aber, meine Damen und Herren, Geldausgeben allein ist noch keine Politik. Aus Profilierungsnot oder in einer Art Millionenrausch überbieten Sie sich fast im Wochentakt mit immer noch größeren Beträgen.

Mitte Januar wollte die SPD in Baden-Württemberg im Jahr 2009 noch 653 Millionen € zusätzlich ausgeben. In der vergangenen Woche haben Sie, Herr Schmiedel, schon wieder ein neues Programm vorgelegt, in dem Sie plötzlich ganz andere Maßnahmen fordern, die noch mehr Geld kosten. Ich kann nur sagen: Die Haltbarkeitsdauer Ihrer politischen Konzepte tendiert stark gegen null. Dabei ist Ihr Rezept zur Gegenfinanzierung – mit Verlaub – rundweg unseriös. Entweder Sie haben es sich in diesem Jahr besonders leicht gemacht, oder Sie versuchen tatsächlich, den Leuten im Land ein X für ein U vorzumachen.

Ihre Parole heißt: Rücklagen auflösen, um damit Ihren Wunschzettel zu finanzieren. Aber, meine Damen und Herren, so simpel funktioniert solide Haushaltspolitik eben nicht. Sie können nicht einfach mit Ihrer Fraktion in Faschingszeiten wie ein sozialdemokratischer Elferrat durchs Land ziehen, um dann die Kamellen mit vollen Händen in die Menge zu werfen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut! – Abg. Werner Pfisterer CDU: Volltreffer! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ist okay!)

Ich will ein konkretes Beispiel nennen. Wir waren uns bisher immer einig, dass wir Baden-Württemberg 21 gemeinsam realisieren wollen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Gute Büttendrede!)

Wir haben dafür gemeinsam Rücklagen gebildet. Aber wovon bezahlen Sie das, wenn Sie das dafür angesparte Geld jetzt schon für andere Zwecke verjubeln?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie verwechseln uns!)

Dann wollen Sie Studiengebühren abschaffen, Sie wollen die Kindergartenbeiträge abschaffen, und Sie wollen für Einnahmeausfälle sämtliche Rücklagen heranziehen.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Sie haben den Überblick verloren vor lauter Rücklagen!)

Jetzt, Herr Schmiedel, anerkenne ich – Sie haben es in der letzten Sitzung angesprochen; wir sind uns offensichtlich im Gegensatz zu manchen Akteuren unserer Parteien in Berlin einig –, dass man den Mittelstand entlasten muss, dass man die Bezieher unterer und mittlerer Einkommen stärker, schneller und besser entlasten muss, als es bisher der Fall war. Nur haben wir in einem zentralen Punkt Meinungsverschiedenheiten, die sich wahrscheinlich auch nie beilegen lassen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die muss es auch noch geben!)

Der Unterschied ist relativ einfach. Wir sind der Meinung, dass man den Menschen in diesem Land von ihrem Einkommen so viel wie möglich lassen und in der Folge so wenig wie möglich umverteilen soll.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Sehr gut!)

Ihr Konzept heißt – ich kritisiere es nicht, ich stelle es nur fest –: Den Leuten mehr wegnehmen, weil der Staat besser als die Menschen selbst entscheiden kann, was gerecht ist. Das, meine Damen und Herren, ist der Grundfehler Ihrer Politik, den wir nicht mitmachen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich kenne übrigens keine einzige Kommune im Land, in der der Besuch des Kindergartens am Geld scheitert. Denn alle haben soziale Staffellungen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Haben sie nicht! Blödsinn!)

Ich sage auch: Sie und ich und viele Menschen, die ordentlich verdienen, brauchen keine Hilfe des Staates, um die Kindergartenbeiträge für ihre Kinder bezahlen zu können – um das auch klipp und klar zu sagen –; das können wir mit unserem Einkommen selbst.

(Beifall bei der CDU)

Was machen Sie eigentlich im nächsten Jahr, wenn die Einnahmen von 290 Millionen € wieder fehlen, aber die Ersparnisse geplündert sind? Kollege Drexler hat ein weiteres Mal verlangt, dass das Land den Rheintalbahnausbau mitfinanzieren soll.

(Stefan Mappus)

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wird es auch machen!)

Meine Damen und Herren, abgesehen davon, dass es qua Grundgesetz eine originäre Aufgabe des Bundes ist, sagen Sie uns bitte, wie Sie das finanzieren wollen. Mit uns kann man über alles reden, aber Sie müssen auch einen seriösen Finanzierungsvorschlag machen.

Gleichzeitig hat die SPD in den Ausschussberatungen Anträge für weitere Mehrausgaben von 610 Millionen € gestellt. Immerhin sind Sie noch „solider“ als die Grünen; denn die haben in den Ausschüssen Anträge für über 800 Millionen € gestellt.

(Oh-Rufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, woher nehmen Sie seriöserweise das Geld? Das wäre die Frage. Die Antwort darauf müssten Sie uns nachher hier einmal darlegen.

Herr Schmiedel, Sie machen sich auch keine Gedanken über die Unwägbarkeiten, die wir in diesem Haushalt berücksichtigen müssen. Ein Prozentpunkt weniger Wachstum bedeutet allein 150 Millionen € weniger an Steuereinnahmen. Ich prognostiziere, dass wir in diesem Jahr mehr als 1 % weniger Wachstum haben werden, als wir uns dies eigentlich gewünscht hätten.

Dazu kommen die berechtigten Mehrausgaben durch die Tarifsteigerungen bei den Landesbeschäftigten, bei denen wir im Wort stehen. Dieses Wort werden wir halten. Wir wollen von Höhe und Zeitpunkt her, dass die Lohn- und Gehaltserhöhungen bei den Angestellten auf die Beamten übertragen werden. Das haben die Beamten verdient. Zu diesem Wort stehen wir. Aber das heißt im Umkehrschluss, dass uns dies ordentlich Geld kosten wird. Außerdem haben wir die finanzpolitischen Folgen der Konjunkturprogramme – auch der des Bundes – zu meistern.

Dies alles haben Sie nicht auf Ihrem Schirm. Sie demonstrieren wieder einmal, dass die Verantwortung für dieses Land bei Ihnen denkbar schlecht aufgehoben wäre,

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: A wa!)

und dies nicht nur, weil der Kollege Schmiedel der Erste war, der Frau Ypsilanti auf ihrem Crashkurs ermutigt hat, sich von den Linken zur Ministerpräsidentin wählen zu lassen.

(Oh-Rufe von der SPD)

– Das hören Sie nicht gern, aber es ist so, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Lassen Sie mich jetzt auf einen weiteren Punkt zu sprechen kommen. Als ich dies das erste Mal gelesen habe, dachte ich wirklich an einen Faschingsscherz. Aber leider ist es keiner. Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion schlägt allen Ernstes – allen Ernstes! – offiziell den Verkauf von Forderungen des Landes aus Wohnungsbaudarlehen vor.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist nicht das erste Mal! – Zurufe von der SPD)

Was heißt das im Klartext, Herr Schmiedel?

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Das heißt doch nichts anderes, als dass das Land als gütiger Gläubiger aus laufenden Häuslebauerkrediten aussteigt, um sie dann auf dem Finanzmarkt entsprechend verhökern zu können.

(Lachen des Abg. Claus Schmiedel SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das war bei Lothar Späth! – Abg. Reinhold Gall SPD: So ein Quatsch! Grottenfälsch! – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Keine Ahnung!)

Lieber Herr Schmiedel, ich weiß ja nicht, was Sie im letzten Jahr gemacht haben.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Aber entweder Sie waren im letzten Jahr im geistigen Exil, oder Sie sind jetzt tatsächlich der Meinung, Sie müssten Politik nach den Grundsätzen von Homöopathie machen, indem Sie die Krankheit mit ihren Ursachen bekämpfen. Bei beidem, meine Damen und Herren, machen wir nicht mit.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Keine Ahnung!)

Dieser Vorschlag ist unseriös. Er wird mit uns keine Mehrheit bekommen.

Meine Damen und Herren, das Wichtigste für Baden-Württemberg in dieser Krisenphase ist,

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

dass die wirtschaftliche Substanz und die Arbeitsplätze erhalten bleiben. 2008 erreichte die Zahl der Arbeitsplätze im Land einen Allzeithöchstwert. Beim Beschäftigungsaufbau lag Baden-Württemberg zusammen mit Bayern und Niedersachsen erneut auf Platz 1. Übrigens ging der Zuwachs fast ausschließlich auf das Konto guter sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze und eben nicht in prekäre Jobs, wie uns vor allem die Linken immer weismachen wollen.

Im Jahresdurchschnitt 2008 hatte Baden-Württemberg einmal mehr die niedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer. Aber wir sehen mit großer Besorgnis, dass unser Arbeitsmarkt unter dem Einfluss der globalen Rezession spürbar unter Druck gerät. Deshalb ist es aus baden-württembergischer Sicht richtig, dass die Bundesregierung mit dem Konjunkturpaket II die Kurzarbeiterregelungen erweitert und so dafür sorgt, dass die Unternehmen Kurzarbeit als Instrument der Beschäftigungssicherung wirksam einsetzen können.

Wir wissen, dass die Kurzarbeit bei Daimler, Bosch und vielen anderen – vor allem auch bei mittelständischen Unternehmen in diesem Land – Tausenden betroffenen Arbeitnehmern und vor allem ihren Familien schmerzhaft Einbußen bringt. Aber es ist gleichzeitig auch ein Zeichen von Zuversicht, dass die Betriebe Kündigungen vermeiden und ihre Stammbeschaften halten wollen, weil sie wissen, dass sie genau diese

(Stefan Mappus)

wieder brauchen, um vernünftig aus der Krise herauszukommen.

Deshalb appelliere ich dringend an die Unternehmen, keinen Arbeitnehmer vorschnell zu entlassen und wertvolle Arbeitsplätze wo immer möglich zu erhalten. Ich will ausdrücklich sagen, dass es sichtbar ist, dass auch die Wirtschaft neue Wege geht, die in der Vergangenheit so nicht gegangen wurden. Ich denke nur daran, dass z. B. Bosch und Daimler – um nur zwei zu nennen – ihren Zulieferern teilweise auch materiell helfen, weil sie wissen, dass es im Moment eine Durstphase gibt, die es zu überwinden gilt, und dass man deshalb auch diesen Unternehmen helfen muss. Ich will dies ausdrücklich positiv hervorheben.

Meine Damen und Herren, klar ist: Personalabbau und Fachkräftemangel dürfen neue Wachstums- und Absatzchancen nicht ausbremsen, wenn die weltweite Nachfrage wieder anspringt. Nichts wäre schädlicher für den Produktions- und Exportstandort Baden-Württemberg.

Das Konjunkturpaket der Bundesregierung und, dicht damit verwoben, das Infrastrukturprogramm des Landes geben der Wirtschaft dringend benötigte und schnell wirksame Impulse und Überbrückungshilfen, die die Wucht der Krise zumindest abfedern. Wir werden Investitionsmittel in enger Abstimmung und fairer Partnerschaft mit den Kommunen einsetzen – um es mit den Worten des Ministerpräsidenten auszudrücken: ohne klebrige Hände.

(Abg. Ute Vogt SPD: Ja!)

Wir werden sie unverzüglich und in voller Höhe, genauso wie vom Bund vorgegeben, den Kommunen zur Verfügung stellen, sodass sie für die Krisenbekämpfung den optimalen Effekt erzeugen und so das Geld zügig und sichtbar vor Ort ankommt.

Die CDU-Landtagsfraktion legt dabei Wert darauf, dass wir dies schnell tun, dass wir es effizient tun und dass wir nicht der Versuchung erliegen, wie das manchmal in Berlin der Fall zu sein scheint, nach dem Motto zu verfahren: „Am besten, das Geld geht schnell raus; wie das geschieht, darüber können wir uns später unterhalten.“ Wir wollen vielmehr, dass es effizient, zielgerichtet vor Ort bei den Menschen ankommt. Wir wollen dieses Programm in der nächsten Woche verabschieden.

Meine Damen und Herren, noch wichtiger als jede staatliche Konjunkturpolitik ist es, dass vor allem unsere vielen Tausend mittelständischen Unternehmen liquide bleiben. Hier sind die Banken gefordert, mehr denn je ihre zentrale Aufgabe zu erfüllen.

Wenn wir Umfragen lesen, z. B. die Umfrage des Ifo-Instituts, veröffentlicht in „Spiegel Online“ vom 6. Februar dieses Jahres, wonach 40 % der Firmen die Kreditvergabe der Banken als zunehmend restriktiv empfinden, wenn die EZB feststellt, dass die Banken im sechsten Quartal in Folge die Konditionen für Firmenkredite verschärft haben, dann ist dies besorgniserregend. Der Steuerzahler, meine Damen und Herren, ist den Banken mit Milliarden und Abermilliarden beigesprungen, aber nicht damit sie auf dem Geld sitzen bleiben, sondern damit sie die Finanzierung der Wirtschaft in Gang halten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So ist es!)

Deshalb bleibt es im Übrigen mehr denn je notwendig, dass wir die Landesbank Baden-Württemberg als starken und verlässlichen Partner des Mittelstands positionieren. Ich sage ganz bewusst: Die Landesbanken, zumindest diejenigen, die ein Geschäftsmodell haben und funktionieren, also die in Baden-Württemberg z. B., sind gerade in einer konjunkturell schwierigen Phase eigentlich mehr denn je ein modernes Instrument, damit man mit öffentlich-rechtlicher Hilfe dafür sorgen kann, dass gerade die mittelständisch geprägte Wirtschaft in Baden-Württemberg, so stark es irgendwie geht, mit Liquidität unterstützt wird.

Deshalb bleibt es umso notwendiger, dass wir die LBBW als starken und verlässlichen Partner des Mittelstands positionieren, stärken, sie unterstützen und mit ihr gemeinsam in den nächsten Jahren den richtigen Weg der wirtschaftlichen Weiterentwicklung gehen. An diesem Ziel müssen sich alle Entscheidungen messen lassen, die wir mit Blick auf die künftige Ausrichtung der Landesbank Baden-Württemberg zu treffen haben.

Mit dieser Maßgabe, meine Damen und Herren, müssen wir auch die Gutachten zur Risikolage und zum Geschäftsmodell der LBBW lesen, die uns in diesen Tagen vorliegen werden. Finanziell handlungsfähige mittelständische Unternehmen sind mehr denn je der Schlüssel zum Erhalt der ökonomischen Substanz Baden-Württembergs unter dem Druck des globalen Abschwungs, und entsprechend legen wir die Prioritäten unserer Politik fest.

Meine Damen und Herren, für Baden-Württemberg hat ein schwieriges Jahr begonnen. Diese Landesregierung und diese Koalition haben die Herausforderungen, wie ich finde, zupackend und vor allem seriös angenommen und halten ihnen kraftvoll stand. Der Landeshaushalt 2009 ist zweifellos ein Spiegel dieser Krisenzeit, aber er ist vor allem ein Haushalt der Chancen. Ich glaube, wir sollten in diesem Land diese Krise mehr denn je auch als Chance begreifen.

Dieser Haushalt ist ein Haushalt der Chancen, weil wir den Weg der Nullnettoneuverschuldung weitergehen, weil wir zur richtigen Zeit an der richtigen Stelle investieren und weil wir vor allem die Stärken unseres Landes in der Krise nutzen und weiterhin fördern. Unterstützen Sie diesen Haushalt, stimmen Sie am nächsten Mittwoch zu!

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte über den Haushalt 2009 findet in der Zeit einer schweren Krise statt. Wer sich in dieser Situation als Vorsitzender der stärksten Regierungsfraktion in seinen Einlassungen insbesondere mit der Opposition, mit Nachbarländern und mit der Bundesregierung beschäftigt,

(Claus Schmiedel)

der offenbart schon dadurch, dass er selbst nicht viel zur Bekämpfung dieser Krise beizutragen hat.

(Beifall bei der SPD)

Herr Mappus, Sie haben darauf hingewiesen, dass die wirklichen Mittel zum Gegensteuern gegen den Konjunkturabschwung in Baden-Württemberg aus Berlin kommen. Das ist schon richtig. Aber ich stelle mir nur einmal vor, ein Konjunkturprogramm wäre in Berlin von Herrn Westerwelle und Herrn Glos geschnürt worden.

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Oh Jesses Gott! – Abg. Ute Vogt SPD: Da lacht sogar Mappus! – Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Man mag sich das überhaupt nicht vorstellen. Das wäre eine Steuersenkungsorgie geworden, die insbesondere den Reichen und den Besserverdienenden genützt hätte.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU – Zurufe der Abg. Helmut Walter Rüeck und Stefan Mappus CDU sowie Hagen Kluck FDP/DVP)

Den Elektromonteur mit 2 300 € Bruttomonatseinkommen, den Sie, Herr Mappus, beim letzten Mal in die Debatte eingeführt haben, nenne ich einmal Hans.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Den definiert ihr doch schon als reich!)

Dieser Hans hat der SPD zu verdanken, dass er jetzt durch das Konjunkturprogramm entlastet wird.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD zur CDU: Natürlich! Das habt ihr noch immer nicht kapiert! Keine Ahnung! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Da lachen ja die Hühner!)

Wir haben ein Konjunkturpaket vorgelegt, in dem wir sehr zielgenau diese Bevölkerungsgruppe für Entlastungsmaßnahmen vorgeschlagen haben.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Vorgeschlagen ist aber noch nicht gemacht!)

Definieren wir das jetzt einmal durch. Wir haben vorgeschlagen, den Eingangssteuersatz um drei Prozentpunkte zu senken. Möglich war nur ein Prozentpunkt. Sie haben verhindert, dass hier stärker entlastet wurde.

(Beifall bei der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Abg. Stefan Mappus CDU: Ja, natürlich! Kalte Progression!)

Wir haben vorgeschlagen, diesen Hans bei der Krankenversicherung um 0,9 Prozentpunkte zu entlasten. Möglich waren nur 0,3. Sie haben 0,6 Prozentpunkte Entlastung verhindert.

(Beifall bei der SPD – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Steuergeld!)

Nach Ihrer Definition hat dieser Hans zwei Kinder. Wir haben vorgeschlagen, ihn pro Kind einmalig um 200 € zu entlasten.

Das wären zusammen 400 € gewesen. Mit Ihnen waren nur 200 € möglich. Sie haben dem Hans 200 € vorenthalten.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Das glaubt nur der Hans!)

Wenn man das zusammenrechnet, dann wird der Elektromonteur Hans jetzt dank des Konjunkturprogramms der Bundesregierung um 347 € entlastet.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Der arme Hans!)

Nach unserem Konzept wären es über 700 € gewesen, mithin das Doppelte. Das sollte den Leistungsträgern, den Schaffern, den Familien zugutekommen, die wir stärker entlasten wollen.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Deshalb sind wir die Freunde von Hans, und Sie sind die Gegner.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Sie haben gesagt, Sie könnten sich Kindergartengebühren leisten. Ich will das gleich noch einmal aufgreifen. Ich kann das auch, völlig d'accord. Aber nehmen wir doch einmal den Hans.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Schon wieder! – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Hans Eichel!)

Wenn er das macht, was wir von ihm erwarten, und seine Kinder in einen Kindergarten in Baden-Württemberg schickt, dann holen Sie ihm noch einmal 800 bis 1 500 € im Jahr aus der Tasche.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Wenn er 1 500 € dafür bezahlen muss, dann ist das fast ein Nettomonatsgehalt.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb geht es nicht um die Frage, ob er seine Kinder in den Kindergarten schickt, wenn eine Gebühr erhoben wird, oder ob er das nicht tut. Es geht vielmehr darum, dass wir Familien, insbesondere die Familien von Schaffern, die Familien von Leistungsträgern in Baden-Württemberg zielgerecht entlasten wollen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! – Abg. Stefan Mappus CDU: Aber doch nicht so!)

Jetzt stelle ich einfach einmal fest: Sie haben bei all den Rücklagen, die in der Zwischenzeit gebildet wurden, den Überblick verloren.

(Lachen bei der CDU)

Denn mit der Gegenfinanzierung für die Entlastung bei Studiengebühren und die Familienentlastung bei Kindergarten-

(Claus Schmiedel)

gebühren, die wir vorschlagen, greifen wir tatsächlich eine Rücklage an.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Wir lassen die Rücklage für dieses Jahr mit 750 Millionen € stehen. Wir lassen die Rücklage für Stuttgart 21 stehen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Ausgerechnet! Das ist ja etwas!)

Wir greifen die Hälfte einer Rücklage an, die Sie für die Zukunft, für das kommende Jahr gebildet haben. Das heißt, es bleiben auch nach unserem Konzept noch Rücklagen von deutlich über 1 Milliarde €.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Was machen Sie in den Folgejahren?)

Ich frage Sie deshalb heute im Ernst: Wann soll man denn Rücklagen, die für Krisenzeiten angelegt wurden, angreifen, wenn nicht jetzt? Wenn nicht jetzt, wann dann?

(Beifall bei der SPD)

Wir hätten übrigens erwartet, etwas Genaueres darüber zu erfahren, wie Sie denn mit dem Konjunkturprogramm des Bundes nun tatsächlich konkret gegensteuern wollen. Hat jemand etwas dazu gehört?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein! – Lachen des Abg. Stefan Mappus CDU – Zuruf von der CDU: Das werden wir doch noch intern beraten!)

Der Ministerpräsident hat ein Landeskonjunkturprogramm mit zusätzlichen Investitionen in Höhe von 650 Millionen € aus dem Landeshaushalt angekündigt. 350 Millionen € davon sollen aus der Nichttilgung von Altschulden und 300 Millionen € aus dem KIF kommen. Das sind insgesamt 650 Millionen €. Sie haben nicht erklärt, ob Sie das jetzt durch die Zuweisungen des Bundes ersetzen wollen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Jetzt warten Sie doch einmal ab, bis das klar ist!)

Wenn Sie das machen, dann geben Sie damit ein furchtbar schlechtes Beispiel. Man steuert der schlechten Konjunktur-entwicklung nicht dadurch entgegen, dass man kommunales Geld oder Landesgeld einfach durch Bundesgeld ersetzt. Da kommt doch nicht mehr heraus; da wird dann doch nur Geld ausgetauscht.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb werden wir in den Debatten darauf bestehen, dass das, was zugesagt wurde – 650 Millionen € zusätzliche Investitionen im Land aus dem Landeshaushalt –, drinbleibt. Wir sind sehr gespannt, was Sie uns dazu vorlegen werden. Wir können das heute noch nicht diskutieren; es liegt noch nicht auf dem Tisch. Aber wir haben wirklich die Befürchtung, dass Sie diese Beträge miteinander verrechnen wollen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sie verrechnen sich doch dauernd!)

Ein weiterer Punkt: Sie sagen, Sie gäben den für die Kommunen bestimmten Anteil an diese weiter. Die Frage ist, wie das geschieht. Sie sagen, Sie wollten darauf achten, dass die Mittel auch zielgerichtet und gut investiert würden. Trauen Sie den Gemeinderäten das denn nicht zu? Wir wollen, dass das Geld per Schlüsselzuweisung unbürokratisch auf den Konten der Städte und Gemeinden landet,

(Beifall bei der SPD)

damit sie es im Sinne des Konjunkturprogramms noch in diesem Frühjahr ausgeben können. Wir wollen, Herr Wirtschaftsminister, kein Antragsverfahren,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Zuruf der Abg. Veronika Netzhammer CDU)

auch nicht für Teilbereiche im Tourismus. Eine Tourismusgemeinde weiß selbst, wo sie in ihre touristische Infrastruktur investieren muss, wenn wir ihr das Geld zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Deshalb: Heraus mit dem Geld, damit es in Aufträge umgesetzt wird!

Jetzt kommt noch etwas hinzu. Sie haben darauf hingewiesen, dass es natürlich auch andere Investitionen im Haushalt gibt, die jetzt rasch umgesetzt werden sollen. Deshalb erwarten wir, dass Sie jetzt von den neuen Möglichkeiten Gebrauch machen – und zwar auf allen Ebenen der Auftragsvergabe –, damit die Aufträge beim heimischen Handwerk und Mittelstand ankommen. Es muss ermöglicht werden, dass die Direktvergabe bis 100 000 € ausgenutzt wird und dass bis zur Höhe von 1 Million € die beschränkte Ausschreibung erfolgt.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Das wird doch schon lange gemacht!)

Wir wollen das „Modell Offenburg“ nicht mehr sehen. Dort haben Sie an einen Großinvestor den Auftrag vergeben, der diesen wiederum an Generalunternehmer und Subunternehmer und deren weitere Subunternehmer weitergab, mit der Folge des Lohndumpings.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen, dass Sie jetzt Gebrauch von den bestehenden Möglichkeiten machen und das heimische Handwerk und den Mittelstand gezielt mit solchen Aufträgen versehen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Stefan Mappus CDU: Sie sind zu spät, Herr Schmiedel! Schon lange erledigt! – Zurufe von der CDU, u. a.: Populist!)

Sie haben mir vorgeworfen, wir hätten zusätzliche Investitionen in den Wohnungsbau vorgeschlagen. Übrigens: Dass Sie das in dem Konjunkturprogramm nicht vorsehen, mag verstehen, wer will; in der Wirtschaft wird das nicht verstanden. Wenn wir nun zusätzlich 100 Millionen € in den Wohnungsbau geben, lösen wir damit Investitionen in der Größenordnung von 700 oder 800 Millionen € aus. Da, wo wir selbst investieren, kommt doch nichts mehr hinzu. Im anderen Fall kommt aber doch privates Geld hinzu. Wohnungen werden

(Claus Schmiedel)

gebraucht. Allein in Stuttgart sind 3 000 Familien in der Notfallkategorie. In Freiburg sieht es ähnlich aus; in den Universitätsstädten im ganzen Land sieht es ähnlich aus. Bezahlbare Mietwohnungen werden gebraucht. Was aber machen Sie? Sie sitzen da und lösen keine neuen Investitionen in diesem Bereich aus.

Was ist denn schlimm daran, wenn man 400 Millionen € stille Reserven in diesem Bereich hat, Darlehen, die in den nächsten Jahren zurückfließen, und einen Teil – 100 Millionen € – davon jetzt hebt und damit Investitionen auslöst? Das ist doch nicht unanständig, sondern das ist ökonomisch vernünftig.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen, Herr Mappus: Wenn man in diesem Bereich etwas als unanständig bezeichnen will, dann war das der Forderungsverkauf, den Sie inszeniert haben. Wir haben der LBBW ein Darlehen von 600 Millionen € gegeben.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wer ist „wir“?)

– Das Land. Dieser Landtag.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wir!)

Wir haben das Geld bei der LBBW selbst zuerst aufgenommen, und zwar zu 5 % Zins. Dann haben wir es zu 6 % zurückgegeben. Ein gutes Geschäft; nach Adam Riese bleibt 1 % für den Haushalt übrig. Was hat diese wunderbare Koalition gemacht?

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: „Wunderbare Koalition“!)

Sie hat gesagt: Das Darlehen mit den 5 % Zinsen bleibt, aber die Rückflüsse, die 6 %, die wir in den nächsten zehn Jahren zu gewärtigen haben, die verkaufen wir.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Bis 2017 haben sie es verscherbelt!)

Weg sind sie! Weg sind die Einnahmen! Die Schulden sind übrig geblieben.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Seien Sie ganz vorsichtig, was das Thema Verschuldung anbelangt!

(Beifall bei der SPD – Abg. Stefan Mappus CDU: Das ist nicht Ihr Ernst! Sie machen 700 Millionen € Miese!)

Diese heimlichen Schulden – Wo ist Herr Stratthaus? Nicht da?

(Unruhe)

Jetzt empfehle ich Ihnen, mit Herrn Stratthaus einmal ein Gespräch unter Freunden zu führen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Herr Stratthaus sagt

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Rettet die Banken!)

offen und ehrlich: „Natürlich ist es, was die nominalen Schulden anbelangt, bei der Verschuldung des Landes Baden-Württemberg vergleichsweise erträglich. Wenn man aber die Pensionsverpflichtungen dazunimmt und dann den Ländervergleich macht, sind wir ganz, ganz unten.“ Seien Sie also ganz, ganz vorsichtig, was die Verschuldung anbelangt!

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das stammt noch aus Zeiten der Großen Koalition im Land! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der SPD – Gegenruf des Abg. Alfred Winkler SPD: Ruhe auf den billigen Plätzen!)

Ich möchte auf ein Thema zu sprechen kommen, Herr Ministerpräsident, das bei den Einzelberatungen sicher noch eine Rolle spielen wird. Das ist ein Thema, bei dem Sie eine Gesamtverantwortung haben. Das ist die Frage: Welche Personalpolitik betreibt eigentlich diese Landesregierung? Im Sommer 2007 gab es drüben am Schlossplatz eine Großdemonstration von Lehrern, von Referendaren, die ausgebildet waren und zu Tausenden nicht eingestellt wurden.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Zu Tausenden! Anderthalb Jahre später entdeckt man, dass Tausende Lehrer fehlen. Wie weit reicht eigentlich der Horizont dieser Landesregierung?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Bei der Polizei ist es ähnlich. Das ist ja die tollste Nummer überhaupt. Sie haben den Begriff „Effizienzrendite“ erfunden. Das ist eine Wortschöpfung: „Effizienzrendite“. Damit war gemeint: Wenn man Behörden in die Landratsämter eingliedert, geht alles flotter, und man kann irgendwelche Stellen einsparen.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Richtig!)

Okay. Darüber kann man streiten. Aber lassen wir es einmal stehen. Woher aber die Effizienzrendite bei Behörden kommt, die man gar nicht eingliedert, das muss man ja erst verstehen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Die Polizei haben Sie doch nicht eingegliedert. Trotzdem haben Sie gesagt: „Auch die haben 20 % Effizienzrendite zu erbringen.“ Was ist denn das für eine Rechnung? Dann haben Sie nicht mehr ausgebildet, weil man dachte, dass man ja wegen der Effizienzrendite künftig weniger Polizisten brauche. Dann haben Sie gemerkt: Hinten und vorne fehlt es. Dann haben Sie gesagt: „Jetzt stellen wir schnell wieder ein.“ Das geht aber nicht so schnell, weil man die erst ausbilden muss. Deshalb haben wir schon heute ein Defizit

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

von 14 bis 18 oder 19 %. In jedem Revier fehlen Polizistinnen und Polizisten. Das ist das Ergebnis Ihrer Effizienzrendite.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Das stimmt doch gar nicht! Das ist der Nichtvollzugsdienst!)

– Nein, nein. Das ist der Vollzugsdienst.

(Claus Schmiedel)

Dann kommt die tollste Nummer. Jetzt kommen wir zum Nichtvollzugsdienst. Beim Nichtvollzugsdienst machen Sie folgende Regelung: Es gibt ja neben den Aufgaben der uniformierten Polizei auch noch Dienste, die man erledigen muss, beispielsweise Schreibdienst, Hausmeisterdienste, Wagenpflege und anderes. Das machen Angestellte.

(Abg. Ute Vogt SPD: Wenn sie da sind!)

Da haben Sie gesagt: „Wenn irgendjemand ausscheidet, wird die betreffende Stelle nicht mehr besetzt, egal wo.“ Jetzt ist es natürlich so, dass in einigen Revieren mit überwiegend älteren Kolleginnen und Kollegen mehr Personen in Pension oder in den Ruhestand gehen. Dann fehlt es dort hinten und vorne, weil keine Stelle mehr besetzt wird. Bei anderen ist das nicht so schlimm.

Jetzt haben wir gefragt, wie Sie denn darauf reagieren, dass in einigen Revieren jede Menge Nichtvollzugsstellen fehlen. Amtliche Stellungnahme – das muss man sich einmal anhören –:

Mit der Frage, wie ein erforderlicher Ausgleich der Folgen des bisher ungleich verlaufenden Stellenabbaus erfolgen kann, wird sich noch in diesem Jahr eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Landespolizeipräsidenten befassen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ojemine! – Abg. Ingo Rust SPD: In fünf Jahren!)

Das war die Stellungnahme aus dem letzten Jahr. Was ist dabei bis jetzt herausgekommen?

(Zurufe von der SPD: Nichts! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: PD Esslingen: 21 % minus!)

Sie machen doch weiter wie bisher.

Die tollste Geschichte: Weil Tarifangestellte fehlen, müssen gestandene Polizeihauptkommissare Wagenpflege betreiben.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! Uniformierte!)

Dann fragen wir: Was ist da los? Die Antwort:

Müssen

– „müssen“ sagt der Innenminister –

aufgrund der Stellenreduzierungen im Einzelfall unabdingbar Aufgaben des sogenannten Nichtvollzugsdienstes von Polizeibeamten übernommen werden, stehen diese für die operative Polizeiarbeit nicht mehr zur Verfügung.

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Tolle Nummer! Wagenpflege!)

Super! Die Lösung:

Aufgabe der ... erwähnten Arbeitsgruppe wird es daher unter anderem sein, ein Konzept zu erarbeiten, wie diese Aufgabenerledigung wieder in den Bereich des Nichtvollzugsdienstes zurückgeführt werden kann.

(Lebhafte Heiterkeit bei der SPD – Abg. Ute Vogt SPD: Da brauchst du keine Arbeitsgruppe! Da brauchst du einfach Leute!)

Ich mache Ihnen einmal einen Vorschlag, Herr Innenminister: Setzen Sie diese Arbeitsgruppe doch zur Wagenpflege ein!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der FDP/DVP – Abg. Stefan Mappus CDU: Herr Schmiedel, das mit dem Elferrat war nicht so ganz falsch! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Mehr als Elferrat! – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Ein weiteres Thema – und ich bitte Sie, das ernst zu nehmen – ist der Umgang mit den Beamten im mittleren Dienst, vor allem in der Steuerverwaltung. Sie sollten einmal Finanzämter besuchen; dann würden Sie den Frust dort erleben. Sie verlangen Folgendes: Nur die besten Realschüler mit einem Notendurchschnitt von mindestens 2,5 werden genommen und in einem anspruchsvollen Beruf ausgebildet. Dann werden sie in der Besoldungsgruppe A 6 eingestellt und dort zehn Jahre lang schmoren gelassen.

(Abg. Ute Vogt SPD: Ja!)

Was bedeutet das für einen Steuerbeamten? Nehmen wir einmal den Steuerbeamten Heinz im mittleren Dienst,

(Zuruf von der CDU: Heinz?)

verheiratet, zwei Kinder.

(Zuruf von der CDU: Hans Heinz? – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Er stellt nur Männer ein! – Unruhe)

Er hat nicht 2 300 € brutto, sondern 2 100 €, Herr Mappus. Wenn man jetzt unterstellt, dass man im Ballungsraum Stuttgart für eine familiengerechte Wohnung 1 000 € bezahlt, dann liegt dieser Steuerbeamte mit seiner anspruchsvollen Arbeit und seiner guten Ausbildung knapp über Hartz IV. Die neue Armut ist in der Verwaltung des Landes angekommen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Deshalb sagen wir: Legen Sie bei der Dienstrechtsreform endlich zu und nutzen Sie diese, um vor allem in der Steuerverwaltung die Einstellung von Beamten im mittleren Dienst in A 6 abzuschaffen! Nutzen Sie diese, um Beförderungen schneller durchzuführen! Unsere Beamten haben einen Anspruch darauf, anständig behandelt zu werden.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir sehr dankbar für die Arbeit des Statistischen Landesamts sind, weil man dort immer die Dinge erfährt, die Sie uns verheimlichen wollen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Darum wird es dort veröffentlicht!)

(Claus Schmiedel)

Im „Eildienst“ weist Frau Dr. Brenner darauf hin, dass im laufenden Schuljahr 12 000 Jugendliche aus Baden-Württemberg keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, sondern in der Warteschleife der Berufsschulen gelandet sind.

(Zurufe von der CDU: Was?)

12 000, nur in diesem Jahr neu hinzugekommen! Wenn Sie, Herr Minister, also noch einmal von einer ausgeglichenen Lehrstellenbilanz sprechen,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Dann wächst Ihnen so eine lange Nase, Herr Minister! Bis dort hin!)

dann glaubt Ihnen das niemand. 12 000!

Wir haben ja noch eine Reserve, über die wir noch gar nicht gesprochen haben: Ihre Bildungsoffensive, die Sie seit dem letzten Sommer ankündigen: eine halbe Milliarde! 30 Millionen € kommen jetzt im Haushalt an. Sie finden nicht einmal für diese 30 Millionen € Lehrer. Es kommt nichts an.

Warum klotzen Sie nicht an dieser Stelle? Kleckern reicht nicht mehr. 40 000 junge Leute sind in Baden-Württemberg in der Warteschleife.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Da können wir doch nicht länger zuschauen. Da muss man doch dagegenhalten. Da muss man auch etwas in den Schulen ändern. Das darf man nicht blockieren, indem man diejenigen, die auf Änderung drängen, immer mehr maßregelt und unter Druck setzt.

(Abg. Martin Rivoir und Abg. Wolfgang Drexler SPD: Einbestellt!)

Es ist unglaublich, wenn ein Hauptschulrektor, der an einer Podiumsdiskussion in Ravensburg teilnimmt, schon im Vorhinein

(Abg. Stefan Mappus CDU: Der war auf Ihrem Kongress!)

von der Schulverwaltung unter Druck gesetzt wird nach dem Motto: „Nehmen Sie sich bloß zurück! Passen Sie auf, was Sie sagen!“

(Zurufe von der SPD: Ungeheuerlich! – Unglaublich!)

Es ist unglaublich, wenn Direktoren, die frei gewählten Abgeordneten die Not an ihren Schulen schildern, weil Stellen nicht zur Verfügung stehen, um den Unterricht abzuhalten, zwei Wochen später ins Regierungspräsidium einbestellt und verwahrt werden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das riecht schwer!)

Das ist unglaublich. Wir schauen dem nicht länger zu, Herr Kultusminister.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Bei diesem Kultusminister wundert uns nichts!)

Wir werden diese Fälle aufgreifen. Wir leben nicht im Zeitalter des Feudalismus. Das sind die besten Lehrer, die sich kritisch äußern, die sich vor ihre Schüler und die Eltern stellen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Zum Stichwort Eltern: Wie Sie, Herr Minister Rau, den Elternwillen ignorieren, ist schon ein starkes Stück.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Absolut!)

Das ist ein absolut starkes Stück.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Der kann nicht anders!)

Sie wissen, dass das G 8 überwiegend auf Ablehnung stößt – überwiegend!

(Zurufe von der CDU: Stimmt doch gar nicht! – Abg. Stefan Mappus CDU: Das hätten Sie gern! Sie machen ja die ganze Zeit Stimmung dagegen! Sie machen gegen alles Stimmung! Das ist das Einzige, was Sie machen können!)

Eine Schule in Mosbach,

(Abg. Elke Brunnemer CDU: Eine einzige!)

die damals als erste den G-8-Zug aufgegriffen – keine prinzipiellen G-8-Gegner – und umgesetzt hat und die jetzt, nachdem das Zwangs-G-8 für alle eingeführt wurde,

(Zuruf von der SPD: Zwangs-G-8!)

erkennt, dass es einem Teil der Schüler nicht gerecht wird, hat bei einer Vollbefragung der Eltern ihrer Schüler genau dasselbe Ergebnis herausbekommen wie wir bei unserer Befragung im ganzen Land, nämlich dass 70 %, wenn sie die Wahl hätten, G 9 wählen würden.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Darauf reagiert dieser Kultusminister, indem er, ohne dieses Konzept zu kennen, ohne sich damit zu beschäftigen, von vornherein einfach sagt: „Abgelehnt! Die sollen sich mit etwas anderem beschäftigen. Das hat keine Chance auf Genehmigung.“ Das sagt er, ohne dass das Konzept auf dem Tisch liegt. Herr Ministerpräsident, wir erwarten, dass Sie den Kultusminister anweisen, diese Elternanträge ernst zu nehmen und nicht einfach abzuschmettern.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Wie viel Prozent der Eltern haben teilgenommen? Wie viele haben denn an der Umfrage teilgenommen? – Glocke des Präsidenten)

– Noch ein Satz, Herr Präsident.

Ich stelle dann noch fest, dass der Kultusminister seinen Amtschef ein Gegenmodell verkünden lässt, ein amtliches neues G 9, das folgendermaßen aussieht: Die Kinder bleiben sechs Jahre auf dem G 8 und wechseln dann in die elfte Klasse des beruflichen Gymnasiums, um in drei Jahren die Oberstufe zu absolvieren. Das muss man sich einmal vorstellen!

(Claus Schmiedel)

(Ministerpräsident Günther Oettinger unterhält sich mit Minister Helmut Rau. – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Martin Rivoir: Schon weist er ihn an!)

– Okay, es wirkt.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Es zeigt Wirkung! – Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Beifall bei der SPD und des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Man muss sich einmal vorstellen: Da gibt es eine Konzeption, die heißt: Wir striezen die Kinder durch das G 8.

(Abg. Stefan Mappus CDU: So ein Blödsinn!)

– Das ist kein Blödsinn. Sagen Sie es doch Herrn Fröhlich – wo ist er denn? –, der hat es doch regierungsamtlich verschickt. Er hat gesagt: „Weisen Sie die Eltern darauf hin. Informieren Sie sie darüber: Sechs Jahre G 8 plus drei Jahre Oberstufe am beruflichen Gymnasium macht G 9.“

(Heiterkeit des Abg. Ingo Rust SPD – Abg. Ingo Rust SPD: Prima!)

Das ist doch eine amtliche Geschichte der Regierung.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das wundert mich nicht bei diesem Kultusminister!)

Nur, welchen Sinn macht es denn, die Kinder in der Unterstufe und der Mittelstufe zu striezen, um dann zu sagen: „Jetzt parkt ihr in der zehnten Klasse und macht die elfte Klasse inhaltlich noch einmal gleich“? Das ist hinten und vorne nicht ausgegoren.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Unseriös!)

Sie täten gut daran, die ausgearbeiteten guten, fundierten Vorschläge wenigstens einmal zur Kenntnis zu nehmen, sie ernst zu nehmen und dann auch zu realisieren.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei Haushalten gilt der Grundsatz „Wahrheit und Klarheit“. Zu Wahrheit und Klarheit gehört, dass das Konjunkturprogramm II zwar Konjunkturprogramm heißt, aber keines ist.

(Beifall bei den Grünen)

Gerade in Baden-Württemberg leidet die Wirtschaft an Einbrüchen bei den Exporten, beim Verkauf von Autos und bei den Zulieferbetrieben. Heute lesen wir: „Aufträge im Maschinenbau: minus 36 %“. Das ist der Kern der Krise, die uns besonders hart trifft, weil wir ein exportorientiertes Land sind. Bekanntlich exportieren wir keine sanierten Festhallen und keine sanierten Straßen. Aber dahin läuft dieses Programm. Also geht es im Kern gar nicht dorthin, wo es brennt. Das muss wirklich einmal klar sein. Insofern kann ein solches Programm die Krise nicht wirklich lösen.

Das Programm kann auch schon vom Volumen her die Einbrüche gar nicht ausgleichen. Das kann jeder wirklich auf einem Bierdeckel ausrechnen. Das ist jetzt ein Programm im Umfang von 1,2 Milliarden €. Das Bruttoinlandsprodukt von Baden-Württemberg beträgt 350 Milliarden €. Dieser Hinweis gehört zur Klarheit, damit wir nicht den Eindruck erwecken, als wäre das jetzt ein Programm, das die Konjunktur im Kern der Krise antreiben kann.

(Beifall bei den Grünen)

Wir werden auch den Kommunen nicht so viel Geld zur Verfügung stellen, wie hier der Eindruck erweckt wird. Denn durch die in den sogenannten Konjunkturprogrammen I und II eingebauten steuerlichen Mindereinnahmen, durch höhere steuerliche Abzugsfähigkeit von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen, durch die verbesserte steuerliche Absetzbarkeit der Kosten für haushaltsnahe Dienstleistungen und anderes mehr kommen auf die Kommunen in diesem und im nächsten Jahr empfindliche Mindereinnahmen zu. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung rechnet damit, dass bis zu 80 % der Gelder aus den Konjunkturpaketen davon aufgezehrt werden. – Da sollten Sie zuhören, Herr Mappus. Sie gehören ja zur Steuersenkungsfraktion.

(Beifall bei den Grünen)

Das Land verschärft die Situation noch, Herr Ministerpräsident, indem Sie die Mittel aus dem KIF ja nur vorziehen wollen, statt frisches Geld zur Verfügung zu stellen. Daher werden den Kommunen diese Mittel später fehlen. Wenn es vielleicht aufwärtsgeht, kommt es da zu einem Einbruch.

Deshalb sagen wir noch einmal mit aller Deutlichkeit: Nehmen Sie frisches Geld für die Kommunen in die Hand. Wir schlagen dazu die Umwidmung der Mittel für Stuttgart 21 vor.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Dass das die einzige Rücklage ist, die Sie nicht angreifen, Herr Kollege Schmiedel, spricht auch für sich.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Die wäre schon lange nicht mehr da, wenn wir Ihren Beschlüssen gefolgt wären! – Zurufe von der SPD)

In Richtung schwarz-grüne Koalition, nein, schwarz-rote Koalition

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Schwerer Fehler!)

– eine schwarz-grüne hätte einen solchen Blödsinn natürlich nicht gemacht, das ist sicher –,

(Zurufe von der SPD)

also in Richtung schwarz-rote Koalition:

(Abg. Stefan Mappus CDU: Ministerpräsident Kretschmann wahrscheinlich!)

Schuldenfinanzierte Krisenbegrüßungsgelder mit einem Pro-Kopf-Betrag von 100 € pro Kind verpuffen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was?)

(Winfried Kretschmann)

Sie helfen weder der Konjunktur noch wirklich den Familien; sie schaden nur den Haushalten.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Völlig falsch!)

Auch Steuersenkungen haben in einem Konjunkturprogramm nichts verloren. Klare Klimaschutzaufgaben bei der Abwrackprämie hat Herr Glos verhindert. Er ist jetzt perdu und der mögliche Klimaschutzeffekt natürlich mit. Es ist klar, dass solche Maßnahmen kein Vertrauen schaffen, sondern das Vertrauen zerstören. Denn wer soll glauben, dass solche Maßnahmen aus der Krise helfen? Im Gegenteil, sie mindern Vertrauen, weil damit Geld auf Kosten der zukünftigen Generationen verstreut wird.

Die im Paket enthaltenen Infrastrukturmaßnahmen für Länder und Kommunen decken sich im Kern mit dem, was wir vorher schon für sinnvoll erklärt haben: Struktur- statt Konjunkturprogramme.

Die Welt steht vor einem Wandel. Wir müssen neue ökologisch und ökonomisch orientierte Wege beschreiten, Wege, die die neuen Grundlagen für Wohlstand und Arbeitsplätze bilden. Nehmen wir dafür ein wichtiges Beispiel: Die Windkraft liegt weit mehr im wirtschaftlichen Kern unseres Landes als alle Bauprogramme. Sie verweigern unseren Maschinenbauern, Getriebeherstellern und Steuerungstechnikern einen wichtigen Absatzmarkt, nämlich den für Baden-Württemberg.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Dazu kommt: Wir brauchen dafür kein Geld vom Staat. Sie müssten nur endlich Ihren Widerstand aufgeben, die Hindernisse gegen Windkraftanlagen niederreißen. Dann hätten wir in dem Krisenkern ein Konjunkturprogramm in Höhe von 3,5 Milliarden €. Das ist ein Wort. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, hier den Widerstand aufgeben heißt, im Kernbereich unseres Landes etwas gegen die Krise zu tun.

(Beifall bei den Grünen)

Der Bund gibt uns mit diesem Programm jetzt die Möglichkeit, Haushaltsinitiativen zu verstärken, die wir in unserem Programm schon hatten. 50 Milliarden € für den Klimaschutz. Mit der Förderquote von 75 % können wir diese Eigenmittel jetzt vervierfachen. Diese Chance kommt nie wieder. Es geht also nicht nur um die Schnelligkeit der Mittelbereitstellung, sondern auch um die Sicherung von energetischer und klimapolitischer Qualität.

Das heißt ganz konkret: Wir haben nichts gegen die pauschale Vergabe von Fördermitteln an die Kommunen. Es muss aber parallel dazu ein energetischer Verwendungsnachweis erfolgen. Die Kommunen müssen wissen, dass „pauschal“ bedeutet, dass Mittel nicht für irgendetwas, sondern für Energiesparmaßnahmen gegeben werden. Genau so steht es im Bundesgesetz.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hoi!)

Wir wollen also kein Windhundverfahren, aber auch kein langwieriges Antragsverfahren, sondern wir wollen dort, wo es geht, pauschalierte Mittel mit einem strikten energetischen Verwendungsnachweis. Das ist unsere Forderung.

(Beifall bei den Grünen)

An die Adresse des Bundes: Die Vorgaben für die „Zusätzlichkeit“ der Mittel sind nicht nur völlig unrealistisch, sie sind auch völlig unsinnig.

(Beifall bei den Grünen und der FDP/DVP)

Ich muss schon fragen, was für sogenannte Fachleute in dieser schwarz-roten Bundesregierung sitzen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das fragen wir uns auch!)

Sie glauben, dass man den Durchschnitt der Hochphasen der Konjunktur der Jahre 2006 bis 2008 für die Kommunen als Plafond für das Jahr heranziehen kann, in dem es in die Krise geht. Das ist doch völlig aberwitzig.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Wenn es so wäre, dass die Kommunen in Zeiten der Krise noch draufsatteln könnten,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wo er recht hat, hat er recht!)

dann, muss man sagen, gäbe es keine Krise. Das ist doch ein Treppenwitz.

(Beifall bei den Grünen)

Ich kann nur hoffen, dass Sie diesen Quatsch, der da beschlossen wurde, bei den Beratungen im Bundesrat ersatzlos vom Tisch bekommen.

Unser Motto heißt nicht „Viel hilft viel“, sondern „Richtig hilft viel“. Wir wollen nicht nur in erster Linie Geld verteilen, sondern den Wandel bewirken. Wir wollen, dass Baden-Württemberg nach der Krise besser dasteht, weil der Energieverbrauch und damit die laufenden Kosten in den Kommunen, den Betrieben und den privaten Haushalten durch die energetische Sanierung gesunken sind.

Solide Grundlagen brauchen wir auch im Landeshaushalt. Ihr Haushalt, Herr Ministerpräsident, steht aber auf tönernen Füßen. Die Haushaltsrisiken lassen nämlich den zukünftigen Handlungsspielraum zusammenschrumpfen wie einen Luftballon, aus dem die Luft entweicht.

Ich nenne als Risiko Nummer 1: Steuerausfälle. Schon der Horizont der mittelfristigen Finanzplanung zeigt die Lücken auf. Die Deckungslücken bis zum Jahr 2012 betragen 4,5 Milliarden €. Das sind 4,5 Milliarden € an Ausgaben, denen keine Einnahmen gegenüberstehen. Herr Finanzminister, wir haben Sie im Ausschuss gefragt, wie Sie diese Deckungslücken schließen wollen. Ihre Antwort: „Das wird man dann sehen.“ Herzlichen Glückwunsch zu dieser vorsorgenden Finanzpolitik!

Was auch immer Sie sehen, Herr Finanzminister – wachsende Steuereinnahmen, die wie in der Vergangenheit alle Probleme kaschieren können –: Das wird es in den nächsten Jahren nicht geben. Der Einbruch der Steuereinnahmen wird kommen, und es werden mehr sein als die 180 Millionen € aus der November-Steuerschätzung. Die Wachstumsprognose der EU-Kommission für Deutschland in diesem Jahr be-

(Winfried Kretschmann)

trägt 0,0 %, und wenn es so käme, könnten wir noch froh sein.

Schauen Sie doch hinaus. Glauben Sie, dass Unternehmen, die in diesem Jahr Einbrüche von 30 % haben, im nächsten Jahr noch Steuern bezahlen? Das ist doch völlig abwegig. Mit Blick auf Wahrheit und Klarheit müssen wir angesichts dieser Situation der mittelfristigen Finanzplanung mit einem weiteren Minus von etwa 2 Milliarden € rechnen. Das ergibt zusammen eine Deckungslücke von 6,5 Milliarden € bis zum Jahr 2012. Herr Finanzminister, Herr Ministerpräsident, da kann man nicht „einmal schauen“, sondern es ist klar, dass dies ohne Aufgabenkritik überhaupt nicht zu bewältigen ist.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt komme ich zum Risiko Nummer 2: Steuersenkung. Die Landesregierung schickt sich jetzt auf einmal an, im Bundesrat einer weiteren Steuersenkung der schwarz-roten Bundesregierung zuzustimmen, aber Herrn Mappus und Herrn Noll reicht das immer noch nicht. Sie sprechen von noch größeren Steuersenkungen,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Hut ab, Herr Kollege!)

natürlich immer bei gleichzeitiger Nullneuerschuldung. Herr Mappus und Herr Noll, Sie betreiben hier ganz klar finanzpolitischen Populismus. Es geht Ihnen nicht um die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen, es geht Ihnen nur um reinen wahlpolitischen Stimmenfang und um Volksverdummung.

(Beifall bei den Grünen)

Ein Beispiel für diese Volksverdummung hat Kollege Mappus in der letzten Plenarsitzung geliefert, in der er behauptet hat:

Meine Damen und Herren, wenn ein Gas- und Wasserinstallateur bzw. eine -installateurin, 40 Jahre, verheiratet, zwei Kinder, im Tarifgebiet Baden-Württemberg mit einem Monatsverdienst von bisher 2 300 € nun 4 % mehr Lohn erhielte, dann würde deren Steuerlast in der Steuerprogression um 22 % ansteigen, plus steigende Sozialausgaben. Diese Person hat am Ende der Gehaltserhöhung, wenn es schlecht läuft, netto weniger als vor der Gehaltserhöhung.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Da hat jemand einfach den Grenzsteuersatz mit dem Durchschnittssteuersatz verwechselt.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Peinlich, peinlich!)

Schauen wir uns das einmal an. Es ist so: Im Jahr 2000 netto 1 383 €, im Jahr 2008 1 419 €. Eine Anhebung um 4 % macht 43 € im Jahr 2000 und 48 € im Jahr 2008 aus. Bei einem Verdienst von 2 082 € sind es im Jahr 2000 8 € mehr, im Jahr 2008 54 € mehr. Bei einem Verdienst von 4 346 € sind es im Jahr 2000 102 € mehr, im Jahre 2008 99 € mehr.

Das sind die Fakten, und das, was Sie betreiben, ist, das Volk für dumm zu verkaufen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Das haben wir jetzt alle verstanden!)

Das ist nichts anderes als steuerpolitische Desinformation. Das sind Zahlen, die wir beim Finanzministerium nachgefragt haben.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Gott sei Dank sind Sie kein Steuerberater!)

Es ist klar, wenn man heute Steuersenkungen macht, dann sind das Steuersenkungen auf Pump. Dann, Herr Ministerpräsident, können wir in der Föderalismuskommission nicht gleichzeitig beschließen, dass die Länder ab dem Jahr 2020 laut Verfassungsgebot keine Schulden mehr machen dürfen. Das kann überhaupt nicht funktionieren und ist Populismus.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Risiko Nummer 3: Von allen Haushaltsrisiken ist Stuttgart 21 das ärgerlichste – viel Geld, hohes Risiko und verkehrspolitisch nicht sinnvoll. Falls Sie dieses Projekt beginnen sollten, dann mit höchst ungewissem finanziellen Ausgang. 2,8 Milliarden € plus 1,4 Milliarden € – erste Runde der Kostensteigerung. Das ist heute der formale Stand für das Gesamtprojekt. Mindestens 5 Milliarden € – in heutigen Preisen – werden es nach dem Gutachten von Vieregg-Rößler sein, Herr Kollege Schmiedel. Das wollte die Regierung übrigens seit seinem Erscheinen im Juli letzten Jahres schriftlich widerlegen. Aber gekommen ist nur heiße Luft.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Es werden immer mehr Quellen, die das konkret aufzeigen. Der Bundesrechnungshof ist mit seiner Prüfung noch immer nicht fertig. Das SPD-geführte Bundesverkehrsministerium hat 2008 selbst eine Analyse zu den Großprojekten des Bundes veröffentlicht. Bei Straßentunneln müssen seit 2005 Preissteigerungen von bis zu 30 % einkalkuliert werden. Eine nahezu exorbitante Preissteigerung in Höhe von 60 % ist beim Eisenbahnbau, besonders bei Tunnelprojekten, zu verzeichnen.

Auch wenn wir da inhaltlich nicht zusammenkommen, Herr Ministerpräsident: Sie müssen den Menschen über die Kosten dieses Projekts reinen Wein einschenken. Alles andere führt nur zu Demokratieverdrossenheit.

(Beifall bei den Grünen)

Risiko Nummer 4: die Landesbank Baden-Württemberg. Die Löcher bei der Landesbank werden immer größer.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Na, na, na!)

– Das ist nun wirklich so. Sie haben das schon einmal schön geredet, Herr Scheffold. Halten Sie sich zurück.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das hat mit Schönreden nichts zu tun! Vergleichen Sie es doch einmal mit anderen Zahlen!)

Das kann bei den strukturellen und den konjunkturellen Problemen, die sich auf die LBBW auswirken, auch niemanden wundern. Es tritt genau das ein, was ich in der letzten Debatte vorausgesagt habe:

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

(Winfried Kretschmann)

Wenn es zu dieser Krise kommt, Betriebe Liquiditätsschwierigkeiten haben oder gar in die Insolvenz gehen, dann werden sie bei Tilgung und Zinsen logischerweise Probleme bekommen. Die bekommt dann natürlich die LBBW zu spüren, gerade im Bereich der Großkonzerne, wo die Krise besonders heftig zuschlägt. Genau das hören wir jetzt, dass eine erhöhte Risikovorsorge der LBBW erforderlich ist. Das haben wir Ihnen schon damals gesagt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD:
Das kann man doch nicht kritisieren! Das ist doch
völlig normal!)

Es ist klar: Es gibt für sieben Landesbanken in Deutschland kein funktionierendes Geschäftsmodell. Deswegen haben wir vorgeschlagen, das Ganze langfristig auf eine Landesbank zu fokussieren

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

und Schritte dahin einzuleiten, jetzt zu Fusionen zu kommen, die ein tragfähiges Geschäftsmodell für die Zukunft haben. Andernfalls wird das ein Fass ohne Boden.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Darum ist die geplante Kapitalspritze an die LBBW falsch. Wir werden ihr nicht zustimmen und werden sie bekämpfen. Es ist doch klar, dass sich in den Sparkassen immer größerer Widerstand dagegen manifestiert. Es kann in der Krise doch nicht Sinn der Sache sein, dass wir die Eigenkapitalbasis der Sparkassen vor Ort schwächen, indem wir sie zwingen, mit in die zusätzliche Kapitalfinanzierung der LBBW zu gehen. Denn wir wissen doch ganz genau: Wenn uns jemand aus der Krise zieht, dann sind es die regionalen, die mittleren und die kleinen Betriebe, unsere mittelständischen Betriebe. Sie werden der Motor aus der Krise heraus sein. Da herrscht noch überhaupt keine Kreditklemme. Wenn wir jetzt aber die Sparkassen in der Region schwächen, dann kann das nur ins Auge gehen. Das hielten wir für grottenfalsch.

(Beifall bei den Grünen)

Man sieht daran, wie dieser Umtrieb der Konjunkturpakete die Maßstäbe der Politik offensichtlich ruiniert, so als seien 1,8 Milliarden € oder vielleicht noch mehr einfach Geld, das keine Rolle mehr spielt. Ich weiß einfach nicht mehr, was ich dazu sagen soll, dass man dieses Risiko für den Haushalt eingehen will und nicht unter den Bundesschirm des SoFFin geht. Das wäre in dieser Zeit die richtige Maßnahme. Wenn es dann schlimmer kommt, haben wir immer noch Reserven im Land, um noch etwas zu tun. Wenn wir jetzt die Kapitalspritze tätigen, sind die Reserven weg.

Es müssen dazu einige Bedingungen beim SoFFin, wie die Laufzeiten, geändert werden. Das ist möglich. Der Druck ist da. Ich fordere Sie auf, das zu tun und davon abzugehen, aus dem Haushalt oder aus einem Schattenhaushalt, was überhaupt nicht besser wäre, diese Kapitalspritze zu tätigen, die unseren Haushalt über den Haufen werfen und in eine massive Verschuldung führen würde.

(Beifall bei den Grünen)

Herr Ministerpräsident, deswegen muss ich sagen: Sie sind kein ambitionierter Haushaltssanierer. Denn statt an den struk-

turellen Defiziten des Haushalts substanziell etwas zu ändern, haben Sie eben nur die sprudelnden Einnahmen mitgenommen und eine einmalige Nettonull daraus gemacht, und statt eines sanierten Haushalts haben wir Jahr für Jahr eine Deckungslücke von 1 bis 2 Milliarden € in der eigenen Finanzplanung. Dabei sind die Pensionsverpflichtungen, die der Kollege Schmiedel schon angesprochen hat, noch gar nicht dabei. Also kann keine Rede davon sein, hier sei strukturell gespart worden.

(Beifall bei den Grünen)

Im Kern fehlt es der Landespolitik, die Sie in der Bildung und auch auf vielen anderen Gebieten führen, an Substanz, Richtung und Orientierung. Wohin geht die Bildungsreise im Land? Eine Bildungsoffensive im Umfang von 500 Millionen €, von denen in diesem Jahr gerade 30 Millionen € ankommen, die vermurkste Werkrealschule!

(Abg. Andreas Hoffmann CDU: Na, na, na!)

Da gilt der Satz des Kollegen Mappus von heute Vormittag: Geld allein ersetzt noch keine Politik. Dafür ist die verfehlte Bildungspolitik ein Ausweis. Sie gestalten keinen Wandel, weil es Ihnen an solcher Orientierung fehlt.

Das sieht man beim Auto. Als die EU ihre Richtlinie einführen wollte, die einen CO₂-Ausstoß von höchstens 120 g/km vorsah, haben Sie persönlich zusammen mit Ihrer schwarzen Bundesregierung die Einführung dieser Grenzwerte massiv verhindert. Die Grenzwerte sind jetzt stark verwässert worden. Vor zwei Wochen haben Sie dann hier in Stuttgart erklärt: „Die Fahrzeugbauer haben auf den Motorschauen zu lange auf breite Reifen und PS geschaut, als der Kunde schon etwas anderes verlangte.“ Das ist die Methode: Haltet den Dieb! Erst ruiniert man die Richtlinien, die die Automobilindustrie dazu bringen sollten, endlich andere Autos zu bauen, und wenn man sie ruiniert hat, schlägt man sich schnell auf die andere Seite und kritisiert die Autokonzerne. Ich meine, das ist ziemlich durchsichtig und jedenfalls kein Ausweis für eine klare Orientierung.

Deswegen, Herr Ministerpräsident: In der Krise zählen klare Linien, Mut und Entschlossenheit beim Haushalten, Wahrheit und Klarheit. Die Landesregierung lässt dies vermissen.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute in wortwörtlich stürmischer Zeit den Haushalt sozusagen des Steuermanns des Regierungsschiffs hier in Baden-Württemberg. Ich glaube, dass man sich gerade in stürmischer Zeit über alle aktuellen Themen hinweg fragen muss: Stimmt der Kompass,

(Abg. Peter Hofelich SPD: Der Kurs!)

stimmt denn das, was wir uns in dieser Regierungskoalition gemeinsam vorgenommen haben?

Ich glaube, gerade in der Krise zeigt sich: Es war richtig, dass wir in guten Zeiten, als die Steuerquellen gesprudelt sind,

(Dr. Ulrich Noll)

Rücklagen gebildet haben und nicht Ihren Wünschen gefolgt sind, das Geld praktisch nach dem Motto „Von der Hand in den Mund“ auszugeben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Auch in stürmischer Zeit gilt das!)

Das unterscheidet unser Handeln in der Tat von dem der Bundesregierung und übrigens auch von dem in früheren Krisenzeiten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das war doch immer das Problem: Wenn Sie einmal in die Historie der Bundesrepublik schauen, stellen Sie fest, dass es mehrere Krisen, mehrere Konjunkturprogramme gegeben hat. Selbstverständlich stimmen wir auch hier im Land und im Bund der Feststellung zu, dass wir antizyklisch handeln müssen, dass wir, wenn sich die Wirtschaft schwertut, in sinnvolle Maßnahmen investieren müssen. Aber in guten Zeiten müssen wir dann die Schulden wieder ein Stück weit zurückführen und die Staatstätigkeit wieder etwas zurückfahren. Ich glaube, es ist das Markenzeichen dieser Regierung Oettinger, getragen von CDU und FDP/DVP, dass wir über Jahre hinweg eine solide Haushaltspolitik gemacht haben, die uns jetzt, wenn es schwieriger wird, die Luft zum Atmen gibt.

(Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es!)

Lieber Herr Kretschmann, zu Ihrem Vorwurf von Volksverdummung

(Abg. Thomas Blenke CDU: Unverschämtheit!)

möchte ich doch eines sagen: Wenn Sie sagen, wir schaffen jetzt die einmalige Nettonull, dann haben Sie da zumindest schon 50 % weggelassen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir haben die Nettonull nämlich schon 2008 gehabt.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! – Abg. Werner Raab CDU: Richtig!)

Das sollten die Menschen hier im Land auch wissen. Es ist eine große Leistung, dass wir auch jetzt, mit dem vorgelegten Haushalt 2009, wieder die Nettonull halten können – im Gegensatz zu allen anderen, vor allem mit Blick auf den Bund –, und zwar trotz des zusätzlichen Investitionsprogramms, das wir durchführen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sicher nicht mit einer Kapitalspritze an die LBBW!)

Das ist deshalb so, weil wir in guten Zeiten sparsam mit dem Geld der Steuerzahler umgegangen sind.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten bei Haushaltsberatungen immer daran denken: Es ist nicht unser Geld, sondern es ist das Geld der Steuerzahler,

(Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Genau!)

das wir im Moment in großem Umfang verteilen. Wir stehen dazu. Aber manches ist doch immer wieder einmal mit heißer Nadel gestrickt. Das sieht man gerade dann, wenn man das Konjunkturprogramm II der Bundesregierung anschaut.

Von Theodor Heuss, dessen 125. Geburtstag wir gerade gefeiert haben,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was hat denn der mit dem Konjunkturprogramm zu tun?)

stammt der Spruch: „Baden-Württemberg als Modell deutscher Möglichkeiten“.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Ja, genau!)

Ich glaube, gerade auch in der Krise zeigt Baden-Württemberg, wie dieses Modell zukünftig aussehen kann. Deswegen bin ich dem Ministerpräsidenten sehr dankbar, dass er dieses Markenzeichen einer soliden Haushaltspolitik hochhält. Das heißt ja, auf kommende Generationen keine Schulden und damit keine neuen Steuern und neuen Belastungen zu übertragen, sondern nachhaltig zu agieren: in der Ökologie, in der Wirtschaft und auch im Gebaren der öffentlichen Hände. Jetzt ist die Saat zu säen, damit künftig auch in anderen Ländern solide Haushalte gestaltet werden. Das ist – zugegebenermaßen vielleicht nicht mit Blick auf 2011 – das, was Erfolg verspricht.

Aber wenn wir überhaupt den Horizont sehen wollen, hier in der Bundesrepublik alle Länder – übrigens auch den Bund – auf den Pfad zu einer Selbstverpflichtung, nicht immer weitere Schulden aufzunehmen, zu bringen – wenn wir das schaffen könnten –, dann, glaube ich, müssen wir gemeinsam schauen, lieber Kollege Mappus und lieber Herr Ministerpräsident, welchen Preis das Land Baden-Württemberg dafür möglicherweise zu zahlen bereit ist. Für das jedenfalls, was ursprünglich einmal angedacht war, dass wir wieder in eine relativ weiche Verschuldungsmöglichkeit in Höhe von 0,5 % des Bruttoinlandsprodukts gehen, würden wir hier in diesem Haus, glaube ich, schwerlich eine Mehrheit finden,

(Beifall bei der FDP/DVP)

nachdem wir immer wieder beklagen, dass es nicht so weitergehen kann, dass wir letztendlich in allen Bereichen immer zu den Zahlern gehören und das sauer verdiente Geld der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zu großen Teilen in andere Länder geht.

Das gilt übrigens nicht nur für den Haushalt, sondern auch an vielen anderen Stellen. Ich darf nur daran erinnern: Der Gesundheitsfonds ist ein Punkt, bei dem wieder etwas zulasten der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land draufgesattelt wird – übrigens auch der Unternehmen und der Handwerker, die sich bitter beklagen, weil erst jetzt klar wird, was diese Fehlkonstruktion Gesundheitsfonds letztendlich bedeutet.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es! Weg damit! Weg damit!)

Das betrifft übrigens auch jeden, der oben auf der Zuhörertribüne sitzt, weil die meisten an dieser Beitragsbelastung – es ist nicht nur eine Steuerbelastung, sondern auch eine Beitragsbelastung – sozusagen negativ teilnehmen. Lieber Kollege

(Dr. Ulrich Noll)

Schmiedel, es zeugt doch nur von schlechtem Gewissen, wenn Sie jetzt in Ihrem Konjunkturprogramm den Beitragssatz von 15,5 % um 0,6 Prozentpunkte aus Steuergeldern absenken wollen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Steuerfinanziert!
– Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! Weg damit!
– Abg. Ute Vogt SPD: Die meisten sind bei der AOK!
Aber das wissen Sie halt nicht!)

Was heißt das denn? Steuergelder zahlen die Baden-Württemberger doch auch überproportional. Wir sind also an dieser Entlastung wieder überproportional beteiligt. Das halte ich nicht für eine seriöse Politik.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Ordnungspolitische Tricks der SPD!)

Das Gesundheitswesen ist ja auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Der Wirtschaftsminister hat immer wieder einmal darauf hingewiesen, dass das Gesundheitswesen ein Wirtschaftszweig ist,

(Abg. Ute Vogt SPD: Es spricht der getroffene Arzt!)

in dem hier im Land Baden-Württemberg bald jeder achte Arbeitsplatz angesiedelt ist.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Ich glaube, manche haben ein bisschen zu sehr schön geredet, was seit 1. Januar mit dieser Reform auf uns zukommt.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wir nicht!)

Ich wünsche mir schon, lieber Ministerpräsident Oettinger, dass wir auch da anhand des Kompasses der Nachhaltigkeit neu justieren. Ich hoffe nur, dass auch in der Bevölkerung die Einsicht wächst, dass ein radikaler Wechsel erfolgen muss – ich hoffe, er kommt mit der Bundestagswahl –,

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Modell für Deutschland!)

der an dieser Stelle zwar nicht alles glänzend machen wird, aber, wie ich meine, die Fehlentwicklungen doch auf jeden Fall wird rückgängig machen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bezüglich des Themas Nachhaltigkeit darf ich mich einmal mit Ihnen, lieber Herr Schmiedel, beschäftigen. Da höre ich jetzt – –

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jetzt einmal zum Haushalt!)

– Hier haben viele schon über vieles gesprochen, nur nicht über den Haushalt der Landesregierung.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Legt doch einmal ein Programm vor!)

Was den Haushalt der Landesregierung angeht, so müssen wir – das ist bedauerlich – sehr schnell Entscheidungen bezüglich unseres eigenen Investitionsprogramms treffen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wo ist es denn? Womit soll ich mich denn beschäftigen?)

– Ja, wo ist es denn? Herr Schmiedel, Sie wissen doch so gut wie ich, dass das Konjunkturprogramm II der Bundesregierung erst dann gilt, wenn es durch den Bundesrat gekommen ist. Es ist doch noch längst nicht so weit!

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das eigene könnt ihr doch vorlegen! Wo ist denn das eigene? – Weitere Zurufe – Unruhe)

Weil wir vernünftigerweise bei allem, was wir tun, darauf achten, dass wir nicht doppelt gemoppelt arbeiten, sondern die Arbeiten synchronisieren,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Beifall des Abg. Dieter Hillebrand CDU – Abg. Dieter Hillebrand CDU: So ist es!)

sind wir in intensiven Gesprächen.

Lassen Sie mich zum Konjunkturprogramm II etwas sagen. Da sind wir uns – und da muss ich jetzt wirklich einmal auch den Kollegen Kretschmann loben – zwischen CDU und FDP/DVP hier im Land auch sehr einig: Die Kriterien, die da gelten sollen, vor allem bezüglich der „Zusätzlichkeit“,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Absoluter Quatsch!)

sind wirklich Murks; sie sind völlig kontraproduktiv im Hinblick auf das Ziel, das man erreichen will. Wir werden – die Zusage haben wir auch vom Finanzminister – selbstverständlich gemeinsam versuchen, in der Verwaltungsverordnung Änderungen bezüglich dieses Kriteriums herbeizuführen. Am besten, solche Kriterien fielen ganz weg, denn dann könnte alles schneller wirken.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Zu dem Vorwurf der „klebrigen Finger“:

(Abg. Peter Hofelich SPD: Hände!)

Auch hier ist die Opposition natürlich wieder einmal herumgerannt und hat erzählt, das Land wolle nur die Hälfte weitergeben. Für uns war von Anfang an klar, dass wir, nachdem der Bund entschieden hat, dass 70 % an die Kommunen und 30 % an das Land fließen sollen, die 70 % an die Kommunen geben,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das hat doch der Stächele in die Welt gesetzt!)

und zwar so flexibel wie nur irgend möglich.

Über die Frage der Pauschalierung kann man sicher reden. Wir sind im Gespräch mit den Kommunen. Allerdings müssen Sie eines auch einmal sehen: Wenn Sie beispielsweise in die Krankenhausförderung investieren wollen – und das ist zunehmend ein Thema in den Landkreisen und insbesondere auch in den großen Städten – –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Da gibt es genügend Anträge! Da gibt es einen Antragstau! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

(Dr. Ulrich Noll)

– Da ist aber das Problem, dass das nur über ein Landesprogramm finanziert werden kann. Deswegen: Pauschalieren, soweit möglich, aber selbstverständlich muss auch ein Korridor offengehalten werden. Ich glaube, hierüber sind wir in guten Gesprächen mit der kommunalen Ebene mit dem Ziel, dies gemeinsam hinzubekommen.

Lassen Sie mich doch einmal zum Kompass „Konsolidierung, Investitionen“ – und zwar Investitionen vor allem in die prioritären Bereiche, nämlich Bildung – etwas sagen. Herr Kollege Schmiedel hat das auch bereits angesprochen. Wer jetzt so tut, als hätten wir mit der Qualitätsoffensive Bildung nicht tatsächlich Geld in die Hand genommen – Geld ist nicht alles –, der täuscht sich.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wo ist es denn? – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ihr verjuxt es doch mit euren Anträgen!)

Wir haben Geld in die Hand genommen. Es kann nicht oft genug betont werden: Es ist Geld, das wir aus festen Rücklagen entnommen haben. Es handelt sich nicht etwa um Geld, das wir jetzt der Krise wegen nicht mehr zur Verfügung hätten. Wir sind mit dem neuen Haushalt dabei, erste Teile dieser Qualitätsoffensive – die zunächst ja nur Eckpunkte waren – ganz konkret haushaltstechnisch zu definieren und zu beschließen. Da haben wir in den letzten zwei Wochen doch das eine oder andere richtig gemacht.

Ich nenne ein Beispiel: Was ist denn für die Lehrerinnen und Lehrer tatsächlich Motivation? Diese Frage stellt sich übrigens genauso im Finanzbereich oder bei der Polizei. Da haben wir nun nachgelegt und erreicht, dass wir etwas Luft für die beste aller denkbaren Motivationsformen im öffentlichen Dienst haben, nämlich Beförderungsmöglichkeiten zu schaffen. Bei den Hauptschullehrern, den Fachlehrern, den Polizeidirektionsleitern, den Finanzamtsleitern, also überall, wo es möglich und wo es dringend war, haben wir genau diesen Motivationsschub – aus den Mitteln, die schon reserviert waren – ausgelöst.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das wäre nicht nur an der Spitze wichtig, sondern auch unten! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Auch unten! Das wäre unter sozialen Aspekten wichtig!)

– Lassen Sie mich beim Stichwort „unten“ noch einmal zu den Themen Kompass und Konjunkturpaket kommen. Herr Schmiedel, Sie loben sich dafür, den Hans oder wie auch immer Sie ihn nennen, massiv zu entlasten. Das nenne ich schon gelungen!

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

– Doppelt so viel? Wie viel wäre es bei den Kindern nach Ihrem „Ding“ gewesen?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Insgesamt für Familien 700 €!)

Für das Kind wären es 200 € gewesen – einmal pro Jahr.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: 400 €!)

Also Leute, ist das nicht Volksverdummung, wenn man sagt: „2 500 € Abwrackprämie und für ein Kind einmal 200 € im

Jahr“? Wer da von Familienentlastung redet, der betreibt ein bisschen Volksverdummung.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie haben doch gar keine gemacht! – Abg. Reinhold Gall SPD: Was wäre denn Ihr Vorschlag?)

Das Zweite: Von Herrn Kretschmann kam die Aussage, Mappus und Noll würden mit ihrer Forderung nach Entlastung der Bürgerinnen und Bürger Volksverdummung betreiben.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Dann kam der Nachsatz: „Ihr wollt wieder die Reichen entlasten.“ Dazu darf ich Ihnen einmal etwas sagen.

(Heiterkeit des Abg. Stefan Mappus CDU – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ruhe!)

Das klingt ja immer so toll. Aber durch den nie geänderten Tarifverlauf über 20 Jahre hinweg ergab sich folgende Entwicklung

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

– ja, ich nehme bewusst diese Zahlen –: Vor 20 Jahren musste derjenige den Spitzensteuersatz zahlen, der das 18-Fache des Durchschnittseinkommens oder noch mehr verdient hat. Dreimal dürfen Sie raten: Wer zahlt heute bereits den Spitzensteuersatz? Jeder, dessen Einkommen höher als das 1,4-Fache des Durchschnittseinkommens ist.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Genau! Die kalte Progression!)

Das sind die „Reichen“, die wir entlasten wollen, die, die Sie durch den Tarifverlauf als reich definieren. Das fängt im unteren und mittleren Bereich an. Wir bleiben dabei, dass wir in diesem Bereich mit diesem Thema sehr zögerlich umgehen.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Sehr gut, Uli!)

Noch einmal, auch an dieser Stelle: Ich glaube, die Menschen draußen werden sagen: „Da schnürt ihr zwei Konjunkturpakete im Wert von 400 Milliarden € und im Wert von 50 Milliarden €, alles für gute, sinnvolle Investitionen, wie wir hoffen, gleichzeitig aber“ – und das sagen mir viele Bürgerinnen und Bürger zu Recht – „verdummt ihr uns, wenn offensichtlich 20 oder 30 Milliarden € nicht bereitgestellt werden können, um uns zu entlasten, während 500 Milliarden € ohne Weiteres, mit einem Federstrich machbar sind.“ Da sollte man schon ehrlich sein.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich glaube auch darauf hinweisen zu dürfen, dass die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger ja eines bringt, was wir im Exportland Baden-Württemberg gerade dringend brauchen: Wenn wir schon Probleme im Exportbereich haben, dann leben wir doch, auch wenn wir das nicht ganz ausgleichen können, ein Stück weit von der Binnenkonjunktur. Was wird denn am besten angekurbelt, wenn ich den Bürgerinnen und Bürgern mehr netto von dem in der Tasche lasse, was sie brutto verdienen? Dann brauchen Sie nicht branchenspezifisch Konjunkturprogramme zu betreiben, sondern können die Wirt-

(Dr. Ulrich Noll)

schaft in diesem Land über alle Branchen hinweg nach Ihren Wünschen ankurbeln.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wenn dann noch sozusagen das Ausgabevolumen des Staates von manchen als unangreifbar und als konstant dargestellt wird, sagen wir: Das sehen wir anders. Das haben wir in Baden-Württemberg bewiesen. Ich nenne das Stichwort Haushaltsstrukturkommission. Dieses Problems muss man sich dann eben auch einmal auf Bundesebene annehmen, indem man uns folgt: Die FDP-Fraktion im Bundestag hat das sogenannte Sparbuch vorgelegt, in dem alle diese Einsparungen ganz konkret nachlesbar sind, übrigens auch im Internet.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Welche Sachen wollen Sie denn streichen?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden also zusammen mit den Kommunen bis zum nächsten Mittwoch – das muss relativ schnell gehen – insbesondere über die Verteilung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II weiter diskutieren und Ihnen dann ein gutes Ergebnis vorlegen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Lauter Sachen, die nicht gehen! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Drexler, ruhig bleiben! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was kostet denn Ihr Steuersenkungsprogramm? – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sie machen doch Steuersenkungen auf Pump!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch etwas zu folgendem Thema sagen: Die Menschen im Land verstehen ja manchmal nicht so ganz, was wir hier drin so an Details diskutieren.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie verstehen doch selbst nicht, was Sie sagen!)

Ich glaube, darauf hat der Kollege Mappus deutlich hingewiesen. Wir müssen die Sorgen der Menschen z. B. um ihren Arbeitsplatz sehr ernst nehmen. Da muss man, glaube ich, durchaus auch einmal ein Lob als Opposition auf Bundesebene loswerden, und zwar dafür, dass in der Vergangenheit Reformen, von denen Sie sich teilweise klammheimlich wieder verabschieden wollten,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wer? Die!)

dazu geführt haben, dass die Tarifpartner derzeit in der Krise sehr viel flexibler und verantwortungsbewusster handeln können. Da meine ich beide Seiten, die Arbeitnehmerseite mit den Gewerkschaften und die Arbeitgeberseite, die sehr verantwortlich mit dieser Situation umgehen. Ich kann nur betonen, dass das, was in den kleinen Unternehmen immer üblich war, dass man nicht bei jeder Krise erst einmal Leute hinauswirft, sondern schaut, wie man das Ganze überbrücken oder untertunneln kann, wirklich verinnerlicht worden ist. Da wollen wir selbstverständlich zusammen mit dem Wirtschaftsministerium dafür sorgen, dass dort, wo es Liquiditätsengpässe gibt, diese durch die Ausweitung unserer Bürgerschaftsmöglichkeiten beseitigt werden,

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

und damit Luft schaffen, um diese Krise, die hoffentlich in einem Jahr oder in anderthalb Jahren überwunden sein wird, überwinden zu helfen, soweit wir es letztendlich können.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wenn ich gerade beim Thema Banken bin: Sie alle hören doch jeden Tag von Ihrer örtlichen Sparkasse, von Ihrer örtlichen Volksbank: „Wir haben schon immer unser Geschäft darin gesehen, dem Privatkunden und dem kleinen oder mittelständischen Unternehmen Kredit zu gewähren.“ Diese Leute brauchen sich über Geschäftsmodelle nicht belehren zu lassen.

Es ist in der Tat richtig, dass man darüber nachdenken muss, welche Ziele man mit den Landesbanken – auch mit unserer Landesbank – letztendlich anstrebt.

Lassen Sie mich an dieser Stelle den Wunsch oder den Appell loswerden, gerade unsere Partner, die Kreissparkassen, zu respektieren und zu versuchen, gemeinsam mit ihnen im Boot zu bleiben. Wir sehen natürlich schon die Befürchtungen. Was Kollege Kretschmann an die Wand gemalt hat, muss – je nachdem, wie man diese Kapitalaufstockung gestaltet – natürlich im Auge behalten werden.

Ich denke, wir müssen gemeinsam mit den Kreissparkassen und somit der örtlichen Ebene versuchen, eine Lösung zu finden, die – das ist meiner Meinung nach ganz wichtig – das Ziel der Nullnettoneuverschuldung letztlich nicht kaputt macht. Denn eines ist auch klar: Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich gänzlich ungeniert. Wenn wir, mit welcher guten Begründung auch immer, das Ziel der Nullnettoneuverschuldung aufgeben sollten, hätte ich große Sorge, dass dann Dämme brechen, die wir bisher Gott sei Dank halten konnten.

(Beifall bei der FDP/DVP – Unruhe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Thema Bildung ist jetzt mehrfach angesprochen worden. Ich glaube, dass wir – auch die Opposition – die Chance einräumen sollten, dass die jetzt eingeleiteten Entwicklungen im Bereich der frühkindlichen Bildung zur Wirkung kommen, da, wo wir wirklich Geld in die Hand nehmen und noch mehr Geld in die Hand nehmen müssen – das wissen wir wohl –,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Dann machen Sie es doch!)

wenn es um Sprachförderung geht.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Seit 2000 haben Sie es verhindert!)

Was wir jetzt in den Bereichen Grundschule, Hauptschule und Werkrealschule tun, wird nicht schon übermorgen alles in idealer Weise gestalten. Wir sollten den Menschen vor Ort – wenn wir ihnen mehr Autonomie geben – aber zutrauen, dass sie sich auf den Weg machen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist doch Theorie! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wovon reden Sie denn?)

Jetzt haben Sie im Finanzausschuss doch gesehen – Lieber Herr Schmiedel, auf Ihr Schmäckerl, wie das Kultusministerium mit einem Rektor umgeht, will ich Ihnen ein Gegen-

(Dr. Ulrich Noll)

schmankerl erzählen. In der Finanzausschusssitzung am vergangenen Donnerstag haben wir mehr Autonomie im Bereich von Personalbudgets und die Möglichkeit, Stellen in Mittel umwandeln zu dürfen, angesprochen. Das war lange vereinbart, und es hat ein bisschen länger gedauert, das auch haushaltstechnisch im Staatshaushaltsgesetz umzusetzen, damit das ab 2009 konkret angewandt werden kann.

Ich habe mir erlaubt, darüber auch die Eltern und Lehrer in meinem Wahlkreis zu informieren. Wissen Sie, wer mich heftigst kritisiert hat?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Frau Vossschulze!)

Ein SPD-Fraktionsvorsitzender in einer großen Stadt auf den Fildern, der behauptet hat, ich würde die Leute in die Irre führen und für Irritationen sorgen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wahrscheinlich hat er sogar recht! – Abg. Stefan Mappus CDU: Der war von Herrn Schmiedel geschickt!)

– Er ist übrigens Realschulrektor.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Immer, wenn wir über Kooperationen gesprochen haben, hatte ich das Gefühl, dass Sie hier völlig anders reden als Ihre Genossen vor Ort. Wo Sie Verantwortung tragen, handhaben Sie das anders.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Wahrscheinlich haben Sie den Leuten wieder nicht die Wahrheit erzählt!)

Für uns stimmt mit dem vorgelegten Haushalt jedenfalls der Kurs. Wir werden ihn noch mit dem Konjunkturprogramm des Bundes synchronisieren müssen. Aber ich bin sicher, dass wir mit dem Steuermann Günther Oettinger und der Mannschaft aus CDU und FDP/DVP das Land Baden-Württemberg auch in dieser krisenhaften Zeit immer auf gutem Kurs halten werden.

(Anhaltender Beifall bei der FDP/DVP – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Lauter Leichtmatrosen!)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, inzwischen hat auf der Zuhörertribüne der Präsident des Südtiroler Landtags, Herr Dr. Dieter Steger, mit seiner Delegation Platz genommen. Herr Präsident Dr. Steger, der seit dem 18. November 2008 im Amt ist, stattet heute dem Landtag von Baden-Württemberg seinen ersten offiziellen Besuch ab.

Ich darf daran erinnern, dass unsere beiden Parlamente seit Jahrzehnten enge und freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Herr Dr. Steger, ich darf Sie und Ihre Delegation im Landtag von Baden-Württemberg herzlich willkommen heißen und Ihnen einen informativen und angenehmen Aufenthalt in Stuttgart wünschen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Das Wort erhält der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Günther Oettinger: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eingangs will ich dem Finanzausschuss für die intensive und sachbezogene Beratung des Regierungsentwurfs und für seine Empfehlungen danken. Ich nenne namentlich die Herren Rust, Dr. Schmid, Herrmann und Groh, die den Haushalt des Staatministeriums sachkundig begleiteteten.

Mein Dank gilt weiter dem Finanzminister, dem Kollegen Stächele, und zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Finanzministerium und in anderen Ressorts für eine kompetente Vorbereitung. Ich glaube, dass der Haushalt des Landes Baden-Württemberg für 2009 in die Zeit passt und den Aufgaben gerecht wird.

Gern nehme ich die Gelegenheit wahr, um Ihnen heute die Position der Regierung zu den Schwerpunkten der Politik für 2009 vorzutragen. Dies gilt für wesentliche Aufgaben der Landespolitik sowie für wichtige Aufgaben der deutschen Innenpolitik.

Zunächst ein Blick zurück: Vor einem Jahr haben wir versprochen, dass wir im Jahr 2008 keine neue Schulden machen wollten. Heute können wir sagen: Wir haben dieses Versprechen gehalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dies betrifft nicht allein Baden-Württemberg. Aber für unser Land gilt: Nachdem auch Baden-Württemberg – wenn auch maßvoller und weniger als andere Länder – über 36 Jahre hinweg jährlich neue Schulden gemacht hat, haben wir im letzten Jahr erstmals nach 36 Jahren einen Haushalt ohne neue Schulden geplant, beschlossen und vollzogen und im Kassenabschluss jetzt den Nachweis erbringen können, dass Baden-Württemberg im letzten Jahr mit den Steuern, Abgaben, Beiträgen und Gebühren seiner Bürgerinnen und Bürger ausgekommen ist, alle Aufgaben und Ausgaben finanziert hat und das Versprechen einer Nullneuerschuldung im Jahr 2008 auch eingehalten hat. Ich finde, das ist eine beachtliche Zwischenbilanz.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wenn der Kollege Kretschmann dazu sagt, dass wir nur sprudelnde Steuereinnahmen mitgenommen hätten, ist dies nur ein Teil der Wahrheit. Und wer die Wahrheit nicht ganz sagt, sagt im Grunde genommen fast die Unwahrheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Jörg Döpper CDU: Jawohl! Entlarvt!)

Natürlich stimmt es, dass Baden-Württemberg durch steigende Steuereinnahmen und Steuerschätzungen mit steigenden Prognosen besondere Chancen für die Haushaltssanierung bekommen hat. Nur: Zum einen haben wir sie genutzt. Wir haben Steuermehreinnahmen nicht verbraucht.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Im Gegensatz zu anderen! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Obwohl die Opposition darüber gemeckert hat!)

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Wir haben damit nicht verschiedene Wünsche aus allen möglichen Bereichen realisiert, sondern wir haben steigende Steuereinnahmen zuallererst zur Bildung von Rücklagen genutzt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deswegen haben wir für viele Schwerpunkte der Landespolitik nicht nur das Jahr 2009 finanziert, sondern wir haben eine Vollfinanzierung vorgenommen: der Umbau des Landeserziehungsgelds, der Ausbau der Kleinkindbetreuung, die Vollfinanzierung des Impulsprogramms Baden-Württemberg oder die Rücklage für Baden-Württemberg 21. Wir haben eine große Summe von Steuermitteln nicht verbraucht, nicht einfach für sinnvolle oder weniger sinnvolle Zwecke eingesetzt, sondern thesauriert. Durch diese Struktur erreichen wir, dass für die künftigen Haushalte – dort, wo es neue Aufgaben und Ausgaben gibt – nicht das Risiko der nächsten Jahre, sondern die Sicherheit der Steuereinnahmen 2008 die Finanzierungsgrundlage ist.

Hinzu kommt, dass ein stolzer Betrag von 717 Millionen € als Rücklage für Steuermindereinnahmen und für weitere Haushaltsrisiken aufgebaut worden ist – „Aktion Eichhörnchen“ also. Dieser Betrag wird nicht versteckt. Dieses Geld steht dann bereit, wenn – was wir befürchten müssen – die Rezession zu sinkenden Steuermehreinnahmen oder gar zu Steuermindereinnahmen führt. Dann kann Baden-Württemberg in nennenswertem Umfang Rücklagen aus dem guten Haushaltsjahr 2008 für Zeiten mit einer schlechten Konjunktur, mit Rezession und mit schlechter werdenden Steuereinnahmen in den Jahren 2009 oder 2010 vorweisen.

Hinzu kommt: Unser Grundstock ist besser als jemals zuvor gefüllt. Wir haben, wie langjährig üblich, aus dem Grundstock nichts entnommen, obwohl es im Landeshaushalt veranschlagt war. Deshalb stehen rund 245 Millionen € aus nicht entnommenen Mitteln des Grundstocks zum Ausgleich für gegebenenfalls schlechter werdende Steuereinnahmen bereit.

Konkrete strukturelle Maßnahmen kommen hinzu. Der Landeshaushalt 2009 baut wie der von 2008 auf einer Vielzahl von solidarischen Pakten mit unseren Partnern in der Fläche auf. Wir haben einen Pakt mit den Kommunen, der im nächsten Jahr – Ende 2010 – auslaufen wird. Wir haben entsprechende Vereinbarungen mit den Kirchen, mit den Verbänden des Sports, mit allen Hochschulen in Baden-Württemberg. Das heißt, wir haben in vielen Bereichen die Mittel gedeckelt. Wenn dann die Wirtschaft wächst und die Steuereinnahmen wachsen, kommt dies dem Landeshaushalt zugute – ich behaupte: bis hin zu einer maßvollen Lohnentwicklung bei unseren Beschäftigten. Wir haben auch durch strukturelle Maßnahmen in den letzten beiden Jahren und in diesem Jahr einen wichtigen Sparbeitrag für einen guten Haushalt erreicht. Nicht nur die sprudelnden Einnahmen, auch die entsprechende Strukturarbeit der Landesregierung und von CDU und FDP/DVP sind dafür verantwortlich, dass Baden-Württemberg einen guten Kurs einschlagen konnte.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

2009 wird ein Jahr der Gratwanderung, der Gratwanderung auf Landesebene und über den Bundesrat auch in der Bundespolitik. Bei dieser Gratwanderung ist zu sehen, dass einerseits Beschäftigungssicherung, dass Arbeitsplätze und dass eine

Abmilderung und Verkürzung der Rezession der Wirtschaft überragende zentrale Aufgaben sind und man andererseits die Haushaltskonsolidierung trotzdem nicht aufgeben darf. Dies haben wir vor.

Schauen wir einmal die Entwicklung der öffentlichen Kassen bundesweit an. Ich gehe – Stand heute – davon aus, dass die öffentliche Hand in Deutschland in diesem Jahr eine neue Rekordverschuldung eingehen wird. 80 Milliarden € neue Schulden werden es wohl in diesem Jahr sein, und in der Tendenz eher mehr als 80 Milliarden € im Jahr 2010. Die Risiken des Finanzmarktfonds kommen dann später hinzu.

Wir hatten 2003 und 2004 bundesweit eine Rekordverschuldung. Damals hat man etwas über 70 Milliarden € an neuen Schulden durch die öffentlichen Hände gemacht. Baden-Württemberg hat selbst mit 2 Milliarden € neuen Schulden in den Jahren 2003 und 2004 daran mitgewirkt. Wenn es uns in diesem Jahr gelingen sollte, dass Baden-Württemberg bei einer Rekordverschuldung der öffentlichen Hände den zweiten Haushalt ohne neue Schulden planen und vollziehen kann, wären wir weit vor den anderen, wären wir auf einem denkbar guten Weg für die nächste Generation.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Schauen wir im Vergleich einmal ein anderes, das größte Bundesland an – ich nenne bewusst kein sozialdemokratisch regiertes Land. Nordrhein-Westfalen hat im Haushaltsentwurf 2009 neue Schulden in Höhe von 3,1 Milliarden € vor und wird seine Kofinanzierungsbeiträge für das zweite Konjunkturpaket in vollem Umfang aus weiteren Schulden finanzieren. Man kann davon ausgehen, dass dieses Land etwa 4 Milliarden € neue Schulden machen wird. Das wäre, wie wenn Baden-Württemberg in diesem Jahr 2,3 Milliarden € neue Schulden machen würde – und wir planen null.

Ich glaube daher schon, dass sich unser Haushalt 2009, auf dem Haushaltsabschluss 2008 aufbauend, von Rücklagen begleitet, bundesweit im Ländervergleich und gegenüber dem Bundeshaushalt als einmalig gut darstellen kann, und dies nicht zulasten der Kommunen. Vielmehr geht es auch den Kommunen in Baden-Württemberg besser als jemals zuvor.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben unsere Haushaltspolitik nicht zulasten Dritter aufgebaut, sondern wir stehen in fairer Beziehung zum Ehrenamt, zu kommunaler Selbstverwaltung. Die Kommunen haben in den letzten Jahren in Baden-Württemberg nennenswert Schulden getilgt, Rücklagen aufgebaut, die Kreisumlagen gesenkt und mehr denn je investiert. Dieser faire Pakt der Landespolitik mit den Bürgern, den Kommunen, den Vereinen, den Kirchen wird auch in Zukunft unsere Linie für die Gratwanderung zwischen Beschäftigung und Haushaltskonsolidierung sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Heute lesen wir in der Zeitung, dass der Maschinenbau in Baden-Württemberg bei den Auftragseingängen einen Rückgang um 36 % verkraften muss. Machen wir uns nichts vor: Wir sind noch nicht an der Talsohle der Rezession und der Krise der Wirtschaft und der Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt angelangt. Die Wirtschaft ist schon mitten in der Krise, aber der Arbeitsmarkt folgt erst noch.

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Die Zahl der Kurzarbeiter hat sich in Baden-Württemberg verzehnfacht. Die Entwicklung ist überall klar. Wir haben moderne Tarifverträge. Wir haben Lohnkonten; dort stehen Überstunden, die jetzt als Erstes abgebaut werden. Dies wird im Frühjahr abgebaut sein. Parallel dazu baut sich Kurzarbeit auf und geht die Zahl der offenen Stellen nennenswert zurück. Dann droht auch die Gefahr der Insolvenz, die Gefahr, dass Arbeitsplätze wegfallen, Sozialplan oder Kündigung notwendig werden. Deswegen muss unsere gemeinsame Sorge darin bestehen, zu erreichen, dass die Wirtschaft in Baden-Württemberg diese Zeit der Krise übersteht und überlebt. Das ist eine Zeit, die mit Sicherheit bis zum Sommer 2010 reichen wird.

Unsere Wirtschaft hängt wie in keinem anderen Land in besonderem Maße vom Export in andere Märkte ab. Eine Entwicklung, dass man weltweit in Rezession liegt, dass Autos, Maschinen und Pressen, die bei uns hergestellt werden, derzeit nirgendwo abgenommen werden – weder in Amerika noch in Asien, weder in Russland noch in Westeuropa –, ist eine einmalige Situation.

Das Gute daran ist, dass wir nicht von der Konsumgüterindustrie, sondern von der Investitionsgüterindustrie leben. Wer nicht konsumiert, hat später keinen Nachholbedarf. Wer nicht investiert, hat einen Nachholbedarf. Das heißt, wer derzeit von Schuler oder Müller Weingarten keine Presse für Stahl- und Blechbearbeitung kauft, wer derzeit seinen Lkw länger fährt und keinen neuen Lkw bei Mercedes-Benz in Mannheim oder Wörth bestellt, hat in zwei Jahren einen doppelten Investitionsbedarf.

Deswegen geht es darum, dass unsere Wirtschaft bis zur Realisierung dieser absehbar steigenden, nachzuholenden weltweiten Investitionen überlebt, innovativ bleibt, forscht und entwickelt und dann mit noch besseren Produkten einen noch größeren Anteil am Weltmarkt einnehmen kann. Kurzum: Ich baue darauf, dass die Wirtschaft Baden-Württembergs zwar die Rezession durchleiden und den Weg durch ein tiefes Tal gehen muss, aber dann Ende nächsten Jahres für den Arbeitsmarkt, für die Ausbildung und auch für die Steuereinnahmen gestärkt in die Zukunft geht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Ende nächsten Jahres!)

Wir haben eine Chance, weil das Konjunkturpaket des Bundes die Möglichkeit der Kurzarbeit deutlich ausgebaut hat.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Das ist eine zielgenaue, richtige Investition. Sie wurde von sechs Monaten auf 18 Monate verlängert. Die Chance der beruflichen Weiterbildung kommt hinzu. Sobald dieses Programm verabschiedet ist, werden wir uns dem Thema „Berufliche Weiterbildung“ in Baden-Württemberg in besonderem Maße

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig!)

gemeinsam mit der Agentur für Arbeit, gemeinsam mit den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften, die bei diesem Thema in besonderem Maße sachkundig und interessiert sind, widmen. Wir sollten alles tun, damit unsere Facharbeiter, Ingenieure und Techniker in zwei Jahren zwar zwei Jah-

re älter, aber deutlich besser ausgebildet wieder in die Vollbeschäftigung gehen können.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Eine besondere Sorge spreche ich mit dem Thema „Hochschulabsolventen und junge Meister“ an. Wir laufen Gefahr, dass diejenigen, die als Ingenieure, Naturwissenschaftler, Techniker und Meister jetzt fertig werden, die ihr Studium oder die duale Ausbildung abgeschlossen haben, wegen eines Stellenabbaus in der Wirtschaft auf Zeit nicht gebraucht werden. Das heißt, wir müssen jetzt Wege finden, damit derjenige, der fertig ist, trotz eines rezessiven Markts in Beschäftigung kommt. Denn wenn der junge Ingenieur jetzt keine Anstellung bekommt, entscheiden sich Abiturienten gegen ein Ingenieurstudium. Die Fehler, die in den Jahren 1993 bis 1995 von der Wirtschaft und auch in der Studienberatung gemacht worden sind, dürfen sich nicht wiederholen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir brauchen in drei Jahren mehr Ingenieure, weswegen hier eine besondere Betrachtung des Arbeitsmarkts notwendig wird.

Dann brauchen wir handlungsfähige Banken. Wir erinnern uns: Wie haben wir in Brüssel und Straßburg, aber auch dem deutschen Bankenverband gegenüber, für unsere drei Säulen in der Finanzwirtschaft kämpfen müssen! Heute zeigt sich mehr denn je, dass die Volksbank, die Raiffeisenbank, die Genossenschaftsbank vor Ort und in der Region, daneben die Sparkasse als Kreissparkasse, Bezirkssparkasse oder Stadtparkasse eigentlich die ideale Grundlage für Arbeitnehmer und für das Handwerk, für freie Berufe, für Handel und Mittelstand sind. Die Einlagen dort werden noch immer vom Bürger mit Vertrauen ausgereicht und münden direkt in die Finanzierung von Arbeitsplätzen im Handwerk ein.

Deswegen werden wir alles dafür tun, dass die Sparkassen und das Genossenschaftswesen strukturell europatauglich bleiben. Mehr denn je bin ich von diesen beiden starken Säulen neben den Geschäfts- und Privatbanken als dritter Säule für Baden-Württemberg als der richtigen Grundlage unseres mittelstandgeprägten Landes überzeugt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Landesbank Baden-Württemberg und ihre BW-Bank, Sachsen Bank und Rheinland-Pfalz Bank kommen hinzu.

Lieber Kollege Kretschmann, wir müssen die Lage nüchtern betrachten, aber dazu gehört auch, dass man die Bank nicht schlechter redet, als sie ist. Die Löcher bei der Bank werden nicht immer größer, sondern wir sind in den Gremien intensiv dabei, sicherzustellen, dass das Jahr 2008, das Jahr 2009 und die Folgejahre für diese Bank so abgewickelt werden können, dass sie in Baden-Württemberg für den Mittelstand handlungsfähig bleibt.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es!)

Im Gegensatz zu anderen Landesbanken hat unsere Landesbank ein Geschäftsmodell. Wir entwickeln es dort weiter, wo es stark ist.

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Ich komme in Kürze darauf zurück.

Wenn von Ihnen gesagt wird, eine Landesbank würde ausreichen

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

– darüber kann man ja reden –, dann ist die Entwicklung, die Kollege Schlachter von den Volksbanken her kennt, die falsche. Wir hatten einmal eine Spitzenbank, die Württembergischen Genossenschaftsbanken, mit Sitz in Stuttgart in diesem wunderbaren Hochhaus an der Heilbronner Straße. Wir hatten einmal eine badische Spitzenbank. Heute ist alles weg. Es gibt eine Bank, die DZ, mit Sitz in Frankfurt, und in Stuttgart und Karlsruhe ist gar nichts mehr.

Deswegen müssten wir doch sehen, dass die Entwicklung nicht ohne Weiteres auf Stuttgart und Baden-Württemberg zuläuft. Wenn es zu einer deutschen Bank der Länder, getragen von Sparkassen und Bundesländern, käme, wäre die Gefahr groß, dass die in Frankfurt – und wenn nicht in Frankfurt, dann in Berlin – ist. Dies wäre in Baden-Württemberg für Arbeitsplätze, Wertschätzung und Zentralität ein entscheidender Nachteil.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Wir setzen auf eine stufenweise Entwicklung, bei der Zentralität und der Sitz in Stuttgart und Arbeitsplätze in Stuttgart, Mannheim und Karlsruhe für mich Vorrang vor der von Ihnen vorgeschlagenen Endlösung haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Wenn wir sehen, wie geschwächt die deutschen Geschäftsbanken sind,

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Und die Schweizer!)

dass der Börsenwert von Postbank, Commerzbank, Dresdner Bank, Deutscher Bank heute bei 20 % im Vergleich zu den zurückliegenden 18 Monaten liegt, wenn man sieht, dass die BayernLB ohne Kapitalstärkung unter 1 Milliarde € bewertet wird, dann steht unsere Landesbank – nur der Vergleich hilft weiter – im Vergleich zu allen anderen deutschen Banken objektiv zwar auch geschwächt, relativ gesehen aber viel stabiler als andere deutsche Banken da.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Deswegen macht die Kapitalstärkung Sinn. Das Problem ist doch heute, dass die Landesbank, wie andere Banken auch, Engagements bei Lehman Brothers, Engagements in Staaten wie Island wertberichtigen muss und dass sich zum Zweiten die Risikobewertung der realwirtschaftlichen Engagements ebenfalls verändert hat. Es wird – bei gleichem ausgereichtem Kredit – mehr Kapital gebunden.

Deswegen ist die Kapitalstärkung für die Landesbank und damit für die BW-Bank die richtige Maßnahme, damit die BW-

Bank in schwerer Zeit ihre mittelständischen Betriebe begleiten und dort die laufenden Kosten – Löhne, Abgaben, Beiträge, Strom, Kommunikation – durch Darlehen sichern kann, sodass unsere Wirtschaft Arbeitsplätze hält. Es ist wichtig, dass der Staat bundesweit und landesweit durch Bürgschaften und Garantien diesen Kurs für die Banken und Sparkassen in Baden-Württemberg zumutbar macht. Dies ist unsere Strategie.

Das Hausbankenprinzip bleibt. Ein Deutschlandfonds – der Bund hat überlegt, direkt in die Firmen hineinzugehen – wäre ordnungspolitisch völlig falsch. Das Hausbankenprinzip heißt, dass die Banken ihre Kunden kennen, sie seit Jahren begleiten, und heißt stabile Banken in Baden-Württemberg. Mit der Bürgschaft und der Garantie von Bund und Land erreichen wir, dass unsere Wirtschaft die nächsten 18 Monate trotz steigender und stabiler Kosten bestehen kann.

Bleibt die Frage, wie man die 5 Milliarden € erbringt. Damit klar ist: Rentabel sind sie in jedem Fall angelegt. Weil die Europäische Kommission die Maßnahme beihilferechtlich prüfen wird, ist eine Verzinsung von mindestens 6, 7 oder 8 % angezeigt. Damit tritt, egal, wie die Konstruktion läuft, unter dem Strich keine strukturelle Verschlechterung für Baden-Württemberg ein, auch nicht für die Sparkassen, auch nicht für die Landeshauptstadt.

Wer beim SoFFin einen Antrag stellt – ich bin bei diesem Thema durchaus gesprächsbereit –, muss wissen, dass der SoFFin derzeit auf drei Jahre begrenzt ist. Vielleicht wird mit EU-Genehmigung eine Verlängerung auf fünf Jahre möglich. Aber wer jetzt über diesen Fonds 5, 3 oder 2 Milliarden € vom Bundesschild hereinholt, muss in Kauf nehmen, dass dann der Bund maßgeblich mitbestimmen will, muss in Kauf nehmen, dass eine umfangreiche Bewertung der Bank notwendig wird. Denn die Frage, wie viel Prozent die 5 Milliarden € in der Trägerschaft sind, ist offen. Nur wenn sich die Träger gleichermaßen engagieren, bleibt die Bewertungsfrage ohne Streit.

Hinzu kommt ein weiterer Punkt: Wer jetzt den SoFFin in Anspruch nimmt, braucht einen Ausstiegsplan. In fünf Jahren müssen wir heraus. Soll dann Flowers rein, soll ein Hedgefonds hinein, oder sollen doch wir hinein?

Das heißt, wir kommen doch um eine Vollverantwortung, wenn sie eine öffentlich-rechtliche Bank bleiben soll, wofür ich bin, nicht herum. Deswegen ist der SoFFin eine Vertröstung auf Zeit. Wer in fünf Jahren nicht mehr in der Landespolitik sein will, kann diesen Weg gehen. Wer andere Pläne hat, sollte ihn nicht gehen. Denn in fünf Jahren ist die Frage aktuell, was nach dem SoFFin kommt. Dann wäre die Finanzierung durch die Träger aktuell. Deswegen lösen wir diese Fragen lieber jetzt und bleiben Herr im Haus und behalten damit alle Möglichkeiten, dass die Landesbank in vollem Maß Baden-Württemberg, den Bürgern, der Wirtschaft und keinem Dritten zugutekommt.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Auch im Haushalt 2009 wird sichtbar, dass für uns das „Kinderland“ Baden-Württemberg ein Schwerpunkt ist, wenn nicht gar der Schwerpunkt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Na, na, na! – Gegenruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ulla!)

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Nur drei Themen spreche ich beispielhaft an. Schauen Sie sich einmal den Ausbau der Kleinkindbetreuungsangebote bei Kommunen und freien Trägern, gefördert von Land und Bund, an. Mit unserem Haushalt setzen wir 60 Millionen € für die Ein- und Zweijährigen in Baden-Württemberg ein.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Das wird aber auch Zeit! – Gegenruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Besser spät als nie!)

Im letzten Jahr waren es noch 17,8 Millionen €. In diesem Jahr sind es 60 Millionen €, und im Endausbau 2014 werden es mindestens 175 Millionen € sein. Der Bund gibt etwas weniger dazu, die Kommunen geben etwas mehr. Wir haben dadurch erreicht, dass die Versorgungsquote, die noch vor fünf Jahren bei 4 % lag, in diesem Jahr bei 17,5 % ankommt. Bei den Ein- und Zweijährigen gibt es nicht mehr nur für vier Kinder von Hundert, sondern für 17 bis 18 Kinder von Hundert einen Krippenplatz, ein Tagesmutterangebot.

Ich glaube schon, dass dies ein Nachweis ist, dass wir mit Geld und mit Partnern in die Zukunft unserer Kleinsten und damit auch unserer Familien in Baden-Württemberg investieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das zweite Beispiel sind die Ganztagschulen, deren Zahl kontinuierlich ansteigt.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Aber echte Ganztagschulen!)

Noch im Schuljahr 2004/05 hatten wir 504 Ganztagschulen in Baden-Württemberg. Im Schuljahr 2008/09 werden es 1 064 sein. Innerhalb von vier Jahren mehr als eine Verdoppelung!

Die Garantie des Kollegen Rau kommt ja noch hinzu: Jedes Gymnasium und jede Werkrealschule bekommen von uns, wenn sie es wollen, die Zusage, dass sie Ganztagschule werden können.

(Beifall der Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU und Michael Theurer FDP/DVP)

Dabei kann man immer über die Frage diskutieren: Warum nicht noch schneller, warum nicht noch mehr? Das würde ich, wenn ich in der Opposition wäre, vielleicht auch tun. Es ist doch verführerisch, wenn man etwas fordern kann, aber nicht finanzieren muss, nicht die volle Verantwortung trägt. Aber klar ist: Auch Sie müssen zugestehen, dass die Richtung stimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Baden-Württemberg hat jetzt, glaube ich, klare Konzepte, die zugunsten der Kinder, der Bildung, der Erziehung und der Familien in Baden-Württemberg richtig und wichtig sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Noch ein Satz zum Thema „Gymnasium und G 8“: Wenn Sie sagen, dass die große Mehrzahl der Eltern etwas anderes wünschen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aua! Lächerlich!)

sollten Sie auch sagen, dass bei Ihrer Umfrage nur 6 % mitgemacht haben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD: Da muss man doch antworten! Aber Sie ignorieren es weiter! Sie stehen auf der Seite, nicht wir! – Unruhe)

– Kollege Schmiedel, ich behaupte, Ihre Umfrage ist nicht oder nur wenig repräsentativ.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Widerspruch bei der SPD – Abg. Peter Hofelich SPD: Und Sie machen gar nichts!)

Mir kommt es schon auch darauf an, was die SPD in den Ländern, in denen sie noch regiert, tut.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie sollten die Menschen, die da auf die Straße gehen, einfach ernster nehmen, Umfragen hin oder her! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Haben Sie Grund zu der Annahme, dass ich die Menschen nicht ernst nehme?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nehmen Sie doch ernst, was die Menschen auf der Straße sagen!)

– Das tue ich genauso wie Sie. Ich habe genauso wie Sie die Fähigkeit, zuzuhören. Ich komme genauso hinaus wie Sie.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Gehen Sie nach Mosbach!)

– Dort bin ich auch regelmäßig. Aber ich mache auch einen Vergleich innerhalb der deutschen Landschaft. Wenn G 8 ein Sonderweg Baden-Württembergs wäre, könnte man darüber ja noch reden.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ja, so ist es!)

Aber das ist der Standard in Deutschland, gerade auch dort, wo die SPD noch regiert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der entscheidende Zeitpunkt ist doch der doppelte Abiturjahrgang; denn dann ist G 8 flächendeckend umgesetzt. In Berlin – Wowereit und ein anerkannter Bildungssenator, der aus Mainz stammt – wird der doppelte Abiturjahrgang und damit G 8 im Jahr 2013 voll erreicht sein, in der Hansestadt Bremen 2012, in Brandenburg 2012, in Mecklenburg-Vorpommern schon 2008. Das heißt, wir haben eine Entwicklung, bei der Ihr Weg ein Sonderweg ist.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Abwarten, abwarten!)

G 8 – ein etwas kürzeres Gymnasium, früheres Abitur, frühere Berufsausbildung, früheres Studium – ist doch in der deutschen Schulpolitik, egal ob A-Länder oder B-Länder, längst anerkannt. Deswegen ist Ihr Vorschlag, glaube ich, billig, populistisch und falsch.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Eine kurze Erwiderung zum Thema „Personal bei der Landespolizei“: Richtig ist, dass wir beim Nichtvollzugsdienst im Zuge der Verwaltungsstrukturreform folgende Vorgabe gemacht haben: Abbau in Höhe von 20 %. Übrigens, die Polizei ist ja auf der mittleren Ebene eingegliedert. Die Polizeipräsidenten, die früheren Landespolizeidirektionen, sind in die Regierungspräsidien eingegliedert.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das nützt aber dem Revier nichts!)

Deswegen ist hier auf der mittleren Ebene eine Effizienzsteigerung im Sinne der Verwaltungsreform durchaus logisch.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich rede von Revieren!)

– Sie haben generell von der Polizei gesprochen.

(Abg. Werner Raab CDU: So ist es! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aha!)

Zu den Revieren komme ich jetzt. Da haben wir das, was Sie gemerkt haben, längst erkannt und haben mit dem Haushalt jetzt den Abbau von Stellen im Nichtvollzugsdienst gestoppt, nachdem 10,6 % der Stellen – nicht mehr – abgebaut werden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das nützt aber den Revieren nichts!)

20 % werden nicht mehr angestrebt.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Jetzt müssen wir das bloß noch ausgleichen!)

Sie rennen bei uns offene Türen ein. Kein Problem!

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie müssen mehr einstellen!)

Aber Sie sollten kein Problem darstellen, das als Problem längst nicht mehr besteht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Natürlich! Das Problem besteht!)

Nun zur Vollzugspolizei. Bei der Vollzugspolizei baut Baden-Württemberg nur in dem Umfang Stellen ab, in dem die Erhöhung der Wochenarbeitszeit um eine Stunde Mehrarbeitsstunden erbracht hat. Wir haben den Beamten in Baden-Württemberg zugemutet, dass sie als Beitrag dazu – Stichwort „Sprudelnde Einnahmen“ – eine Stunde in der Woche mehr arbeiten müssen. Das war eine echte Strukturreform. Das heißt, ihre Arbeitszeit hat um 2,5 % zugenommen. Da wir den Beamten diese Arbeitszeit nicht grundlos zumuten wollen, sondern dies ein Beitrag zur Haushaltssanierung sein soll, haben wir im Vollzugsbereich 2,5 % der Stellen abgebaut – nicht mehr. Das heißt, die vorgenommene Erhöhung der Polizeiarbeitszeit führt für den Haushalt zu einer Entlastung, indem für diese 2,5 % das monatliche Gehalt nicht mehr zu zahlen ist.

Insoweit ist das eine logische und nachvollziehbare Politik. Auch hier gilt, dass Sie im Grunde genommen mit falschen Argumenten Angst schüren, wo eigentlich alles erklärbar ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Altersstruktur!)

Dann zur Verkehrsinfrastruktur.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

Baden-Württemberg wird sich in diesem Jahr um entsprechende Mittel des Bundes bewerben und die Mittel des Landes für diesen Zweck erhöhen. Ich gehe davon aus, dass in diesem Jahr und im nächsten Jahr mehr Mittel als jemals zuvor in den Ausbau, den Neubau, den Erhalt und die Unterhaltung von Bundesstraßen, Autobahnen und Landesstraßen gesteckt werden. Deswegen bauen wir auch die Zahl der Stellen in der Straßenbauverwaltung aus und kommen damit zu der Chance, dass langjähriger Nachholbedarf, dessen Erfüllung für die Wirtschaft, die Arbeitswelt und die Menschen notwendig ist, bei den Autobahnen, den Bundesstraßen und mit vielen kleinen Maßnahmen bei den Landesstraßen erfüllt werden kann.

Parallel dazu bleibt die Schiene ein Schwerpunkt. Das Großprojekt der Magistrale von Stuttgart nach Ulm wird auch in diesem Jahr vorangebracht.

Übrigens: Wenn Sie, Kollege Kretschmann, sagen, man solle die Mittel umwidmen – wir haben ja Rücklagen in Höhe von 390 Millionen € aufgebaut –, dann sage ich Ihnen: Baden-Württemberg 21 wird das beste Konjunkturprogramm

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es!)

für die Arbeitswelt und für die Menschen in Baden-Württemberg, das man sich überhaupt vorstellen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Nachdem der Bundeshaushalt verabschiedet ist und dort die Verpflichtungsermächtigungen enthalten sind – ich sage hier gerade auch dem Kollegen Drexler und dem Kollegen Schmiedel Dank für eine faire Partnerschaft; das galt zuvor auch für die Kollegin Vogt –, kommt jetzt die entscheidende Phase. Es gibt noch einen einzigen formalen Punkt: Herr Tiefensee ist mit dem Bundesrechnungshof in Verhandlungen, welches Verwendungsanweisungsverfahren für die 500 Millionen € angewandt werden soll, die im Bundeshaushalt für den Bahnhof stehen. Wir gehen davon aus, dass dies in den nächsten Tagen geklärt werden kann. Dann steht der Unterzeichnung der Finanzierungsvereinbarung und damit der unumkehrbaren Verpflichtung aller Partner – der Stadt, der Region, des Flughafens, des Landes, der Bahn und des Bundes – nichts mehr im Weg. Dann wird nach Ausschreibung Baubeginn sein.

Ich nehme dies nochmals zum Anlass, um Ihnen unsere tragenden Gründe für dieses Konzept zu erklären.

Zunächst zum Thema Kopfbahnhof. Richtig ist: Der Zug fährt in Paris los. Dort ist der Gare de l'Est saniert, unverändert ein Kopfbahnhof. Aber der Grund ist klar: Westlich von Paris gibt es nichts mehr.

(Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Ist nichts mehr! – Abg. Peter Hofelich SPD: Da gibt es nichts mehr! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Das heißt, es gibt von Paris aus keinen Verkehrsbedarf in diese Richtung. Nach Süden, nach Osten und nach Norden ist eine Magistrale notwendig, aber nicht nach Westen. Ganz anders in Stuttgart: Stuttgart liegt mitten in Europa. Deswegen ist die Idee, hier den Kopfbahnhof durch einen Durchgangsbahnhof zu ersetzen, zukunftsfähig. Frankfurt oder München beneiden uns darum, dass der Stuttgarter Kopfbahnhof aufgelöst und ein Durchgangsbahnhof geschaffen wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Unterstellen wir einmal – rein hypothetisch –, es bliebe beim Kopfbahnhof, so hätten wir in den nächsten 20 Jahren nichts.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: So ist es!)

Wer die Planung, die rechtskräftig ist, die durchfinanziert ist, nicht realisiert, wird erleben, dass noch in 20 Jahren der Zug dort fährt und so fährt wie auf den alten Gleisen aus den Zeiten des Königs von Württemberg.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Die Frage ist, ob dann überhaupt noch ein Zug über Stuttgart geht!)

Ein weiterer Punkt kommt hinzu, Kollege Kretschmann, und das sage ich sehr ernsthaft: Haben Sie jemals den Tausenden von Bürgern in Bad Cannstatt, Uhlbach, Untertürkheim, Ober Türkheim, Mettingen und Esslingen erklärt, was es heißen würde, wenn in dieser Region die beiden neuen Zugstrecken gebaut würden? Haben Sie deutlich gemacht, was es für den Lärmschutz bedeutet, wenn Züge im Halbstundentakt fahren, von denen man garantiert weiß, dass sie in Esslingen nicht halten?

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: So ist es!)

Sie betreiben hier eine sehr einseitige, eine unsaubere Politik,

(Widerspruch der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

die nur auf eine geringfügige Erhöhung Ihrer Wahlchancen bei den Kommunalwahlen abzielt.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Die Sache ist außerordentlich wichtig; Sie aber machen daraus ein billiges Bubenstück.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Ein Lausbubenstück!)

In Offenburg kämpfen die Menschen zu Recht dafür, dass die neue Schienenstrecke in einem Tunnel verläuft. In Stuttgart bekommen wir einen Tunnel – und Sie machen das Gegenteil: irgendwie schizophren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sie sollten ein bisschen differenzieren!)

Deswegen meine Bitte: Lassen Sie in Gottes Namen den Kollegen Wölflé noch ein paar Wochen lang wild herumrennen, aber halten Sie sich heraus. Eigentlich sind Sie viel zu klug, als dass Sie vom Gegenteil, von Wölflé und von Palmer, überzeugt sein könnten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Heiterkeit bei der CDU)

Wenn von Risiken bei Tunnelbaumaßnahmen gesprochen wird, dann stimmt dies sicherlich. Aber von Esslingen nach Wendlingen würde auch ein Tunnel gebaut werden, und zwar in einem anderen Gestein. In Wahrheit wäre Ihre Politik, dass gar nichts kommt, was bedeuten würde, dass ein Zug, der 300 km/h erreichen kann und umweltfreundlich ist – TGV, ICE –, in Württemberg auf der Geislinger Steige mit Tempo 63 km/h fahren müsste. Im Grunde kämpfen Sie für ein völlig falsches Industriedenkmal; Sie machen alte, rückwärtsge wandte Politik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Ein entscheidender Bestandteil unserer Gratwanderung für Beschäftigung und Haushaltssanierung sind die Programme von Bund und Land, auf die ich gern noch kurz eingehen will. Sie mahnen zu Recht an, dass unsere Vorschlagslisten offen gelegt werden sollen. Aber wissen Sie, das Ganze bedarf auch etwas der handwerklichen Vorbereitung.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: So ist es!)

Deswegen sage ich Ihnen gern zu: Spätestens morgen Abend gehen Ihnen alle unsere Listen – der Entwurf des Bundesprogramms und das Landesprogramm – zu. Der Zeitplan ist ja klar: Am nächsten Montag wird hier der Finanzausschuss darüber beraten, am darauffolgenden Mittwoch steht die dritte Lesung des Haushalts und die Integration des Programms in den Landeshaushalt an. Sie haben dem Verfahren zugestimmt; vielen Dank für diese unbürokratische Vorgehensweise, die wichtig war.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wann sollen wir das in den Fraktionen beraten? – Gegenruf des Abg. Stefan Mappus CDU: Samstag, Sonntag! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sollen wir über 1,2 Milliarden € in der Mittagspause beraten? Wir sind davon ausgegangen, dass wir das Programm gestern Abend bekommen! Das war die Vereinbarung! – Unruhe)

– Herr Kollege Kretschmann, wir haben heute ein abschließendes Gespräch mit den kommunalen Landesverbänden, das auch Ihnen wichtig sein müsste. Wir legen auf Einvernehmen mit dem Städtetag und dem Gemeindetag großen Wert. Unmittelbar danach bekommen Sie es.

Ich stelle Ihnen jetzt einmal wichtige Eckpunkte der Entwurfsfassung vor.

Noch einmal: Nächsten Montag Finanzausschuss. Nächsten Mittwoch Landtag, Haushaltsberatung und Verabschiedung. Am nächsten Freitag Bundesrat. Das heißt, das Programm tritt erst am nächsten Freitag, am 20. Februar, in Kraft.

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Dafür können wir ja nichts!)

Wir, und zwar alle Fraktionen, können am Mittwoch sagen, dass wir unsere Hausaufgaben gemacht haben, dass Baden-Württemberg keinen Tag Verzögerung bringt,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

sondern ab Montag, 23. Februar, die Umsetzung und damit die Impulse für die Wirtschaft und die Konjunktur möglich sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Zunächst die Aufteilung, die man beachten muss. Baden-Württemberg nimmt von den 1 238 Millionen € des Bundes, die über zwei Jahre hinweg auszahlbar sind, für sich 30 % in Anspruch, wie es möglich ist. Wir setzen von den Bundesmitteln 371 Millionen € in Landesvermögen, in die Ertüchtigung von Landesgebäuden, ein.

Da der Bund von Land und Kommunen erwartet, dass 65 % der Mittel in Bildung im weitesten Sinne gehen, werden Unikliniken, Institute, Hochschulgebäude der Schwerpunkt der Landesmittel sein. Wenn man weiß, dass hier ein Nachholbedarf besteht, dass Gebäude in die Jahre gekommen sind – –

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Was habt ihr denn in den letzten Jahren gemacht?)

– Wir haben viel gemacht, Frau Kollegin Haußmann, aber halt nicht mit mehr Schulden. Wenn ich mir die Hochschule Aalen ansehe, stelle ich fest: Die ist hervorragend.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Dank der Kollegin Haußmann!)

Da haben wir viel gemacht. Sie waren bei jedem Spatenstich und bei jeder Einweihung zu Recht voller Stolz mit dabei.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Zurufe)

Wir rufen jedenfalls vom Bund die 371 Millionen € ab und setzen aus unserem Landesprogramm 124 Millionen € dazu, damit dadurch der erste Schwerpunkt Bildung/Hochschule/Infrastruktur im Land möglich wird.

Sie können davon ausgehen: Die Mittel werden innerhalb der nächsten Wochen durch Ausschreibung für baureife Maßnahmen einsetzbar sein.

70 % gehen an die Kommunen. Wenn das Land für Bildung etwa 305 Millionen € ausgeben will, ist bei den Kommunen der Restbetrag auf 65 %, also etwa 500 Millionen €, vorgesehen. Jetzt kommt eine entscheidende Frage, bei der ich gern auf Ihren Rat angewiesen bin. Wir haben lange geprüft, ob für diese 500 Millionen € – ein enormer Betrag – eine Fachförderung der richtige Weg ist – vielleicht Schulbaufachförderung.

Wir kommen aber zu dem Ergebnis, dass dieses Geld schneller, unbürokratisch und im Einvernehmen mit Gemeindegang und Städtetag nach einem Pro-Kopf-Schlüssel an die Kinder in Baden-Württemberg gehen soll. Das heißt, wir rechnen

Kommune für Kommune aus, wie viele ein- bis zweijährige sowie drei- bis sechsjährige Kinder es gibt – Stichwort Kinderkrippen und Kindergärten – und wie viele sechs- bis 18-jährige und ältere Kinder es gibt – Stichwort Schulpflicht/berufliches Schulwesen –, wobei wir insgesamt auf etwa 1,8 Millionen Kinder und Jugendliche in Baden-Württemberg kommen werden. Daraus entsteht ein Pro-Kopf-Betrag in Höhe von etwa 270 €, der den Kommunen im März entsprechend den nachweisbaren Kinderzahlen zugehen wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dann müssen die Kommunen uns den Nachweis erbringen, wie das Geld nach den Richtlinien eingesetzt wird.

Zwei Schwerpunkte sehen wir: Das ist einerseits die Energietechnik, das heißt die Erneuerung der Gebäude unter energie-wirtschaftlichen Gesichtspunkten, und andererseits wollen wir gerade auch an den beruflichen Schulen einen Schwerpunkt im Bereich „Maschinen und Ausstattung“ setzen, weil dies auch für die Werkzeugmaschinenindustrie in Baden-Württemberg ein doppeltes Konjunkturprogramm ist.

Im Landesprogramm habe ich die ÜBAs, die Akademien unserer Handwerkskammern, noch nicht erwähnt. Sie kommen ebenfalls hinzu. Indem wir mit beruflichen Schulen und ÜBAs einen Schwerpunkt setzen, machen wir auch deutlich, dass uns Handwerk und Meisterberufe in besonderem Maße wichtig sind.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dann bleiben die übrigen Mittel der Kommunen. Bei denen schlagen wir eine zweite Pauschale vor, damit in jeder Gemeinde etwas Geld ankommt, auch in Gemeinden und Dörfern, die nicht viele oder gar keine Schüler haben, damit eine Flächendeckung erreicht wird. Deswegen wollen wir 10 € pro Einwohner an alle 1 100 Gemeinden ausschütten, woraus ein zweiter Schwerpunkt mit etwa 108 Millionen € werden soll.

Der Restbetrag geht in die Fachförderung. Wir wollen uns heute mit den Kommunen einigen, wohin. Unstrittig sind die Bereiche Krankenhaus, Stadtplanung, Erneuerung des ländlichen Raums, ELR-Programm;

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

möglicherweise kommen noch Breitbandverkabelung und Tourismus hinzu.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Sehr gut!)

Wir wollen nicht die ganze Breite des KIF und KUF eröffnen, sondern uns auf fünf oder sechs Projekte beschränken. Ich glaube, dass damit – mit der Pauschale pro Schüler bzw. Kind, der Einwohnerpauschale und der Fachförderung – in Baden-Württemberg ein fairer, guter Mix mit Zustimmung der Gemeinden erreicht werden kann. Darüber beraten sie. Die Unterlagen legen wir morgen vor. Handwerklich werden sie heute Abend fertig sein. Ich glaube, dass Baden-Württemberg diese Maßnahmen dann schnell und trotzdem parlamentarisch zumutbar umsetzt und damit seine Hausaufgaben für Wirtschaft und Arbeitswelt erfüllt.

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Im Landesinfrastrukturprogramm sind 124 Millionen € für die Kofinanzierung des Bundesprogramms vorgesehen. Die übrigen Mittel werden so aufgebaut, dass sie dort ihren Schwerpunkt bilden, wo das Bundesprogramm nicht anwendbar ist. Deswegen haben wir Zeit gebraucht.

Indem wir erst das Bundesprogramm konfigurieren und dann parallel ein Landesprogramm aufstellen, erreichen wir, dass alle Landesaufgaben dort bestmöglich abzubilden sind. Bis heute Abend werden wir die Listen haben: Straßenbau, Hochbau, Wohnungsbau, Hochwasserschutz bei den Gewässern II. Ordnung werden dabei Schwerpunkte sein. Der Ausgleichstock wird erhöht, damit auch für finanzschwache Gemeinden, die ja ebenfalls zu 25 % kofinanzieren müssen, eine Antragstellung bei der Fachförderung möglich ist.

Gestatten Sie mir, abschließend kurz auf die Föderalismusdebatte einzugehen, weil die Kommission in Berlin morgen erneut tagt und in den nächsten Tagen politische Entscheidungen zu treffen sind. Ich glaube schon, dass der jetzige Zeitpunkt richtig ist für eine stringente Schuldenregel, die in unseren Verfassungen bisher fehlt.

Wer wie Deutschland in diesem und im nächsten Jahr jeweils noch einmal 80 Milliarden € oder mehr neue Schulden macht, wird im Sommer nächsten Jahres oder schon am Abend der Bundestagswahl einen Kassensturz benötigen und erkennen, dass die Schuldenfalle für uns alle noch viel schlimmer als jemals zuvor zu werden droht. Allein diese beiden Haushaltsjahre erhöhen die gesamtstaatliche Verschuldung um nochmals 10 %.

Deswegen ist mir die Schuldenregel wichtig. Wir haben in unserer Landeshaushaltsordnung schon einen Vorgriff darauf gemacht. Ich glaube, dass es beachtlich ist, wenn man für alle 16 Länder die Vorgabe macht, dass ab dem Jahr 2020 in normalen Haushaltsjahren keine neuen Schulden mehr zulässig sind. – Ein konsequentes Schuldenverbot!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Der Bund legt Wert darauf, dass er in normalen Haushaltsjahren noch Schulden bis zu 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts aufnehmen darf – etwa 8,5 Milliarden €.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Warum eigentlich?)

– Eigentlich kann man schon die Frage stellen: Warum? Der Bund hat in den vergangenen 15 Jahren stets mehr als 8,5 Milliarden € Schulden gemacht. Deswegen ist auch dies ein ehrgeiziger Wert.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Begrenzung! So ist es!)

Wenn es gelänge, dass in Deutschland in normalen Haushaltsjahren nur noch 8 Milliarden € Schulden aufgenommen werden – bei 1 700 Milliarden €, die wir haben werden, und 2 % Inflation –, hieße das, dass es pro Jahr 34 Milliarden € weniger würden. 8 Milliarden € bedeuten, dass die Sprengwirkung der Gesamtverschuldung und der Zinsen trotz nominal leicht

steigender Gesamtschulden Jahr für Jahr real sinkt. Damit steigt die Handlungsfähigkeit in Bund und Ländern.

Einige Länder schaffen dies nicht. Das sagen sie, und das stimmt. Einige dieser Länder, die sich als Notlagenländer bezeichnen, klagen in Karlsruhe vor Gericht: Bremen und das Saarland. Eine Klage von Berlin wurde abgewiesen. Damals sagten die Richter, dass die Ordnung der Finanzen und die Vermeidung von Notlagen für alle Länder Sache der Politik seien.

Wenn die Politik jetzt durch die Kommission in der Großen Koalition, unterstützt von den Grünen und der FDP – ich danke ausdrücklich neben dem Kollegen Drexler auch dem Kollegen Kretschmann, dem Kollegen Burgbacher und anderen aus der Opposition –, nichts hinbekommt, ist umso mehr das Gericht gefragt. Meine Vermutung ist: Die Richter würden eine Klage nicht mehr einfach abweisen, sondern sie würden sich dieser Sache inhaltlich annehmen, was für Baden-Württemberg teurer als die jetzigen parlamentarischen Wege werden kann.

Ein entscheidender Punkt kommt hinzu: 2019 läuft der Aufbau Ost aus. Das heißt, die Strukturmittel aus dem Soli sind dann bei null. 2019 läuft auch der Länderfinanzausgleich aus – ein Gesetz auf Zeit. Wer in diesen Jahren sagt „Klagt doch endlich!“, dem erwidere ich: Derzeit haben wir keine guten Karten. Aber 2019 ist der Länderfinanzausgleich dem Grunde und der Höhe nach weg. Es wird auch danach einen Länderfinanzausgleich geben.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Aber wenn dann alle 16 Länder, auch Bremen, das Saarland, Berlin und Sachsen-Anhalt, ihren Haushaltsausgleich geschafft haben müssen und ein Schuldenverbot besteht,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wird es geringer werden!)

kommen die doch weit lebensfähiger, stabiler in die Verhandlungen mit uns, als wenn eine strukturelle ständige Verschuldung noch immer die Gegenwart wäre.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: So ist es!)

Ich behaupte, wir haben eine Chance, entweder im demokratischen Verfahren oder dann vor Gericht zu erreichen, dass die Höhe des Länderfinanzausgleichs nicht weiter steigt und die vier Zahlerländer Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg nicht weiter belastet werden, sondern dann bei „drogenentwöhnten“ Ländern

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist gut!)

auch ohne steigende Zahlungen über den Länderfinanzausgleich die Zukunft im Haushalt gesichert ist.

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Methadon für die Nehmerländer!)

Deswegen empfehle ich nach gründlicher Prüfung, dass dieser Paketlösung zugestimmt wird. Ich hätte am letzten Donnerstagmorgen nicht mehr an diese Paketlösung geglaubt.

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Heute glaube ich, dass diese Lösung wahrscheinlich ist. Wenn die Schuldenregeln und -hilfen jetzt nicht kommen, kommen sie im nächsten Jahrzehnt nie mehr. Das Zeitfenster schließt sich im Juli. Diese Chance zu nutzen ist auch im Interesse von Baden-Württemberg.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Nach § 82 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erhält der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Kollege Schmiedel, das Wort.

(Lebhafte Unruhe – Abg. Ute Vogt SPD: Was ist denn das für eine Disziplin?)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst zu Schuldenbremse und Schuldenstopp: Herr Ministerpräsident, wir sind da sehr beieinander. Im Ergebnis halten wir es aber nicht für akzeptabel, dass eine Schuldenbremse, letztlich ein Schuldenaufnahmeverbot für die Parlamente – das betrifft das Königsrecht unserer Länderparlamente – zwar im Grundgesetz verankert wird, im Bundesrat besprochen wird,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Beifall des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

nicht aber hier in Baden-Württemberg eine solche Verfassungsänderung erfolgt. Wir halten das nicht für möglich.

(Beifall bei der SPD)

Ob es letztlich greift, hängt auch an der Frage, ob es rechtlich Bestand hat. Deswegen bitten wir, bei der nächsten Beratung da noch einmal nachzuhaken. Wir sind der Meinung, dass es Aufgabe aller Länderparlamente sein muss, dies in ihren Verfassungen zu verankern, damit es Bestand hat.

Das Zweite: Im Finanzausgleichssystem zwischen den Ländern werden ungefähr 30 Milliarden € bewegt. Diese 30 Milliarden € an Finanzausgleich haben es bisher nicht verhindert, dass einzelne Länder strukturell nicht in der Lage sind, ausgeglichene Haushalte zu erreichen. Auch bei höchstmöglichen Einsparungen, auch wenn sie alle Polizisten und Lehrer entlassen würden, hätten sie immer noch keinen ausgeglichenen Haushalt.

Jetzt kommen in dieses Finanzausgleichssystem zu den 30 Milliarden € 800 Millionen € hinzu. Die Erwartung, dass dadurch die strukturellen Defizite in einzelnen Ländern auf Dauer beseitigt werden, muss sich erst noch erfüllen. Ich glaube, dass da noch ganz andere Veränderungen notwendig sind, auch im Hinblick auf Länderneugliederungen, wenn einzelne Länder tatsächlich auf Dauer strukturell in der Lage sein sollen, ausgeglichene Haushalte zu stemmen.

Mehr als bedauerlich finden wir, dass das, was wir fraktionsübergreifend eingefordert haben, nicht realisiert ist. Wenn wir jetzt zusätzliches Geld in den Länderfinanzausgleich geben, dann müssen wir auch mehr Spielräume bekommen, auf der Einnahmeseite unsere Haushalte durch eigene Hebesätze und anderes gestalten zu können. Das ist alles nicht realisiert.

Deshalb geht das Ergebnis zwar in die richtige Richtung, aber es muss aus unserer Sicht noch deutlich nachgebessert werden, wenn das Ziel – ausgeglichene Haushalte, Schuldenbremse und am Ende Schuldenstopp – auch tatsächlich erreicht werden soll.

Jetzt möchte ich mit zwei Themen beginnen, bei denen Einigkeit besteht, jedenfalls in großer Breite im Landtag und auch zwischen uns und der Regierung.

Das eine ist das Thema Stuttgart 21. Sie haben schon auf vieles hingewiesen. Ich möchte ein Beispiel bringen, das noch einmal unterstreicht, weshalb es zu Stuttgart 21 keine Alternative gibt.

In Zürich ist man am Kopfbahnhof auf ähnliche Engpässe gestoßen, wie wir sie zu erwarten haben, wenn sich nichts tut. Dann ging in Zürich die Planung los, und man hat gesagt: „Wir brauchen zwei zusätzliche Gleise und wollen die durch die Stadt Zürich legen.“ Als die ersten Pläne der Öffentlichkeit präsentiert wurden, gab es einen Aufschrei der Empörung, weil das unter den heutigen Bedingungen der Umweltverträglichkeit, der Verträglichkeit für den Menschen durch Lärmschutz natürlich bedeutet, dass man die Stadt massiv durchschneidet. Wir erleben ja im Rheintal, was es bedeutet, wenn zusätzliche Gleise durch eng bebautes Gebiet gelegt werden sollen: 5 m hohe Mauern, die alles verändern und letztlich nicht umweltverträglich sind.

Deshalb geht es nicht darum, einen Bahnhof tieferzulegen, weil man ihn tieferlegen will, sondern es geht um die Frage, ob man die Gleise oben führen kann und man dadurch das Leben von Generationen massiv beeinträchtigt und letztlich auch die Umwelt zerstört

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das ist den Grünen egal!)

oder ob man es so macht, wie die Züricher das dann für sich entschieden haben: Wenn es oben nicht geht, dann geht man halt in den Tunnel. Wir haben so viel Schienenverkehr in Stuttgart unter die Erde gelegt, weil er oben nicht mehr darstellbar ist – Stadtbahn, S-Bahn –, dass es sich doch eigentlich aufdrängt, zu sagen: Um oben die Menschen nicht in unmöglicher Weise zu beeinträchtigen, gehen wir mit den Gleisen unter die Erde, und dann muss notwendigerweise auch der Bahnhof unter die Erde. Das eine folgt dem anderen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

All das, was als Alternative aufgemacht wurde, ist eine Schimäre. Seit 1994 wird dieses Projekt diskutiert. Für uns war die wichtige, endgültige Entscheidung die Entscheidung des Bundestags, der Volksvertretung, die Ermächtigungen zu bewilligen, die notwendig sind, um das Projekt durchzufinanzieren. Damit sind die Würfel endgültig gefallen.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Wer jetzt von der Möglichkeit, das Projekt umzusetzen, keinen Gebrauch macht

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

(Claus Schmiedel)

und eine neue Diskussion über Alternativen anfangen möchte, darf sich darauf einstellen, dass noch einmal 15 Jahre diskutiert wird, bevor vielleicht eine neue Entscheidung realisiert werden kann. Das heißt, die Alternative zu Stuttgart 21 ist in Wahrheit, nichts zu tun, es so zu lassen, wie es ist – mit der ganzen Beeinträchtigung und der ganzen Begrenzung für den Schienenverkehr.

(Beifall der Abg. Ursula Haußmann SPD und Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Das zweite Thema betrifft die Landesbank Baden-Württemberg. Ich will jetzt noch einmal ganz deutlich darauf hinweisen, dass es auch eine Schimäre ist, zu sagen: „Die Alternative zu einer starken Landesbank Baden-Württemberg mit der Baden-Württembergischen Bank sind die Sparkassen.“ Das ist keine Alternative. Wer glaubt, die Funktion der Landesbank Baden-Württemberg zurückschneiden zu können

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wer hat das behauptet?)

– das behaupten Sie, und das behauptet vor allem Herr Schlachter –

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das ist ja völliger Blödsinn!)

auf die Funktion einer Zentralbank für die Sparkassen

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD zu den Grünen: Genau das ist Ihr Modell!)

und das Geschäft auslaufen lassen zu können, der beschädigt den Mittelstand in Baden-Württemberg und in Deutschland enorm.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Man kann als Faustregel sagen: Spätestens dann, wenn es bei Unternehmen mit mehr als 200 Beschäftigten um Investitionen geht, sind die Kreissparkassen als alleiniger Finanzier überfordert.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Was ist denn unser Mittelstand? Es ist der industrielle Mittelstand, der hohe Investitionen nötig hat. Er braucht die Baden-Württembergische Bank, er braucht die Landesbank. Wenn man genau hinschaut, stellt man fest: In Baden-Württemberg ist neben der Sparkasse oder der Volksbank die nächste Adresse direkt die BW-Bank oder die LBBW. Das sind die Partner: ein starker öffentlicher Verbund, eine große, starke Landesbank, Kreissparkassen und Volksbanken. Das ist das Rückgrat der Finanzierung in Baden-Württemberg.

Wir wollen als eine Offensivstrategie die Baden-Württembergische Bank und die Landesbank stärken, ihnen Geld geben, damit sie sich über Baden-Württemberg hinaus weiterentwickeln können. Dort, wo industrielle Kerne in Deutschland sind, sollen künftig die LBBW und die Baden-Württembergische Bank und die Partner als Ergänzung und notwendige Unterstützung der Sparkassen zu Hause sein. Wenn man genau hinschaut, stellt man zudem fest, dass die unsicheren Kan-

tonisten bei der Finanzierung von Mittelstand und Industrie die Privatbanken sind,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

vor allem die ausländischen Privatbanken, die sich Zug um Zug zurückziehen. Insbesondere dann, wenn es reinregnet, ziehen sie sich zurück.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! Als Erstes!)

Deshalb gibt es zu einer starken öffentlichen Landesbank Baden-Württemberg als Partner der Kreissparkassen in Baden-Württemberg und auch in ganz Deutschland keine Alternative.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

Jetzt kommen die strittigen Themen, Herr Ministerpräsident.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jetzt geht's los! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Sie haben angemahnt, die ganze Wahrheit zu sagen. Zur ganzen Wahrheit, was die Schaffung von Rücklagen in unserem Haushalt betrifft, gehört natürlich der Hinweis, dass diese Rücklagen zulasten einer massiven Vernachlässigung von Erhaltungsinvestitionen in die Infrastruktur unseres Landes gebildet worden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn der Finanzminister heute sagt: „Wir haben einen Investitionsnachholbedarf in Höhe von 4 Milliarden € nicht beim Neubau, sondern bei der Erhaltung unserer Hochschulen“, dann spricht das doch Bände.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Natürlich ist es einfacher, Eimer aufzustellen, wenn es zum Dach hereinregnet, als das Dach zu sanieren.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Aber ist das wirklich gespart? Das ist doch nicht gespart! Ich muss noch einmal unsere Frage in Erinnerung rufen, die vom Innenminister beantwortet wurde: Wie sieht es mit den Landesstraßen aus? Antwort: Zwei Drittel sind in schlechtem oder sehr schlechtem Zustand. Bei einem Drittel der Straßen musste der Innenminister veranlassen, dass man Schilder „Vorsicht Straßenschäden!“ aufstellt, damit die Staatsanwälte des Justizministers nicht zu ihm ins Haus kommen, wenn es aufgrund der Straßenschäden zu Unfällen kommt. Natürlich ist es billiger, Schilder „Vorsicht Straßenschäden!“ aufzustellen, als die Straßen zu reparieren.

(Heiterkeit des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD – Abg. Martin Rivoir SPD: Schilderwald!)

Das ist aber nicht wirklich gespart. Deshalb sagen wir: Jetzt, da es einen Bedarf an Aufträgen gibt, da wir Impulse setzen müssen, ist es doch allerhöchste Zeit, die Rücklagen dafür zu nutzen, diese unabwendbaren Nachholinvestitionen zu tätigen.

(Claus Schmiedel)

Ich habe neulich in einer Radiosendung gehört, wie der Kanzler einer Hochschule berichtet hat: Bei Starkregen schießt das Wasser die Treppen herunter. So sieht es in manchen Hochschulen aus.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Wo war denn das? – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Gummischeuhe!
– Zurufe der Abg. Christine Rudolf SPD und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Unruhe)

Deshalb sage ich: Wir müssen diese Investitionen jetzt angehen. Herr Ministerpräsident, wir hätten gern gehört – haben es bisher aber noch nicht –, dass das, was Sie im Dezember letzten Jahres zugesagt haben, nämlich 650 Millionen € an Landesmitteln in die Erfüllung eigener Aufgaben zu investieren, Bestand hat. Wir haben jetzt aus Ihrer Rede herausgehört, dass diese 650 Millionen € auf 401 Millionen € reduziert werden. Das ist nämlich gerade die Höhe der Kofinanzierung. Dann ist Schluss. Wir halten das für ein falsches Signal,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

weil Sie darauf hingewiesen haben, dass Baden-Württemberg besonders betroffen ist. Deshalb haben wir besondere Anstrengungen nötig. Wir haben Rücklagen, weil wir Erhaltungsinvestitionen unterlassen haben. Deshalb muss jetzt geklotzt und darf nicht gekleckert werden, Herr Mappus.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Herr Ministerpräsident, Sie haben das „Kinderland“ angesprochen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja! Das gibt es auch noch!)

Sie haben sich auf die Schulter geklopft und gesagt: „Für die Kinder unter drei Jahren gibt es jetzt ein richtiges Ausbauprogramm.“ Da haben Sie auch gar keine andere Wahl. Das hat Berlin vorgegeben. Das ist gut so. Deshalb steigt die Versorgungsquote bis zum Jahr 2013 auf 35 % an.

Dann sind Sie zu den Grundschulen übergegangen und haben die Kindergärten übersprungen. Ich weiß auch, warum. Denn wenn z. B. unser Elektromonteur Hans zu dem Ergebnis kommt: „Mir bleibt eigentlich nicht genügend übrig; außerdem ist es sinnvoll, Familie und Beruf vereinbaren zu können“, wenn also die Familie von Hans zu dem Ergebnis kommt, dass beide Partner berufstätig sein wollen, dann suchen sie ein Ganztagskindergartenangebot. Wo steht hier Baden-Württemberg? Es trägt die rote Laterne!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb wollen wir auch das Geld für die Bildungsoffensive dafür nutzen, um das Angebot auszubauen, die Gemeinden zu unterstützen, damit sie das notwendige Personal bereitstellen und Ganztagsangebote mit individueller Förderung verbinden können. Das nutzt den Familien, den Kindern, und das ist eine Investition in die Zukunft.

(Beifall bei der SPD)

Dann haben Sie gesagt: „Wir bauen die Ganztagschulen aus.“ Das ist wohl wahr. Die Initialzündung baulicher Art kam wie-

der aus Berlin. Wir hätten erwartet, dass Sie das dann auch mit Personal unterfüttern, damit dort, wo Ganztagschule draufsteht, auch Ganztagschule drin ist.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Mappus, jetzt schauen wir einmal nach Rheinland-Pfalz und greifen gleichzeitig das Thema G 8 auf. Rheinland-Pfalz hat nicht den Fehler gemacht, den viele Bundesländer gemacht haben, G 8 flächendeckend einzuführen, sondern hat gesagt: „Von unseren ungefähr 150 Gymnasien können 10 % einen Antrag stellen, G 8 einzuführen.“ Rheinland-Pfalz hat gesagt: Es gibt Bedingungen, und nur unter diesen kann G 8 funktionieren.

Erstens: Es ist eine verbindliche Ganztagschule für alle. Denn anders geht es nicht.

(Beifall bei der SPD – Abg. Stefan Mappus CDU: Blödsinn! Das ist einfach nicht wahr! Das stimmt doch nicht!)

Zweitens: Wenn eine Ganztagschule eingeführt wird – –

(Abg. Stefan Mappus CDU: Das ist Sozialismus pur! Für alle das Gleiche! – Lachen bei der SPD)

– Es gibt immer die Alternative, Herr Kollege. 10 % G 8. Es gibt auch nicht mehr Anträge.

(Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU)

Rheinland-Pfalz hat gesagt: Ganztagschule heißt, dass auch den ganzen Tag über Lehrer da sind, keine zusätzlichen Angebote. Denn bei diesem beschleunigten Tempo kommt es darauf an, dass als Ansprechpartner bei den Hausaufgaben, bei den Eigenarbeiten nicht irgendwer da ist, sondern die Lehrer da sind, die den Unterricht abhalten,

(Abg. Stefan Mappus CDU: Die sind begeistert!)

dass die Verknüpfung zwischen Unterricht und Hausaufgaben und Eigenarbeit da ist.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen hat Rheinland-Pfalz an Ganztagschulen überall viel mehr Lehrer als Baden-Württemberg.

Drittens: Rheinland-Pfalz hat gesagt: „Jede Schule muss ein pädagogisches Konzept vorlegen,

(Abg. Stefan Mappus CDU: Ja!)

und nur in Verbindung mit einem pädagogischen Konzept für die Ganztagschule und einer guten Lehrerausstattung wird G 8 eingeführt.“ Deshalb sind die bei diesem Thema sehr entspannt, während bei uns bei G 8 überall „der Kittel brennt“.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Quatsch! – Abg. Elke Brunnemer CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

– Ich weiß nicht, mit wem Sie reden.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Sie machen sie heiß! Das ist das Problem! – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU – Unruhe)

(Claus Schmiedel)

Jetzt fangen wir einmal andersherum an. Sie wollen unsere Umfrage nicht akzeptieren. Okay.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Genau!)

Nehmen Sie wenigstens zur Kenntnis, dass immer mehr Eltern, deren Kinder eine Gymnasialempfehlung bekommen, diese Kinder zur Realschule schicken.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Nehmen Sie zur Kenntnis: Die Übergangsquote auf das Gymnasium steigt doch!)

Nehmen Sie zur Kenntnis, dass G 8 in Baden-Württemberg löchrig ist. Es gibt Alternativen, und die werden wie verrückt nachgefragt. Meine Tochter besucht das G 9 in Markgröningen, ein allgemeinbildendes Gymnasium.

(Abg. Elke Brunnemer und Abg. Stefan Mappus CDU: Welche Klasse?)

– Siebte Klasse. Das ist ein früheres Aufbaugymnasium, und deshalb beginnen die in der siebten Klasse und machen G 9. Sie hat neulich eine Freundin mit nach Hause gebracht, die ich gefragt habe, was sie vorher gemacht hat. Sie sagte, dass sie auf dem Gymnasium war. Ich fragte: G 8? Sie sagte: „Ja, G 8. Ich bin so glücklich, dass ich jetzt G 9 habe.“

(Abg. Stefan Mappus CDU: Wenn ich bei Ihnen zu Gast wäre, hätte ich das auch gesagt!)

Das geht quer durch die Bank. Sie können es noch eine Weile ignorieren.

Sie haben übrigens nichts zu Mosbach gesagt, ob das jetzt geprüft wird oder nicht geprüft wird oder ob das von vornherein abgeschmettert wird. Sie können überall, wohin Sie kommen, mit den Eltern sprechen, und Sie werden erkennen: zwei Drittel, ein Drittel.

Wir sind nicht gegen das G 8, wir sind gegen ein Zwangs-G-8. Was wir wollen, ist Folgendes: Wir wollen einerseits das G 8 dort, wo es besteht, nach dem Modell von Rheinland-Pfalz verbessern. Dieses Modell funktioniert. Übrigens fahren auch andere aus anderen Bundesländern dorthin, die auch ein Zwangs-G-8 eingeführt haben – auch SPD-regierte Länder –, und schauen nach, wie man es macht. Wir wollen außerdem vor allem die Freiheit für die Eltern und die Kinder, zwischen dem G 8 und dem G 9 zu wählen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Mappus, als ich das offizielle Modell des Kultusministeriums für die G-9-Alternative vorgetragen habe, haben Sie geschrien: „So ein Blödsinn.“

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Ist es auch!)

Haben Sie sich inzwischen den Erlass besorgt?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD zu Abg. Stefan Mappus CDU: Genau! Schauen Sie einmal hinein!)

Das würde ich Ihnen empfehlen. Da steht nämlich drunter: „Wolfgang Fröhlich, Ministerialdirektor“. Er bittet die Schu-

len, die Eltern darüber aufzuklären, dass es ein Modell ist, in dem es nicht als Wiederholung der Klasse gilt, nicht als Sitzenbleiben gilt, wenn ein Schüler nach der zehnten Klasse am allgemeinbildenden Gymnasium in die Eingangsklasse des beruflichen Gymnasiums wechselt, sondern dass dies eine Alternative ist, die in 13 Jahren zum Abitur führt.

Jetzt frage ich Sie: Ist es nicht besser, den Kindern in der Unterstufe und in der Mittelstufe mehr Luft zu lassen, um sie dann in der Oberstufe mit dem G 8 zusammenzuführen? Oder ist es richtig, sie zu stricken und dann zu sagen: „In der zehnten, elften Klasse dreht ihr eine Ehrenrunde“? Das ist doch ausgesprochener Blödsinn. Da haben Sie völlig recht.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Nur: Der Vorwurf richtet sich gegen Herrn Rau.

Ich möchte noch ein Thema aufgreifen. Jetzt ist Herr Noll nicht da,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wo ist er denn?)

aber Sie können es ihm ja ausrichten. Er hat berichtet, dass bei einem Vortrag von ihm – wo auch immer – ein der SPD angehörender Leiter einer Realschule die Möglichkeit, Stellen durch Geld zu ersetzen, mit der Aussage bewertet hat: „Da wird man hinters Licht geführt.“ Der Mann hat mit seinen Befürchtungen recht. Denn zuerst geht die Stelle, und dann geht das Geld. Das ist die Erfahrung der Pakete, die Sie angesprochen haben.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Hochschule!)

Nehmen wir einmal den Hochschulpakt. Beim Hochschulpakt haben Sie gesagt: „Wir fahren Stellen zurück, etwa 1 500 an der Zahl.“ Dann aber haben Sie gesagt: „Dafür bekommt ihr aber Einnahmen aus Studiengebühren, und dann baut ihr mit eigenen Studiengebühren wieder Personal auf.“

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Jetzt erleben die, dass Ihre angeblich sozial verträglichen Studiengebühren auch von Ihnen mittlerweile als familienbelastend empfunden werden. Sie haben es begründet. Sie haben gesagt: „Für das dritte und das vierte Kind werden keine Gebühren mehr bezahlt, denn andernfalls wäre es familienbelastend.“

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Auf einmal!)

Sie haben sich völlig losgelöst von Ihren früheren Aussagen: „Er kann ja einen Kredit aufnehmen und später, wenn er dann Millionär ist, zurückzahlen.“ Jetzt begründen Sie: „Das belastet die Familien zu stark. Deshalb wird für das dritte und das vierte Kind nicht mehr bezahlt.“

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Berroth?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Lieber nicht!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich bin doch noch gar nicht fertig.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Er blamiert sich selbst!)

Jetzt erleben die Hochschulen Folgendes. Sie haben gesagt: „Wir machen einen Pakt, reduzieren die staatlichen Stellen. Ihr bekommt Einnahmen aus Studiengebühren und baut damit Personal auf.“ Jetzt kommt der erste Einschnitt, indem Sie sagen – – Das begrüßen wir ja, aber für die Hochschulen ist es natürlich verheerend. Jetzt fehlen ihnen 5, 10 oder 15 %, manchen 20 % der Gebühren, aus denen sie bisher Stellen im Mittelbau bezahlt haben – ohne Ersatz. Deshalb sage ich: Für die Hochschulen ist es verlässlich und richtig: Studiengebühren weg und dafür aus dem Etat das notwendige Geld bereitstellen, das sie brauchen, um ein richtiges Studienangebot zu unterhalten.

(Beifall bei der SPD)

Herrn Noll hätte ich gern noch etwas anderes gefragt. Ich hätte ihn nämlich gefragt, wie hoch denn das Volumen seines Steuerprojekts ist,

(Zurufe von der FDP/DVP, u. a. Abg. Heiderose Berroth: Das können Sie im Internet nachlesen! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: 20 Milliarden €!)

20, 25 oder 30 Milliarden €.

(Abg. Stefan Mappus CDU: 25!)

Wer diese Konzeption mit den 20, 25 Milliarden € an Steuerenkungen vertritt – ob Herr Noll oder Herr Mappus –, muss einmal sagen, wie folgende drei Punkte zusammenpassen: erstens das, was der Ministerpräsident jetzt noch einmal mit dem Satz „Wir bringen 10 % zusätzliche Verschuldung“ beschrieben hat, zweitens die Feststellung „Wir machen eine Schuldenbremse und einen Schuldenstopp“ und drittens die Feststellung: „Wir schenken der Bevölkerung noch einmal 20, 25 Milliarden €.“ Das passt nicht zusammen!

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: „Schenken“! Das ist Ihr Denken! – Abg. Stefan Mappus CDU: Da wird nichts geschenkt, da wird auch nichts weggenommen, Herr Schmiedel! Das ist ein großer Unterschied! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Nennen Sie es, wie Sie wollen, es ist egal. Die Rechnung, die Sie aufmachen, geht nicht auf. Nur eines geht auf, Herr Noll, Herr Mappus: das Konzept der SPD.

(Beifall bei der SPD – Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP)

Dieses Konzept heißt: Bei den Unteren entlasten und dafür bei den Reichen mehr holen!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsident Peter Straub: Jetzt erhält der Vorsitzende der Fraktion GRÜNE, Herr Abg. Kretschmann, das Wort.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Ministerpräsident, wir sind uns, was die Fortschritte in der Föderalismuskommission betrifft, im Grundsatz einig.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sind Sie auch mit Herrn Kuhn einig?)

Die Nullneuerschuldung für die Länder nach 2019 ist ein sehr ambitioniertes Ziel. Diese Nullneuerschuldung können die überschuldeten Länder nur erbringen, wenn ihnen noch einmal geholfen wird. Der Bund wird dazu in sieben Jahren 3,5 Milliarden € zur Verfügung stellen, und die Länder müssen denselben Betrag aufbringen. Ich erinnere daran, dass zu diesem Zeitpunkt das Maßstäbengesetz fällt und der Länderfinanzausgleich neu verhandelt werden muss. Da ist es schon sehr wichtig, dass alle Länder in einer Situation sind, die es ermöglicht, dass wir zu einem vernünftigen Länderfinanzausgleich kommen, der möglichst alle Länder in die Lage versetzt, in Zukunft stärker auf eigenen Beinen zu stehen.

Dazu würde ich vorschlagen, dass dieser Länderfinanzausgleich abgeschafft wird und der Bund für den vertikalen Länderfinanzausgleich zuständig ist, wie das in anderen föderalen Staaten auch der Fall ist. Aber zu einem solchen Konsens wird man nur kommen, wenn die jetzt überschuldeten Länder nicht abstürzen. Es kann doch wohl nicht sein, dass wir den Banken Milliarden hinterherschmeißen, um sie vor dem Absturz zu bewahren,

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

und dass wir jetzt sehenden Auges Bundesländer weiter in die Verschuldungsfalle hineinlaufen lassen. Wir müssen ihnen nachher doch helfen. Wenn wir das jetzt mit dem klaren Pfad einer Schuldenbremse tun, dann halte ich das für eine weit-sichtige und vernünftige Regelung. Ich kann den beiden Vorsitzenden der Föderalismuskommission, Ministerpräsident Oettinger und dem Fraktionsvorsitzenden der SPD im Deutschen Bundestag Struck, für die letzte Sitzung nur alles Gute wünschen, damit sie das hinbekommen; denn es ist noch nicht in trockenen Tüchern.

Eines möchte ich aber auch noch einmal betonen, Herr Ministerpräsident: Es kann nicht angehen, dass die Bundesrepublik, indem sie das im Grundgesetz vorschreibt, die Länder sozusagen in die Schuldenbremse zwingt. Das müssen wir schon selbst machen. Sonst greift der Bund massiv in den Kern der Eigenstaatlichkeit der Länder, nämlich in das Haushaltsrecht, ein.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das geht nicht!)

Deswegen glaube ich, dass das nicht geht. Es ist erforderlich, dass die Länder das in einem parallelen Verfahren in ihre eigenen Verfassungen schreiben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen sowie der Abg. Stefan Mappus CDU und Wolfgang Drexler SPD)

Das ist umso wichtiger, als wir nicht erreicht haben, dass die Länder eigene Steuerhebesätze auf die Einkommen- und die Körperschaftsteuer erheben können oder dass bestimmte Steuern, deren Erträge uns ohnehin zustehen, in unsere Verfügungsgewalt kommen. Das ist leider nicht erreicht worden. Es gibt vielleicht noch eine kleine Chance, dass die Grundsteuer in Landeshoheit kommt.

Wir haben also nicht wie der Bund die Möglichkeit, an unserer Einnahmeseite etwas zu ändern. Wir haben auch nicht

(Winfried Kretschmann)

die Möglichkeit – auch das ist ja gescheitert –, Standardabweichungen bei Bundesgesetzen vorzunehmen, sodass wir darauf bestehen müssen, dass Schuldenbremsen und deren Ausnahmen in unserer eigenen verfassungsrechtlichen Verfügung stehen.

Deswegen kann das, wie ich finde, nicht ins Grundgesetz aufgenommen werden, sondern gehört in die Landesverfassung.

(Beifall bei den Grünen)

Herr Ministerpräsident, Sie haben gleich zu Anfang der Arbeit der Föderalismuskommission richtigerweise betont, dass Sie angesichts des Ziels, durch eine Schuldenbremse von der Verschuldung wegzukommen, davon abraten, Steuersenkungsdebatten zu führen. Das ist jetzt aber massiv erfolgt – durch die CSU, aber auch hier im Haus durch den Kollegen Dr. Noll und Ihren Fraktionsvorsitzenden, den Kollegen Mappus. Über Steuersenkungen kann man immer reden, aber bitte unter zwei Bedingungen: erstens, dass sie nicht auf Pump erfolgen

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Da sind wir uns einig!)

und zweitens, dass sie uns in die Lage versetzen, trotzdem unsere Aufgaben zu erfüllen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ja! Und die Aufgaben muss man definieren!)

– Herr Kollege Noll, dafür müssten Sie schon einmal ein Konzept vorlegen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Gucken Sie im Internet nach! Da ist alles von der Bundestagsfraktion zum letzten Haushalt drin! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber das geht doch nicht!)

Wenn Sie keine weitere Verschuldung wollen und Steuern senken wollen, dann erwarten wir hier einmal Ihre drastischen Einsparvorschläge. Die sind bislang nicht erfolgt.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wir haben das im Land gemacht! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wo hat denn der etwas gemacht?)

– Herr Kollege Noll, das ist nicht seriös.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist alles nachlesbar in den Drucksachen des Deutschen Bundestags, dass eine Gegenfinanzierung in Form eines „Sparbuchs“ vorgelegt worden ist! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Die Hälfte stimmt doch gar nicht, Herr Kollege!)

– Herr Kollege Noll, diese Steuersenkungen betreffen auch uns. Da brauchen Sie jetzt nicht mit dem Bund zu winken.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wir haben noch Reserven im Haushalt! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Wir haben nicht festgestellt, dass Sie in diesem Haushalt jetzt Vorsorge getroffen hätten, um diesen Steuersenkungsrisiken zu begegnen. Davon kann überhaupt keine Rede sein. Das ist nicht seriös.

(Beifall bei den Grünen)

Herr Ministerpräsident, Sie haben mir vorgeworfen, ich hätte nicht die ganze Wahrheit gesagt. Das kann ich bei der ganzen Haushaltskonsolidierung nicht sehen. Ich habe Ihre eigenen Zahlen verwendet, die Ihnen der Finanzminister vorgelegt hat. Da heißt es in der mittelfristigen Finanzplanung: für 2009 null, für 2010 minus 1,18 Milliarden €, für 2011 minus 1,7 Milliarden € und für 2012 minus 1,5 Milliarden €. Also bitte! Das sind Ihre Zahlen. Das sind Zahlen, die auf der letzten Steuerschätzung vom November basieren,

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Die nicht mehr aktuell ist!)

die überhaupt nicht mehr aktuell ist und die mit Sicherheit massiv nach unten korrigiert werden muss. Das heißt, diese mittelfristige Deckungslücke wird in Wirklichkeit

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Größer!)

viel größer. Mehr habe ich überhaupt nicht gesagt.

Ich habe vielleicht nicht erwähnt, dass Sie wenigstens für das nächste Jahr Rücklagen für Steuerausfälle gebildet haben. „Lob und Anerkennung dafür“, hätte ich gern gesagt. Aber als ich euch beim vorletzten Mal einmal gelobt habe, wart ihr beleidigt. Darum habe ich es gelassen.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Was? Wann waren wir beleidigt? Wir waren überrascht, aber nicht beleidigt!)

Das war durchaus ambitioniert, gar keine Frage. Aber darüber hinaus völlige Fehlanzeige.

Ich möchte noch einmal betonen: Den einzigen strukturell relevanten Einsparvorschlag in den Haushaltsdebatten haben wir gemacht, indem wir 50 Millionen € in den Pensionsfonds zurückführen wollten, weil wir – das haben wir schon bei der letzten Haushaltsberatung gesagt – die Beihilfen für die Pensionäre auf das normale Niveau senken wollten, das alle Rentenversicherten auch haben. Das müssen wir verlangen, weil wir sonst die Pensionslasten überhaupt nicht bewältigen können.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Ihr nehmt den Leuten das Geld weg!)

Das war ein ganz klares Signal. Das waren noch einmal 50 Millionen € zusätzlich. Es ist ja auch nicht vergnügungsteuerpflichtig, den Ruhestandsbeamten das zuzumuten. Das hätten wir zusätzlich dem Pensionsfonds zugeführt.

Von den Regierungsfractionen ist kein einziger strukturell relevanter Einsparvorschlag gekommen. Ich möchte einmal wissen, wie das funktionieren soll, Herr Ministerpräsident, und wo Sie diese riesigen Summen einsparen wollen. Das ist doch völlig ausgeschlossen, weil da keine Vorsorge getroffen worden ist.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist doch gar nicht wahr! Wir sitzen täglich zusammen und sparen! – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

(Winfried Kretschmann)

Sie haben noch einmal dargestellt, wo der Kern der Wirtschaftskrise in Baden-Württemberg liegt, nämlich im Maschinenbau, und haben die Zahlen genannt, die ich heute auch schon genannt hatte: minus 36 % bei den Auftragseingängen. Jetzt ist doch zu fragen: Wie kommen wir aus dieser Krise heraus? Die These der Grünen lautet: durch eine dritte industrielle Revolution in der gesamten Produktion. Ziel dieser Revolution kann nur der Klimaschutz sein. Denn der Klimaschutz erfordert, dass wir ganz anders mit Energie umgehen, dass wir in eine Sonnenenergiewirtschaft hineinkommen müssen, dass wir beim Energieverbrauch und bei all unseren Technologien ganz andere Effizienzquoten erreichen müssen.

Das ist die Ansage. Und warum? Weil dies auch in ökonomischer Hinsicht von dem notwendigen Weitblick zeugen würde. Auf dem Gebiet der Energieversorgung durch regenerative Energien, auf dem Gebiet der ressourcenschonenden und energieschonenden Technologien haben wir im Inland und weltweit ungesättigte Märkte. Es geht dabei um gigantische Volumina, die wir brauchen, um uns aus dieser Krise befreien zu können.

Deswegen ist der Kampf gegen die Klimakrise haargenau die Chance, auch aus der Wirtschaftskrise herauszukommen. Denn beides hat seine Ursache in falschen Rahmenbedingungen sowohl in der Finanzwirtschaft, der Realwirtschaft als auch, was die ökologische Zukunft betrifft. Genau das ist unsere These.

(Beifall der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Wenn wir sagen, Sie müssten endlich die Hindernisse bei der Windkraft beseitigen, dann geht es nicht darum, dass die Grünen ihre grüne Spielwiese haben wollten.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Nur darum! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Natürlich! Um nichts anderes geht es da!)

– Frau Kollegin Berroth, manchmal wäre Schweigen wirklich Gold.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Dann wäre es gut, Sie würden zum Ende kommen!)

Ich sage es jetzt zum dritten Mal: Wenn wir bei der Windkraft nur auf den Bundesdurchschnitt kämen, wären dies allein in Baden-Württemberg 3,5 Milliarden €. Das ist genau die Branche, an der deutlich wird, wohin unser Maschinenbau, wohin der Anlagenbau und die Zulieferer für die Automobilindustrie – es geht um Diversifizierung; Fehrenbach macht es schon längst – gehen müssen. Sie müssen in die Zukunft der regenerativen Energien und ressourcen- und energieschonender Technologien hineingehen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Da sind wir wahrscheinlich weiter, als Sie sich vorstellen können!)

Dafür ist die Windkraft genau das richtige Beispiel. In Baden-Württemberg sind bereits 180 Firmen Zulieferer, und diese Firmen haben genau erkannt, wo die Zukunft der Märkte liegt. Bei der Windkraft liegt unsere Exportquote bei 60 %. Jeder weiß, dass in Bälde die gesamten Umwelttechnologien die Automobilindustrie abhängen werden.

(Beifall bei den Grünen)

Bei der Windkraft zeigt sich Ihre Blockadepolitik. Das ist nicht etwa eine grüne Spielwiese, sondern die Windkraft gibt das Signal bei der Frage: Verschlafen Sie die Zukunft, oder gehen Sie mutig voran? Genau das zeigt sich an einem solchen Beispiel; Sie aber wollen dies wieder und wieder aussitzen.

Nun komme ich zur LBBW. Erstens, Herr Ministerpräsident, sind wir uns einig: Die LBBW braucht Hilfe. Sie braucht eine Kapitalzufuhr. Die Frage ist nur, wer diese bereitstellt.

(Lachen des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Zweitens: Selbstverständlich sind auch wir für einen Stufenplan, der in einem ersten Schritt vorsieht, drei Landesbanken in Deutschland zu generieren bzw. durch Fusionen herbeizuführen, die spartenmäßig organisiert sind. Da haben wir mit dem Finanzplatz Stuttgart eine gute Chance, weil unsere LBBW, wie Sie richtig gesagt haben – jedenfalls hoffen wir das –, besser dasteht als alle anderen.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Mit wem soll sie denn fusionieren?)

Die Idee einer Fusion in der Südschiene ist ja zunächst richtig. In einem zweiten Schritt ist vorgesehen – er wird sicherlich fünf bis zehn Jahre dauern –, zu weiteren Fusionen zu kommen. Da besteht gar keine Differenz; selbstverständlich geht das nur über einen Stufenplan. Ich habe nie behauptet, Herr Kollege Schmiedel, dass die Sparkassen die LBBW ersetzen sollen. Wo haben Sie denn so etwas je gehört? Das ist doch einfach Blödsinn!

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Der Schlachter hat das hier vorgetragen!)

– Das hat der Schlachter in hundert Jahren nicht gesagt!

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, klar!)

Eine Landesbank hat drei Aufgaben. Sie ist ein Zentralinstitut unserer Sparkassen und muss die Dienstleistungen für sie erbringen, z. B. den Zugang zu den internationalen Finanzmärkten ermöglichen.

Zweitens: Sie muss die Großen – unsere Großbetriebe und auch sehr große Mittelständler – mit Krediten versorgen, weil, wie wir wissen, die Grenze bei einer Sparkasse, obwohl die Sparkassen ja unterschiedlich groß sind, beim Einzelkredit bei einer Größenordnung von, sagen wir einmal, 20 Millionen € liegt.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wir sind nicht in der Kinderuni! Das wissen wir eigentlich!)

Für das, was darüber hinaus erforderlich ist, brauchen wir selbstverständlich eine große öffentlich-rechtliche Bank. Das ist ja gar keine Frage.

Drittens brauchen wir eine Landesbank für das Geschäft im Ausland. Wir brauchen eine Bank, die unsere Mittelständler bei ihren Auslandsaktivitäten begleiten kann.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Könnt ihr das nicht untereinander ausmachen?)

(Winfried Kretschmann)

Das ist im Kern der Geschäftsbereich einer öffentlich-rechtlichen Bank. Darüber brauchen wir uns überhaupt nicht zu streiten. Aber schon die BW-Bank – da können Sie jede Sparkasse fragen – macht den Sparkassen massiv Konkurrenz.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Aber das ist doch die Stuttgarter Stadtparkasse! – Weitere Zurufe)

Das gilt sowohl für den mittleren Neckarraum als auch für das ganze Land. So ist es haargenau. Da müsst ihr halt einmal mit den Leuten vor Ort reden. Es war immer so gedacht, dass die BW-Bank die Unternehmen bedient, für die eine Sparkasse von der Größenordnung her zu schwach ist. Das war der Sinn dieser Einrichtung. Das ist längst vorbei, und sie geht massiv in Konkurrenz zu den Sparkassen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es kann nicht sinnvoll sein, dass wir mit öffentlichen Geldern die Konkurrenz zwischen öffentlich-rechtlichen Banken anfeuern.

(Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Deswegen lautet unser Vorschlag, dass Stuttgart, statt dass wir die Stadt dazu bringen, auch fast eine Milliarde als Kapital-spritze in die LBBW zu stecken, mit diesem Geld lieber die BW-Bank zurückkauft.

(Zuruf des Abg. Dr. Nils Schmid SPD)

Dann hat sie eine starke Sparkasse für den mittleren Neckarraum, die die Sparkassenfunktion hier erfüllen kann.

(Zurufe der Abg. Dr. Nils Schmid und Reinhold Gall SPD)

Dann umgehen wir das Problem, dass die BW-Bank den Sparkassen vor Ort immer stärker Konkurrenz macht.

(Beifall bei den Grünen)

Recht haben Sie mit der Bewertung, dass die Konditionen des SoFFin nicht weit genug reichen. Drei Jahre reichen in der Tat nicht; da gebe ich Ihnen recht. Aber es müsste ja möglich sein, den SoFFin dazu zu bringen, das auf, sagen wir, fünf bis sechs Jahre zu erweitern. Aber dann muss man doch auch sagen, dass wir erwarten, dass sich die Landesbanken in diesem Zeitraum restrukturieren und dann, nach sechs Jahren, in der Lage sind, das Geld wieder zurückzugeben. Es kann doch nicht Sinn unserer Aktivitäten sein, dass wir dauernd selbst mit frischem Kapital da hineinmüssen, weil die Landesbank kein funktionierendes Geschäftsmodell hat, mit dem sie sich selbst refinanziert.

Wenn die Krise vorbei ist und der Interbankenverkehr wieder in Gang gekommen ist, dann wird es ja wohl auch möglich sein, dass dies geschieht. Sonst haben die Landesbanken kein richtiges Geschäftsmodell. Das muss ich noch einmal klipp und klar sagen.

Schließlich: Was heißt, der Bund rede da hinein, wenn eine Bank unter den Schirm des SoFFin geht? Jeder, der Geld gibt – auch wir –, wird darauf bestehen, dass sich die Bank so restrukturieren muss, dass sie ein Geschäftsmodell hat, das auch wirklich trägt. Dieses Geschäftsmodell kann im Kern nur hei-

ßen: Kreditierung des eigenen Mittelstands. Das ist der Kern des Geschäfts, um den es geht.

(Zurufe von der SPD)

Diese Restrukturierungsforderung wird jeder stellen und vernünftigerweise stellen müssen. Man kann doch kein Geld in die Banken geben, ohne dass sie wieder ein tragfähiges Geschäftsmodell auf die Beine stellen. Mehr wird der Bund auch nicht machen.

Haben Sie einmal in Ihren ehemaligen Ministerkollegen Strathaus das Vertrauen, dass da nur Dinge gemacht werden, die vernünftig sind! Dieser Herr-im-Haus-Standpunkt, den die Ministerpräsidenten gern vor sich hergetragen haben, hat schon zu viel Unheil geführt. Sie wollen doch nicht im Ernst behaupten, dass die Sächsische Landesbank je sinnvoll war. Diese Bank hatte doch gar nicht das wirtschaftliche Umfeld, um überhaupt funktionieren zu können. Das war doch nur ein Projekt, um die Eitelkeiten des ehemaligen Ministerpräsidenten Biedenkopf zu befriedigen. Das war der einzige Sinn dieser Sachsen LB.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU)

Jetzt komme ich zum geliebten oder ungeliebten Stuttgart 21. Ich habe ausdrücklich gesagt, Herr Ministerpräsident, dass ich die inhaltliche Debatte heute gar nicht eröffnen will. Das haben Sie jetzt aber gemacht. In der Haushaltsdebatte ging es mir erst einmal darum, dass Sie den Leuten reinen Wein über die Kostenrisiken einschenken, die auf uns zukommen. Renommierte Gutachten haben mit ihren Berechnungen schon den Transrapid zu Fall gebracht, weil er nicht finanzierbar war, und der Bundesrechnungshof hat dasselbe gemacht.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Falsch!)

Das sind Sie der Bevölkerung schuldig.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Wenn Sie auf dieses Projekt setzen und es mit aller Gewalt durchsetzen wollen – das ist ja offensichtlich der Fall –,

(Ministerpräsident Günther Oettinger: Warum „Gewalt“? Was heißt Gewalt? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Im Interesse des Landes! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Mit breiter demokratischer Mehrheit! Die demokratische Mehrheit ist keine Gewalt! Sie geht vom Volke aus!)

dann sind Sie dem Parlament und der Bevölkerung Rechenschaft darüber schuldig, wie Sie die Kostenrisiken einschätzen. Die Vortragungen des Instituts Vieregg-Röbler sowie des Bundesrechnungshofs sind in keiner Weise widerlegt. Da wird man doch verlangen können, dass Sie, dass die Bahn oder wer auch immer klare Gegenfakten auf den Tisch legen, die das entkräften. Das ist bisher nicht geschehen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Doch! Natürlich ist das passiert! Grundfalsch! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Unruhe)

(Winfried Kretschmann)

Noch eins: Jetzt haben Sie ja auf einmal den Lärm entdeckt. Auch der Kollege Drexler hält dazu Vorträge. Damit haben Sie ganz danebengegriffen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie soll der verhindert werden?)

Der Lärm entsteht bekanntlich hauptsächlich durch Güterzüge.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das sagen Sie einmal den Leuten im Neckartal! Das ist der größte Unfug!)

ICE-Züge sind heute leiser als eine S-Bahn.

(Lachen des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was? – Abg. Stefan Mappus CDU: Das halte ich jetzt für etwas gewagt!)

Die Güterzüge – Sie wissen genau, dass bei der Rheinstrecke der Güterverkehr der Stein des Anstoßes ist – werden genau wie bisher über diese Strecke laufen – mit nur einem Unterschied: Hätte man einen Kopfbahnhof gebaut und die Linienführung nach unserem Konzept gestaltet, wären neue Lärmschutzmaßnahmen angesagt gewesen.

(Abg. Ute Vogt SPD: Heute ist nicht Ihr Tag!)

Das wird jetzt nicht der Fall sein. Die Güterzüge, die den Hauptlärm verursachen, fahren dort nach wie vor. Das war ein wenig überzeugendes Argument.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Die anderen Züge machen keinen Lärm!)

Zum Schluss

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Zum Schluss!)

noch zur Bildungspolitik.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Ulrich Lusche CDU: Einzelplan! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Bildung ist das Brot der Armen!)

Drei kurze Bemerkungen:

Zur Kleinkindbetreuung haben Sie, Herr Ministerpräsident, vor etwa 14 Tagen selbst gesagt: Es geht zu langsam. Deswegen wollten wir zusätzliche Mittel vom Landeserziehungsgeld in die Kleinkindbetreuung umwidmen, damit die Kommunen schneller als geplant in ausreichendem Maß Angebote der Kleinkindbetreuung zur Verfügung stellen können. Das ist von Ihren Koalitionsfraktionen abgelehnt worden.

(Abg. Andreas Hoffmann CDU: Zu Recht!)

Zweitens: Ganztagschulen. Wo Ganztagschule draufsteht, muss auch Ganztagschule drin sein. Ich sage Ihnen noch einmal ganz deutlich: Wir haben jetzt ein riesiges Strukturprogramm, über das wir Gebäude aufrüsten können – energetisch sanieren, aber auch umgestalten, wie es heute für eine moderne Pädagogik erforderlich ist. Es heißt ja: Der Raum ist der dritte Pädagoge.

Entscheidend aber ist immer noch die Software: Wer unterrichtet, wie und nach welchem pädagogischen Konzept unterrichtet er? Ihre Ganztagschulen sind keine echten Ganztagschulen mit einem rhythmisierten Lehr- und Lernkonzept,

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Das kommt noch!)

sondern der Nachmittag besteht eigentlich aus Betreuung – besserer Betreuung. Sie stellen die entsprechenden Deputate gar nicht zur Verfügung.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir kommen also nicht weiter, indem wir nur in die Gebäude investieren. Selbst wenn man im Klassenzimmer weniger Energie verbraucht, wird man davon nicht schlauer –

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Doch! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

auch wenn das richtig ist.

(Beifall bei den Grünen)

Drittens: G 8. Zum G 8 ist einfach noch einmal zu sagen: Wir haben jetzt noch einmal schwarz auf weiß zu lesen bekommen, dass z. B. Migrantenkinder extrem schlechte Chancen haben, ins Gymnasium zu kommen.

Da wird es doch – erstens – wohl möglich sein, in einem Gymnasium zwei Geschwindigkeiten anzubieten, ohne das G 8 grundsätzlich über den Haufen zu werfen. So könnten Kinder mit unterschiedlichen Fähigkeiten und unterschiedlicher Herkunft zwei unterschiedlich schnelle Wege beschreiten, um zum Abitur zu kommen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie können doch auf berufliche Gymnasien gehen!)

Zweitens: Nach wie vor haben wir mit den beruflichen Gymnasien ein neunjähriges Gymnasium.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Ein Drittel der Schülerinnen und Schüler machen dort Abitur.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Diese Möglichkeit haben Sie aber durch die entsprechenden Notenvorgaben gedeckelt, sodass nicht alle, die da hinwollen, auch hinkönnen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Gegenruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Kein Rechtsanspruch!)

Auch da muss wirklich etwas getan werden, damit wir da vorankommen.

Lassen Sie mich schließen: Herr Ministerpräsident, Sie haben noch einmal auf den Ingenieur- und Fachkräftemangel in der Zukunft hingewiesen. Genau dazu haben wir einen Vorschlag gemacht, um durch Anpassung die Qualifikationen der Migranten zu gewährleisten. Denn derzeit werden bestimmte Ab-

(Winfried Kretschmann)

schlüsse von Migranten, die in Russland oder wo auch immer studiert haben, überhaupt nicht anerkannt, sodass sie sich niederqualifizierte Jobs suchen müssen. Wir sollten diese Qualifikationen durch Anpassung auf den Stand heben, dass wir diese Migranten auch in die gehobenen Berufe, z. B. Ingenieurberufe, bringen können, wo wir sie dringend brauchen. Wir haben dazu Haushaltsanträge gestellt, die in den Ausschussberatungen alle von den Koalitionsfraktionen abgelehnt worden sind.

Herr Ministerpräsident, machen Sie einmal den Versuch, die Dinge dann aufzunehmen, wenn sie auf dem Tisch sind, und warten Sie nicht, wie bei der Migrantenförderung, wieder zwei Jahre, bis endlich die notwendige Reaktion erfolgt. Wenn Sie das endlich machen und Ihren Kultusminister dazu bringen, dass er den Dingen nicht immer zwei Jahre hinterherläuft, sondern sofort reagiert, dann wären wir einen erheblichen Schritt weiter.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Christine Rudolf SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Abg. Mappus.

(Abg. Ute Vogt SPD: Nee, jetzt, Leute! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt ist die Korrektur angesagt!)

Abg. Stefan Mappus CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will noch einmal zwei Punkte aufgreifen, weil das, was die Kollegen von der SPD und den Grünen gesagt haben, so nicht stehen bleiben kann.

Mir geht es um das Thema Steuererleichterung, Herr Schmiedel. Was mich in der Diskussion immer stört, ist: In dieser Republik, vor allem in Berlin, können ja die Milliarden überhaupt nicht schnell genug ausgegeben werden. Das stört keinen Menschen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: So ist es!)

Aber immer, wenn es um die Entlastung des Mittelstands geht – bei dem Thema „Kalte Progression“ geht es um nichts anderes –, entdeckt man plötzlich die Seriosität von Finanzpolitik

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So ist es!)

und sagt, dass man so etwas nur tun dürfe, wenn die dadurch entstehenden Ausfälle quasi als Überschuss vorher erwirtschaftet werden. Das ist der erste Punkt, der mich wahrhaft stört, um es einmal klipp und klar zu sagen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bravo!)

Ich meine jetzt nicht nur das Konjunkturpaket – denn es geht gar nicht anders, als das fremdzufinanzieren –, sondern ich meine all das, was bis zum letzten Jahr lief. Für den Umweltschutz wurde 1 Milliarde € mehr ausgegeben, was ich für richtig halte.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, also!)

Aber da gab es über die Fremdfinanzierung keine Diskussion. Bei voll sprudelnden Steuerquellen hat es die Bundesregierung nicht geschafft, auch nur in die Nähe der Nullneverschuldung zu kommen. Trotzdem waren all diese Ausgaben kein Problem.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Wer stellt denn die Bundesregierung?)

Ich könnte viele andere Beispiele nennen, bei denen die Fremdfinanzierung nicht als Problem angesehen wurde. Nur bei dem Thema „Entlastung von unteren und mittleren Einkommen“ entdeckt man jetzt plötzlich die Seriosität von Finanzpolitik.

Übrigens – gehen Sie es einmal durch, Herr Kretschmann und Herr Drexler; Sie waren ja dabei, Sie haben ja zugestimmt –, mit Verlaub: Wie wird denn eigentlich die Schuldenbremse finanziert? Kein Land außer Baden-Württemberg wird in den Jahren 2010 und 2011 einen ausgeglichenen Haushalt haben – keines, auch Bayern nicht. Die Zahlungen, um die Schuldenbremse zu ermöglichen, also Zahlungen in Höhe von 50 % des Betrags von 800 bis 900 Millionen €, setzen aber exakt in dieser Phase ein, und zwar durch einen Vorwegabzug bei der Umsatzsteuer.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

Das ist nichts anderes, als die Schuldenbremse mit Schulden zu finanzieren. Ich habe kein Problem damit. Aber Sie, die Sie zugestimmt haben, stellen sich jetzt hierhin und sagen, Steuererleichterungen dürfe man nur machen, wenn man sie vorher finanziert habe. Da sehen Sie die Widersprüchlichkeit Ihrer eigenen Aussagen.

Mir geht es nicht um die Entlastung von Reichen, Herr Schmiedel – damit wir uns da richtig verstehen. Von mir werden Sie nichts von Absenkung des Spitzensteuersatzes hören, um das einmal klipp und klar zu sagen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Von uns auch nicht! Vereinfachung!)

Ich halte allerdings auch nichts davon, zu sagen: Wir machen jetzt eine Reichensteuer. Allein schon der Begriff zeigt, worum es hier geht.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Da bist du schnell dabei, schneller als du denkst!)

Mir geht es um die Bezieher von unteren und mittleren Einkommen, die durch diese Bundesregierung – da sind wir zwei ja unverdächtig, wenn wir darüber diskutieren – in den letzten Jahren nicht nur nicht entlastet, sondern belastet wurden.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte macht 25 Milliarden € im Jahr aus. Andere Steuern, für die wir teilweise nichts können, und auch die Kostenentwicklung im Energiesektor und anderes mehr haben die unteren und die mittleren Einkommen nun einmal überdurchschnittlich belastet. Wenn Sie heute, wie es der Kollege Noll gesagt hat, beim 1,4-Fachen des Durchschnittseinkommens in Baden-Württemberg den Spitzensteuersatz erreichen, dann ist doch klar, dass an diesem System etwas nicht mehr stimmt. Dann ist es, glaube ich, meine Damen und Herren, mehr als seriös, zu sa-

(Stefan Mappus)

gen: Die Bezieher unterer und mittlerer Einkommen müssen jetzt entlastet werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Bundesregierung macht das in zwei Schritten: Kosten 25 Milliarden €, 6 Milliarden € jetzt über das Konjunkturpaket II, der Rest soll in der neuen Legislaturperiode kommen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Geht doch gar nicht!)

Ich kann nur sagen: Ich halte das für richtig, und ich glaube, es ist ein entscheidendes Signal. Denn Sie werden es nicht schaffen, jemandem auf der Straße zu erklären, dass in fünf Tagen 500 Milliarden € kein Problem sind, drei Wochen später in einer Woche 50 Milliarden € kein Problem sind, dass aber zusätzlich eine Steuerentlastung im Umfang von 19 bzw. 25 Milliarden € – wobei ja ein Teil, nebenbei bemerkt, über Multiplikatoreffekte wieder zurückkommt, denn diejenigen, die untere und mittlere Einkommen haben, legen das Geld nicht bei der Bank an, weil sie gar nicht das Geld dazu haben, sondern die geben den größten Teil in den Konsum – nicht möglich ist. Den Leuten zu erklären, das alles sei möglich, nur für sie gehe nichts,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das ist Volksverdummung!)

das schaffen Sie nicht, das schaffen wir nicht, und deshalb ist es falsch.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

Jetzt noch kurz zur Landesbank Baden-Württemberg, Herr Kollege Kretschmann. Denn das, was Sie gesagt haben, ist – mit Verlaub – schlicht falsch.

Es gibt exakt drei Gründe,

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Jetzt bin ich aber gespannt!)

die jetzt wirklich eindeutig gegen die Inanspruchnahme des SoFFin sprechen.

Ich fange mit dem eingängigsten Grund an, bei dem eigentlich schon die Kenntnis der vier Grundrechenarten ausreicht. Der SoFFin – der Ministerpräsident hat es gesagt – ist für drei Jahre angelegt. Er hat auch darauf hingewiesen: Das reicht ersichtlich eigentlich schon jetzt nicht. Wenn wir Glück haben, bekommen wir von der EU fünf Jahre genehmigt. Aber dann ist Schicht. Das heißt, in fünf Jahren haben wir genau das Problem, das wir heute haben, es sei denn, wir schaffen es bis dahin, genügend Eigenkapital zu thesaurieren. Das ist der Knackpunkt. Das bedeutet aber: Das, was ich erwirtschaftete, abzüglich dessen, was ich für die Finanzierung aufwenden muss, die ich jetzt brauche, ist das, was für die Thesaurierung übrig bleibt.

Jetzt sind wir beim Punkt. Bisher war für die Inanspruchnahme des SoFFin eine Verzinsung von 9,5 % vorgesehen.

(Zuruf von der CDU: Da müssen wir schon wieder spekulieren!)

9,5 % bei 5 Milliarden € heißt, sie liefern knapp 500 Millionen € pro Jahr an den SoFFin ab nur für das Kapital, das Sie bekommen. Da ist noch kein Cent Gebühr für die Garantien

dabei. Bei 20 Milliarden € Garantien, die etwa veranschlagt waren, und 1 % Zins sind es noch einmal 200 Millionen €. Das heißt, wir müssten 700 Millionen € erwirtschaften und an den SoFFin abführen, und dann hätten wir noch keinen Cent Eigenkapital thesauriert. Das geht doch schlicht und ergreifend schon rein rechnerisch nicht.

Das Ganze ginge allenfalls dann – seit dem Thema Commerzbank habe ich Hoffnung, dass es in diese Richtung läuft –, wenn die Sätze des SoFFin wirklich deutlich nach unten gingen. Ich glaube ein Stück weit daran, denn wenn die Commerzbank, die 18 Milliarden € bekommen hat, 9,5 % abliefern muss, dann kann ich sagen: Die sind eigentlich schon pleite, bevor sie das Geld auf dem Konto haben. Denn das heißt, sie würden 1,8 Milliarden € pro Jahr an den SoFFin abliefern nur für die Bürgschaft, ohne auch nur einen Cent Garantie in Anspruch genommen zu haben. Das ist eher unwahrscheinlich. Aber ich halte es auch für unwahrscheinlich, dass sie auf den Zinssatz kommen, den wir am Ende zahlen, wenn wir es so machen, wie wir es in Baden-Württemberg machen wollen.

Das ist der eigentliche Grund. Da geht es gar nicht um Ideologie. Da geht es um die vier Grundrechenarten und um die einfache Frage: Was kostet die Finanzierung des Eigenkapitals? Jeder Häuslebauer schaut darauf – vielleicht nicht bei den Grünen, aber jedenfalls beim Rest der Republik –, dass er das Geld zu den günstigsten Konditionen bekommt. Das macht er nicht aus Spaß an der Freud, sondern weil er das andere Geld, das übrig bleiben soll, braucht.

Zweiter Punkt: Sie glauben doch nicht im Ernst, dass dann, wenn Bundespolitiker in der Bank sitzen, die mitbestimmen können, eine Entscheidung über den zukünftigen Bankenplatz, wo der Vorstand der LBBW sitzt, genauso abläuft, wie wenn der Bund nicht drin ist. Spätestens bei der von Ihnen genannten dritten Stufe, also bei e i n e r Landesbank in Deutschland –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sind wir weg!)

Sie glauben doch nicht allen Ernstes, dass die Bank dann noch in Stuttgart stünde, wenn der Bund drin wäre. Schon bei Ihrer zweiten Stufe würde sie nicht mehr in Stuttgart stehen, weil die CSU jetzt bundespolitisch eben einen anderen Einfluss hat, vor allem dann, wenn er über entsprechende Mandate im Verwaltungsrat transportiert wird.

Deshalb kann ich nur sagen – ich drücke es einmal so aus –: Wir sind noch nie schlecht gefahren, wenn wir ohne Berlin entscheiden konnten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Deshalb, glaube ich, wäre es gut, wenn es dabei auch bleiben würde.

Deshalb denke ich: Ihre Argumente in Ehren, aber wenn Sie die vier Grundrechenarten bemühen und das letztgenannte Argument betrachten, dann sollten auch Sie für den Kurs sein, den wir in der Koalition gehen – gemeinsam übrigens mit der SPD.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ich bitte um Lob, dass ich mein Rederecht nicht in Anspruch genommen habe! – Gegenruf der Abg. Ute Vogt SPD: Ja-wohl! Ich danke dem Kollegen Noll ausdrücklich!)

Wir kommen deshalb in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 02 – Staatsministerium. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/3602. Wir stimmen zuerst über Abschnitt I der Beschlussempfehlung ab.

Ich rufe auf

Kapitel 0201

Staatsministerium

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Kapitel 0201 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0202

Allgemeine Bewilligungen

Dazu rufe ich zunächst den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/3902, auf. Wer dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über Kapitel 0202 abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0203

Staatsgerichtshof

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0204

Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund und Beobachter der Länder bei der Europäischen Union

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Mehrheitlich angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0205

Landeszentrale für politische Bildung

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Kapitel 0208

Führungsakademie Baden-Württemberg

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/3602, abzustimmen. Wer Abschnitt II der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 02.

Bevor wir in die Mittagspause eintreten, möchte ich Sie darauf hinweisen, dass der Omnibus zum Parlamentarischen Abend entgegen der schriftlichen Ankündigung in der Einladung 15 Minuten nach Ende der Plenarsitzung vor dem Landtag abfährt.

Damit treten wir in die Mittagspause ein. Die Sitzung wird um 14:30 Uhr fortgesetzt.

(Abg. Ute Vogt SPD: Das ist aber geizig!)

(Unterbrechung der Sitzung: 13:32 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:32 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe den **Buchstaben b** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 03: Innenministerium

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/3603

Berichterstatter: Abg. Manfred Hollenbach

Berichterstatter für die Bereiche Verkehr und Straßenbau: Abg. Werner Wölfl

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 03 – Innenministerium – eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wünscht einer der Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Heinz das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Abg. Hans Heinz CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit einem Volumen von 3,9 Milliarden € zählt der Etat des Innenministeriums nach den Haushalten des Kultus- und des Finanzressorts zu den größten Einzelplänen des

(Hans Heinz)

Landeshaushalts. Schwergewichte im Etat sind die Aufgabengebiete „Innere Sicherheit“ und „Verkehr“.

Vereinfacht gesagt, kann man feststellen: Bei der Polizei dominieren die Aufwendungen für das Personal, während beim Verkehr erfreulicherweise der investive Anteil überwiegt. Mit rund 40 000 Planstellen sind aber wiederum 50 % des Ausgabenvolumens fixiert. Die Einsparauflagen der vergangenen Jahre konnten im Haushalt weitgehend erbracht werden.

Wir sind dankbar, dass Ministerpräsident Oettinger zugestimmt hat, dass bei den Regierungspräsidien 31 Planstellen im Bereich Straßenbauverwaltung nicht eingespart werden müssen. Wir benötigen diese Stellen dringend, um die erfreulicherweise vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel, aber auch die zusätzlichen Landesgelder fristgerecht in Bauprojekte umsetzen zu können.

Mit 0,6 % verzeichnet der Haushalt nur eine sehr marginale Steigerungsrate, einen Zuwachs, der – so meine ich – in die heutige Zeit passt: Investieren und trotzdem das übergeordnete Ziel, die Nullneuerschuldung, zu halten. Der Haushalt des Innenministeriums hat meines Erachtens dabei Vorbildcharakter.

Lassen Sie mich nun einen Blick auf die beiden „Großbaustellen“ Polizei und Verkehr werfen. Obwohl wir bei der Polizeidichte, das heißt dem Verhältnis von Einwohnern zu Polizeistellen, im Ländervergleich eher auf einem hinteren Rang liegen, freue ich mich, dass wir in Baden-Württemberg durch eine hervorragende Arbeit unserer Polizistinnen und Polizisten mit über 60 % wieder eine der höchsten Aufklärungsquoten vorweisen können. Für ihren kompetenten Einsatz danke ich allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sehr herzlich.

Wir profitieren in Baden-Württemberg aber auch davon, dass wir mit 5 694 Straftaten je 100 000 Einwohner die zweitniedrigste Zahl im Bundesvergleich aufweisen. Ich will nicht verhehlen, dass ich mit Sorge die Entwicklungen in den Bereichen „Islamistischer Terrorismus“ und Internetkriminalität und mit Sorge auch die zunehmende Jugendgewalt sehe.

Die Einwohnerzahlen in Baden-Württemberg sind, wie Sie alle wissen, in den letzten Jahren – im letzten Jahr nicht mehr so stark – eigentlich jedes Jahr gestiegen. Jedes Jahr kam umgerechnet eine kleine Stadt mit 20 000, 30 000 Einwohnern neu hinzu.

Vor diesem Hintergrund sind nun noch neue, zusätzliche Aufgaben zu bewältigen. Allein im Bereich der Internetkriminalität haben wir, wenn wir die Zahlen für 2006 und 2007 zum Vergleich heranziehen, eine Zunahme um 25 % zu verzeichnen. Heute Vormittag haben wir eine lebhaftige Diskussion zwischen der Opposition und der Regierung gehört. Dabei bauen wir noch 610 Stellen ab. Herr Schmiedel hat da mit einem Stellenabbau von 20 % etwas verwechselt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nichts verwechselt!)

Aber der Ministerpräsident hat ja dann erklärt, wie es funktioniert. Die Stellen sind durch die Arbeitszeitverlängerung und nicht wegen der 20 % abgebaut worden. Insofern haben wir das klargestellt.

Unser Polizeisprecher, Thomas Blenke, und ich sind froh, dass die Regierungsfractionen nun einen Einstellungskorridor mit jährlich 800 Nachwuchsbeamtinnen und -beamten beschlossen haben. Das bedeutet, dass wir, wenn wir nun zusätzlich zur normalen Fluktuation jedes Jahr 800 junge Leute fix einstellen, in toto bis zum Jahr 2013 1 270 neue Polizeistellen schaffen. Ich denke, wenn die Ausbildung durchlaufen ist, wird es Jahr für Jahr eine Entlastung in der Arbeit unserer Reviere vor Ort geben, wo wir sie eigentlich auch dringend benötigen.

Darüber hinaus wird durch diese Maßnahme auch ein enormer Beitrag zur Harmonisierung der Altersstruktur der Polizei geleistet, weil wir hier eine Kontinuität hineinbringen. Ein Nebeneffekt: Die Ausbildungsstätten der Polizei für den Nachwuchs werden gleichmäßiger ausgelastet.

Lassen Sie mich einen anderen Aspekt ansprechen: Unsere Polizei benötigt eine moderne und schlagkräftige Ausrüstung. Im Haushalt 2009 stehen erhebliche Mittel für die Einführung des Digitalfunks für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben zur Verfügung. Bis Ende 2010 wird der nicht abhörsichere Analogfunk durch den landeseinheitlichen Digitalfunk ersetzt werden. Im Finanzausschuss haben wir schon mit Freude vernommen, dass wir nun auch eine erste Rate des Bundes mit 12 Millionen € vereinnahmen können. Das ist ein positiver Aspekt.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

– Da kommt bestimmt noch mehr.

Lassen Sie mich noch ein paar Investitionsschwerpunkte ansprechen. Wir investieren in moderne IuK-Infrastruktur, Stichwort ComVor, das neue Vorgangsbearbeitungssystem der Polizei. In INPOL neu geht Geld hinein. Ich nenne weiter die Verbesserung der Kriminaltechnik, hochwertige, moderne Spezialtechnik für die Einheiten.

Die CDU-Fraktion hat sich dafür stark gemacht, dass zusätzlich zu den im Haushalt veranschlagten Mitteln in Höhe von 596 000 € weitere 500 000 € für die Beschaffung von Spezial-einsatz- und Observationstechnik bereitgestellt werden. Unsere Polizisten benötigen modernste technische Ausrüstung, um potenziellen Gewalttätern auf Augenhöhe begegnen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Dasselbe gilt für die Telekommunikation beim Landeskriminalamt. Für ein Testlabor werden auf Initiative der CDU-Fraktion 100 000 € bereitgestellt.

Auf Betreiben unseres Polizeisprechers und der CDU-Landtagsfraktion machen wir 2009 bei der Beförderungssituation der 34 Polizeidirektionsleiter einen großen Schritt nach vorn. Es werden zusätzlich acht Stellenhebungen nach Besoldungsgruppe A 16 aufgenommen, und weitere acht Stellenhebungen werden im Jahr 2010 etatisiert werden, allerdings um den Preis von jährlich 52 000 € an Mehrkosten.

Trotzdem: Die CDU-Fraktion ist der Auffassung, dass die Gewährleistung der Sicherheit der Menschen in unserem Land eine herausragende Verpflichtung ist und höchste Priorität ge-

(Hans Heinz)

nießen muss. Die Polizei unseres Landes ist im Übrigen hoch motiviert und gut aufgestellt. Gemeinsam mit dem Verfassungsschutz leistet sie einen wichtigen Beitrag für die innere Sicherheit in Baden-Württemberg.

Das gilt meines Erachtens auch für den Katastrophenschutz. Hier decken sich übrigens einmal die Anträge der SPD-Fraktion

(Abg. Reinhold Gall SPD: Fast!)

– der Unterschied beträgt 15 000 € – mit denen der CDU-Fraktion. Beide Fraktionen sind der Auffassung, dass man die Mittel für den Katastrophenschutz um knapp 1 Million € erhöhen muss, um das neue Konzept des Innenministeriums mit 120 Einsatzeinheiten mit Leben zu erfüllen. Es macht keinen Sinn, wenn ich ein Konzept entwickle und dann nicht die Mittel habe, um es realisieren zu können. Es geht vor allem darum, mit Blick auf den Rückzug des Bundes, aber auch den überalterten Fahrzeugbestand einen Ausgleich bzw. Ersatz zu schaffen.

Lassen Sie mich zum Straßenbau kommen. Verkehrspolitik hat eine überragende Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes und für die Mobilität unserer Bürgerinnen und Bürger.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das sieht man an den Landesstraßen!)

Bei jedem IHK-Empfang – mir geht es in meinem Wahlkreis wenigstens so – höre ich immer wieder, welche Bedeutung ein gutes und leistungsfähiges Verkehrsnetz für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg habe.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzler FDP/DVP: So ist es!)

– Dem kann man zustimmen.

Im Haushalt 2009 sind die veranschlagten Einnahmen im Straßenverkehr um 0,8 % gestiegen, die Ausgaben jedoch um 2,8 %. Die Ausgabensteigerung ist eine erfreuliche Tatsache. Wir als Innen- und auch als Verkehrspolitiker würden uns natürlich noch mehr Mittel wünschen. Das ist gar keine Frage. Wir vermerken auch positiv, dass der Bund seine Mittel für die Erhaltung der Bundesfernstraßen seit 2005 von 100 Millionen € auf 200 Millionen € erhöht hat. Obwohl nunmehr auch der Bund seine investiven Mittel im Bundesfernstraßenbau – durch die Lkw-Maut bedingt – erhöht hat, denken wir, wenn wir unsere Projekte in Baden-Württemberg ansehen, dass der Bundesfernstraßenbau immer noch chronisch unterfinanziert ist.

(Beifall des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP)

Wir würden hier gegenüber dem Bundesverkehrswegeplan deutlich mehr Mittel benötigen, als wir bisher zur Verfügung haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Da muss die Opposition klatschen – also die in Berlin.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Scheibengipfeltunnel Reutlingen! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

– Ja, ich habe hier ein anderes Projekt stehen. Das wird eher meine Kollegin Razavi freuen. Wir bedauern es, dass der Bund für den Altaufstieg das privatwirtschaftliche Betreibermodell nicht aktiv weiterverfolgt.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Das haben wir schon immer gesagt!)

Das Land sollte nun die Chance nutzen, im Rahmen des Konjunkturprogramms mit dem Bund gemeinsam neue Realisierungsoptionen zu erörtern.

Bei den Erhaltungsmaßnahmen an Landesstraßen wird die CDU-Fraktion weiter darauf drängen, dass dieser Etatposten auf einem Niveau von etwa 50 Millionen € gehalten werden kann. Dazu bedarf es im Übrigen nicht der Anträge der Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, die sich in jedem Wahlkreis nach dem Straßenzustand erkundigen.

(Abg. Ingo Rust SPD: Das hat schon viel geholfen!
– Abg. Katrin Altpeter SPD: Das hat geschmerzt, oder? – Abg. Peter Hofelich SPD: Das bringt uns aber viel Lob ein! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Ja, das will ich Ihnen gerade sagen, Herr Rust. Wir haben die Mittel schon seit dem Jahr 2000 so hoch gehalten, und Sie bringen Ihre Anträge seit etwa einem Jahr. Wir sind also schon viel länger an diesem Thema dran.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Wir sind schon länger dran!)

Das Konjunkturprogramm liegt ja, wie wir heute Morgen gehört haben, in den letzten Zügen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Vor der Vollendung, nicht in den letzten Zügen!)

Wir vonseiten der CDU werden uns dafür einsetzen, dass der Löwenanteil dessen, was in den Straßenbau geht – da kann vom Bund nichts zufließen, sondern das müssen landeseigene Mittel sein –, auf die Erhaltung entfällt, dass dort ein Schwerpunkt liegt. Darüber sind wir uns in der CDU-Fraktion eindeutig einig.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ab nächstem Jahr, oder was?)

Als ich mir die Fraktionsanträge der Opposition zum Straßenbau angesehen habe, musste ich mir bei denen der Grünen die Augen reiben, Herr Wölflé:

(Abg. Werner Wölflé GRÜNE: Das schadet nichts!)

18,4 Millionen € mehr für die Erhaltung der Landesstraßen. Das kann man nur begrüßen.

(Abg. Werner Wölflé GRÜNE: So ist es!)

Auf den zweiten Blick musste ich dann feststellen, dass Sie bei den Straßenbaumaßnahmen im Sonderprogramm um 25,4 Millionen € gekürzt haben. Also unter dem Strich kein „fresh money“ für den Straßenverkehr, sondern eine handfeste Kürzung um 7 Millionen €.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

(Hans Heinz)

Aber nicht genug damit. Ich habe noch einmal nachgeschaut, was bei den Planungen und Dienstleistungen geschieht. Da hauen Sie noch einmal sage und schreibe 25 Millionen € raus. Das ist dann der Beitrag der Grünen zur Verbesserung der Infrastruktur und des Straßennetzes in unserem Lande. Vielen Dank! So können wir weiterkommen!

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Wohl wahr!)

Ein bisschen Respekt könnte ich Ihnen für das Radwegeprogramm zollen, das Sie mit 25 Millionen € anschieben wollen. Dabei bin ich aber diametral anderer Meinung als Sie. Die Mittel sind an sich gut, aber sie sollten nicht aus dem Landestopf bezahlt werden, sondern das ist ein KIF-Projekt. Darüber muss man mit den Kommunen reden. Das ist eine kommunale Aufgabe. Wenn Sie ein kommunales Radwegebauprogramm machen, dann bitte aus KIF-Mitteln, nicht aus Landesstraßenmitteln. Da sind die Landesstraßen für mich in der ersten Priorität zu sehen.

Lassen Sie mich noch einen Blick auf den ÖPNV werfen. Heute Morgen wurde schon relativ ausführlich über den Effekt von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke Wendlingen–Ulm diskutiert. Für unser Ministerium gemeinsam mit der Bahn ist das in den nächsten Jahren die größte Baustelle in Baden-Württemberg. Ich will jetzt gar nicht sagen, welche Vorteile wir von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke haben. Das schenke ich mir hier einfach. Darüber haben wir heute Morgen diskutiert. Aber eines will ich unterstreichen, was auch der Ministerpräsident betont hat: Dieses Programm ist ein Konjunkturprogramm, das von heute, vom Jahr 2009 an, bis ins Jahr 2019/2020 wirken wird, bis der Fahrplanwechsel kommt und wir die Strecke in Betrieb nehmen können. Das ist für unser Land von hervorragender Bedeutung.

Bemerkenswert finde ich die Aussage des Berichterstatters für den Bereich Verkehr im Finanzausschuss. Es spricht für ihn und vielleicht auch für die gute Arbeit der Beamten im Innenministerium, dass er zum Thema Stuttgart 21 bei seinem Gespräch im Innenministerium festgestellt hat – ich zitiere –, „dass die einschlägigen Arbeiten sauber abgebildet würden“. Trotz nachhaltiger Nachfragen müsse er der präzisen Abbildung im Haushaltsplan ein Lob zollen. – Respekt, Herr Wölfle!

(Abg. Werner Wölfle GRÜNE: Gern geschehen, obwohl ich doch so blöd sei!)

Ich kann nur sagen: Schade, Herr Wölfle, dass Sie trotzdem nicht zu der entsprechenden Erkenntnis gekommen sind, dass Sie trotzdem Ihren Antrag „Stuttgart 21 – nein danke!“ nicht zurückziehen. Das wäre noch schöner gewesen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wir können eben differenzieren!)

Bei der Rheintalbahn Karlsruhe–Basel ist einiges in Bewegung gekommen. Auch das wurde heute Morgen kurz angerissen. Trotz schwierigster Eingriffe in Ortsdurchfahrten – Stichwort Offenburg – glaube ich, dass wir uns hier um einen zügigen und fairen Ablauf der Planfeststellungsverfahren bemühen. Das Regierungspräsidium Freiburg hat dafür zusätzliche Plankapazitäten erhalten.

Auch bei der Gäubahn tut sich einiges. Dank der Vorfinanzierung durch die Region kann man bei der Strecke nach Horb einen ersten wichtigen Schritt machen. Und wir können – ich glaube, das ist auch positiv – 1 Million € an zusätzlichen Mitteln für den Ausbau der Güterverkehrsstrecken einsetzen, und 2 Millionen € an Verpflichtungsermächtigungen im nächsten Jahr werden hierzu auch einen Beitrag leisten. Da sind wir, denke ich, auf einem guten Weg.

Positiv vermerke ich auch, dass wir mit je 3,5 Millionen € an Haushaltsmitteln und Verpflichtungsermächtigungen für die nicht bundeseigenen Eisenbahnen einen Beitrag leisten, um wenigstens den dringendsten Bedarf für die Neu- und Ersatzbeschaffungen beim Schienenfahrzeugmaterial befriedigen zu können.

Ein wichtiger Beitrag im Jahr 2009 – sogar ein Schwerpunkt, meine ich – wird die Fortschreibung des Generalverkehrsplans sein. Hier legen wir Wert darauf, dass wir bis zum Jahr 2025 – so lange soll dieser Plan ja gelten – das Hauptaugenmerk auf eine effiziente und umweltschonende Nutzung der Verkehrsträger richten.

Gestatten Sie mir als ehemaligem Kommunalen noch ein paar Sätze zum Verhältnis zwischen Land und Kommunen. Nicht nur die Verhandlungen über die Erweiterung des Konnexitätsprinzips haben gezeigt, dass sich die Landesregierung, allen voran Ministerpräsident Oettinger, stets um faire Kompromisse mit den kommunalen Landesverbänden bemüht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Heute finden die abschließenden Gespräche über das Konjunkturpaket zwischen dem Land und den kommunalen Verbänden statt. Ich bin mir sicher, dass wir auch bei diesem Thema eine einvernehmliche Regelung mit den Landkreisen, den Städten und den Gemeinden finden werden. Der Ministerpräsident hat ja heute Morgen schon den groben Rahmen dafür skizziert.

In enger Abstimmung mit der kommunalen Seite haben wir die Reform des Gemeindehaushaltsrechts auf den Weg gebracht und den Kommunen mit der Doppik ein zeitgemäßes Instrument an die Hand gegeben,

(Abg. Walter Heiler SPD: Um Gottes willen!)

um die notwendigen Ressourcen nachhaltig erwirtschaften zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Klaus Herrmann CDU: Sehr gut!)

Der Gesetzentwurf dazu wird in den nächsten Wochen in den Landtag eingebracht werden.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

– Man kann auch über seinen Schatten springen.

Eine wichtige Baustelle im Jahr 2009 wird die Dienstrechtsreform sein.

(Abg. Hans-Martin Haller SPD: Das gibt ein Chaos!)

(Hans Heinz)

Die Spielräume, die wir durch die Föderalismuskommission I erhalten und hinzugewonnen haben, sollen und werden wir nutzen. Neben vielen kleineren Projekten wie der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch die Chance der unterhältigen Teilzeit, um die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen zu erleichtern, werden das Laufbahnrecht und das Nebentätigkeitsrecht modernisiert.

Im Fokus der Öffentlichkeit steht jedoch die Erhöhung der Pensionsaltersgrenze von 65 Jahren auf 67 Jahre. Die Versorgungsaufwendungen für die Landesbeamten werden in den nächsten Jahren aufgrund der aktuellen Altersstruktur dramatisch ansteigen. Es macht deshalb schon Sinn, dass die Umsetzung der Anhebung der Altersgrenze bei den Pensionen schneller erfolgt als im öffentlich-rechtlichen Rentensystem. Einerseits war es aus meiner Sicht ein richtiger und – das sage ich auch – mutiger Schritt, den Müntefering und Schröder angedacht haben; es war richtig und mutig, dass sie dies in Angriff genommen haben. Aber ich sage Ihnen ehrlich: Ich habe mich auch schon damals gefragt, warum sie eigentlich bis zum Jahr 2012 warten, bis sie das in Kraft treten lassen, und warum die Umsetzung bis zum Jahr 2029 läuft. Man hätte das gleich umsetzen müssen. Es ist in der Politik manchmal ein Fehler, dass wir Dinge, die richtig sind, machen, dabei aber immer Angst haben, dass uns, wenn wir das gleich machen, bei der nächsten Wahl eine Strafe erteilt.

(Abg. Ingo Rust SPD: Wie bei der Landtagsreform!)

Das halte ich für einen elementaren Fehler. Man hätte das also gleich machen sollen, und nun dürfen wir meiner Meinung nach nicht den Fehler begehen, dies lange hinauszuschieben. Denn wir haben einen ganz anderen Leidensdruck als der Bund. Wir haben viel mehr Beamte, und das wirkt sich auf das Land – Herr Schmiedel hat es selbst gesagt – in den nächsten Jahren dramatisch aus.

(Abg. Ingo Rust SPD: Richtig!)

Der Höhepunkt liegt wohl irgendwo um das Jahr 2020 herum, und bis dahin müssen wir Lösungen finden; sonst haben wir mit unserem Haushalt enorme Probleme.

Die Verwaltungsreform wurde im vergangenen Jahr nachjustiert. Diese Nachjustierung ist am 1. Januar 2009 in Kraft getreten. In engem Kontakt mit Landkreisen und Städten wurden geringfügige Korrekturen in den Bereichen Schulaufsicht sowie Vermessung und Flurneuordnung beschlossen und wurde dem wirtschaftlichen Optimierungsbedarf beim Forst Rechnung getragen.

Vorhin habe ich die Föderalismuskommission I erwähnt. Heute Morgen hat der Ministerpräsident auch zur Föderalismuskommission II schlaglichtartig einiges gesagt. Ich will auf einen Punkt hinweisen, der in das Ressort des Innenministeriums fällt und von dem ich meine, dass er für die Kommunen und für das Land, aber auch für die Feuerwehrleute von Bedeutung ist, nämlich die Erhebung der Feuerschutzsteuer. Sie bleibt erfreulicherweise eine Landessteuer, und ich denke, das ist für uns ein wichtiger Aspekt, mit dem wir sehr zufrieden sein können. Damit haben Land, Kommunen und Feuerwehrleute eine Sorge weniger.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP sowie des Abg. Reinhold Gall SPD)

Wir brauchen die Feuerschutzsteuer. Es ist auch gut, wenn sie zweckgebunden bleibt; das erspart uns Diskussionen. Wir brauchen diese Einnahmen, um unsere Feuerwehr zeitgemäß unterbringen und modern ausrüsten zu können. Unsere Ehrenamtlichen erwarten von uns, dass sie, wenn sie ihr Leben riskieren, wenn es brennt, nicht noch mit alten Kübeln und altem Gerät ausrücken müssen, sondern über moderne Technik verfügen können. Das muss einfach sein. Deshalb gilt mein Dank an dieser Stelle auch allen ehrenamtlichen Feuerwehrleuten und allen Berufsfeuerwehrleuten, die sich hier engagieren, und allen Helferinnen und Helfern in den Hilfsorganisationen für ihren unermüdlichen Einsatz.

Wenn ich schon dabei bin, meinen Dank auszusprechen, möchte ich abschließend auch dem Minister und dem Staatssekretär für ihre Arbeit am Haushalt, für ihr Engagement und ihren Einsatz für unser Land danken.

Ich denke, mit dem Haushalt 2009 haben wir eine gute Grundlage, um die von uns zu erbringenden Aufgaben in Angriff zu nehmen und die selbst gesteckten Ziele zu erreichen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Gall das Wort.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Zur Sache, Reinhold!)

Abg. Reinhold Gall SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Aufgaben des Innenressorts sind, glaube ich, weit umfänglicher, als gemeinhin bekannt. Neben außerordentlich wichtigen Bereichen wie innere Sicherheit, Feuerwehr, Katastrophenschutz – Herr Heinz, Sie haben diese Bereiche angesprochen –, aber auch Verkehr und Straßenwesen – hierzu wird mein Kollege Haller noch Ausführungen machen –, gehören hierzu auch die Bereiche Datenschutz, Staatsangehörigkeitsrecht und Integration sowie Angelegenheiten der Spätaussiedler und der Flüchtlinge ebenso wie das kommunale Verfassungsrecht und der große Bereich des Dienstrechts. All dies sind Aufgaben, die der Innenminister zu verantworten hat.

Meine Damen und Herren, um es gleich vorweg zu sagen: In vielen Bereichen wird er nach unserer Auffassung dieser Verantwortung nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Ihren Erläuterungsbericht, Herr Innenminister, beginnen Sie mit Ausführungen zum Verwaltungsstruktur-Reformgesetz, das heißt mit der Fortsetzung des Märchens vom Erfolg dieser Verwaltungsumkrepelungsaktion. Ich und meine Fraktion bleiben bei der Feststellung, dass wesentliche Ziele, die Sie sich selbst gesteckt haben, nicht erreicht wurden und auch zukünftig nicht erreicht werden. Mir konnte z. B. bislang niemand in der Praxis an Beispielen deutlich machen, wobei der Bürger direkte Vorteile durch dieses Reformkonzept hat. Hierfür wurde mir kein einziges Beispiel genannt.

(Beifall bei der SPD)

(Reinhold Gall)

Wir werden auch sehen, meine Damen und Herren, dass die Landkreise die Effizienzrendite letztlich nicht werden erreichen können, ohne dass dies Nachteile für unsere Bürgerinnen und Bürger mit sich bringen würde.

In vielen Landratsämtern – da sollten Sie einmal Ihre Kreishaushalte entsprechend prüfen; wahrscheinlich haben Sie die Anträge auch selbst mit unterstützt – werden in Teilbereichen Personalaufstockungen vorgenommen, z. B. in den Landwirtschaftsämtern, aber auch im Bereich Lebensmittelkontrolle, damit diese Ämter überhaupt noch funktionsfähig sind und ihre Aufgaben erfüllen können. In anderen Bereichen gibt es große Klagen über Aufgabenüberlastungen und darüber, dass Aufgaben letztendlich auch liegen bleiben, und dies nicht zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger, sondern zu deren Nachteil.

Den von Ihnen zugesagten Aufgabenabbau sind Sie im Übrigen immer noch schuldig.

Das einzige Ziel, das Sie erreicht haben, ist Ihre eigene Effizienzrendite. Das heißt, Sie sparen auf Kosten der Städte und Gemeinden.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Auch hier bleibt Ihre häufig benutzte Formulierung, Herr Heinz, von der fairen Partnerschaft mit den Kommunen eigentlich nichts anderes als eine Sprechblase.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hans Heinz CDU: Sie haben es doch selbst angeboten!)

– „Das haben sie doch angeboten“: Sie wissen doch, dass sie zu dieser Vereinbarung genötigt wurden.

(Abg. Hans Heinz CDU: Das stimmt nicht! – Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Eine positive Anmerkung will ich machen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr gut!)

Mit der Präzisierung und der Erweiterung des Konnexitätsprinzips werden die Städte und die Gemeinden unseres Landes tatsächlich deutlich besser vor der über Jahre und Jahrzehnte von CDU und FDP/DVP getätigten Praxis geschützt, dass Sie den Kommunen Aufgaben zugewiesen haben und sie bei der Finanzierung mittelfristig immer haben im Regen stehen lassen oder auch direkt in die Finanzschatulle der Kommunen gegriffen haben.

(Zuruf des Abg. Hans Heinz CDU)

Nur damit es nicht vergessen wird, Herr Heinz, will ich heute in Erinnerung rufen, dass Sie im Oktober 2006 – jetzt spreche ich das an – die kommunalen Landesverbände genötigt haben, bis zum Jahr 2010 einer jährlichen Kürzung von über 400 Millionen € zuzustimmen.

(Widerspruch bei Abgeordneten der CDU)

Das sind rund 40 € pro Einwohner, die den Städten und Gemeinden gerade auch in dieser Zeit letztendlich fehlen, um ihren eigenen Aufgaben im Bereich der Infrastruktur, im Be-

reich der Betreuungseinrichtungen oder bei der kommunalen Jugendförderung nachzukommen.

Im Bereich der inneren Sicherheit, Herr Innenminister, formulieren Sie in Ihrem Bericht zum Staatshaushaltsplan als Ziel, die Basisarbeit der Polizei zu gewährleisten. Demgegenüber steht aber die Realität in unserem Land, die da heißt: Schwächung der Basisarbeit der Polizei, indem Sie immer weniger Personal zur Verfügung stellen, damit die Polizei ihre Aufgaben erledigen kann. Diese Aufgaben nehmen eher zu als ab.

In vielen Revieren – das wissen Sie – und in Polizeiposten haben die Führungsverantwortlichen allergrößte Probleme, einen ordnungsgemäßen Dienstbetrieb aufrechtzuerhalten. Wenn dies gelingt, dann nur durch zusätzliche Belastungen der Kolleginnen und Kollegen dort. Im Schnitt stehen 14 %, in manchen Dienstbereichen bis zu 20 % der Arbeitskapazität der ohnehin gekürzten Planstellen nicht zur Verfügung, mit all den negativen Auswirkungen, die wir dann vor Ort zu spüren haben.

(Abg. Ingo Rust SPD: So ist es!)

Die im Jahr 2008 begonnene Erhöhung der Einstellungsquote, Herr Heinz, kommt viel zu spät. Natürlich wird sie von uns begrüßt, nicht nur von Ihnen und vom Kollegen Blenke, sondern vor allem von der Polizei im Land. Sie wird der Polizei aber in den Jahren 2009, 2010 und 2011 überhaupt noch nicht helfen; denn die Eingestellten sind ja noch in Ausbildung und stehen vor Ort nicht zur Verfügung. Die Situation wird dann, wenn sie auf den Revieren ankommen, bestenfalls entschärft und die Personalsituation nur schrittweise dem notwendigsten Bedarf wieder angenähert.

Bis dahin muten Sie den Beamtinnen und Beamten vor Ort Dienstpläne zu, die den Betroffenen körperlich auf die Knochen und auf ihre Gesundheit gehen, die eine zunehmende psychische Belastung mit sich bringen und die deren Familien- und Freizeitleben massiv einschränken.

Das Schlimmste dabei ist: Sie verschlechtern die Situation bis zum Jahr 2012 noch, indem Sie weiter Stellen und Personal kürzen, indem Sie sich weigern, über den Nichtvollzugsdienst eine zumindest bescheidene Entlastung des Vollzugsdienstes zu erreichen. Heute hätten Sie noch einmal Gelegenheit, das zu ändern, indem Sie unserem diesbezüglichen Antrag zustimmen.

Herr Minister, Sie sollten die Signale von vor Ort aufnehmen und vor allem auch ernst nehmen. Ich halte es für ein Alarmsignal, wenn Führungskräfte keinen Hehl mehr daraus machen, dass die Motivation bei ihrer Polizei abnimmt und die Stimmung schlecht ist.

(Widerspruch des Abg. Hans Heinz CDU)

Motivierend ist auch nicht – das will ich sagen –, wenn der Stellenanteil für den gehobenen Dienst gerade einmal auf 54 % angehoben werden soll. Gleichzeitig haben Sie, Herr Minister, vor Kurzem bei der GdP den Polizeimeistern Ihr Bedauern über deren miserable Bezahlung ausgedrückt.

In Hessen – das will ich in Erinnerung rufen – gibt es den mittleren Dienst bei der Polizei seit zehn Jahren gar nicht mehr.

(Reinhold Gall)

In Nordrhein-Westfalen ist das seit Beginn dieses Jahres der Fall. Deshalb ist die Forderung unserer Polizeibeamtinnen und -beamten mehr als gerechtfertigt, die da heißt: Gleiches Gehalt für gleiche Leistung.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Polizei des Landes Baden-Württemberg gehört zu der am schlechtesten bezahlten in ganz Deutschland.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Lassen Sie deshalb Ihrem Bedauern, Herr Minister, und Ihren Ankündigungen endlich erste Taten folgen

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das stimmt schlicht und einfach nicht!)

und schaffen Sie die Einstellung von Polizeibeamten in Besoldungsgruppe A 7 ab.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen: Wer tagein und tagaus an Stellen tätig ist, an denen es richtig brenzlich werden kann, dort, wo die zunehmende Gewaltbereitschaft richtig zu spüren ist und wo der Dienst mit Blessuren oder Verletzungen zu Ende gehen kann, der hat auch Anspruch darauf, anständig bezahlt zu werden, und zwar nicht erst in zwei oder drei Jahren, wenn Sie diese Maßnahme eventuell als Wahlgeschenk verkaufen wollen, sondern jetzt.

(Beifall bei der SPD)

Motivierend, meine Damen und Herren, ist sicherlich auch nicht, was sich im Bereich der Fort- und Weiterbildung abspielt. Die deutliche Reduzierung der Mittel für die Polizeiakademie lässt darauf schließen, dass Sie zunehmend von der bewährten mehrtägigen Weiterbildung unserer Polizeikräfte an der Akademie bzw. deren Außenstellen Abstand nehmen wollen.

Hinter Ihrem E-Learning-Konzept und der Verlagerung von Ausbildung in dienstfreie Zeiten oder in die Nachtschicht – auch das hat man schon gehört – steckt doch nichts anderes als die Kaschierung der Personalnot in den Dienststellen.

So lobenswert es auch ist, jungen Berufsanfängern ausbildungsbegleitend den Zugang zum gehobenen Dienst zu ermöglichen – dieses Vorhaben streben Sie an; wir unterstützen und befürworten das, keine Frage –, so schlecht ist es, wenn Sie das W-8-Programm im kommenden Jahr auslaufen lassen wollen und gegenwärtig nur noch rund 100 Beamtinnen und Beamten – das ist weniger als die Hälfte gegenüber dem Jahr 2007 – diese Aufstiegschance eröffnen.

Wir meinen, es muss auch zukünftig im Laufe eines Berufslebens, das ja mindestens drei bis vier Jahrzehnte andauert, die Möglichkeit geben, in die nächsthöhere Laufbahngruppe aufzusteigen. Polizeibeamte zwischen 40 und 56 Jahren – das ist der bisher geltende Korridor hierfür – sind lebenserfahren und berufserfahren, haben in aller Regel ihren Mann bzw. ihre Frau an der polizeilichen Alltagsfront gestanden. Sie haben

es nicht verdient, dass man ihnen diese Perspektive in der Mitte ihres Berufslebens kaputt macht.

(Beifall bei der SPD)

Im Bereich der technischen Ausstattung ist es schon bemerkenswert, Herr Kollege Heinz, dass Sie ein Polizeigesetz beschließen, das der Polizei in weiten Bereichen zwar mehr Kompetenzen einräumt – was wir teilweise unterstützt oder gar gefordert haben –, dass Sie es dann aber unterlassen, einen Haushaltsansatz auszubringen, der es ermöglicht, die entsprechende Technik zur Erfüllung dieser Aufgaben zur Verfügung zu stellen.

Herr Innenminister, ich finde, Sie hätten Ihrer Partei wahrlich eine andere Spielweise überlassen sollen. Im Finanzausschuss war es erforderlich, diese Mittel über Anträge zu verdreifachen. Ich hätte eigentlich erwartet, dass Sie als Innenminister selbst dafür sorgen, dass Ihrer Polizei die Technik zur Verfügung gestellt wird, die sie dringend braucht.

Stichwort Feuerwehr und Katastrophenschutz: Sie haben in dem Haushaltsentwurf rund 5,3 Millionen € weniger an Zuweisungen an Gemeinden für Investitionen zur Unterstützung der örtlichen Gefahrenabwehr – die Sie gelobt haben, Herr Kollege – eingestellt, nämlich in der Summe rund 18 Millionen €, von denen jedoch 12,7 Millionen € für alte Verpflichtungsermächtigungen benötigt werden. Zugrunde gelegt haben Sie die Reduzierung des Aufkommens aus der Feuerschutzsteuer auf rund 40 Millionen €.

Unstrittig ist im Prinzip bei allen Fachleuten und bei den kommunalen Landesverbänden, Herr Kollege Heinz, dass der Mindestbetrag wenigstens 46 Millionen €, eher aber 50 Millionen € betragen müsste.

Deshalb hatten wir im Finanzausschuss einen Antrag vorgelegt, der die Erhöhung dieser Zuweisungen um 5 Millionen € vorgesehen hat. Die Landesregierung hat uns in der 33. Finanzausschusssitzung versichert, dass Gesamtmittel in Höhe von etwa 6 bis 7 Millionen € aus dem Mehraufkommen der Feuerschutzsteuer aus dem Jahr 2008 im Laufe des Haushaltsvollzugs zur Verfügung gestellt würden.

(Abg. Hans Heinz CDU: Ich habe es gelesen!)

Dies würde bedeuten, dass für diesen Bereich dann insgesamt etwa 24 bis 25 Millionen € eingestellt werden müssten. Ich kann Ihnen sagen: Wir vertrauen in diesem Fall der Landesregierung. Wir haben im Moment keinen Grund, diese Aussage anzuzweifeln. Aber ich kann Ihnen versichern: Wir werden im Haushaltsvollzug sehr genau darauf schauen, was sich im Einzeltitel 883 72 – Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände – so bewegt.

Eine kurze Bemerkung zum Thema Datenschutz. Ich kann nur sagen: Die Personalausstattung im Bereich des Datenschutzes ist in beiden Bereichen, die wir gegenwärtig haben – sowohl beim Landesbeauftragten für den Datenschutz als auch im Innenministerium –, miserabel.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was ist mit dem Verkehr?)

(Reinhold Gall)

Derzeit wird uns ja täglich vor Augen geführt, wie es quer durch Deutschland – auch in Baden-Württemberg – mit dem Datenschutz bestellt ist. Es gibt massive Verstöße, sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich. Dort sind inzwischen neue technische Möglichkeiten anwendbar. Demzufolge – so kann man feststellen – steigt auch die Zahl der Verstöße. Es besteht also auch in diesem Bereich aus unserer Sicht dringender Handlungsbedarf. Insbesondere fordern wir, diese beiden Bereiche zusammenzulegen und sie vor allem auch personell besser auszustatten.

Alles in allem, meine Damen und Herren, ist der Einzelplan 03 – Innenministerium – deutlich unterfinanziert, gerade in den Bereichen der inneren Sicherheit und der Gefahrenabwehr, die in unserem Land große Bedeutung haben und, so fürchte ich, zunehmend eine größere Bedeutung erlangen werden, wofür Sie die Verantwortung zu tragen haben. Deshalb können Sie unsere Zustimmung zu diesem Einzelplan nicht erhalten.

Ich will am Schluss sagen: Dank ist denen geschuldet, die trotz der Haushaltspolitik der Landesregierung und der Politik der Regierungsfractionen tagtäglich nicht nur ihre Pflicht tun, sondern tatsächlich häufig darüber hinaus auch unter persönlichem Einsatz unsere Sicherheit gewährleisten. Dank gebührt aber auch denen, die in den einzelnen Bereichen des Innenressorts unserem Staat dienen – ich will dies ausdrücklich so erwähnen – und Rahmenbedingungen garantieren, die notwendig sind, um uns allen ein funktionierendes Gemeinwesen zu gewährleisten, von dem wir letztendlich alle profitieren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Haller.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Meine Damen und Herren, es ist offensichtlich vereinbart, dass wir gleich den Bereich Verkehr dazunehmen. Kollege Heinz hat ja für die CDU dazu gesprochen. Insofern gestatten Sie, dass ich für die SPD zum Verkehrsetat Stellung beziehe.

Kollege Heinz hat zu Recht darauf hingewiesen, welche überragende Bedeutung eine gute Verkehrsinfrastruktur für eine Raumschaft hat. Dem ist nichts hinzuzufügen. Allerdings muss die Situation nochmals analysiert werden. Wir haben in Baden-Württemberg einen riesigen Nachholbedarf. Was die Bundesverkehrsinfrastruktur betrifft, sind wir mit Ihnen einig: Wir wünschen uns noch mehr. Wiewohl ich sagen muss: In den letzten Jahren hat es erhebliche Verbesserungen gegeben. Ich möchte an dieser Stelle einmal der Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium, Frau Karin Roth, herzlich danken. Sie kommt aus Baden-Württemberg.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Wem?)

– Frau Karin Roth. Die müssen Sie kennenlernen, Herr Kluck.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Es wird eine Freude für Sie sein, eine so attraktive Dame näher kennenzulernen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Da hat sich in letzter Zeit doch einiges zum Guten gewendet, wenngleich natürlich noch riesige Aufgaben anstehen – Aufgaben wie der Altbauaufstieg, Herr Heinz. Ich glaube, es war von vornherein falsch, hier auf eine private Lösung zu setzen. Wir müssen nun schauen, wohin der Weg geht.

Das Hauptversagen dieser Koalition lag und liegt allerdings bei den Landesstraßen. Herr Heinz, Sie brüsten sich mit der Aussage, Sie hätten schon seit 2000 um die Notwendigkeiten gewusst. Dann frage ich Sie: Warum haben Sie versagt? Warum haben Sie nichts gemacht?

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Wir haben doch etwas gemacht! – Abg. Hans Heinz CDU: Wir haben immer mehr Mittel gegeben!)

Sie haben in den letzten Jahren jeden Antrag von uns auf Mittelenerhöhung abgelehnt. Sie haben den Karren in den Dreck gefahren, und jetzt brüsten Sie sich als Retter.

(Beifall bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Genau!)

Das ist doch keine sinnvolle Politik.

(Abg. Hans Heinz CDU: Wir haben den Haushalt der SPD nach oben gefahren!)

Wir brauchen eine Verstärkung im Landesstraßenbau und nicht eine Entwicklung, bei der es einmal rauf und einmal runter geht.

Ich sage ganz bewusst: Dieses Mal ist der Verkehrsetat diesbezüglich richtig ausgestattet. Wir stellen deswegen auch erstmals keinen Antrag auf Mittelenerhöhung in diesem Bereich. Ich kann Ihnen aber nur sagen: Willkommen im Klub! Wir sind zwar nahe beieinander, aber Sie sind immer einen Schritt hinter der SPD. Das ist Ihr Dilemma.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hans Heinz CDU: Bei Maurer war der Straßenbau doch der Steinbruch! Das ist eine Weile her!)

– Herr Mappus erzählt auch immer solche Märchen. Er hat auch Gedächtnislücken in fortschreitendem Alter. Da kann man nun einmal nichts machen.

(Zuruf des Abg. Hans Heinz CDU)

Hier muss das Niveau gehalten werden.

Ähnlich ist es doch bei der Straßenbauverwaltung. Diese haben Sie systematisch geschwächt. Der ehemalige Minister Müller hat gesagt: „Wir brauchen weniger Straßenbauämter, runter auf 18!“ Dann kam Erwin und hat ihre Zahl auf 45 erhöht. Dieses Raus und Rein und wieder raus – zuerst Stellen streichen, jetzt gibt es wieder 37 Stellen –

(Abg. Hans Heinz CDU: 31!)

ist doch kein kontinuierliches, sinnvolles Verwaltungshandeln, das man für die Aufrechterhaltung dieser Infrastruktur braucht.

(Hans-Martin Haller)

Wir hoffen nun, dass Sie endlich einmal klug werden und den klugen Ratschlägen der Realisten von Format, nämlich der SPD, folgen und Ihre Traumtänzereien einstellen.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist fast einen Sonderapplaus wert! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich nenne Ihnen noch ein zweites Beispiel dafür, wo Sie hinterherhecheln: Flughafen, zweite Startbahn. Da sind Sie jetzt dort angekommen, wo wir schon immer waren. Und bei der Rheintalbahn macht der Minister schon strategische Rückzüge. Auch dort werden Sie eines Tages an dem Punkt anlangen, an dem die SPD schon heute ist. Nehmen Sie deshalb unsere Ratschläge im Interesse und zum Wohl des Landes rechtzeitig wahr. Wir sind uns ja, was die Zielperspektive betrifft, durchaus einig.

Lassen Sie mich noch ganz kurz unsere zwei Anträge zum Verkehrsbereich begründen. Wir fordern die Erhöhung der Fördermittel für den Omnibusverkehr auch vor dem konjunkturellen Background. Die mittelständischen Busunternehmer, die den ÖPNV im ländlichen Raum aufrechterhalten, sind durch die Belastungen der vergangenen Jahre teilweise in der Situation „Oberkante Unterlippe“, was ihre finanziellen Verhältnisse betrifft. Es gibt erste Pleiten. Wegen der Reduzierung der Fördermittel hat kaum noch einer investiert. Wir haben hier einen kräftigen Nachholbedarf. Weil wir wollen, dass auch im ländlichen Raum und nicht nur in den Ballungsgebieten ein guter, gehaltvoller ÖPNV vorhanden ist, haben wir diesen Antrag eingereicht.

Und noch etwas: Die busproduzierenden Unternehmen sitzen hier im Land. Da hat man keine Importe aus China oder sonst woher, sondern es diene den Arbeitsplätzen auch in der Industrie, wenn die mittelständischen Busunternehmer dank der Förderung, die wir fordern, bereit wären, wieder zu investieren. Geben Sie Ihrem Herzen einen Stoß!

(Beifall bei der SPD)

Sie würden etwas für die Bürger im Land tun und die mittelständische Industrie unterstützen.

Noch zu den Radwegen: Wir haben doch das Dilemma: Bundesradwege, Landesradwege, kommunale Radwege. Diese laufen oftmals tangential aneinander vorbei. Sie sind nicht vernetzt. Sie haben Sackgassensituationen rechts, links.

(Abg. Hans Heinz CDU: Wo denn?)

– Begleiten Sie mich doch einmal auf einer Radtour. Wenn man vom Remstal nach Stuttgart fährt, gibt es eine Linie. Fahren Sie einmal auf die Alb! Das ist ein Hindernisrennen.

(Widerspruch bei der CDU)

Deswegen sagen wir: Wir müssen dafür sorgen, dass diese verschiedenen Wege miteinander vernetzt werden, auch mit den vielen Grüne-Plan-Wegen vernetzt werden. Es ist oftmals nur ein kleines Stück. Dann wären Radwege miteinander verbunden.

Der Radtourismus ist das Tourismussegment, das boomt. Das können Sie auf der CMT sehen. Überall können Sie nachle-

sen und nachverfolgen, wie der Radtourismus eine positive Wende nimmt.

Deswegen meine Aufforderung: Stimmen Sie unseren Anträgen zu!

Besten Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Sckerl das Wort.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Einzelplan 03 besteht aus dem Verkehrsteil und dem Nichtverkehrsteil. Ich spreche – anhand weniger Schwerpunkte – zu dem Nichtverkehrsteil. Zum Verkehrsteil spricht der heute schon lange erwartete Kollege Werner Wölfl.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Jetzt hat der Kollege Heinz für die Regierungsfractionen wieder das Hohelied des Toplandes Baden-Württemberg – Platz 1 bei der inneren Sicherheit, bei der Polizei und überhaupt – gesungen.

(Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Wo er recht hat, hat er recht! – Abg. Hans Heinz CDU: Das habe ich ja gar nicht gesagt, aber wenn Sie das so sehen, ist es mir recht! – Zuruf von der CDU: Das hat er heute gar nicht gesagt!)

Ich habe mir gedacht: Was meint der Kollege jetzt eigentlich wieder? Hat man ihm das aufgeschrieben, oder welche Realität in diesem Land meint er eigentlich?

Die Kosten für die Polizei und die innere Sicherheit machen nun einmal ein Drittel des Volumens des gesamten Einzelplans 03 aus. Der Einzelplan selbst ist vom Ausgabevolumen her einer der größten. Es geht also um sehr viel Geld der Bürgerinnen und Bürger, das wir hier in die Hand nehmen. Aber nach unserer Erfahrung – langjährige Lebenserfahrung, das dürfen Sie mir glauben, Herr Kollege Heinz –

(Abg. Hans Heinz CDU: Die habe ich auch!)

empfinden Bürgerinnen und Bürger die innere Sicherheit in allererster Linie in ihrer Gemeinde, dort, wo sie leben, wo ihr Lebensumfeld ist, wo sie sich in der Öffentlichkeit bewegen. Was stellen sie dort fest?

(Abg. Hans Heinz CDU: Da müssen Sie einmal in die Stadt gehen!)

Was stellen sie z. B. in Stuttgart fest? Durch die Revierstrukturreform sind etliche Reviere verschwunden, wurden Reviere zusammengelegt. Die Präsenz der Polizei auf der Straße hat in weiten Teilen des Landes, gerade auch in großen Städten signifikant abgenommen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das hat aber nichts mit der Revierstrukturreform zu tun! Das wissen Sie!)

(Hans-Ulrich Sckerl)

Die Polizei strampelt und strampelt und tut ihr Bestes. Unser Dank heute an die Polizei in Baden-Württemberg! Sie tut unter schwierigen Bedingungen ihr Bestes.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Aber Sie haben es in den letzten Jahren sträflich versäumt, die Polizei für die Wahrnehmung dieser Aufgaben, für den Dienst an den Bürgerinnen und Bürgern richtig auszustatten. Das muss Ihnen heute ins Stammbuch geschrieben werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Schere zwischen dem Soll- und dem Istzustand bei den Stellen geht fast wöchentlich immer weiter auseinander. Die Zahl der Krankmeldungen nimmt zu, die Zahl der Erkrankungen aufgrund der starken Belastung nimmt zu. Das ist das, was man uns in den Revieren jede Woche erzählt. Das bekommen wir nicht nur vom Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei zu hören, sondern manchmal auch hinter vorgehaltener Hand vom Leiter eines Reviers oder von einem Polizeidirektor in den Polizeidirektionen, und zwar ausnahmslos in ganz Baden-Württemberg, rauf und runter.

(Zuruf des Abg. Hans Heinz CDU)

Das ist die ungeschmälerte Situation. Der müssen Sie sich stellen.

Zugegeben, Sie tun etwas. Sie tun etwas auf Druck der Opposition und der Polizei vor Ort. Der Einstellungskorridor ist notwendig. Dessen müssen Sie sich heute hier nicht rühmen. Sie wurden förmlich zum Jagen getragen. Sie haben das nicht freiwillig fertiggebracht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Reinhold Gall SPD)

Mit dem Einstellungskorridor, mit den 800 jungen Polizeibediensteten, die ab dem Jahr 2011 in den Dienst kommen, tun Sie doch nur eines, werter Kollegen von der CDU: Sie ersetzen damit die Altersabgänge. Wir werden in den Jahren 2010, 2011 und in den Folgejahren in massiver Weise Altersabgänge haben. Das wissen Sie.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist die Hauptsache, das ist die Grundlage der Entscheidung! – Abg. Thomas Blenke CDU: Darum geht es!)

Der Einstellungskorridor macht nur diesen Ausfall wett. Er führt aber zu keinerlei Entlastung vor Ort. Die hohe Belastung der Polizei wird bleiben.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Ein grüner Politiker kämpft für mehr Polizei! Dass ich das noch erleben darf!)

Das ist die gleiche Realität wie bei den Folgen des Personalabbaus im Zuge der Verwaltungsreform, obwohl die Polizei von der Verwaltungsreform gar nicht betroffen war. Endlich sind Sie klug geworden und stoppen jetzt den Vollzug dieser sogenannten Effizienzrendite. Sie haben aber eine Bringschuld, Herr Minister und werter Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Sie haben gegenüber all den Revieren eine

Bringschuld, die das Plansoll übererfüllt haben, die also weit mehr als diese Quote von 10,6 % im Nichtvollzugsdienst abgebaut haben. Sie versprechen seit zwei Jahren, dass es einen Ausgleich geben soll. Herr Heinz, sorgen Sie in Ihrer Funktion als innenpolitischer Sprecher der Regierungsfraktion CDU endlich einmal dafür,

(Zuruf des Abg. Hans Heinz CDU)

dass dieser Ausgleich kommt und nicht weiterhin über Monate hinweg nur angekündigt wird und eine leere Versprechung bleibt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Das sind Aufgaben der inneren Sicherheit, bei denen die Regierungsfraktion CDU in ihrer Domäne in diesem Land sträflich versagt.

„Atmender Personalkörper“ hat der Herr Innenminister in den letzten Jahren immer wieder einmal gesagt. Das wäre das neue Zauberwort, mit dem man Probleme überbrückt, bis der Nachwuchs en masse im Jahr 2011 kommt. Herr Minister, wir erleben diesen „atmenden Personalkörper“ immer öfter kurzatmig oder schwer am Keuchen,

(Heiterkeit bei den Grünen)

weil die Beamtinnen und Beamten ihren Aufgaben so, wie Sie sie ihnen zumuten und abordnen, nicht mehr nachkommen können. Tun Sie endlich etwas! Das wäre der beste Beitrag zur inneren Sicherheit in diesem Land.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Es wäre jedenfalls ein besserer Beitrag als der Einsatz des Spielgeldes der CDU-Fraktion. Leistungsgerechte Bezahlung, gute Ausbildung und mehr Polizei auf der Straße sind ein besserer Beitrag zur inneren Sicherheit als die Anschaffung eines Nachtsichtgeräts oder sonstiger Einrichtungen.

(Abg. Hans Heinz CDU: Wir brauchen beides!)

Das ist unsere feste Überzeugung. So empfinden die Bürgerinnen und Bürger die innere Sicherheit. Da sollten Sie in diesem Land endlich etwas tun.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Reinhold Gall SPD)

Herr Minister, Sie hatten bei den Beratungen im Finanzausschuss zugesagt, dass zur zweiten Lesung eine reelle Kostenabschätzung zum NATO-Gipfel vorgelegt wird. Wir erwarten, dass das heute gemacht wird, damit auch an dieser Stelle Haushaltsklarheit herrscht. 50 Millionen € waren in den Raum gestellt. Sie wollten mit dem Bund über die weiteren Kosten dieses Einsatzes verhandeln. Ich glaube, die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg und auch der Landtag haben ein Recht darauf, heute zu erfahren, wie es damit knapp zwei Monate vor dem Gipfel aussieht.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Vielleicht müsste man die Frage stellen, warum 50 Millionen € erforderlich sind!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wölflle.

Abg. Werner Wölflle GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Der „Blödmann“ aus Stuttgart, um von heute Vormittag den Ministerpräsidenten zu interpretieren. Aber ich darf Ihnen versprechen, ich werde Sie nicht enttäuschen.

(Heiterkeit bei den Grünen)

Ich will zuerst mit allem Ernst zu einem Thema sprechen, das zurzeit zumindest in den Medien sehr positiv behandelt wird, hier jedoch nicht. Das ist das Thema Integration, eine der größten Herausforderungen unserer Gesellschaft. Das gehört ja zum Bereich Innenministerium. Ich zitiere den Integrationsbeauftragten Goll, der gestern gesagt hat:

Gleiche Chancen sind im Moment nicht gegeben.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Wo ist der eigentlich?)

Er sagte mutig und ehrlich, es gebe keine gleichen Chancen zwischen Arm und Reich – das weiß man schon lange –, auch nicht zwischen Migranten und deutschen Kindern. Man brauche einen langen Atem – meinte er –, aber auch für einen langen Atem müsse man einmal mit dem Schnaufen anfangen. Er redete von Sprachscreenings, Diagnose und einer notwendigen Therapie. Aber unsere Kinder sind nicht krank. Sie können manchmal – manchmal zu oft – nicht genug Deutsch.

Wie lernt man die deutsche Sprache? Am leichtesten, indem man redet. Es ist eine Binsenweisheit, dass man Sprache durch Reden lernt. Das gilt erst recht für die Kinder. Kinder lernen in Kindertagesstätten, wenn sie einen Platz finden und die Eltern ihn bezahlen können. Kinder lernen von qualifizierten Erzieherinnen, die mit ihnen reden und spielen, und Kinder lernen von Vorbildern, von Vorbildern für Integration. Wo sind die Anstrengungen dieser Regierung, mehr Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst einzustellen? Es heißt, solche Vorbilder gäbe es längst. Letzte Woche beherrschte ein Vorbild die Schlagzeilen: „Fußballprofi Cacau wird Deutscher!“ Für die Nichtwürttemberger oder die Badener: ein bekannter Fußballspieler des VfB Stuttgart. Cacau sagt – und er füllt die Schlagzeilen zu Recht mit folgender Aussage –: „Ich bin stolz, Deutscher geworden zu sein.“ Sehr gut. Und: „Ich bin genauso stolz auf die brasilianische Staatsbürgerschaft“, sagte er. Doppelpass für Cacau. Warum nicht für alle anderen Hunderttausend, die seit Jahrzehnten in unserem Land leben?

Herr Goll darf sich wieder einmal mit zwei Stiftungen, die sich seit Jahrzehnten um Integration verdient gemacht haben, an einen runden Tisch setzen. Thema: Integration geht besser bei gelingender Elternarbeit. Löblich, zutreffend. Aber wir brauchen Politiker, die sich von den runden Tischen wegtrauen und sich mutig für den steilen Pass zur doppelten Staatsbürgerschaft einsetzen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Reinhold Gall SPD)

Das wäre ein starkes und wirkungsvolles Integrationssignal. Stattdessen zwingen wir Jugendliche, ein Stück ihrer Identität aufzugeben. Das ist integrationsfeindlich.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir zwingen niemanden!)

– Ab und zu muss es schon einmal gesagt werden, wenn es sonst schon niemand mehr sagt. Gehen Sie einmal in unsere Schulen und fragen einmal, als wie dringend dieses Thema dort angesehen wird.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Vielleicht erreicht es über die Stiftungen auch den Integrationsbeauftragten.

Zum Thema „Runde Tische“. Auch im Verkehrsbereich gibt es runde Tische. Einer davon ist der mit viel Mediengetöse begleitete „Runde Tisch Radverkehr“. Es gab eine große Broschüre mit Handlungsempfehlungen: Das Entwicklungsland Baden-Württemberg solle zum „Fahrradland Nummer 1 in Deutschland“ werden, tönte es. Der ADFC bekam schon glänzende Augen. Für Staatssekretär Köberle wurde schon die Ehrenmitgliedschaft vorbereitet.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Er hat es verdient!)

Aber im Haushalt ist nichts davon zu sehen, gar nichts. Es bleibt leider bei heißer Luft ohne Taten, es gibt keinen Cent. Dabei waren, wie man in diesen Broschüren sieht, an diesen runden Tischen richtig gute Ideen entstanden.

Die SPD und wir hatten wenigstens versucht, für zusätzliche Radwege mehr Geld einzustellen. Dass der Antrag der Fraktion der SPD abgelehnt wurde, verstehe ich ja noch. Wer will schon „autonome“ Radwege?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Hans Heinz CDU: Sie gerade! Sie wollen kommunale! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

– Ja, so hieß es. – Dann habe ich gedacht: Okay. Wenigstens wir haben einen politisch korrekten Antrag gestellt: neutrale Radwege, einfach mehr Radwege.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Herr Heinz hat es erkannt und schiebt das Ganze auf den Bund.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Aber auch dafür gibt es keinen Cent. Dabei weiß Herr Köberle – er sagt es auch immer wieder –: Das Fahrrad ist das ökologischste und gesündeste Verkehrsmittel.

Jetzt zum Thema Straßen – –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ist der Antrag jetzt zurückgezogen? Weil Sie sagen, es gebe keinen Cent! Wir stimmen doch erst darüber ab!)

– Sie hatten in der ersten Runde die Chance. Ich gehe davon aus, dass Sie Ihre Meinung aufgrund meines Beitrags ändern und nachher zustimmen. Von Ihnen, Herr Zimmermann, kann man das erwarten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Hans Heinz CDU)

– Ich habe Herrn Heinz verstanden. Er hat es ausgeführt.

(Werner Wölflé)

Zum Thema Straßen: Da gab es auch glänzende Augen. Die Konjunkturprogramme – egal, welches – werden Millionen in den Straßenbau spülen. Für Teer und Beton ist immer etwas übrig. Schön aufgeteilt nach Regierungspräsidien und Wahlkreisen werden die Straßenneubauprojekte über das Land verteilt werden, Flächenfraß hin oder her. Dabei müsste das Geld in den Unterhalt der vorhandenen Straßen gesteckt werden.

(Zuruf des Abg. Jochen Karl Kübler CDU)

Das hat die CDU schon erkannt. Angesagt wäre, zuerst Schlaglöcher zu flicken, anstatt neue Straßen zu bauen. Die SPD hat ganz fleißig, richtig akribisch – so fleißig, wie ich es in den vergangenen Jahren von ihr gar nicht kannte – Anträge für jeden Landkreis gestellt, den Zustand der Straßen abgefragt und die Bestätigung erhalten: Über 50 % der Landesstraßen sind in einem schlechten Zustand.

Wir hatten zusätzliche Millionen für die Instandhaltung gefordert. Die CDU äußerte immerhin Sympathie für den Antrag. Geld gab es allerdings keines. Die SPD wiederum wollte gar nichts. Das habe ich, ehrlich gesagt, liebe Genossen, gar nicht verstanden. Wenn schon die Fleißarbeit für die Ministerien, dann bitte mit Konsequenzen.

(Beifall des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Jetzt hat Herr Heinz versucht, eine Rechnung aufzumachen und zu zeigen, wir hätten beim Neubau Geld gestrichen. Das ist richtig, denn wir wissen: Zuerst muss man instand halten, bevor man Neues baut. Das ist seriöse und verantwortungsvolle Haushaltspolitik – nicht dagegen die Art und Weise, in der Sie sie betreiben.

(Beifall bei den Grünen)

Reparieren und ausbessern scheint einfach weniger sexy zu sein, als „Einweihungsbändele“ durchzuschneiden.

Man könnte jetzt die Haushaltsberatungen als Selbstbeschäftigung des Parlaments abtun – zumindest im Verkehrsbereich wäre das auch nicht falsch; vom sogenannten Spielgeld der CDU landete nichts beim Verkehr –, aber die strukturell falschen Weichenstellungen werden gravierende Folgen haben.

Ich will zu einem bundespolitischen Thema kommen, auf das wir aber Einfluss haben könnten. Wie absurd die Große Koalition zurzeit aufgestellt ist, beweist der Umstand

(Zuruf von der SPD: Na, na, na!)

– ich würde mir an Ihrer Stelle überlegen, ob ich da widerspreche –,

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

dass aus Berlin die Vorgabe kommt: „Von den vielen Konjunkturprogrammardollar darf nichts für kommunale Investitionen im öffentlichen Nahverkehr verwendet werden.“ Das ist paradox und absurd. Investitionen im ÖPNV sichern mehr Arbeitsplätze in Deutschland als neu gekaufte Toyotas.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das müssen Sie dem Kollegen Palmer sagen! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Wir fordern die Landesregierung auf, im Bundesrat gegen diese Vorgabe des Bundes „Keine Mittel für den ÖPNV“ zu kämpfen. Die SPD ist herzlich eingeladen, ihren Leuten in Berlin den Marsch zu blasen.

Das zentrale, wichtigste und überhaupt schönste Verkehrsprojekt habe ich extra gar nicht erwähnt.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Welches?)

Frau Razavi hat bei den letzten Haushaltsplanberatungen gesagt, Baubeginn sei definitiv 2008. Jetzt ist das Jahr 2008 vorbei, wir haben schon 2009.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Geht es Ihnen zu langsam? – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Die Tinte im Füllfederhalter von Herrn Tiefensee trocknet aus, und das ist auch gut so.

Das wäre es von meiner Seite aus eigentlich gewesen, wenn ich heute Morgen nicht voller Überraschung festgestellt hätte, wie nervös die Regierung und auch die CDU beim Thema „Stuttgart 21“ sind.

Ausführlich wie noch nie ist Herr Ministerpräsident Oettinger sogar inhaltlich auf das Projekt eingegangen.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Aber er hat kein gutes Haar an Ihren Vorstellungen gelassen!)

So nervös war er. Die Debatte zum Kopfbahnhof sowie über dieses und jenes hätten wir gern führen können.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Ihr tut doch immer so, als ob das längst in trockenen Tüchern und erledigt wäre. Der Auftritt heute Morgen hat mir bewiesen, dass Sie selbst nicht daran glauben.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt hat man mich als deutlich weniger intelligent als Herrn Kretschmann hingestellt. Das ist das gute Recht des Herrn Ministerpräsidenten. Wie er darauf kommt, kann er selbst beurteilen. Was mich gestört hat, ist weniger der Stil gegen mich – das darf er machen – als vielmehr die Tatsache, dass er damit gleichzeitig auch die Mehrheit zumindest der Bevölkerung in Stuttgart und in großen Teilen dieses Landes ebenfalls für blöd erklärt hat, weil die Zustimmung zu diesem Projekt deutlich in der Minderheit ist und die Ablehnung – also diejenigen, die uns recht geben – deutlich überwiegt.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Jetzt darf ich mit Genehmigung des Ministerpräsidenten noch bis zur Kommunalwahl in Stuttgart herumlaufen und Stimmen sammeln. Das mache ich gern.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Du brauchst aber keine Genehmigung dafür!)

– Ich brauche logischerweise keine Genehmigung dafür. Aber jetzt will ich auch an dieser Stelle sagen: Wir können am wenigsten dafür, dass ihr das noch nicht unterzeichnet habt und

(Werner Wölfle)

dass der Termin der Kommunalwahl immer näher rückt. Insofern verstehe ich die Nervosität.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Oh-Rufe von der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Kluck das Wort.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt! Der bläst schon wie eine Dampfmaschine!)

Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als liberale Partei hat die FDP nur wenige Generäle, wenn überhaupt, in ihrer Mitgliedschaft.

(Abg. Hans Georg Junginger SPD: Relativ viele! –
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Und Sie wollen einer davon sein!)

Deswegen haben wir auch nicht so viele Generalisten. Sie haben deswegen Verständnis dafür, dass auch wir unsere Redezeit aufteilen. Ich werde zu Problemen der allgemeinen Innenpolitik sprechen und der Kollege Bachmann dann zum Verkehr.

(Abg. Reinhold Gall SPD: „Zu Problemen“ ist gut!)

– Probleme bereitet uns eigentlich nicht die Innenpolitik, sondern Probleme bereitet uns das, was Sie nicht einsehen wollen, Herr Kollege Gall. Sie, Herr Kollege Gall, und auch Sie, Herr Sckerl, sowie Sie, Herr Wölfle – bei Ihnen gehört ja die Integration auch irgendwie zum Verkehr –,

(Heiterkeit)

haben das ein bisschen hin und her gewendet.

Ich will noch einmal feststellen: Bei dieser Landesregierung ist die innere Sicherheit in guten Händen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Werner Wölfle GRÜNE: Da wird er noch nicht einmal rot!)

Deshalb wird die FDP/DVP dann auch ihr Ja zu diesem Einzelplan 03 geben.

(Abg. Walter Heiler SPD: Völlig überraschend!)

Damit sorgen wir dafür, dass es auch in Zukunft dabei bleibt.

Es ist schon gesagt worden: 800 Polizeibeamte werden jährlich zusätzlich eingestellt. Damit reagieren wir auf die demografischen Entwicklungen. Wir geben der Polizei die notwendige technische Ausstattung, um Kriminalität auch in neuen Erscheinungsformen wirksam bekämpfen zu können.

Mit dem Polizeigesetz hat die Polizei das rechtliche Instrumentarium für nachhaltige Präventionsarbeit, für erfolgreiche Straftaten- und Verbrechensbekämpfung.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich will hier noch einmal betonen: Die FDP/DVP will keine weitere Ausdünnung des Nichtvollzugspersonals bei der Polizei.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie haben aber doch im Haushalt minus 90 Stellen eingestellt! Das steht doch im Haushalt: minus 90!)

Für überdurchschnittlich erbrachte Effizienzrenditen brauchen wir – da hoffen wir auf Ihre Unterstützung, Herr Kollege Gall – einen landesweiten Ausgleich zwischen den Dienststellen. Der Herr Innenminister hat das freundlicherweise zugesagt. Wir können uns diesen Ausgleich auch nach dem Prinzip „Mittel statt Stellen“ vorstellen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie haben 90 Stellen weniger veranschlagt! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Mein Appell an die Opposition, mein Appell auch an Sie, Frau Haußmann: Helfen Sie bei den Etatberatungen mit, das alles finanziell abzusichern.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ich habe gesagt, Ihre Rede gebe ich Polizisten! Die werden sich freuen!)

Wir Liberalen haben dafür gesorgt und werden dafür sorgen, dass unnötige Ausgaben unterbleiben, wie sie z. B. Online-durchsuchungen mit sich gebracht hätten.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Wie Sie wissen, lehnen wir den „Landestrojaner“ nicht nur wegen eines unverhältnismäßigen Eingriffs in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger ab, sondern auch deshalb, weil hier das Kosten-Nutzen-Verhältnis in keiner Weise stimmt.

Wir achten immer und überall auf die Kosten. Deswegen werden wir auch aufpassen, dass die Erneuerung der Polizeidienstkleidung tatsächlich kostenneutral umgesetzt wird. Es wäre schön, wenn die Sozialdemokraten auch in Berlin auf die Effizienz, die Sie hier immer anmahnen, achten würden. Mir sträuben sich noch immer die Nackenhaare, wenn ich an diese unendliche Geschichte der Einführung des Digitalfunks denke. Da hat Otto Schily nichts zustande gebracht. Wolfgang Schäuble hat es dann mühsam ein bisschen angeschoben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ach! Das ist doch – –)

Wir sind froh, dass es jetzt endlich losgeht. Da brauchen wir eine zügige und flächendeckende Umsetzung, damit wir keinen Flickenteppich und möglichst wenig Engpässe haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Das erfordert Mittel, die wir bereitstellen müssen.

Beim Katastrophenschutz, dessen Zustand Sie hier vollmundig beklagt haben,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da sind wir uns doch einig, um Gottes willen! Das ist doch völliger Quatsch, was Sie da wieder erzählen!)

kosten uns die Berliner Fehlentscheidungen viel Geld. Denn Rot-Grün und Schwarz-Rot haben in zwei Bundesregierungen alles schleifen gelassen.

(Hagen Kluck)

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ihre Fahrzeuge sind doch 30 Jahre alt, nicht die des Bundes! Da können Sie dreimal Abwrackprämie beantragen für die alten Kisten! – Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Das war jetzt gesundheitsgefährdend! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben jetzt einen riesigen Investitionsstau, den wir abarbeiten müssen. Die Landesregierung ist hier mit dem Investitionsprogramm auf dem richtigen Weg.

Ich gehöre nicht zu den Leuten, die mit Gerede über Terroranschläge, Flugzeugabstürze, Zugunglücke und Naturkatastrophen Panikmache betreiben.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie gehören zu den Leuten, die Tag und Nacht übertreiben!)

Aber die Bevölkerung muss sich darauf verlassen können, dass wir gegen so etwas gewappnet sind. Das sind wir einfach auch der Motivation der vielen Helferinnen und Helfer und der vielen Feuerwehrleute schuldig.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Genau!)

Die Feuerwehrleute können sich auf die Millionen – es sind ungefähr 44 Millionen € – aus der Feuerschutzsteuer verlassen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: 40 Millionen € stehen im Haushalt! Nicht so großzügig!)

Wir wollen ihnen auch durch neue Kostenerstattungsregelungen bei Verkehrsunfällen und Ähnlichem helfen.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU)

In diesem Zusammenhang sage ich allen freiwilligen Helferinnen und Helfern Dank für ihren Einsatz.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie wissen es, aber ich will es trotzdem noch einmal sagen: Im Mittelpunkt liberaler Politik steht immer der Mensch.

(Abg. Walter Heiler SPD: Ach! – Heiterkeit – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Hans Georg Junginger: Hat er das bisher noch nicht gewusst? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt wissen wir das auch! – Unruhe)

Im Zuge der Konjunkturprogramme werden nun Milliarden für Infrastrukturmaßnahmen ausgegeben. Angesichts dieser Milliarden ist es wichtig, dass Vater Staat und Mutter Kommune darauf achten, die bei ihnen arbeitenden Menschen nicht aus dem Blickfeld zu verlieren.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Die Dienstrechtsreform muss bald umgesetzt werden, jedoch so, dass es keine Sonderopfer für die Beamtenschaft gibt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Hoppla! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was versteht ihr darunter?)

– Wir verstehen darunter die zeitgleiche und wirkungsgleiche Anpassung der Pensionsgrenze an die Grenzen für die gesetzliche Altersversorgung in der Rentenversicherung, und wir verstehen darunter, dass wir – weil die Beamten die Einzigen sind, bei denen der Staat durch Verordnungen und Gesetze sparen kann –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ich bin gespannt, ob ihr das so durchbringt!)

hier auch die Beamtinnen und Beamten an den jetzt anstehenden Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst teilhaben lassen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist richtig!)

die dann hoffentlich auch bei diesen Menschen ankommen, indem wir diese unselige kalte Progression endlich beseitigen.

(Beifall des Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Wir brauchen einen öffentlichen Dienst, der im Interesse der Bürgerinnen und Bürger schnell und effektiv arbeitet, rasch und nachvollziehbar entscheidet und damit wichtige Weichen für die Zukunft stellt. Wir brauchen, genauso wie die freie Wirtschaft, gute Leute, und diese dürfen durch eine Dienstrechtsreform nicht abgeschreckt werden, sondern sie müssen durch diese Reform besonders motiviert werden, damit sie gern in den Staatsdienst eintreten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wer regiert denn hier in diesem Land?)

– Sie sind doch gerade wieder dabei, uns das alles kaputt zu machen und zu zerreden. Wir machen das schon richtig, Frau Haußmann.

(Beifall bei der FDP/DVP – Heiterkeit bei der CDU – Abg. Katrin Altpeter SPD: Das betrifft unser Geschäft, mein Lieber! – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD – Unruhe)

Die FDP/DVP wünscht sich auch mehr Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir sind auch Menschen! Wir stehen auch im Mittelpunkt, gell! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Da kriegst du doch einen Vogel!)

Das will ich auch noch einmal sagen.

Zu dem, was Herr Kollege Wölfle gesagt hat, sage ich: Baden-Württemberg ist ein weltoffenes Land, das sich im Gegensatz zu anderen noch immer über Zuzug freuen kann. Bei uns wächst die Bevölkerung. Deshalb haben wir die Integration zu einem landespolitischen Schwerpunkt gemacht.

(Zuruf des Abg. Werner Wölfle GRÜNE)

Es ist gut, dass das Innenministerium und der Integrationsbeauftragte hier an einem Strang ziehen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wo ist er denn?)

(Hagen Kluck)

Wir wollen nicht, dass diese insgesamt sachbezogene Arbeit im Bereich des Innenministeriums durch wenig sachgerechte Änderungswünsche der Opposition gestört wird. Lehnen Sie deswegen die Änderungsanträge der SPD-Fraktion ab, die hier vorgebracht wurden. Geben wir dem Innenministerium die Mittel, die es zur Erfüllung seiner wichtigen Aufgaben braucht. Lassen Sie uns den Bediensteten bei der Polizei und beim Verfassungsschutz auch gemeinsam Dank sagen für den tagtäglichen Einsatz für unsere Sicherheit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Werner Wölfl GRÜNE: Sollen wir aufstehen?)

Wir Liberalen, meine Damen und Herren, wollen einen wehrhaften Staat, der Leben, Unversehrtheit und Eigentum seiner Bürgerinnen und Bürger schützt, ohne dabei ihre Freiheitsrechte einzuschränken. Wie sagte schon Theodor Heuss – Sie wissen ja: der erste Parteivorsitzende der FDP in der Bundesrepublik Deutschland und spätere Bundespräsident –: „Die äußere Freiheit der Vielen lebt aus der inneren Freiheit des Einzelnen.“ Man kann die Freiheit nicht verteidigen, indem man sie abschafft. Die FDP/DVP ist diesem Grundsatz beim Polizeigesetz treu geblieben. Wir beachten ihn beim Versammlungsgesetz. Wir werden ihn durch einen effektiveren Datenschutz untermauern.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Baden-Württemberg ist und bleibt ein sicheres Land und ein Land, in dem man in Freiheit leben kann.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Dank der CDU! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bachmann.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Das einzig Unsichere ist die FDP in Baden-Württemberg! – Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Zurufe von der SPD)

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Jahr 2009 haben die Industrie- und Handelskammern unter das Motto gestellt: „Mobilität ist Zukunft.“ Ein leistungsfähiges Verkehrssystem ist und bleibt Voraussetzung für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Wohlstand.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ein Prozentpunkt mehr Wirtschaftswachstum bedeutet nach Berechnungen der Kammern 4,6 % mehr Güterverkehr. Wir von der FDP wollen Wirtschaftswachstum; wir wollen, dass die Menschen Arbeit haben, und wir wollen unseren Wohlstand für die nächste Generation sichern.

Ein chinesisches Sprichwort

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ein chilenisches Sprichwort?)

sagt: „Die eine Generation baut die Straße, auf der die nächste fährt.“

(Abg. Alfred Winkler SPD: Das ist ein schwäbisches Sprichwort! In China versteht das niemand! – Abg. Thomas Blenke CDU: Wie heißt das auf Chinesisch? – Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

In Baden-Württemberg nehmen wir von der Koalition diese Weisheit ernst. Allein im Landesstraßenbau wird das Investitionsvolumen mit diesem Haushalt von knapp 191 Millionen € auf über 206 Millionen € erhöht. Die Mittel für den Bau nicht bundeseigener Eisenbahnen werden von 596 000 € auf über 4 Millionen € fast verdreifacht.

Insgesamt folgten wir dabei einer Politik mit Augenmaß, Vernunft und Nachhaltigkeit – anders als die Opposition.

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

Auf drei Komplexe ihrer Anträge im Finanzausschuss, von denen Sie einige heute unsinnigerweise nochmals stellen wollen, möchte ich eingehen. Was soll man sagen? Auch aller schlechten Dinge sind eben drei.

Komplex 1: Flugverkehr. Rot und Grün beantragen bzw. beantragten: Fliegen ohne Subventionen. Das ist eine prima Idee,

(Abg. Alfred Winkler SPD: Na also!)

aber wahrlich nicht neu. Bei der FDP ist die Besteuerung von Flugbenzin seit Langem Beschlusslage. Rot-Grün hatte sieben Jahre Zeit, die Abschaffung dieser ökologisch unsinnigen Steuersubvention europaweit durchzusetzen. Aber was haben sie gemacht? Minister Trittin hat in Brüssel die Feinstauborgie durchgesetzt,

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

und was ist die Folge? Nagelneue, umweltfreundliche Autos brauchen Plaketten, und uralte, luftverpestende Billigflieger ziehen ungestört ihre Kreise.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Bravo!)

Die Landeshilfen, die Sie kritisieren, stützen den Baden-Airport. Die FDP Baden-Württemberg hatte auf ihrem Landesparteitag zu Dreikönig 2008 beschlossen, die Subventionsmillionen – darum scheint es Ihnen ja zu gehen – für den Bau der zweiten Start- und Landebahn am Stuttgarter Flughafen zu verweigern. Die Entwicklung der Fluggastzahlen gibt uns recht. Aber weil wir das Motto „Mobilität ist Zukunft“ ernst nehmen, haben wir ein Alternativkonzept. Ein zentraler Faktor ist der Ausbau des Baden-Airports und die Verlagerung der Billigflieger. Das Motto heißt: Von Söllingen mit der Badehose nach Mallorca. Oder: Aus Baden zum Baden.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Baden oder nicht baden?)

Komplex 2: Straßenverkehr. Lieber Herr Kollege Wölfl, ich muss Ihnen ein Kompliment machen. Ihre Anträge versuchen geschickt, zu kaschieren, dass Sie das Autofahren kategorisch ablehnen. Schlaglöcher flicken? Aber klar! Wie Kollege Heinz

(Dietmar Bachmann)

bereits erwähnte, haben wir den entsprechenden Haushaltsansatz deutlich aufgestockt.

(Abg. Werner Wölfle GRÜNE: Das ist nicht richtig!)

Mit diesem Geld können wir nicht nur Schlaglöcher stopfen, sondern zahlreiche Straßen und vor allem Brücken instand setzen. Aber wir wollen dies nicht statt neuer Straßen, sondern wir bauen zusätzlich neue Straßen.

Stichwort „Mobilität ist Zukunft“. Wir stehen gemeinsam mit den Industrie- und Handelskammern zu Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung. Wie sagte Kurt Beck: „Lieber ein Haus im Grünen, als die Grünen im Haus.“

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Damit komme ich zum Komplex 3: Schienenverkehr. Lieber Kollege Wölfle, Ihre Anträge zu Stuttgart 21 erinnern immer wieder an den Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“.

(Heiterkeit und Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Wann sehen Sie endlich ein, dass Stuttgart 21 Voraussetzung für attraktive Fern- und Nahverkehrsverbindungen ist?

(Zuruf des Abg. Werner Wölfle GRÜNE)

Wann sehen Sie endlich ein, dass nur mit Stuttgart 21 ein Flächenrecycling in der Größenordnung von rund 100 ha möglich ist, und wann sehen Sie endlich ein, dass der Bau von Tunneln das beste Lärmschutzprojekt ist?

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Werner Wölfle GRÜNE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ärgerlich an Baden-Württemberg 21 ist einzig und allein,

(Abg. Hans Heinz CDU: Dass es so teuer ist!)

dass das Land mit seinen Partnern Milliarden an Baukosten investieren muss. Der Bau der Fernverkehrsverbindungen ist Kernaufgabe des Bundes. Seit über einem Jahrzehnt Rot-Grün und Rot-Schwarz hat der Bund diese Kernaufgabe sträflich vernachlässigt. Weil Baden-Württemberg als Land diese verfehlte Politik ausgleichen muss, fehlt es an Geld für Landesstraßen, Stadtbahnen und Radwege.

Statt seine Hausaufgaben zu machen und seinen Kernaufgaben im föderalen Staat nachzukommen, verplempert der Bund das Geld mit der Gießkanne. Ein Beispiel ist die Abwrackprämie. 1,5 Milliarden € nimmt der Bund in die Hand, um, wie er sagt, die heimische Automobilindustrie zu stützen. 2 500 € – das mögen 5 % der Anschaffungskosten für einen neuen Daimler sein. Was glauben Sie, wie viele Besitzer von Fahrzeugen mit einem Wert unter 2 500 € die restlichen 47 500 € in der Portokasse haben? Kein Wunder, dass Autokonzerne mit so urschwäbischen Namen wie „Hyundai“ und „Dacia“ jubeln: ein echter Beitrag der Bundesregierung zur Stützung der darbenenden rumänischen und koreanischen Exportindustrie.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Hätte der Bund das Geld in neue Autobahnen investiert, hätten bei Baukosten von ca. 12 Millionen € je Kilometer weit über 100 km neue Autobahnen gebaut oder alte Autobahnen grundsaniert werden können. Das wäre ein Konjunkturprogramm für die heimische Bauindustrie und ein Segen für die heimischen Autofahrer gewesen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Peter Hofelich SPD: Einsames Klatschen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird Zeit. „Mobilität ist Zukunft“ – es wird Zeit, dass man dies in Berlin erkennt. „Die eine Generation baut die Straße, auf der die nächste fährt“ – es wird Zeit, dass man in Berlin nicht nur über die Zukunft redet, sondern sie auch gestaltet.

Wie sagte Theodor Heuss: „Baden-Württemberg ist ein Modell deutscher Möglichkeiten.“ Es wird Zeit, dass auch in Berlin eine Koalition in unseren Landesfarben Schwarz-Gelb regiert.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU – Abg. Alfred Winkler SPD: Der arme Theodor!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Innenminister Rech das Wort.

Innenminister Heribert Rech: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst Folgendes sagen: Heute Morgen stand zu Recht die Finanzkrise im Mittelpunkt. Deswegen will ich am Anfang meiner Rede sagen: Trotz dieser Finanzkrise bleibt es Ziel der Landesregierung, jetzt und in den Folgejahren einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Ich sage als Innenminister: Ich stehe voll hinter diesem Ziel. Dies wird auch in diesem Etat deutlich.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das Innenministerium leistet seinen Beitrag und trägt den finanzpolitischen Aufgaben Rechnung. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, ist die Hauptverantwortung, die der Innenminister hat und die wir alle heute in diesem Haus haben.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Zitat Theodor Heuss!)

Da wird es eben sehr konkret mit der Politik. Kollege Hans Heinz hat dies in seinem Eingangssatz sehr deutlich gemacht, in dem er darauf hingewiesen hat, dass dieser Einzelplan 03 trotz eines großen Volumens von 3,9 Milliarden € nur mit 0,6 % Zuwachs versehen ist.

Damit will ich deutlich machen, Herr Kollege Gall: Die Rezepte von vorgestern fahren jeden öffentlichen Haushalt an die Wand. Sie wenden erneut die Rezepte von vorgestern an; das kommt auch in Ihren Anträgen zum Ausdruck. Sie heißen: Neuen Aufgaben, neuen Herausforderungen begegnet man am allerbesten mit neuem Personal und neuem Geld. Das funktioniert halt nicht mehr.

(Minister Heribert Rech)

Da muss man sich schon entscheiden. Wenn man sonntags hinter den hehren Zielen steht, die wir alle, Bund und Länder, uns setzen – ausgeglichene Haushalte, Verantwortung gegenüber der nächsten Generation –, muss dies auch mittwochs, donnerstags oder freitags Konsequenzen haben, dann muss die Politik konkret werden. Dann verlässt man diesen Fall –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Stehen Sie jetzt zu Ihren 800 Neueinstellungen oder nicht?)

– Dazu komme ich noch. – Sie aber beantworten neue Herausforderungen mit Forderungen nach mehr Geld und neuem Personal. Dies reicht nicht aus. Da muss Politik schon ein bisschen kreativer werden.

(Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es! – Abg. Alfred Winkler SPD: Aber Theodor Heuss brauchen wir dazu auch nicht mehr!)

Ich zeige Ihnen nachher, wie das geht.

Meine Damen und Herren, mit Limitkürzungen, globalen Minderausgaben und Einsparauflagen haben wir zur Konsolidierung und zum Ausgleich des Landeshaushalts beigetragen und werden auch im Haushaltsvollzug – Kollege Scerl hat vorhin darauf hingewiesen – alles daransetzen, die vorgegebenen Einsparauflagen dann auch umzusetzen. Das Innenministerium leistet dies in voller Verantwortung seiner landespolitisch sensiblen und zentralen Aufgabengebiete innere Sicherheit, Verkehr, Straßenbau und vieles andere mehr.

Wir stellen gleichwohl sicher, dass bei Polizei, Verfassungsschutz, Feuerwehr und Katastrophenschutz weiterhin die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stehen und dass die Arbeits- und Leistungsfähigkeit unserer allgemeinen Verwaltungsbehörden gewahrt bleibt. Ich komme aus einem freien Beruf und habe große Achtung und großen Respekt vor der Leistungsbereitschaft und Kompetenz unserer Verwaltung auf allen Ebenen. Dazu sage ich nachher noch etwas.

Dass der öffentliche Nahverkehr bedarfsgerecht betrieben und ausgebaut werden muss, ist keine Frage. Was die Landesstraßen anbelangt, müssen die erforderlichen Mittel zur Erhaltung in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. Auch das ist klar; hierzu sage ich nachher ebenfalls noch etwas.

Meine Damen und Herren, wenige Schwerpunkte möchte ich noch setzen. Vieles ist schon gesagt worden, und vieles haben wir in den Ausschüssen schon diskutiert. Viele Themen werden uns auch erhalten bleiben; diese Themen spare ich jetzt einmal aus.

Zur inneren Sicherheit möchte ich auf ein aktuelles Thema eingehen, weil Herr Kollege Scerl zu Recht angemahnt hat, dass er heute konkrete Zahlen zu den Kosten und Aussagen dazu hören will, wie wir im weiteren Verfahren miteinander umgehen.

Es ist wohl keine Frage, dass das Doppelgipfeltreffen zum 60-Jahr-Jubiläum der NATO in Baden-Baden, Kehl und Straßburg ein herausragendes Ereignis von bundespolitischer, wenn nicht weltpolitischer Bedeutung ist, jedenfalls von internationaler Bedeutung. Zum ersten Mal wird ein solches Treffen durch zwei Gastgebernationen ausgerichtet. Es werden Staats- und Regierungschefs aus 35 Nationen teilnehmen, Partnerstaaten der NATO usw.

Anwesend sind auch mehrere Tausend Medienvertreter – auch darauf möchte ich hinweisen –; man geht gegenwärtig von 3 000 aus. Sie werden den Verlauf der Veranstaltung beobachten und hierüber weltweit berichten. Darin liegt auch unsere Chance.

Der Gipfel ist eine der größten Herausforderungen für unsere Sicherheitskräfte in den letzten Jahrzehnten, keine Frage. Er bietet aber auch die große Chance, dass sich dieses Land als weltoffen und gastfreundlich erweist. Auf der anderen Seite muss auch die Sicherheit der Teilnehmer sehr konsequent gewährleistet werden. Ich füge gleich hinzu: Natürlich muss auch das gewährleistet sein, was in unserem Grundgesetz als Grundrecht verankert ist: Meinungsfreiheit und Demonstrationsfreiheit müssen in gleicher Weise gewährleistet werden. Auch dies ist eine Aufgabe unserer Polizei. Wir nehmen sie wahr; das werden Sie sehen. Die Sicherheit der Gipfelteilnehmer muss auf der anderen Seite aber ebenso gewährleistet sein.

Unsere Polizei wird gefordert sein, aber auch der Katastrophenschutz, die Feuerwehr und Rettungsdienste werden vor schwierige Aufgaben gestellt werden. Angesichts der Dimension der Veranstaltung müssen auch die anderen Länder und der Bund die Einsatzmaßnahmen in Baden-Württemberg unterstützen.

Zieht man die Erfahrungen bei vergleichbaren Veranstaltungen wie dem G-8-Gipfel in Heiligendamm heran – obwohl ich sicher bin, dass das letztlich nicht vergleichbar ist, zumindest was die Kostenseite anbelangt –, dann gehen wir von Gesamtkosten von 54 bis 55 Millionen € aus. Aber diese Kosten, lieber Kollege Scerl, liebe Kolleginnen und Kollegen, orientieren sich natürlich an der Lageentwicklung und am Einsatzgeschehen. Das kann man in weiten Bereichen jetzt noch nicht exakt vorhersagen. Auch die Zahl der einzusetzenden Kräfte ist ja abhängig von der Lageentwicklung.

Die Gesamtkosten, die ich eben genannt habe, setzen sich aus drei Blöcken zusammen. Das will ich noch einmal deutlich differenziert darlegen.

Der erste Block sind die zwangsläufigen Ausgaben für eigene Kräfte sowie für Verpflegung und Unterbringung. Sie haben heute vielleicht in einer dpa-Mitteilung gelesen: Wir errichten hier keine Massenlager für die Polizeibeamten und die übrigen Einsatzkräfte – die haben wir entlang der Rheinschiene im Ortenaukreis nicht –, sondern wir mieten hier – kostengünstig, aber immerhin – in ausreichender Zahl – nämlich 14 000 – Hotelbetten an. Unsere Polizeibeamten und die der anderen Länder sollen hier anständig untergebracht und anständig verpflegt werden; darauf lege ich größten Wert. Das führt zu zwangsläufigen Ausgaben von etwa 29 Millionen €.

Dann kommen Erstattungen an die unterstützenden Länder im Umfang von rund 21 Millionen € hinzu.

Als dritter Block kommen die Kosten für den Einsatz der Bundespolizei, des Technischen Hilfswerks und der Bundeswehr von rund 4 Millionen € hinzu.

Jetzt ist die Frage, ob überhaupt und in welcher Höhe Erstattungsleistungen an den Bund und die anderen Länder tatsächlich zu zahlen sind. Das steht in der Tat noch nicht fest. Inso-

(Minister Heribert Rech)

weit betrachten wir diese möglichen Erstattungen für den tatsächlich geleisteten Einsatz der Polizeikräfte aus anderen Ländern als noch nicht haushaltsreif. Ich glaube, dies ist fair, transparent und im Sinne der Haushaltswahrheit auch notwendig. Dieser Teil ist noch nicht haushaltsreif. Ich komme nachher noch darauf, wie wir damit umgehen.

Aus Artikel 104 a des Grundgesetzes ergibt sich eindeutig der Grundsatz: Zahlen muss der, der zuständig ist. Beim NATO-Gipfel obliegt die Gefahrenabwehr und damit grundsätzlich auch die Kostentragungspflicht dem Land.

Ich gehe bisher davon aus, dass der Bund auf eine Kostenerstattung verzichtet wird. Darüber muss man dann aber noch endgültig reden.

Erstattungsleistungen – jetzt komme ich auf den Teil zurück, der noch nicht haushaltsreif ist – wollen wir erst nach dem Gipfel im Haushaltsvollzug abwickeln, wenn wir wissen, welche Kosten tatsächlich angefallen sind. Aber wir müssen das natürlich zeitnah machen. Die anderen Länder wollen auch nicht jahrelang auf ihr Geld warten. Das macht im Übrigen auch Baden-Württemberg nicht. Für einen Einsatz wie in Heiligendamm oder die Begleitung eines Castortransports oder Einsätze bei Großsportveranstaltungen stellen natürlich auch wir unsere Rechnungen. Deswegen kann ich prima facie auch nicht davon ausgehen, dass die anderen Länder von sich aus großzügig anbieten, auf Kostenerstattung zu verzichten.

Diese Erstattungsleistungen wollen wir dann natürlich zeitnah sicherstellen. Deshalb brauchen wir im Haushalt 2009 eine Ermächtigung, der zufolge das Finanzministerium nach Zustimmung des Finanzausschusses auch ohne Nachtrag in die erforderlichen über- oder außerplanmäßigen Ausgaben einwilligen kann.

Konkret bedeutet dies, meine Damen und Herren, ein Vorgehen in zwei Schritten. Ich will das noch einmal verdeutlichen:

Erstens eine Änderung des Haushaltsgesetzes 2009 sowie die Veranschlagung von Mitteln in Höhe von insgesamt rund 29 Millionen €. Das waren die Kosten für die eigenen Kräfte, die vor und während der Veranstaltung zwangsläufig anfallen. Dabei gehe ich davon aus, dass dieser Schritt in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses am kommenden Montag beraten wird und dann über einen entsprechenden Änderungsantrag in der dritten Lesung des Staatshaushaltsgesetzes am 18. Februar dem Landtag zur Entscheidung vorgelegt wird. Herr Sckerl, ich glaube, das ist ein sauberes und faires Verfahren. Dann hat der Finanzausschuss auch noch einmal Gelegenheit, darüber zu beraten.

Der zweite Schritt ist: Soweit die Erstattungen an den Bund oder an die anderen Länder konkretisiert sind, willigt das Finanzministerium nach Zustimmung des Finanzausschusses in die notwendigen über- oder außerplanmäßigen Ausgaben ohne Nachtrag ein.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: So ist es!)

– Darüber sind wir uns auch mit dem Kollegen Fleischer einig. – Ich denke, einem solchen Verfahren können Sie zustimmen.

Natürlich erwarten – damit bin ich bei einem heiklen Punkt – die Gäste der Veranstaltung, aber auch alle Bürgerinnen und Bürger, dass der NATO-Gipfel reibungslos über die Bühne geht. Alle Beteiligten – die Polizei, der Katastrophenschutz, die Feuerwehren und die Rettungsdienste – werden – das darf ich Ihnen versichern – alles daransetzen, dass Gäste und Bevölkerung sicher sein können und die Veranstaltung als rundum gelungenes Ereignis in der Erinnerung haften bleibt. Deswegen sage ich noch einmal: Es wird keine Belagerungszustände geben, es wird keine abgeriegelten Innenstädte geben, es wird keine menschenleeren Straßenzüge und es wird keine Geisterstädte geben. Das alles wäre nicht im Sinne einer weltoffenen Repräsentation. Es wird auch friedliche Demonstrationen geben; diese werden wir gewährleisten.

Aber ich will in aller Offenheit sagen: Wenn ich Sätze lese wie diesen: „Auch von Polizei geht Gewalt aus“,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist unglaublich! –
Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Unglaublich!)

dann lade ich diejenigen, die dies von vornherein prophezeien, herzlich ein, einmal die Videos anzusehen, die in Heiligendamm und bei den Straßenschlachten in Rostock gedreht wurden.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das werden wir im Innenausschuss machen!)

Dann sehen sie sehr genau, dass von der Polizei keine Gewalt ausgeht, sondern dass die Polizei alles daransetzt, Gewalt einzudämmen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Ja-
wohl! Bravo!)

Meine Damen und Herren, wenige Sätze zur Kriminalitätsentwicklung. Wir haben einen leichten Rückgang bei der Gesamtkriminalität. Herausforderungen für die Polizei sind aber nach wie vor – dies ist richtig – die Gewalt- und die Internetkriminalität. Im Bereich des islamistischen Terrorismus haben wir nach wie vor eine – ich würde einmal so sagen – „Geräuschkulisse“ im Hintergrund. Sie müssen sich einmal anschauen, was sich da im Internet abspielt.

Ich sage mit großem Nachdruck: Die Festnahme eines Terrorverdächtigen am vergangenen Freitag am Stuttgarter Flughafen ist sicherlich ein Erfolg. Aber sie ist nicht nur ein Erfolg, sondern auch ein Warnsignal.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Sehr richtig!)

Deshalb hat für uns die Bekämpfung der Gewaltkriminalität weiterhin hohe Priorität. Insbesondere die Gewalt gegen Polizeibeamte gibt Anlass zur Sorge. Im vergangenen Jahr ist Gott sei Dank keiner unserer Polizeibeamten im Dienst ums Leben gekommen. Gleichwohl war keine Wende bei der Tendenz zur Brutalisierung und zu nachlassendem Respekt zu verzeichnen, die unsere Beamten Tag für Tag vor Ort feststellen müssen.

Sicherheit ist untrennbar mit Stabilität, Lebensqualität und auch wirtschaftlicher Prosperität verbunden. Der Kollege Hans Heinz hat ihn heute nicht genannt, aber die Kollegen

(Minister Heribert Rech)

Gall und Haller haben unseren bundesweiten Spitzenplatz im Hinblick auf unsere Sicherheit aufgegriffen. Diesen werden wir verteidigen. Wir haben auch in diesem Haushalt wieder große Anstrengungen unternommen, damit unsere Sicherheitsbehörden schlagkräftig und effektiv handeln können.

Ich möchte als Stichwort – der Kollege Kluck hat es aufgegriffen, deswegen will ich es mit einem Satz unterstreichen – nur den kontinuierlichen Aufbau des Digitalfunknetzes nennen. Bundesweit hat Baden-Württemberg auch hier eine Vorreiterrolle.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Höchste Zeit!)

Zum Katastrophenschutz: Ich möchte ausdrücklich dafür danken, dass es in diesem Haushalt gelungen ist, in ein auf zehn Jahre angelegtes Investitionsprogramm für den Katastrophenschutz und Bevölkerungsschutz einzusteigen. Das war unter den eingangs genannten Rahmenbedingungen nicht leicht. Um für Krisen und Katastrophenfälle ausreichend gerüstet zu sein, halte ich die vorgesehenen Investitionen wirklich für zwingend erforderlich. Wir dürfen nicht länger zulassen, dass wir unsere zahlreichen ehrenamtlichen Helfer mit veralteten Einsatzfahrzeugen und Geräteausstattungen in gefährliche Einsätze schicken. Da beteilige ich mich nicht am Schwarzer-Peter-Spiel,

(Beifall des Abg. Reinhold Gall SPD)

aber wir wissen, wo in den letzten Jahren die Kürzung vorgenommen wurde. Diese können wir mit Haushaltsmitteln nicht vollständig kompensieren. Deswegen halte ich die Kompromisslinie, die jetzt zwischen dem Bundesinnenminister und den Ländern gefunden wurde, für tragfähig und gut.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Man muss akzeptieren, dass es so ist!)

Deswegen machen wir das jetzt.

Es wurde die Integration angesprochen. Da will ich vorweg zum Spätaussiedler- und Flüchtlingsbereich sagen: Ich danke den Landsmannschaften und Verbänden ausdrücklich für ihre großartige Arbeit und freue mich, dass wir weiterhin stattliche Beträge, u. a. auch zur Unterstützung der Kulturarbeit, zur Verfügung stellen können. Integrationspolitik braucht eben einen langen Atem. Den haben wir in Baden-Württemberg, und deswegen haben wir auch unbestreitbare Erfolge. Ich will in diesem Zusammenhang ausdrücklich für die gute Zusammenarbeit mit dem Integrationsbeauftragten der Landesregierung, dem Kollegen Goll, danken.

Aber jetzt haben wir eine große Unbekannte, nämlich die Entwicklung der Zugangszahlen im Flüchtlingsbereich. Ich hoffe, dass wir mit den vorgesehenen Haushaltsmitteln die Unterbringungskosten decken können. Letztlich wird dies aber von den tatsächlichen Zugangszahlen abhängen. Da besteht eine gewisse Unsicherheit.

Meine Damen und Herren, ich will noch einen Satz sagen, weil hier von Effizienzrendite und von Abbau von Stellen die Rede war. Die Verwaltungsreform war ein großer Erfolg, meine Damen und Herren. Sie war und ist ein besonderer Erfolg, weil sie auf Dauer strukturelle Vorteile gebracht hat. Wir werden die Früchte dieser strukturellen Änderungen in den kommenden Jahren ernten können.

Da Sie, Herr Gall, die Effizienzrendite im Bereich der inneren Sicherheit angesprochen haben, will ich darauf hinweisen, dass diese nur im Nichtvollzugsbereich erbracht werden muss und dass dort immerhin bei unter 11 % jetzt die Erbringung der Effizienzrendite gestoppt wurde.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Bei einigen ist es schon bei 18 %!)

– Ja, Herr Kollege Schmiedel, das ist richtig. Das muss ich gelten lassen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie sagen das schon seit zwei Jahren! Machen Sie einmal! Da ist Not am Mann! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

– Langsam! Kollege Schmiedel weist zu Recht darauf hin, dass einige Dienststellen schon einen Erfüllungsstand von 18 oder gar 20 % haben.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Sie haben uns doch zugesagt, dass Sie das ausgleichen!)

– Sehr richtig, Frau Kollegin Berroth. Deswegen sichere ich noch einmal zu, dass diesbezüglich ein landesweiter Ausgleich zu erfolgen hat.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wann denn?)

Es kann nicht sein, dass einige bei 5 %, andere bei 20 % durchs Ziel gehen. Da wird ein landesweiter Ausgleich zu erfolgen haben. Dieser muss aber sozial verträglich gestaltet werden. Da kann ich nicht jemanden von Karlsruhe nach Tauberbischofsheim versetzen oder Ähnliches. Deswegen wird das eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Aber diesen Ausgleich nehmen wir vor.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU)

Mir wäre es recht, wenn wir das jetzt schon in einem ersten Zwischenschritt machen könnten. Das ist aber noch nicht möglich. Da müssen wir noch abwarten, bis das Programm tatsächlich ausläuft.

Meine Damen und Herren, ein weiteres Defizit haben Sie, Herr Gall, angesprochen. Sie sagten, bei den Polizeirevieren bestünde zwischen der Ist- und der Sollstärke teilweise eine Diskrepanz von 14 %.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die Zahlen bestätigen Sie im Übrigen!)

– Die Zahlen bestätige ich Ihnen. – Sie müssen aber auch Folgendes zur Kenntnis nehmen: Die Sollstärke bezieht kalkulatorisch bereits die Fehlzeiten durch Krankheit – die im Übrigen gar nicht so hoch sind; sie unterscheiden sich nicht von den Fehlzeiten in der freien Wirtschaft, überhaupt nicht –, Fortbildung, Mutterschutz usw. ein. Deswegen werden wir – das prophezeie ich Ihnen – die Diskrepanz zwischen Ist und Soll in einzelnen Dienststellen niemals unter 5 % drücken können. Das wird nicht möglich sein.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist auch nicht erforderlich!)

(Minister Heribert Rech)

Die Revierleiter sagen mir natürlich: Wenn ich jede Stelle, die ich habe, jeden Tag tatsächlich besetzt hätte, dann wäre ich glücklich und zufrieden. Das wird aus den Gründen, die ich genannt habe, nicht so sein. Deswegen ist dieser Vorwurf in der Form, wie Sie ihn bringen, nicht gerechtfertigt.

(Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU)

Herr Kollege Gall, Sie haben angemahnt, dass 25 Millionen € in Titel 883 72 bereitstehen müssen, um Neubewilligungen vornehmen zu können. Das sage ich Ihnen zu: Diese 25 Millionen € stehen insgesamt zur Verfügung. Ich habe im Finanzausschuss schon darauf hingewiesen, dass dies der Fall ist, weil wir aus dem Jahr 2008 Reste im Umfang von 5 Millionen € haben, die diese Mittel, die jetzt im Etatansatz stehen, verstärken. Diese 25 Millionen € für Neubewilligungen stehen zur Verfügung. Das kann ich Ihnen ausdrücklich bestätigen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist gut!)

Bevor ich den Bereich „Innere Sicherheit“ verlasse, möchte ich dem Kollegen Kluck und dem polizeipolitischen Sprecher meiner Fraktion und den beteiligten Arbeitskreisen ausdrücklich dafür danken, dass wir für die Polizei nicht nur Mittel und Personal zur Verfügung stellen, sondern auch rechtliche Handlungsrahmen. Da ist die Novellierung des Polizeigesetzes, glaube ich, ein gutes Beispiel dafür, wie man nach langen, guten, intensiven Verhandlungen auch zu guten Ergebnissen unter Koalitionspartnern kommen kann,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

egal, ob letztlich mit oder ohne Onlinerecherche. Die Praktiker sagen, dass sie das brauchen. Ich habe mir berichten lassen, dass es im letzten Jahr nur ganz wenige Fälle gewesen seien. Aber das klammere ich jetzt einmal aus, um den Erfolg, dass wir ein neues, novelliertes Polizeigesetz haben werden, nicht zu zerreden.

Gleiches – das prophezeie ich diesem Haus – wird beim neuen Versammlungsrecht, beim neuen Demonstrationsrecht geschehen. Auch da werden wir mit dem Koalitionspartner – da bin ich mir ganz sicher – zu optimalen Ergebnissen kommen. Das zeichnet sich bereits jetzt nach ersten Gesprächen ab.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Deswegen keine Sorge. Wir werden der Polizei das, was sie braucht, an die Hand geben.

Wir werden im zweiten großen Bereich – Verkehr und Straßenbau, Verkehrsinfrastruktur – auch das Notwendige tun, nämlich den öffentlichen Nahverkehr bedarfsgerecht ausbauen und Mittel für den Neu- und den Umbau von Landesstraßen in ausreichendem Maße zur Verfügung stellen.

Wenige Sätze dazu: Es wurde vorhin zu Recht gesagt, dass ein wirtschaftsstarkes Land eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur braucht. Da werden wir sowohl in eigener Zuständigkeit als auch durch entsprechende Investitionen, die uns der Bund ermöglicht, auf allen Ebenen das Unsrige tun, um die Verkehrsinfrastruktur zu verbessern. Was in den letzten

Jahren – diesen Satz müssen Sie einfach ertragen – oder Jahrzehnten im Bereich Bundesstraßen und Bundesautobahnen im Land Baden-Württemberg geschehen ist, ist nur mit einer chronischen Unterfinanzierung zu erklären.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Das ist überhaupt keine Frage. Deswegen haben wir Nachholbedarf, und deswegen bin ich auch wirklich dankbar für das, was jetzt aus Berlin kommt. Wir werden alles dafür tun – das sage ich Ihnen zu –, dass jeder Euro und jeder Cent, der uns angeboten wird, abgenommen, verbaut und umgesetzt wird. Das muss auch erst einmal bewerkstelligt werden.

Zu dem Projekt Stuttgart 21, lieber Werner Wölfle, will ich jetzt nicht viel sagen. Aber unter konjunkturpolitischen Gesichtspunkten ist dieses Projekt über viele Jahre hinaus von unschätzbarem Wert.

(Zurufe der Abg. Werner Wölfle und Brigitte Lösch GRÜNE)

Die Finanzierungsvereinbarung ist praktisch unterschriftsreif. Deswegen werde ich Sie zu gegebener Zeit über die ausgehandelten Verträge detailliert informieren.

Zur Verkehrsinfrastruktur gäbe es noch viel zu sagen: Nord-Süd-Verbindung, viergleisiger Ausbau der Rheintalstrecke.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Herr Kollege Bachmann, Sie haben in einem anderen Zusammenhang so nett gesagt: „Mobilität ist Zukunft, Flugverkehr aus Baden zum Baden.“ Das gefällt mir gut. Aber zu dem dritten und vierten Gleis fällt mir abgewandelt Folgendes ein: Es darf nicht so sein, dass das dritte und vierte Gleis von Baden auszubaden ist, das heißt, dass wir eine nicht zielführende Linienführung der Bahn dann mit eigenen Mitteln verbessern müssten, was nicht unserer Aufgabe entspräche. Das heißt: Das ist eine lupenreine Bundesaufgabe.

Herr Kollege Gall, darauf habe ich auch immer hingewiesen. Deswegen muss ich auch nicht zurückrudern. Ich habe in Freiburg sogar wörtlich gesagt – ich kann mich noch gut erinnern –: Jeder Teppichhändler im Orient lernt im ersten Lehrjahr, dass man nicht gleich den Geldbeutel auf den Tisch legt, bevor man mit Verhandlungen beginnt.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sie kennen sich gut aus!)

Zunächst einmal ist ganz klar: Der Bau dieses dritten und vierten Gleises ist eine Bundesaufgabe, und unsere Aufgabe, die wir übernommen haben, ist es, zu moderieren, den Städten und Gemeinden beizuspringen und die Bahn dazu zu bewegen, sich für eine umweltfreundliche und menschenfreundliche Streckenführung einzusetzen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Zum ÖPNV nur wenige Sätze. Das ist und bleibt eine Aufgabe, die von uns nachhaltig vorangebracht wird. Ich bin Herrn Kollegen Staatssekretär Köberle ausdrücklich dankbar, dass er nahezu Tag und Nacht mit großem Engagement gerade die

(Minister Heribert Rech)

se Aufgabe in den Mittelpunkt seines Bereichs gestellt hat. Wir kommen da sehr gut voran.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

In Nordbaden wird beispielsweise das bundesweite Vorzeigeprojekt „S-Bahn Rhein-Neckar“ zwischen Darmstadt und Karlsruhe – Sie kennen das – weiter ausgebaut,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Höchste Zeit,
Herr Minister!)

und auch bei den Neckarschleusen geht es voran.

Vieles ist begonnen und auf den Weg gebracht, und darauf können wir stolz sein. Lassen wir uns am Ende des Tages an den Ergebnissen messen. Dazu bin ich gern bereit.

Der Landesstraßenbau muss, um die Belastungen für die Bürger und die Umwelt zu verringern, eine optimale Vernetzung mit den Verkehren auf Schienen, Straßen und Binnenwasserstraßen bringen.

Von dem Verkehrsträger Straße wird auch künftig festzustellen sein, dass er der Verkehrsträger Nummer 1 war, ist und auch bleiben wird. Deswegen ist die Investition in ein leistungsfähiges Straßennetz wichtig, nachhaltig und zukunftsweisend. Diese Aufgabe können wir – darin sind wir uns einig – nur mit einer bedarfsgerechten Finanzausstattung bewältigen. Bereits im Doppelhaushalt 2007/08 haben wir die finanzielle Ausstattung des Landesstraßenbaus verbessert und gleichzeitig die Finanzanteile aus dem Landeshaushalt verstärkt.

Das konnte erfreulicherweise im vorliegenden Haushalt fortgesetzt werden. Durch die Konjunktur- und Investitionsprogramme wird der Straßenbau zusätzliche Mittel erhalten, die insgesamt zu einer Verbesserung der Straßen in Baden-Württemberg führen.

Jetzt hat die Opposition durchaus tricky den Zustand der Landesstraßen abgefragt. Dazu haben wir auch messerscharf geantwortet und nichts beschönigt.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Nur: Es gibt auch andere Messgrößen, Frau Kollegin Haußmann. Man kann, um bessere Noten der Schüler zu erzielen – ich rede nicht von Baden-Württemberg, sondern von anderen Ländern; ich habe mich einmal mit einem Kultussenator unterhalten –, auch die Anforderungen senken. Wir hätten müheles viel bessere Werte für unsere Landesstraßen erzielen können, wenn wir die Maßstäbe nicht so hoch ansetzen würden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber Sie sollten schon ehrlich sein! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

– Ja, ja. Da gibt es schon noch Spielraum. – Aber ich denke nicht daran, dies zu tun.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das sind ja häufig „ostzonale“ Zustände!)

– Herr Kollege Schmiedel, wenn wir bei den Bundesfernstraßen „ostzonale“ Zustände erreichen würden, dann wäre ich mehr als zufrieden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Ehemalige! – Abg.
Claus Schmiedel SPD: Vor der Wende!)

Dazu will ich Ihnen einmal Folgendes sagen: Als ich vorhin von chronischer Unterfinanzierung und Nachholbedarf gesprochen habe, habe ich dies zu Recht getan. Ich wollte die Vergleiche nicht noch einmal bringen. Aber jetzt tue ich es doch, weil Sie von „ostzonalen“ Zuständen sprechen. Fahren Sie einmal die Bundesautobahn A 71 von Schweinfurt nach Erfurt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber das sagen Sie jedes Mal! Sie haben zwar recht, aber das ist alt!)

– Ja, klar. Aber es fährt immer noch niemand darauf. Dort ist immer noch Einsamkeit und Freiheit pur, auch wenn ich es in drei Jahren noch einmal sage. Sie können den Beweis jederzeit sehen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie haben recht!)

Deswegen, meine Damen und Herren: Bleiben wir da auf dem Teppich. Wir werden die Landesstraßen erhalten. Wir setzen ja jetzt 70 Millionen € ausschließlich zum Erhalt der Landesstraßen ein. Das wird im Übrigen – Stichwort Konjunkturprogramm – in der Fläche ankommen, und darauf legen wir auch großen Wert. In der Fläche werden diese Gelder ankommen. Dort sind sie auch gut angelegt und vor allem, Herr Kollege Fleischer, auch schnell umsetzbar.

Jetzt zum Thema Radwege, Herr Kollege Wölflle. Die werden über die kommunalen Förderprogramme bedient, und diese sind insgesamt mit 105 Millionen € ausgestattet. Es gibt außerdem, was die Landesstraßen anbelangt, auch fahrbahnahe Radwege im Landesstraßenbau. Das dürfen wir nicht vergessen. Es ist nicht so, dass da nichts geschehen würde. Auch in dieser Hinsicht und mit dem „Runden Tisch Radverkehr“ setzt sich der Kollege Köberle außerordentlich nachdrücklich dafür ein, dass wir da künftig zu Konzeptionen kommen, die umsetzbar und vernünftig sind.

Sie sagen: „Keine ÖPNV-Mittel vom Bund“. Darauf gibt es eine einfache Antwort: Das ist der Artikel 104 a des Grundgesetzes. Es ist eben einmal Verfassungsrecht, dass der Bund im ÖPNV der Länder nichts zu suchen hat. Das ist eben einmal so. Das müssen wir schon selbst organisieren.

Der Herr Kollege Sckerl hat noch eine Frage aufgeworfen, die ich nicht unbeantwortet lassen möchte. Das darf ich noch anhängen. Der Kollege Sckerl hat die Revierzusammenlegungen beklagt. Herr Kollege Sckerl, wir müssen uns verständigen, worauf es uns ankommt, was uns wichtig ist. Wollen wir die Präsenz der Polizei auf der Straße? Wenn wir dies – beispielsweise in Stuttgart – in dem Umfang gewährleisten wollen, wie das bisher der Fall war, dann müssen wir schon zu strukturellen Überlegungen kommen.

Diese heißen für mich ganz einfach – vom Ende her gedacht –: Der Arbeitsplatz des Polizisten ist nicht in Reviergebäuden, sondern der Arbeitsplatz des Polizeibeamten ist im Streifenwagen auf der Straße. Deswegen spielt es in einem Ballungsraum eine weniger große Rolle, ob jetzt zehn, zwölf oder 14 Reviere teilweise in Entfernungen von 2, 3 oder 4 km nebeneinander liegen oder ob da nur acht oder neun sind und dafür mehr Streifenwagen auf der Straße fahren.

(Minister Heribert Rech)

Anders sieht es in ländlich strukturierten Räumen aus. Dort können wir mit Revierzusammenlegungen natürlich nicht so einfach agieren, wie das in Stuttgart der Fall ist, obwohl es dort auch nicht einfach war, wie ich weiß.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Gut, dass Sie das klarstellen!)

Im Übrigen will ich auf Folgendes hinweisen: Wie groß war denn das Geschrei bei der Polizeipostenreform, als wir von 572 auf 350 Posten heruntergegangen sind? Dabei haben wir keine Polizeistellen gestrichen. Jede einzelne Stelle ist erhalten geblieben, aber in größeren Einheiten.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

– Keine Stelle ist gestrichen worden, Herr Kollege Heiler.

(Abg. Walter Heiler SPD: Die waren alle nicht besetzt!)

– Das ist eine andere Frage. Da müssen Sie sagen, weshalb sie nicht besetzt waren. Aber es ist keine Stelle gestrichen worden. Die Effizienz ist dadurch größer geworden.

Ein Letztes, Herr Kollege Wölfle, zum Thema „Integration und Migration“. Das ist in der Tat ein wichtiges Thema. Dabei will ich jetzt nicht die Redezeit verlängern. Ich will nur eines sagen: Für mich gilt von Anfang an folgender Satz, der ebenso einfach wie plausibel ist, der aber noch nicht in allen Köpfen angekommen ist: Zur Integration all derer, die auf Dauer hier bleiben wollen und auf Dauer hier bleiben dürfen, gibt es keine Alternative. So einfach sind die Dinge.

Aber es muss natürlich von beiden Seiten der Wille zur Integration da sein, und dafür muss auch viel getan werden. Integrationspolitik – ich sage es noch einmal – braucht einen langen Atem. Deswegen bin ich dankbar für den Integrationsplan unseres Kollegen Goll, unseres Justizministers als Integrationsbeauftragtem. Ich bin sicher, dass wir da gut vorankommen.

Ich bin auch bereit, Migranten in die Polizei und in den öffentlichen Dienst aufzunehmen. Überall, wo dies gelingt, haben wir große Erfolge gerade mit diesen Kolleginnen und Kollegen. Aber ich kann einfach die Zugangsvoraussetzungen zum Polizeidienst für diesen Teil der Bevölkerung, für diese jungen Leute nicht heruntersetzen. Ich kann keine Zweiklassenprüfungen veranstalten.

(Abg. Werner Wölfle GRÜNE: Das braucht es gar nicht!)

– Ja, doch. Es scheitert leider oft schon an den Sprachkenntnissen.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Unterhalten Sie sich einmal mit dem Kultusminister, warum das so ist!)

– Ich sage es noch einmal: Wenn ich jemanden als Polizeianwärter zulasse, dann kann ich für ihn keine anderen Prüfungen veranstalten als für den Rest der Republik. Darum geht es.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Aber die haben die gleichen Schulen gehabt! Warum haben sie dann unterschiedliche Ergebnisse? – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss einige Worte des Dankes sagen: Dank an alle Beschäftigten in der Innenverwaltung, sei es im Bereich „Innere Sicherheit“ oder in den Bereichen Feuerwehr, Straßenbau oder Verkehr oder in den Behörden und Verwaltungen, gerade auch in den Bereichen, auf die ich aus Zeitgründen nicht eingehen kann. Ich weiß aber sehr genau, dass jeder und jede von ihnen dazu beiträgt, dass wir die geforderten Leistungen trotz der zum Teil massiven Streichungen und trotz aller Einschnitte aufrechterhalten können.

Mein Dank gilt aber auch dem Finanzminister und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die wirklich kollegiale Zusammenarbeit in einer schwierigen Zeit und für das Verständnis für unsere Wünsche und Belange.

Schließlich danke ich unseren beiden Berichterstattern, allen Mitgliedern des Finanzausschusses und Ihnen allen sehr herzlich für die Unterstützung und für das Verständnis für die Anliegen in unserem Ressort. Sie haben uns wirklich viel Verständnis entgegengebracht. Unsere Wünsche waren nicht überzogen. Ich sage es noch einmal: Ich hoffe, ja ich bin sicher, mit diesem Haushalt einen guten, anerkanntswerten Beitrag zur Konsolidierung des Ganzen geleistet zu haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 03 – Innenministerium.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/3603. Die dazu eingebrachten Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Wir kommen zu Abschnitt I der Beschlussempfehlung.

Ich rufe auf

Kapitel 0301

Ministerium

Wer Kapitel 0301 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0302

Allgemeine Bewilligungen

Wer dem Kapitel 0302 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0303

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz

Wer dem Kapitel 0303 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vossschulte)

Kann ich die Kapitel über die Regierungspräsidien zusammenfassen? – Ich rufe auf

Kapitel 0304 bis Kapitel 0307

Wer diesen Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den Kapiteln ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0308

Informatikzentrum Landesverwaltung Baden-Württemberg

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0310

Feuerschutz, Katastrophenschutz

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0311

Ausbildung für den Verwaltungsdienst

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0312

Landratsämter

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0314

Landespolizei

und dazu die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksachen 14/3903-1 und 14/3903-2.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag Drucksache 14/3903-1 abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3903-2, abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über das Kapitel 0314 – Landespolizei – abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0316

Bereitschaftspolizei

Kann ich dazu auch Kapitel 0317 – Akademie der Polizei – aufrufen?

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Nein! – Abg. Reinhold Gall SPD: Getrennt bitte!)

– Nein. Also lasse ich über Kapitel 0316 – Bereitschaftspolizei – abstimmen. Wer stimmt zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0317

Akademie der Polizei

Wer stimmt zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0318

Landeskriminalamt

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0319

Landesamt für Verfassungsschutz

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0320

Logistikzentrum Baden-Württemberg

Wer stimmt zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0321

Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen

Wer stimmt zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe nun auf

Kapitel 0325

Verkehr

Hierzu liegen drei Änderungsanträge vor. Wir kommen zunächst zum Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3903-3. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/3903-6, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3903-4, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über Kapitel 0325 – Verkehr – abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0326

Straßenbau

Hierzu liegen zwei Änderungsanträge vor. Wir kommen zunächst zum Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/3903-7. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3903-5, abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über Kapitel 0326 – Straßenbau – abstimmen. Wer stimmt zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0330

Ausländer und Aussiedler

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben nun noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/3603, abzustimmen. Wer dem Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Abschnitt II ist einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 03.

Ich rufe **Buchstabe c** der Tagesordnung auf:

Einzelplan 08: Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/3608

Berichterstatlerin: Abg. Christine Rudolf

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 08 – Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum – eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wünscht die Berichterstatlerin das Wort? – Das ist nicht der Fall.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Kübler für die Fraktion der CDU das Wort.

Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, man darf feststellen, dass der ländliche Raum in Baden-Württemberg gut aufgestellt ist,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist richtig!)

auch in einer Phase – wir haben heute Morgen dieses Thema angesprochen – gravierender struktureller wirtschaftlicher Veränderungen. Daran zeigt sich einfach die gute Politik der CDU-FDP/DVP-Landesregierung in den vergangenen Jahren.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Auch im Hinblick auf die anhaltenden strukturellen Veränderungen, die mit dem Paradigmenwechsel auf EU-Ebene anstehen, stellen sich uns im ländlichen Raum schon seit Jahren große Herausforderungen. Dazu kommt noch die allgemeine wirtschaftliche Lage – ich nenne nur einige Stichworte: Milch-, Ferkel-, Holz-, Schweinepreise und vieles andere mehr; nennen möchte ich auch das Thema „Gesundheitsvorsorge im ländlichen Raum“.

Deshalb wird jetzt mehr denn je deutlich, dass es richtig war, dass wir zu Beginn dieser Legislaturperiode den ressortübergreifenden Ausschuss Ländlicher Raum eingerichtet haben; hier wurde bislang, glaube ich, auch sehr erfolgreiche Arbeit geleistet.

Die Kontinuität der Politik in Förderung und Unterstützung ist Kennzeichen unserer Landwirtschaftspolitik, sowohl in inhaltlicher als auch in finanzieller Hinsicht. Dabei orientieren wir uns in diesem Haushaltsplan 2009 an den EU-Richtlinien und hier vor allem an der Mittelverteilung des Maßnahmen- und Entwicklungsplans II und an dem Programm „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“.

Von diesen Programmen erhalten wir Förderungen einerseits zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft und zum Weiteren für die Verbesserung der Umwelt- und Lebensqualität im ländlichen Raum – dies zeigt, wie breit aufgefächert die ländliche Wirtschaft zu betrachten ist –; andererseits sorgen diese Programme sowie unsere Arbeit auch dafür, dass wir eine sehr gute dezentrale Siedlungs- und

(Jochen Karl Kübler)

Wirtschaftsstruktur in unserem ländlichen Raum haben und in Bezug auf Bildungs-, Forschungs- und Hochschulinfrastruktur, glaube ich, sehr gut aufgestellt sind.

Die Umsetzung dieser Maßnahmen erfolgt zum einen durch das Programm MEKA mit etwa 100 Millionen € und zum anderen durch die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“, ebenfalls mit ca. 100 Millionen €. Unsere Landespolitik wird in diesem Jahr und auch in den kommenden Jahren hier insgesamt ihre Schwerpunkte haben.

Ich möchte nur wenige Punkte aus diesem Haushaltsplan herausgreifen, aber einige Punkte doch nennen. An erster Stelle steht, wie ich meine, das Spitzenprodukt des Landes Baden-Württemberg, das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut! Was für ein Segen für das Land!)

Es ist – ich darf es noch einmal in Erinnerung rufen – bereits seit 1995 ein Erfolgsprogramm. Wir haben bei einem Förder volumen von 800 Millionen € rund 5,5 Milliarden € an Investitionen in diesem Land initiiert,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ein Investitionsprogramm sondergleichen!)

und wir haben mit diesem Programm über 20 000 neue Arbeitsplätze im ländlichen Raum initiiert. Wir werden dies ebenso erfolgreich oder sogar noch erfolgreicher in diesem und in den kommenden Jahren weiterführen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir haben das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum im letzten Jahr umgeschrieben. Dabei ist eine Neuausrichtung dieses Programms erfolgt. Es gibt drei Hauptschwerpunkte: erstens Aktivierung innerörtlicher Potenziale, zweitens Nutzung regenerativer Energien und drittens ökologische Bauweise. Ich glaube, dieses Programm steht an der Spitze einer modernen Landesentwicklung. Darauf sind wir stolz. Wir haben in den Etat 2009 erneut rund 55 Millionen € aufgenommen; das ist ein Konjunkturprogramm plus, muss ich einfach sagen. Dieses Programm wird auch weiterhin Arbeitsplätze und Standorte im ländlichen Raum sichern.

Als zweiten Bereich darf ich das Programm SchALVO ansprechen. Wir konzentrieren uns weiterhin auf den Abbau von Pflanzenschutzmittelrückständen und die Reduktion von Nitratkonzentrationen. Hierfür haben wir über 20 Millionen € in den Etat aufgenommen.

Ich darf das landwirtschaftliche Regionalprogramm zur Verbesserung der Produktionsstruktur und der Einkommensverhältnisse und hier im Besonderen das Thema Milch erwähnen. Unser Ministerpräsident und unser Landwirtschaftsminister haben zur Abfederung des Auslaufens der Milchquote 3 plus 3 Millionen € in diesen Etat aufgenommen. Damit möchten wir den Milchviehbetrieben bis 2015, wenn die Milchquote endgültig ausläuft, Hilfestellung geben. Ich glaube, daran erkennt man ganz einfach: Wir haben „das Ohr am Volk“, auch mit diesem Etat 2009.

Ich darf als weiteres Programm das Naturschutz- und Landschaftspflegeprogramm erwähnen und hier vor allem Natura 2000 und das Förderinstrument PLENUM. Auch hier haben wir Millionenbeträge aufgenommen. Auch dieses Programm hat in der Vergangenheit viele Erfolge gezeitigt, nicht nur im Bereich Landwirtschaft, sondern auch für Verbände, Vereine und Kommunen.

Wir haben einige Fraktionsanträge vorliegen bzw. im Ausschuss beschlossen, über die wir anschließend abstimmen werden. Ich darf zwei, drei herausgreifen. Zum einen möchten wir das Naturschutzzentrum Wollmatinger Ried am Bodensee unterstützen, eine ganz hervorragende Investition im Bereich Naturschutz. Das wird nicht nur im süd-baden-württembergischen Raum, sondern insgesamt Pilotfunktion haben. Wir haben die Naturparkförderung bei 2,1 Millionen € belassen, haben also zusätzlich 450 000 € aufgenommen.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Die haben Sie vorher gekürzt!)

– Wir haben zusätzlich 450 000 € aufgenommen.

Wir tun einiges für den Verbraucherschutz und die Ernährungsaufklärung. Wir stocken die Förderung deutlich von 2,6 auf 4,4 Millionen € auf. Hier werden vor allem Themen wie Energieeffizienz, Telekommunikation, Energiepreise und Finanzdienstleistungen wichtig sein, wir wollen aber auch „vom Acker bis zum Teller“ nachweisen und darstellen, wie die landwirtschaftliche Produktion hier funktioniert. Weitere Stichworte sind Futtermittelüberwachung, Lebensmittel, Kosmetika und vieles andere mehr.

Wir haben eine halbe Million Euro für Verbraucheraufklärung aufgenommen, hier vor allem für den Bereich Finanzdienstleistungen, Altersvorsorge und vieles andere mehr.

Unsere Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch bekommt von uns einen stattlichen Betrag, um den Aktionsplan 2018 umzusetzen. Dabei gilt es, Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährung von Kindern und Jugendlichen durchführen, um hier eine Weiterentwicklung zu erreichen. Auch das wird ein Pilotprojekt weit über dieses Jahrzehnt hinaus sein.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut angelegtes Geld!)

Wir werden zwei Landesbetriebe nach § 26 LHO gründen. Dies geschieht zum einen beim Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung. Wir übernehmen Teile aus dem Innenministerium, und dabei wird es Synergieeffekte geben. Zweitens wird auch die Landesforstverwaltung in einen Landesbetrieb umgewandelt. Auch hier haben wir, glaube ich, die richtige Entscheidung für die Zukunft getroffen.

Unser Forstbetrieb wird über 20 Millionen € zum Haushalt 2009 beisteuern. Unsere Gesamtausgaben werden um etwa 50 Millionen € reduziert werden, weil wir auch einen Beitrag zur Nullnettoneuverschuldung leisten wollen.

Ich meine, trotz allem ist Baden-Württembergs Landwirtschaft in Deutschland und europaweit einzigartig. Durch die zentralen Wirtschafts- und Siedlungsstrukturen können wir uns im ländlichen Raum in Baden-Württemberg bestens sehen las-

(Jochen Karl Kübler)

sen. So können wir mit diesem Haushalt und speziell dem Einzelplan 08 in eine sehr gute Zukunft schauen.

Unsere über 48 000 landwirtschaftlichen Betriebe brauchen weiterhin eine so starke und gute Politik, wie wir sie in der Vergangenheit betrieben haben,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wir garantieren das!)

und auch einen starken Fürsprecher in Europa. Dieser Haushaltsplan garantiert das. 38 % der Bevölkerung unseres Landes leben im ländlichen Raum. Auch sie brauchen diese starke, gute Entwicklung, die wir in den vergangenen Jahren hatten.

Das möchte ich zum Anlass nehmen, unserem Minister Peter Hauk und der Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich zu danken. Zusammen mit uns von der FDP/DVP und der CDU haben sie auch im vergangenen Jahr sehr gute Politik gemacht – auch wenn manche anderer Auffassung sind.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber die irren!)

Unser Minister wird auch bei der Weiterentwicklung des Health Checks sehr gut mitarbeiten, und er sorgt für verlässliche Rahmenbedingungen für den ländlichen Raum und die Landwirtschaft. Mit einer so starken CDU-Fraktion, wie wir sie sind, wird es auch erfolgreich weitergehen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Ich bitte um Zustimmung zu den im Ausschuss auf Antrag der Regierungsfractionen beschlossenen Änderungen.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Dr. Friedrich Bullinger und Monika Chef FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gute Rede! Vor allem der letzte Satz! – Heiterkeit – Abg. Winfried Scheuermann CDU zu Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Du hast dich mit fremden Federn geschmückt!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Winkler für die Fraktion der SPD.

Abg. Alfred Winkler SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Kübler, wenn man keine großen Ansprüche an die Politik des Landes und an den Haushalt stellt, dann kann man dieses Lob sehr wohl loswerden. So verstehe ich das.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Oh-Rufe von der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Der schlägt aber zu!)

Wie soll man bei einer immer turbulenteren Weltagrarmarktpolitik den Haushalt aufstellen, meine Damen und Herren? Das ist zweifellos schwierig.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber wir haben es geschafft!)

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU bewegt uns seit Längerem und fordert uns viel ab. Minister Hauk hat einmal gesagt: „Landwirtschaft im Rad der Globalisierung“ – gar nicht

so falsch. Aber einige Bereiche, z. B. die Milchwirtschaft, fühlen sich eher im Hamsterrad der Globalisierung.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Welche Antworten gibt der Haushaltsplan auf die zukünftigen Herausforderungen? Ich fange einmal so an: Keine Antwort ist auch eine Antwort. Der Haushaltsplan fällt mit 768 Millionen € weniger umfangreich aus als früher. Zusammen mit dem Forst hatten wir schon einen Umfang von mehr als 1 Milliarde €. Der Haushalt ist sicherlich ein Test; er gibt Anlass zu einer kleinen Bestandsaufnahme dessen, was für Landwirte, Verbraucher und Naturschutz besonders wichtig ist.

Die Landwirte müssen sich mehr und mehr auf den Weltmarkt einstellen und Produkte erzeugen, die gefragt sind und von denen sie leben können. Der Preisdruck bei Milch, Getreide und Fleisch wächst, die Umwelanforderungen wachsen ebenso. Der Strukturwandel geht voran. Wir sind mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 22 ha nach wie vor das Bundesland mit den kleinsten Betrieben. Die Vergrößerung der Hoffläche ist zum Überleben wichtig, wenn man bedenkt, dass gleichzeitig über ein Höfesterben geklagt wird.

Die Landwirtschaft kann nur überleben, wenn sie Produkte anbietet, die aus der Masse herausragen und dementsprechend gut bezahlt werden. Deswegen sind auch regionale Märkte und der Zusammenhang mit dem Biolandbau wichtig. Denn wer Bioprodukte kauft, ist bereit, dafür mehr auszugeben, und achtet darauf, woher die Lebensmittel kommen.

Für die Chancen und Turbulenzen auf dem Agrarmarkt ist nichts typischer als das Beispiel Milch. Innerhalb eines Jahres hatten wir den höchsten Milchpreis und den tiefsten – von 23 Cent bis über 44 Cent pro Liter. Aber allein in Deutschland haben wir zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Bayern oder Baden-Württemberg

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Südtirol!)

ganz unterschiedliche Bedingungen. In Vorpommern können Landwirte von einem Milchpreis von 27 Cent pro Liter leben und noch Gewinn machen; bei uns brauchen die Landwirte 43 oder 44 Cent, weil die Produktionsbedingungen andere sind.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Stimmt!)

Man kann die Landwirte aber nicht mit Vorlauf in den Markt entlassen, ohne diesen eine Strategie anzubieten.

Beispiel Getreide: Weltweit haben wir im Moment die geringsten Getreidevorräte seit 60 Jahren. Jährlich steigt der Getreidebedarf um 30 bis 40 Millionen t, ohne dass die Produktionsfläche entsprechend ausgeweitet würde. Auch der Getreidepreis fährt auf dem Weltmarkt Achterbahn. Vor genau einem Jahr betrug der Preis an der Warenterminbörse 15 US-Dollar pro Bushel, heute beträgt er 5 US-Dollar. Der Durchschnittspreis der letzten Jahre lag bei 3 US-Dollar. Das ist ein Auf und Ab, dem die Landwirte ausgesetzt sind.

Soll ich noch ein Stichwort zu Biokraftstoffen sagen? Ölsaaten sind so knapp wie nie. Sie zählen zu den Lebensmitteln und gleichzeitig zu den Futtermitteln. Die Landwirte wissen nicht, wie es angesichts der Konkurrenz mit den Biokraftstoffen weitergeht.

(Alfred Winkler)

Trotzdem: Noch nie haben wir so viel aus Deutschland und aus Baden-Württemberg exportiert wie jetzt. Wir haben Marktchancen auf dem Weltmarkt, und das muss genutzt und unterstützt werden. Die größeren Vermarktungs- und Verarbeitungsstrukturen, die wir für den Exportmarkt brauchen, müssen wir hier auflegen bzw. verändern. Aber hierzu ist im Haushalt keine Botschaft enthalten.

Der Verbrauch an Biolebensmitteln steigt. Von 2000 bis heute ist er um 175 % gestiegen. Der Umsatz an Biolebensmitteln in Deutschland ist in diesem Zeitraum von 2 Milliarden € auf 5,5 Milliarden € gestiegen. Davon haben wir in Baden-Württemberg nichts geholt. An dieser Steigerung – auf einem Sektor, der Marktchancen für die Landwirtschaft bietet – haben wir nicht partizipiert. Bei uns ist in diesem Zeitraum der Anteil der Bioanbauflächen von 4,9 % auf 5,1 % gestiegen. Der Anstieg ist fast null. Andere Länder haben diese Marktchancen genutzt. Bei uns in Baden-Württemberg liegt der Anteil der Bioanbauflächen bei 5,1 %, während er in Österreich 13,3 % beträgt.

Die Botschaft zum Biolandbau im Haushalt lautet: 2002 betrug die Zuschüsse für den ökologischen Landbau 150 000 €, heute betragen sie 226 000 €. Inflationsbereinigt bekommt der ökologische Landbau heute so viel wie vor sechs Jahren. Damit geht der Markt an diesem Bereich vorbei.

Ausgerechnet in Baden-Württemberg lavieren Sie allerdings stattdessen. Als Gegensatz eine schlimme Haltung zur Gentechnik, Herr Minister. Die Kleinräumigkeit der Nutzflächen in Baden-Württemberg ist ziemlich offensichtlich. Trotz dieser Kleinräumigkeit sind Sie dafür sehr offen. Aber wir wollen wegen der Kleinräumigkeit keine Gentechnik.

(Beifall bei der SPD – Abg. Reinhold Pix GRÜNE:
Aber im Gewächshaus geht es doch!)

Dass dies Unsinn ist, hat übrigens Herr Seehofer genau so gesagt, als er noch Bundeslandwirtschaftsminister war. Den Sinn der Forschung in diesem Bereich, die Sie und wir alle aus dem Landeshaushalt mitbezahlen, weil es unsere Steuermittel kostet, sehen wir nicht ein. Es wäre Aufgabe der Gentechnikfirmen, nach unseren Vorstellungen zu forschen.

Eigentlich ist es schizophran: Ursprünglich wurde die Gentechnik mit dem Ziel eingeführt, Herbizide, Pestizide usw. einzusparen. Heute wissen wir, dass in den Ländern, in denen Gentechnik eingesetzt wird, der Verbrauch an Herbiziden gestiegen ist und noch nie so viel an Herbiziden verbraucht worden ist wie jetzt – trotz der Gentechnik! Es ist also genau das Gegenteil des ursprünglichen Ziels eingetreten.

Wir wollen deswegen Initiativen zur Einrichtung gentechnikfreier Zonen fördern,

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Sehr gut!)

um den Wünschen der Mehrheit der Landwirte, den Wünschen der Verbraucher und den Wünschen der Bevölkerung nachzukommen. Wir wollen hier in Baden-Württemberg eine Landwirtschaft ohne Gentechnik. Wir wollen, dass die Landesregierung die Produktion von gentechnikfreien Agrarerzeugnissen unterstützt. Das ist nicht verboten, sondern geboten.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Franz Untersteller
GRÜNE)

Allerdings, Herr Minister, ist zur Unterstützung der gentechnikfreien Landwirtschaft im Haushalt nichts enthalten.

(Minister Peter Hauk: Sollen wir etwas einstellen?)

Noch zwei Stichworte: Naturschutz und Naturparke. Zur Umsetzung von Natura 2000 und zum Betrieb des Biosphärenreservats halten wir mehr Personal für nötig. Die Naturparke werden mehr, die Mittelausstattung wird aber immer schlechter.

(Zuruf von der CDU: Das ist doch gar nicht wahr!)

Die Naturschutzausgaben haben sich schlecht entwickelt. Heute stehen dafür 27,9 Millionen € zur Verfügung,

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Da hat man Ihnen etwas Falsches aufgeschrieben!)

im Jahr 2004 waren es noch 33 Millionen €. Die Förderung ist zurückgegangen, obwohl wir inzwischen ein Biosphärenreservat haben und Natura 2000 umsetzen müssen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Naturschutz darf im Haushalt nicht zum Feigenblatt verkommen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das Biosphärengebiet ist Förderschwerpunkt im ELR, Herr Kollege!)

Bitte orientieren Sie sich am Effektiven und nicht am Effektvollen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das Biosphärengebiet ist Förderschwerpunkt im ELR!)

Meine Damen und Herren, zum Schluss – ich gebe dann das Wort weiter –: Mein Vorredner ist bereits auf das Thema „Ländlicher Raum“ eingegangen. Noch ein paar Sätze dazu. Ich fange mit der Breitbandversorgung an. 2007 hat die Landesregierung auf einen Antrag von uns auf Unterstützung durch Zuschüsse geantwortet: „Es ist Sache der Privaten, dies zu finanzieren.“ Heute sind Sie Gott sei Dank mit dabei, auch dank des Bundes. Trotzdem hat der ländliche Raum Schwierigkeiten. Wir sind der Meinung, dass trotz 15 Förderrichtlinien für den ländlichen Raum dieser nicht erreicht hat, was er benötigt. Da sind Sie zu weit hintendran. Es reicht nicht, wenn Sie zufrieden sind; es reicht erst, wenn die Menschen im ländlichen Raum zufrieden sind.

(Zuruf von der CDU: Sind wir alle!)

Aber sie sind es nicht.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Frau Abg. Kipfer für die Fraktion der SPD.

Abg. Birgit Kipfer SPD: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Dieser Minister ist ja nicht nur Minister für den ländlichen Raum, sondern auch Minister für Verbraucherschutz. Das steht zwar so nicht in dem Namen, den sein Haus trägt, aber er jedenfalls hat diesen Anspruch. Ich gestehe Ihnen gern zu, Herr

(Birgit Kipfer)

Minister, dass Sie Ihr Versprechen wahr gemacht haben, mehr Geld für die Verbraucherinformation, für die Verbraucherzentrale zumal, in den Haushalt einzustellen. Aber das kann nur ein Anfang sein. Denn auf diesem Markt brauchen wir immer mehr Informationen für Verbraucher, damit sie ihre Position auf dem Markt auch wirklich wahrnehmen können.

Dieser große Mantel, den Sie sich immer umhängen, geriert aber zum Mäntelchen, wenn man auf die Probleme schaut, die noch unerledigt sind. Dafür nenne ich einige wenige Beispiele.

Erstes Beispiel: Bei der Lebensmittelüberwachung haben Sie es immer noch nicht geschafft, die 80 Stellen, die für diesen Bereich eigentlich notwendig sind, mit dem Landkreistag auszuhandeln. Vor genau einem Jahr standen Sie hier und haben gesagt: Das muss über den kommunalen Finanzausgleich geregelt werden. Bis heute ist nichts geschehen.

(Zuruf von der SPD: Ungeheuerlich!)

Inzwischen fordert der Landkreistag 150 weitere Stellen, weil die Aufgaben immer weiter zunehmen.

Zweites Beispiel: Das Ausführungsgesetz zum Verbraucherinformationsgesetz ist eher ein Verhinderungsgesetz geworden. Dem kritischen Verbraucher werden eher Stolperfallen in den Weg gelegt, statt dass man ihn ermuntert, konstruktiv daran mitzuwirken, dass sich die Anbieterseite entsprechend reformiert.

Der Verbraucher, der gesundheitsbezogene Auskünfte nachfragt, ist kein Bittsteller, sondern er nimmt sein Recht wahr. Unsere Lebensmittelüberwachungsbehörden leisten sehr viel, und das sei dankbar anerkannt. Aber sie sind auch Dienstleister für die Bürger und Bürgerinnen. Dies zu vermitteln und eine einheitliche Praxis in diesem Land zu verordnen, haben Sie versäumt.

Herr Minister Hauk, Sie sind gern die Speerspitze des Verbraucherschutzes. So jedenfalls versuchen Sie in der Öffentlichkeit aufzutreten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein, er tut es!)

Aber es gibt hier Baustellen, wo Sie Ihren Einfluss nicht wahrnehmen – wenn Sie denn das wollen, was Sie immer verkünden. Ein Beispiel ist der Informantenschutz, der in Berlin laufend an der CDU/CSU-Fraktion scheitert. Einst war dieser Schutz eine Forderung des Zehnpunktepapiers von Seehofer. Es geht darum, dass Mitarbeiter in Betrieben geschützt werden, wenn sie Missstände in ihren Betrieben anprangern und in die Öffentlichkeit bringen. Da geht es um Whistleblowing, wie man das so schön nennt. Dies ist nicht nur z. B. bei Gammelfleisch notwendig, sondern auch bei unerlaubter Datenschnüffelei, wie wir sie jüngst erfahren haben. Eine solche Regelung gibt es in fast allen Ländern der Europäischen Union, aber in Berlin scheitert die Regelung an Ihren Parteifreunden. Was tun Sie dafür, dass sich das endlich ändert?

Ein zweites Beispiel ist die Nährwertbezogene Kennzeichnung von Lebensmitteln, die berühmte Ampel. Wir haben hier schon darüber diskutiert. Die neue Bundesverbraucherministerin will diese Kennzeichnung nicht. Was tun Sie, Herr Minister, damit sich dies ändert?

Es gibt Baustellen, weil in Ihrem Haus keinerlei verbraucherpolitische Strategie erkennbar ist, im Übrigen auch nicht, wenn es um die gesunde Ernährung, Frau Staatssekretärin, bei Kindern und Jugendlichen geht. Auch die Verbraucherkommission kritisiert – das bitte ich Sie einmal nachzulesen –, dass es lauter Aktivitäten im Land und bei den Kommunen gibt, aber weder Ziele noch eine Strategie, noch eine Evaluation oder dergleichen erkennbar sind. Die Verbraucherschutzkommission empfiehlt Ihnen, das besser zusammenzufügen, besser zu koordinieren. Hiervon kann keine Rede sein.

Im Ergebnis komme ich dazu, dass das Wort „Verbraucherschutz“ im Namen Ihres Ministeriums deshalb nicht auftaucht, weil Sie diese Strategie vermissen lassen. Sie setzen hier und da Highlights, aber wirkliche Verbraucherpolitik machen Sie nicht. Deshalb können wir wahrscheinlich lange warten, bis Ihr Haus auch diesen Namen trägt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Murschel für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Kipfer, die Überschrift Ihres Redebeitrags könnte lauten: „Bis heute nichts geschehen.“ Das habe ich für mich noch in dem Sinn ergänzt, dass Herrn Küblers Rede eigentlich auch eine zeitlose Agrarhaushaltsrede war. Die kann man jedes Jahr wiederholen. Die passt immer.

(Heiterkeit der Abg. Theresia Bauer GRÜNE – Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was Sie bringen, wissen wir auch schon!)

Das ist eine Art Stillstand, der in ganz bestimmten Bereichen immer wieder zum Ausdruck kommt. Während weltweit tatsächlich Zweifel an der herkömmlichen, althergebrachten Agrarpolitik herrschen und der Gedanke an einen Wandel aufkommt, bleibt hier immer alles beim Alten. Ich will ein paar Punkte dazu aufführen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Auch bei Ihren Forderungen, Herr Dr. Murschel! Nichts Neues!)

– Sie wollen das ja nicht verstehen, deswegen muss man es immer wiederholen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sagen, ich kann es nicht verstehen! – Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Der Weltagrарbericht hat im letzten Jahr ganz deutlich ausgedrückt: „Business as usual is not an option.“ Das ist zwar Englisch, sollte aber trotzdem bei der CDU ankommen. In diesem Frühjahr wird dieser Bericht in seiner Endfassung herausgebracht.

(Unruhe – Zuruf: Pst!)

Er drückt genau die Punkte aus, die wir als Grüne unter einer nachhaltigen Agrarpolitik verstehen.

Die EU hat gerade eine Pflanzenschutzmittelverordnung in Arbeit. Darin werden krebserregende und bienengiftige Stoffe

(Dr. Bernd Murschel)

verboten. Das geht Ihnen in der Agrarpolitik des Landes natürlich viel zu weit. Deswegen kämpfen Sie immer dagegen an. Aber die EU ist diesmal auf der richtigen Seite.

Man kann das fortsetzen: Der Bund, das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, hat gestern entschieden, die Zulassung für diese bienengefährlichen Stoffe, die Neonicotinoide, weiterhin ruhen zu lassen. Sie haben das ganze letzte Jahr mit aller Vehemenz dafür gekämpft, dass diese Stoffe eingesetzt werden – obwohl hier in Baden-Württemberg ein Bienensterben in Massen stattgefunden hat. Auch jetzt sind Sie unglücklich über dieses Verbot.

Ein anderes Beispiel ist die Bodenschutzrichtlinie, die zum ersten Mal EU-weit eine Regelung in der Frage treffen würde, wie qualifizierter Bodenschutz, Erosionsschutz stattfindet. Da wird von Baden-Württemberg aus mit aller Vehemenz dafür gekämpft, dass diese Bodenschutzrichtlinie nicht europaweit umgesetzt wird. Auch jetzt, im zweiten Anlauf bleiben Sie dabei, zu sagen: „Nein, diese Richtlinie nicht.“ Was Sie eigentlich meinen, ist: „Nie wollen wir einen qualifizierten Erosionsschutz oder Bodenschutz.“

Für jemanden, der sich gegen die Gentechnik einsetzt, war der gestrige Tag natürlich ein Highlight. Deswegen habe ich mir die Meldung noch einmal herausgeschrieben: „Bayern verbannt Genpflanzen ins Treibhaus.“ Mein Gott!

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Yeah! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Eine seit zehn Jahren laufende Versuchsreihe an vier Standorten in Bayern wird beendet.

Dazu muss man eigentlich einmal einen Minister zitieren. Die baden-württembergischen Minister eignen sich leider nicht, wohl aber CSU-Minister. Der bayerische Umweltminister, Herr Söder, sagt:

Unser Ziel ist und bleibt, ein gentechnikfreies Bayern zu entwickeln.

Mein Gott! Da kriegt man doch einen Applaus, gell?

(Beifall und Heiterkeit bei den Grünen)

Gestoppt werden auch neue Genanbauversuche, die das Bundesortnamt in Bayern starten will. Ich zitiere nochmals den bayerischen Umweltminister:

Wir sagen dem Bund ganz klar: Hände weg von Bayern.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Da hat er recht! Und von Baden-Württemberg!)

Die Grünen haben in Bayern super abgeschnitten.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: So gut sind die in Bayern nicht! – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Ich glaube, da zeigt sich auch schon der erste Einfluss grüner Politik in Bayern. Herzlichen Glückwunsch nach Bayern. Ich würde mir wünschen, dass das hier in Baden-Württemberg auch einmal so funktioniert.

Die Begründung der CSU war auch noch klasse: Die Verbreitung von Genpollen in der Natur soll damit ausgeschlossen werden. Unser Ministerium dagegen sagt in dieser Frage: Daran forschen wir die ganze Zeit, das wollen wir untersuchen usw. – Diese Argumentation ist immer wieder dieselbe alte Leier.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Man hat von der Frau Künast etwas gelernt!)

– Wahrscheinlich.

Herr Hauk, mit Ihren Gentechnikversuchen verprellen Sie die Verbraucher, die Kreise, die Gemeinden, die Bauern, die Imker und die Naturschützer.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Wer sagt das?)

– Das sage ich, Herr Kübler.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Einzelschicksale! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Einzelmeinungen!)

Beenden Sie so schnell wie möglich endlich diese unsinnigen Versuche in Rheinstetten und Ladenburg. Sie wollen ja – Sie haben es angekündigt – so weitermachen. Beenden Sie diese Versuche, bevor sich andere Landesregierungen, z. B. die in Bayern, über die Genpollen aus Baden-Württemberg beschweren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zurufe der Abg. Alfred Winkler SPD und Theresia Bauer GRÜNE)

Herr Hauk, ich will Ihnen zugestehen: Sie sind ein engagierter Minister.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Nicht nur das!)

Sie bringen sich vielfach ein. Sie laufen auch mit Hochdruck und Vlldampf, aber dummerweise in die falsche Richtung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wohin soll es gehen? Wir von den Grünen haben einige Vorschläge gemacht. Wir unterstützen sehr stark die Bestrebungen, die von der EU kommen. Ich nenne in aller Kürze die vier neuen Schwerpunkte: Klimaschutz, biologische Vielfalt, Biomasse und Wasser. Der fünfte Punkt, die Frage eines Milchfonds, der Milchsektor, ist auf Druck Baden-Württembergs dazugekommen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber die EU ist ja für Koexistenz!)

Dazu gäbe es eine ganze Menge zu sagen, was wir im Prinzip in den Haushaltsberatungen und den Ausschüssen getan haben und weiterhin tun werden.

Es ist allerdings für uns nicht erkennbar, wo Maßnahmen in den Bereichen Klimaschutz, biologische Vielfalt, Biomasse und Wasser in Baden-Württemberg auch nur ansatzweise umgesetzt werden. Ich habe am Anfang ein paar Beispiele genannt, die deutlich machen, gegen was Sie alles sind. Die EU

(Dr. Bernd Murschel)

verfolgt die Ziele, und Sie sagen: In Baden-Württemberg soll es aber bitte schön nicht sein. Sie setzen auf eine Struktur, bei der es im Prinzip darum geht, die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe zu stärken. Was Sie aber eigentlich machen, ist, dass Sie die kleinen bäuerlichen Familienbetriebe noch schneller aussterben lassen; Sie setzen sie einem ruinösen Wettbewerb aus und nennen das dann Strukturwandel.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie stehen Sie zum Wettbewerb? Welche Kriterien wollen Sie anwenden? Sagen Sie doch einmal etwas Neues!)

Wir wollen – das hat sich in unseren Haushaltsanträgen niedergeschlagen – die Modernisierung und den Umbau der Landesanstalten. Ich komme nachher noch mit einem Satz darauf zurück. Wir wollen eine Änderung der Agrarförderung durch Berücksichtigung von ökologischen und sozialen Aspekten, z. B. im MEPL II oder – wenn er einmal kommt – MEPL III. Wir wollen im ELER-Programm Veränderungen haben. Den Ansatz von Herrn Winkler, Ökolandbau, können wir im Prinzip nur unterstützen. Wir wollen eine Stärkung des Verbraucherschutzes, und wir wollen im Naturschutz und im Forst Verbesserungen. Frau Splett wird dazu gleich noch etwas sagen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist alles sehr vage! – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Nichts Konkretes!)

Unsere Forderungen: Stellen Sie endlich die dringend erforderlichen Lebensmittelkontrolleure ein, die als Folge der verunglückten Verwaltungsreform hier fehlen. Wir haben – das ist moderat – gesagt: Im ersten Schritt wollen wir für 2009 60 Stellen haben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bloß?)

Erhöhen Sie die Förderung der Verbraucherzentralen endlich auf einen Betrag von umgerechnet 0,26 € pro Einwohner und damit auf den Durchschnittswert in Deutschland, damit wir nicht weiter Schlusslicht sind, sondern wenigstens im Mittelfeld liegen.

Trauen Sie sich, die Landesanstalten grundlegend umzustrukturieren und zu modernisieren, indem Sie dort Beratung und Forschung für Ökolandbau, Streuobstanbau und gentechnikfreie Regionen verstärkt verankern. Wir wollen ganz konkret, dass in einer der Landesanstalten oder beim MLR zwei Planstellen für Mitarbeiter eingerichtet werden, die sich um Beratung für Regionen, die gentechnikfrei sein wollen, kümmern.

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Die Redezeit ist um!)

Herr Minister Hauk, letzter Punkt: Ändern Sie Ihre Politik. Seien Sie bereit für einen Wandel. Werden Sie endlich ein Minister für und nicht gegen die Landwirtschaft, für und nicht gegen die Verbraucher in Baden-Württemberg. Ich hoffe, dass wir nicht die gleichen Reden im nächsten Jahr wieder halten müssen, weil sich bei der Agrarpolitik der CDU wieder nichts getan hat.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt haben Sie zugegeben, dass Sie die gleiche Rede gehalten haben! – Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Das hoffe ich, dass ich das nicht noch einmal höre!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Frau Abg. Dr. Splett für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf jetzt zum Erhalt der Artenvielfalt – zum Thema Biodiversität – und auch zum Thema Forst noch einige Sätze sagen.

Letztes Jahr stand das Thema Biodiversität im Fokus der Öffentlichkeit. In Bonn fand die 9. Vertragsstaatenkonferenz des UN-Übereinkommens über die biologische Vielfalt statt. Im September war der Deutsche Naturschutztag in Karlsruhe zu Gast. Auch die Landesregierung hat sich in den Pressereigen um diese Ereignisse herum eingereiht und ist der Countdown-2010-Kampagne beigetreten.

Dies ließ uns hoffen, dass die Bedeutung dieses Themas nun endlich bei der Landesregierung angekommen sei und dieser Einsicht dann im Haushalt 2009 Taten folgen würden. Unsere Hoffnungen wurden bitter enttäuscht. Statt die chronische Unterfinanzierung des Naturschutzes in Baden-Württemberg zu beenden oder wenigstens zu mildern, statt den wachsenden Aufgaben Mittelzuwächse folgen zu lassen, hat man die in der mittelfristigen Finanzplanung bereits vorgesehene Erhöhung

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir erhalten Dankesbriefe von den Naturschützern!)

um 3 Millionen € wieder einkassiert. Unklar bleibt für uns bis heute, wie diese fehlenden Mittel und wie der Mangel auf die Aufgaben des Naturschutzes verteilt werden sollen. Wird am Vertragsnaturschutz und an den Kreispflegeprogrammen gespart, verzögert sich die Erstellung der Managementpläne für Natura-2000-Gebiete weiter, wird die Umsetzung erst gar nicht in Angriff genommen?

Klar ist, dass viele wichtige Projekte auf der langen Bank liegen bleiben, dort, wo sie schon seit Jahren liegen. Ein Naturschutzmonitoring ist nicht in Sicht, ebenso wenig die Fortschreibung der Biotopkartierung. Die flächendeckende Einrichtung von Landschaftspflegeverbänden ist nicht zu erwarten, obwohl wir sie für die Umsetzung der Natura-2000-Gebiete dringend bräuchten usw.

Dabei ist unbestritten, dass der Naturschutz vor steigenden Herausforderungen steht. Der Klimawandel lässt grüßen. Der immer noch viel zu hohe Flächenverbrauch fordert seine Opfer. Beispielsweise im Brutvogelmonitoring zeigt sich, dass auch ehemals sehr verbreitete Arten wie Kiebitz und Feldlerche inzwischen Seltenheitswert haben.

Wir haben deshalb Anträge zum Naturschutz eingebracht, mit denen wir 7 Millionen € mehr fordern. 3 Millionen € sind der Betrag, den die Landesregierung weggekürzt hat, 2 Millionen € sind für Natura 2000 und 2 Millionen € für das Biosphärengebiet Schwäbische Alb vorgesehen. Mit diesem Geld – das ist ja nicht viel, wenn man den Landeshaushalt insgesamt

(Dr. Gisela Splett)

betrachtet – würde sich im Naturschutz wirklich etwas bewegen lassen.

(Der Rednerin wird das Ende ihrer Redezeit angezeigt.)

– Ich weiß, dass die Redezeit zu Ende geht. Trotzdem noch ganz wenige Sätze zum Forstgrundstock.

Wir können es natürlich nicht mittragen, dass die Landesregierung den Forstgrundstock „plündert“ und sich damit zukünftige Handlungsmöglichkeiten nimmt. Wir brauchen den Forstgrundstock auch, um naturschutzwichtige Waldflächen ankaufen zu können und um die Fläche der Bannwälder zu vergrößern. Es ist das Gegenteil von Nachhaltigkeit, wenn man diesen Grundstock so, wie es die Landesregierung macht, „plündert“ und ausräumt.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Bullinger für die Fraktion der FDP/DVP.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Erzähl etwas vom Hohenlohekreis!)

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gleich zu Beginn reizt es mich, den Sprecher der SPD doch einmal zu fragen, in welchem Land er lebt. Dieses Schlectreden und Gejammere halte ich nicht mehr aus. Lieber Alfred, ich würde dir gern zur jetzigen Zeit den Ehrentitel des „Jammer-Alfred“ verleihen, wenn ich dies könnte.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Meine Damen und Herren, wir behandeln hier den Einzelplan 08. Dabei geht es nicht nur um einen Agrarhaushalt. Nein, das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum umfasst ein viel weiteres Feld. Es geht natürlich um Agrarpolitik, aber eben auch um Verbraucherpolitik, um Forstpolitik, um die angewandte Forschung im Geschäftsbereich des MLR. Es geht um die Aus- und Fortbildung unserer jungen Landwirtinnen und Landwirte. Es geht vor allem auch um die gesamte Abwicklung der Verwaltungsreform im Agrarbereich, und es geht im ELR-Programm um die regionale Wirtschaftspolitik insgesamt.

Schauen Sie sich jetzt die Zahlen und die Struktur Baden-Württembergs einmal selbst an. Sie können in keinem anderen Bundesland sehen, dass man so ausgeglichen ist, dass man so erfolgreich ist. Das ist eine Politik für den ländlichen Raum, und diese wird von dieser Koalition fortgeführt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Die ganz große Agrarpolitik, meine Damen und Herren, der große Rahmen – das wissen wir alle –, also GATT, WTO-Verhandlungen, wird in Brüssel und auch in Berlin gemacht. Wer jedoch glaubt – das möchte ich ganz klar sagen –, dass die Bedeutung einer Landesagrarpolitik zu vernachlässigen wäre, der täuscht sich. Denn hier im Land werden die vielen kleinen Karos, die Dinge vor Ort umgesetzt, die für jeden unmit-

telbar spürbar sind. Das kann man gut oder schlecht machen. Wir machen es gut in Baden-Württemberg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Ich stimme meinem Kollegen Kübler in fast allen Bereichen zu. Er hat detailliert dargelegt, welche einzelnen Titel wir erhalten und sogar aufgestockt haben. Er hat die Erfolgszahlen für die Politik des ländlichen Raums auch in dem neuen Haushalt aufgezeigt. Da gibt es nichts zu ergänzen. Wir stehen zum ländlichen Raum, wir stehen zu unserer ländlichen Bevölkerung, zu unseren Landwirten und zur Ernährungswirtschaft genauso wie zu den Verbrauchern, meine Damen und Herren.

Was wir allerdings brauchen und was vor allem unsere landwirtschaftlichen Unternehmerinnen und Unternehmer brauchen, ist Folgendes: Ob nun in der Veredelungswirtschaft, im Obstbau, im Weinbau – jeder Unternehmer braucht Planungssicherheit, braucht Verlässlichkeit. Diese Planungssicherheit geben wir im Land Baden-Württemberg unseren Bauern. Deshalb, glaube ich, haben unsere Landwirte und unsere Ernährungswirtschaft eine gute Zukunft.

Die FDP steht auch zur schrittweisen Reduzierung der Agrarförderung im Großen, also zur Neuausrichtung der Agrarpolitik nach 2015, und wir stehen für die Weiterfinanzierung der Agrarumweltprogramme. Mit vier Millionen Arbeitsplätzen ist die Land- und Ernährungswirtschaft insgesamt in Deutschland die viertgrößte Wirtschaftsbranche. Das sollte man immer im Hinterkopf behalten.

Die FDP/DVP steht für die Landwirtschaft als Wirtschaftsfaktor. Die Landwirtschaft – das sage ich ganz deutlich in eine bestimmte Richtung – darf nicht zum reinen extensiven Landschaftspfleger degradiert werden. Wir wollen eine flächendeckende „Land-be-wirtschaftung“. Das ist, glaube ich, der entscheidende Punkt: „Land-be-wirtschaftung“.

Die Kulturlandschaft, die für Tourismus, für die Schönheit unseres Landes, für die Attraktivität unseres Bundeslandes eine Grundvoraussetzung ist, kann es nicht für ein „Vergelt's Gott!“ und zum Nulltarif geben. Diese Dienstleistungen müssen von den Bürgerinnen und Bürgern bezahlt werden. Wenn es aufgrund der Benachteiligung durch die Topografie und wegen der Strukturen und der Größe nicht möglich ist, den Ausgleich über das Produkt am Markt zu erzielen, dann muss das anders bezahlt werden. Für diese Ausgleichszahlungen stehen wir auch weiterhin, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Alfred Winkler SPD: Die reichen doch nicht! Herr Kollege, die reichen doch nicht!)

Nach den sehr guten Ergebnissen im Jahr 2008 befinden sich die landwirtschaftlichen Einkommen leider wieder auf Tal-fahrt.

(Abg. Alfred Winkler SPD: So ist es!)

Da gibt es gar nichts zu beschönigen. In vielen Bereichen sind wir hintendran. Aber das hat eben Gründe, die nicht in der Landesagrarpolitik liegen, sondern dies ist topografisch und

(Dr. Friedrich Bullinger)

strukturell bedingt oder auf sonstige Faktoren zurückzuführen.

Vielleicht noch ein Punkt: Wovon reden wir denn? Landwirtschaft findet zu 90 % in Einkommenskombination statt. Die Skala reicht von Ferien auf dem Bauernhof über andere Dienstleistungen, die die Landwirte ausführen, bis hin zu energiewirtschaftlichen Dingen. Es ist, glaube ich, einfach wichtig, dies zu sehen.

Eines ist auch klar: Die Milchpreise – da gebe ich dir recht, Alfred – sind im Augenblick für die meisten Landwirte im süddeutschen Raum nicht auskömmlich.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Nicht auskömmlich! Also!)

Da müssen wir Hilfe anbieten. Ich bin froh und dankbar, Herr Agrarminister, dass der Ministerpräsident am vergangenen Freitag auf dem Bauerntag in Schwäbisch Hall auch deutlich gemacht hat, dass er hier die Dinge tut, die er darf, nämlich in Richtung Milchwirtschaft in der Übergangszeit 6 Millionen € so umzuschichten, dass geholfen werden kann. Das wird nicht viele retten; es wird die nicht retten, die in der Milchwirtschaft nicht zu retten sind. Aber das wird eine Möglichkeit sein, und es ist vor allem auch ein Signal in Richtung Milchwirtschaft.

Ich will Milchwirtschaft eben auch noch im Schwarzwald, auch auf der Schwäbischen Alb und auch in den Nebentälern von Rhein und Neckar. Deshalb ist es wichtig, dass die Betriebe, die sich jetzt in dieser Umstrukturierung befinden, auch entsprechende Hilfen bekommen.

Wir wollen in Baden-Württemberg keine 500-ha-Höfe. Wir wollen eine unternehmerische, aber eben auch auskömmliche Landwirtschaft. Dazu brauchen wir vor allem faire Bedingungen.

Jetzt komme ich auch einmal zur SPD. Meine Damen und Herren, es kann doch nicht sein, dass wir bei Agrardiesel nicht von der überteuerten Besteuerung der Landwirte herunterkommen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir haben in Baden-Württemberg über 40 Cent mehr an Kosten zu tragen als andere in Europa. Wir haben also die höchsten europäischen Steuern auf Agrardiesel. Rund 200 Millionen € kostet die Landwirtschaft in Deutschland das, was da draufgesattelt wird, was wir eigentlich nicht bräuchten. Der größte Bremser ist der Bundesfinanzminister in Berlin. Ich hoffe, dass es der Union gelingt, noch in dieser Legislaturperiode, spätestens aber im Herbst davon herunterzukommen. Denn diese Wettbewerbsverzerrung, meine Damen und Herren, kann so nicht weitergehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Zweiter Punkt: Baden-Württemberg ist auch ein Land des Obstbaus, des Weinbaus sowie des Gemüse- und Gartenbaus. Meine Damen und Herren, das Thema Saisonarbeitskräfte wird uns wieder einholen. Das ist noch nicht optimal gelöst. Wir stehen auch für die Arbeitnehmerfreizügigkeit bei den Erntehelfern. Dafür sollten wir mehr machen. Auch da ist im

Bremserhäuschen wieder ein Sozialdemokrat in Berlin, der hier viel verhindert.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einen weiteren Punkt ansprechen. Ich möchte vor allem eines sagen: Auch der Erhalt des Branntweinmonopols ist für uns in Südwestdeutschland ganz wichtig. Denn wer Landschaftspflege will und wer will, dass unsere Streuobstbestände auch weiterhin die Landschaft prägen, der muss die Möglichkeit einräumen, dass man dabei auch etwas verdient. Für Gottes Lohn bückt sich in Zukunft kein junger Mensch mehr. Deshalb ist es wichtig, auch in Richtung Brüssel noch einmal zu versuchen, dieses Branntweinmonopol zu erhalten. Meine Damen und Herren, so wird Steuerpolitik nämlich zu einer aktiven Umweltpolitik.

Mit den Agrarumweltprogrammen des Landes – Jochen Karl Kübler hat sie genannt: MEKA oder SchALVO – sind wir gut aufgestellt. Allerdings müssen wir längerfristig noch überlegen, ob man zukünftig nicht tatsächlich eine stärkere Gewichtung vornimmt. Auch das ist ein Thema, das uns in den nächsten paar Jahren sicherlich beschäftigen wird.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Ja!)

Die Haushaltsmittel des Landes im Agrarbereich, meine Damen und Herren, werden durch die EU-Mittel kofinanziert. Wir stellen die Mittel zur Verfügung, die hier erforderlich sind. Für die Agrarumweltprogramme des Landes sind diese Mittel auch zur Verfügung gestellt worden.

Meine Damen und Herren, mir macht ein weiterer Punkt vor allem bei der Höhenlandwirtschaft Sorge: der südliche Schwarzwald und die Alb. Ich glaube, hier gilt es besonders, begleitende Maßnahmen entsprechend auszubauen. Ich denke dabei auch an die Erleichterung bei der Umnutzung landwirtschaftlicher Gebäude. Es ist ein wichtiger Beitrag für ländliche Räume, wenn ich eine Scheune oder ein altes Haus in eine gewerbliche Nutzung umwidmen kann. Beispielsweise mithilfe von ELR-Programmen und Ähnlichem kann man da sehr viel machen, aber man kommt hier auch mit der Städtebauförderung vorwärts. Auch in der Novellierung der Landesbauordnung sehe ich eine Unterstützung des ländlichen Raums. Dadurch wird nämlich auch das Bauen mit Holz erleichtert.

Wichtig ist für uns auch, dass man im Bereich der beiden Hochschulen in Nürtingen und Hohenheim nicht nachlässt und dass man die Kompetenzzentren in Weinsberg, Boxberg, Aulendorf und sonst wo für die praktische Anwendung, für die praktische Forschung und Umsetzung sowie für die Fort- und Weiterbildung unterstützt. Auch das wird mit diesem Haushalt garantiert. Die Anträge der Opposition zu einer drastischen Stellenreduzierung in den Anstalten der angewandten Forschung sind, meine Herren von der SPD, grundfalsch. Die Landwirtschaft braucht die Unterstützung dieser Kompetenzzentren. Sie braucht diesen Wissenstransfer.

Der LHO-Betrieb wurde schon angesprochen. Hierzu möchte ich auch darauf hinweisen, dass mir das Landgestüt in Marbach insofern, lieber Kollege Röhm, eigentlich sehr viel Freude macht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Mir auch!)

(Dr. Friedrich Bullinger)

Denn ich glaube, mit den neuen Ideen und der Einbindung in das Biosphärenprogramm wird es gut. Ich sage an dieser Stelle hier vielleicht auch einmal klar: Marbach ist auch ein Kulturgut und ist für mich fiskalisch gleichzusetzen mit Kunst oder Denkmalpflege.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr schön gesagt! Glänzend formuliert, Kollege Bullinger! – Heiterkeit des Abg. Peter Hofelich SPD)

Meine Damen und Herren, zur Forstverwaltung. Sie wissen, dass in der Forstverwaltung auch mit der Verwaltungsreform einiges umstrukturiert wurde.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Ich weiß das auf gutem Weg. Ich möchte an dieser Stelle allerdings die Sorge der vielen kleinen Sägereien, aber auch größerer und großer Unternehmen ansprechen. Die Situation der Holzindustrie in unserem Bundesland ist zum Teil sehr bedrohlich, und zwar einfach deshalb, weil dort über 50 % des Zuwachses in Deutschland und vor allem auch bei uns in Süddeutschland – ich will die Namen gar nicht nennen – in den Export gingen. Die Wohnungsblase, die Immobilienblase war auch eine Exportblase und ist mit geplatzt. Hier müssen wir schauen, dass nicht zu viel kaputtgeht. Hier müssen wir auch Hilfe leisten, um die Strukturen nicht gänzlich kaputtgehen zu lassen. Das heißt, auch im Binnenmarkt – nicht nur im USA-Markt, im Markt mit Großbritannien oder mit Spanien – ist dies für unsere Holzwirtschaft vor Ort, um die Ecke, heute unmittelbar spürbar.

Meine Damen und Herren, zum Schluss möchte ich mich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Landwirtschaftsverwaltungen vor Ort bedanken.

Ich möchte noch einmal sagen: Die Landwirtschaft ist letztendlich mit dafür verantwortlich, dass jeder neunte Arbeitsplatz im Land direkt oder indirekt mit der Landwirtschaft und der Ernährungswirtschaft zu tun hat. Ich bin der Auffassung, dass die Erhöhung der Bundesmittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe dringend erforderlich ist, um auch angesichts des europäischen Wettbewerbs Investitionen bei uns stärker nach vorn zu bringen.

Die Agrarpolitik unserer Koalition aus CDU und FDP/DVP hier im Land steht, meine Damen und Herren, wie gesagt, für Verlässlichkeit; die erfolgreiche schwarz-gelbe Politik für ländliche Räume bei uns gilt es spätestens im Herbst zum Erfolgsmodell für ganz Deutschland zu machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr richtig! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Prima so!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Hauk.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Hochverehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es

ist in der Tat so, dass wir im gesamten Bereich der Landwirtschaft, der Bewirtschaftung von Flächen, bei der Ernährungswirtschaft und der Forst- und Holzwirtschaft etc. derzeit mitten in einem Veränderungsprozess stehen, dem wir uns allerdings auch stellen müssen.

Der Veränderungsprozess hat eine direkte Ursache. Der 9. November 1989 – dieses Jahr feiern wir das 20-Jahr-Jubiläum – hat eine umfassende Globalisierung unserer gesamten Weltwirtschaft eingeleitet. Diese Globalisierung ist in allen Bereichen der Wirtschaft angekommen, auch im Bereich der Landwirtschaft und im Bereich der Ernährungswirtschaft, mit all den Folgen, die sich auf Fragen des Naturschutzes für unsere Gebiete und auf die Frage der Wettbewerbsfähigkeit erstrecken. Es geht um den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, um integrierten Pflanzenschutz und dergleichen mehr. Die Veränderungen und die dabei ablaufenden Prozesse muss man einfach erkennen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Europäische Union hat darauf reagiert, hat auf diesen Prozess der Globalisierung unter dem Blickwinkel der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe geantwortet – im landwirtschaftlichen, im ernährungswirtschaftlichen, im forstwirtschaftlichen oder im holzwirtschaftlichen Bereich – und hat die Agrarpolitik klar unter die Zeichen des Wettbewerbs gestellt. Das heißt, ab dem Jahr 2013 werden sich unsere Betriebe ohne Netz und doppelten Boden, nur abgesichert über Prämien, die nicht mehr produktbezogen, sondern flächenbezogen sind, dem Wettbewerb stellen müssen.

Dieser Herausforderung, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen wir nicht nur begegnen, sondern wir müssen diese Herausforderung entsprechend begleiten.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Richtig! Im Haushalt!)

Doch mancher von grüner Seite – wie Herr Dr. Murschel – stellt sich hier hin und meint, den Bauern Pfeffer und Salz in die Augen streuen zu können

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

nach dem Motto: „Wir halten an Quotensystemen, an planwirtschaftlichen Elementen fest.“

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Lieber Herr Dr. Murschel, wenn man so manchen von Ihnen oder von Ihren Kollegen aus dem Norden hört – AbL und wie sie alle heißen –, dann könnte man meinen, das seien die Heilsbringer. Wer jedoch meint, an diesen alten Systemen festhalten und einer vermeintlichen Klientel „grüne“ Politik durch Festhalten am Alten beschere zu können, der führt auch in diesem Fall die Bauern ins Unglück hinein. Denn es wird für sie ein böses Erwachen geben, wenn es zu spät ist.

Unsere Aufgabe ist es, vorzusorgen, und zwar rechtzeitig und in allen Feldern vorzusorgen und nicht sektoral die Schubladen aufzuziehen nach dem einen Motto: „Hier gehen wir mit dem Pflanzenschutz ganz heraus“, nach dem zweiten Motto: „Hier machen wir nur Biodiversität“ oder nach dem dritten Motto: „Hier auf diesen Bereich richten wir die volle Produktion aus“. Es geht vielmehr darum, integrierte Landbewirtschaftung zu betreiben. „Integriert“ heißt unter Aspekten des

(Minister Peter Hauk)

Naturschutzes, des Umweltschutzes, des Wasserschutzes, des Erosionsschutzes, so, wie es sich für ein hoch entwickeltes Industrieland, aber auch ein dicht bevölkertes Land gehört. Das ist die Herausforderung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! –
Abg. Alfred Winkler SPD: Und gelingt es? – Zuruf
des Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE)

Wer meint, wir könnten uns von diesem Prozess der Globalisierung, von dem unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ja alle profitieren – gerade in einem exportabhängigen Land wie Baden-Württemberg, wo mehr als jeder dritte Arbeitsplatz direkt vom Export abhängt, vom Export zumeist innerhalb der Europäischen Union, aber auch in Bereiche außerhalb Europas –, abkoppeln, der irrt, zumal ja auch im landwirtschaftlichen Bereich der Export heute eine bedeutende Rolle spielt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Wir haben im Jahr 2008 deutschlandweit eine nahezu ausgeglichene Handelsbilanz im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft. Das gab es seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Ja-
wohl! – Zuruf des Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE)

Damit ist auch eines klar: Unsere Bemühungen um die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft sowie der Ernährungswirtschaft zeigen durchaus Früchte. Diese Bemühungen müssen wir jetzt auch konsequent weiterführen.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: 25 Cent sind die Früchte!)

– Lieber Herr Kollege Pix, auch Sie haben es anscheinend noch nicht verstanden: Trinken Sie jeden Tag zehn Liter Milch mehr, dann werden Sie für den Milchpreis etwas Gutes tun.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Aber staatliche Intervention, wie stellen Sie sich das denn vor?

(Zurufe der Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU sowie
Reinhold Pix und Dr. Bernd Murschel GRÜNE)

– Lieber Herr Kollege Pix, wir haben ja das lebende Beispiel. 1949 bis 1989 gab es in Deutschland das lebende Beispiel, nur ein paar Hundert Kilometer weiter im Osten. Da hat jeder gesehen, wohin Planwirtschaft führt und wohin Preisinterventionen führen. Das bringt nichts! Das bringt überhaupt nichts, und deshalb muss man klar sagen: Stellt euch auf Wettbewerb ein, und wir fördern über die Fläche.

Da kann ich Ihnen nur empfehlen – auch wenn das große Kritik heraufbeschworen hat –: Gehen Sie einmal zu „Fischerei und Agrar“ etc. Da sehen Sie in Euro und Cent, was wir tatsächlich auch für die Stabilisierung unserer Landwirtschaft in Baden-Württemberg tun: 400 Millionen € von der Europäischen Union, weit über 100 Millionen € aus originären Landesmitteln, aus dem Landeshaushalt, und dazu kommen noch

Bundesmittel aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“. Das ergibt einen Betrag in der Größenordnung von 600 Millionen € für die 60 000 Bauern in Baden-Württemberg

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Und in Afrika!)

und die bäuerlichen Familienbetriebe. Das ist die Grundstabilisierung, und diese Grundstabilisierung ist ein Zeichen dessen, dass wir soziale Marktwirtschaft vorleben. Das ist soziale Marktwirtschaft: kein Eingriff in das marktwirtschaftliche System von Angebot und Nachfrage, sondern eine Grundabsicherung, eine Grundstabilisierung, und als Ausgleich von Wettbewerbsnachteilen gedacht, die wir bei uns im Südwesten haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Pix, Sie haben es noch nicht verstanden.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die werden es auch nie verstehen! Sie wollen es nicht verstehen! –
Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Herr Wölfler hat es auch nicht verstanden!)

Ich gebe in dieser Frage gern noch einmal Nachhilfe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist der ganz entscheidende Punkt: Wir müssen jetzt alles daransetzen – da dürfen wir uns gar kein X für ein U vormachen –, dass der Strukturwandel im Bereich der Landwirtschaft –

(Abg. Alfred Winkler SPD: Der geht doch nicht ohne Eingriff!)

– Lieber Kollege Winkler, ich bin ja schon froh. Früher hat die SPD immer vom Bauernsterben geredet. Ich muss einmal ganz klar sagen: Strukturwandel – das ist im unternehmerischen Sektor so, das ist in allen unternehmerischen Sektoren so – gehört dazu. Ich will das gar nicht verurteilen, sondern ganz im Gegenteil sagen: Solange es gelingt, den Prozess politisch so zu begleiten, dass die landwirtschaftlichen Flächen auch in der Zukunft zu an die 100 % bewirtschaftet werden, ist der Strukturwandel sogar notwendig, um Landbewirtschaftung und Landwirtschaft für die Zukunft zu sichern. Das ist doch der entscheidende Punkt.

Diesen Strukturwandel, der in manchen Branchen der Landwirtschaft unterschiedlich stark vorangeht, müssen wir begleiten. Im Milchsektor liegt er derzeit bei 5 %. Das ist erheblich.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Winkler?

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Ja, sobald ich mit dem Gedankengang zu Ende bin. – Im Milchsektor liegt der Strukturwandel derzeit bei 5 %. Das heißt, jeder 20. Milchbauernhof gibt derzeit jährlich auf. Politisch ist das, sage ich einmal, so lange kein Problem, solange die Flächen in Bewirtschaftung bleiben. Da lassen Sie mich jetzt einfach einen Bogen spannen, von dem Sie, Herr Murschel, noch gar nicht erkannt haben, dass er notwendig ist und

(Minister Peter Hauk)

dass man ihn so spannen muss. Frau Splett, für Sie gilt das Gleiche.

Wenn es nämlich um die Frage des Naturschutzes, der Biodiversität und des Klimaschutzes geht: Jeder Erhalt eines Milchviehbetriebs ist gleichzeitig die Garantie für den Erhalt von Grünland in unserem Land,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So ist es!)

und Baden-Württemberg hat mit über 40 % nach wie vor den größten Grünlandanteil unter allen deutschen Ländern.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So wird ein Schuh daraus!)

Unser Bestreben ist es, das Grünland zu erhalten. Da gibt es natürlich intensiveres Grün – –

(Unruhe bei den Grünen)

– Entschuldigen Sie, intensiveres Grünland ist besser als gar kein Grünland, um auch das einmal klar zu sagen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Regen wir uns doch nicht auf! Wenn in Oberschwaben 200 oder 250 kg Stickstoff aufgenommen werden können und auch wieder herauswachsen und damit auch „geerntet“ werden können, ist das doch auch in Ordnung! Gönnen wir doch den Bauern dort, dass sie ordentliche Böden haben und ordentlich produzieren können!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut! – Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Machen wir sie doch nicht ständig mies und bringen sie nicht immer mit anderen Dingen in eine miese Ecke!

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Noch einmal: Das Thema Grünland ist der ganz entscheidende Punkt, weil er zum Ersten den Klimaschutz beinhaltet. Nach dem Wald ist Grünland der Garant für CO₂-Speicherung schlechthin.

Zum Zweiten steht Grünland gerade in den steileren Lagen, von denen wir auch in Baden-Württemberg genügend haben, für Biodiversität. Dort kommen artenreichere Wiesen vor. Genau aus diesem Grund wollen wir Milchviehbetriebe halten und vollziehen einen Strukturwandel. Den Strukturwandel werden wir auch aktiv begleiten.

(Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Aber nicht in Oberschwaben! – Gegenruf der Abg. Elke Brunner CDU: Zuhören!)

Diese Vernetzung müssen Sie einmal verstehen, Herr Kollege Dr. Murschel. Das eine hängt mit dem anderen zusammen. Man kann nicht einfach die Naturschutzschublade aufziehen und sagen: Jetzt müssen wir etwas für Biodiversität tun. Dann greifen wir in eine andere Ecke und tun nur etwas für extensives Grünland.

(Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wir müssen dafür sorgen, dass Landbewirtschaftung stattfindet. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, richtig! Nachhaltige Landwirtschaft, Herr Minister! Bravo! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abg. Winkler, Sie haben das Wort.

Abg. Alfred Winkler SPD: Ich hoffe, Herr Minister, dass ich mit Ihrem Redefluss nicht auch Ihren Gedankenfluss unterbrochen habe.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: War das die Frage?)

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Nein, das haben Sie nicht.

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Minister, Kernpunkt war vorhin der Strukturwandel. Darf ich feststellen, dass die Betriebe, wenn wir ihnen nicht beim Strukturwandel – das kann nur heißen: bei der Vergrößerung – helfen, wegbrechen? Die Fläche wird dann nicht bewirtschaftet. Wir haben doch nur die Wahl, ihnen zu einer Vergrößerung zu verhelfen – auch den Verarbeitungsbetrieben und Genossenschaften. Andernfalls brechen sie ab.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, bitte stellen Sie eine Frage.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Natürlich geht das! Das sind Kurzinterventionen, keine Zwischenfragen!)

Abg. Alfred Winkler SPD: Das ist doch der Fall. Wir haben doch ein Abbrechen. Oder nicht?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: „Oder nicht?“ Das war die Frage! – Heiterkeit – Zuruf von der CDU: Die Frage heißt: „Oder nicht?“ – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt haben wir gerade noch die Kurve gekriegt!)

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Nein, wir haben kein Abbrechen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine zweite Zwischenfrage, eine Zwischenfrage der Frau Abg. Dr. Splett?

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Ja.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte schön, Frau Abg. Dr. Splett.

Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Wenn ich diese Frage gleich noch anschließen darf: Ist Ihnen bekannt, dass es Naturschutzkonzepte gibt, die Landnutzung mit Naturschutz und Erhalt der Biodiversität verknüpfen wie beispielsweise PLENUM oder Biosphärengebiete?

(Dr. Gisela Splett)

Ist Ihnen auch bekannt, dass wir Grünen uns immer dafür eingesetzt haben, dass mehr Mittel in diese Projekte fließen und dass mehr Fläche in diesen Projekten bewirtschaftet wird?

Wenn Ihnen das bekannt ist, warum tun Sie dann so, als würden wir in unterschiedliche Schubladen sortieren?

(Abg. Dr. Klaus Schüle und Abg. Helmut Walter Rück CDU: „Oder nicht?“)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Zunächst einmal, Herr Kollege Winkler: Es brechen keine Flächen weg. Den Strukturwandel zu begleiten heißt in erster Linie, die Betriebe zu begleiten, die morgen noch am Markt sind. Das gilt für die Ernährungswirtschaft gleichermaßen wie für Erfassungsbetriebe oder andere mehr.

Landwirtschaftlichen Betrieben müssen wir in Sonderheit bei den Investitionen helfen, damit ihr Eigenkapitaleinsatz ein Stück weit zurückgeht und sie in dieser teilweise schwierigen Zeit Liquidität behalten. Im Unternehmenssektor machen wir das bei den KMU, bei den kleinen und mittelständischen Unternehmen, ja auch, wenn auch in anderer Form und mit anderen Förderlinien. Aber das Grundprinzip, dass wir kleine und mittelständische Unternehmen fördern, gilt überall, auch in der Landwirtschaft, dort vielleicht mit etwas höheren Fördersätzen. Aber dort besteht strukturell auch der größte Bedarf.

Zum Teil werde ich deshalb auch angegangen. Da heißt es dann, wir täten nichts für den Bestand. Nein, meine Damen und Herren, meine Sorge gilt in allererster Linie den Betrieben, die morgen noch am Markt sein wollen: den jungen Betriebsleitern, die sich den Bedingungen stellen und die Fläche bewirtschaften. Dort müssen wir investieren. Das ist doch die Zukunft und nicht der 60-Jährige, der den Betrieb vielleicht in zwei, drei oder fünf Jahren aufgibt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau!)

Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der zweite Punkt: Frau Kollegin Dr. Splett, Sie haben Fragen des Naturschutzes angesprochen. Natürlich sind das Einzelprojekte.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Wir hätten gern größere Flächen!)

Übrigens sind es ausdrücklich Projekte des Landes, weil wir damit ein Stück weit Keimzellen und Vorbilder im Land schaffen wollen, wenn man so will. Das ist das eine.

(Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Da muss man Sie ja hintreiben!)

Darüber hinaus haben wir immer auch einen flächendeckenden Ansatz vertreten. Deshalb machen wir doch Agrarumweltprogramme.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Die wollen wir stärken!)

Deshalb geben wir doch gerade für die extensiven Bewirtschaftungsformen Zuschüsse,

(Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Sie fahren sie herunter!)

damit die extensiven Kulturlandschaftsbewirtschaftungsformen erhalten bleiben, weil auch das ein Teil der Kultur Baden-Württembergs ist. Das ist doch letztendlich der Knackpunkt.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Wir wollen mehr davon! – Zuruf des Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE)

Das negieren Sie völlig. Dass wir für MEKA einen Ansatz von 100 Millionen € im Haushalt haben, wird völlig negiert.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Wir wollen mehr!)

Das ist aber ein Flächenansatz, und ein solcher Flächenansatz ist meines Erachtens auch der richtige Ansatz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger?

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Gern. Aber ich weise nur auf die Redezeiten hin, Frau Präsidentin, damit ich vor dem Hohen Haus nicht in Misskredit gerate.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein! Wir hören Sie gern reden, Herr Minister! Das tut dem Haus nur gut! – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Die Redezeit ist für Sie nicht begrenzt, Herr Minister.

Herr Abg. Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Minister, wir haben immer von Wettbewerbsverzerrung gehört, gerade im Zusammenhang mit extensiver Landwirtschaft. Dazu habe ich eine konkrete Frage: Wie ist es zu erklären, dass dieser große Investitionsstau in der Landwirtschaft bei dem Konjunkturprogramm keine Berücksichtigung gefunden hat? Gibt es da noch Möglichkeiten, vor allem um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe durch Investitionen entsprechend zu unterstützen?

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Bullinger, für diese Steilvorlage. Ich kann Ihnen nur empfehlen, sich hierzu an den Bundesfinanzminister zu wenden.

(Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Normalerweise ist bei euch Frau Künast schuld!)

Die Große Koalition hat dieses Konjunkturprogramm auf den Weg gebracht. Ich habe den Eindruck, dass Teile dieser Großen Koalition

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber ihr habt doch auch eines!)

(Minister Peter Hauk)

für den Bereich der Landbewirtschaftung nicht sonderlich viel übrig hatten – um das einmal vorsichtig zu formulieren.

Wir haben darüber hinaus – dafür danke ich den Regierungsfractionen sehr herzlich – zumindest ein kleines Programm im Milchbereich auf den Weg gebracht, mit dem wir 3 Millionen € aus Landesmitteln, verstärkt durch 3 Millionen € aus europäischen Mitteln, einsetzen, um ein kleines Sonderinvestitionsprogramm für die Milchviehbetriebe zu starten. Ich glaube, das ist das richtige Signal zur richtigen Zeit. Das ist der Beitrag des Landes in diesem Sektor.

(Beifall bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck
CDU: Sehr gut!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir decken mit dem Landeshaushalt und den entsprechenden Förderprogrammen – Gemeinschaftsaufgabe, die wir kofinanzieren; MEKA; Agrarumweltprogramme, die wir kofinanzieren – große Teile dessen ab, was unter Landbewirtschaftung zu verstehen ist.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut!)

Wir verlieren dabei auch die für den Naturschutz wichtigen Aspekte nicht aus dem Blick. Ich glaube, unser Ziel muss in der Zukunft verstärkt sein – da ist, liebe Kollegin Splett, noch ein Stück weit Umdenken angesagt –, die Dinge einfach etwas ganzheitlicher zu sehen als in der Vergangenheit. Wir neigen alle dazu, einzelne Dinge zu beklagen oder auch manche zu jubeln. Wir sehen seltener den Gesamtzusammenhang. Damit meine ich im Bereich des Naturschutzes vor allem auch die Lebensräume. Wir sind immer noch fixiert – das geht mir selbst manchmal noch so – auf den Naturschutzgedanken der Siebziger-, Achtzigerjahre, und zwar auf den Gedanken des Einzelartenschutzes. Da heißt es dann: „Auf der roten Liste stehen die Art XY und die Pflanze und das Tier Sowieso, da müssen wir etwas tun.“ Auf die Frage der Wechselwirkungen gehen wir aber viel zu wenig ein.

Ich glaube, es muss uns ein Anliegen sein, viel stärker als in der Vergangenheit Lebensräume, in der Summe auch Großlebensräume, zu betrachten und zu überlegen, welche Wechselwirkungen es gibt. Es ist noch nicht alles erforscht. Wir können auch gar nicht erst alles erforschen,

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Komplexes Denken!)

sondern wir müssen einfach auch aus der Erfahrung heraus lernen – das kommt in einem Lebensraum normalerweise vor –, ob die Ausstattung der Lebensräume im Prinzip ausreicht. Daraus kann man Rückschlüsse ziehen. Wenn sie ausreicht, dann können auch die entsprechenden Tier- und Pflanzenarten vorkommen. Wenn sie einmal zufällig nicht vorkommen, dann ist vielleicht irgendetwas schiefgelaufen.

Mit dieser Lebensraumbetrachtung kommen wir weiter, weil wir damit auch den Landwirten und damit den Bewirtschaftern dieser Lebensräume – übrigens den Forstwirten genauso – eine leichtere Handhabung ermöglichen können und diese nicht nach jedem Blümchen und jeder Nisthöhle usw. im Einzelfall schauen müssen. Das muss, glaube ich, die Zielsetzung sein.

Da fordere ich Sie auf: Wenn wir Lebensraumbetrachtungen wollen, dann müssen wir gemeinsam voranschreiten, damit

wir zu größerflächigen Betrachtungen kommen. Das ist dann echte Nachhaltigkeit. Man sollte nicht auf die einzelne Pflanze oder auf das einzelne Biotop, das manchmal nur wenige Quadratmeter groß ist, schauen. Vielmehr müssen wir die Gesamtzusammenhänge betrachten und in der Summe sehen, dass wir Nachhaltigkeit über Jahre, wenn es sein muss, sogar über Jahrzehnte hinweg verfolgen, damit wir unsere Naturlandschaft nicht verschlechtern. Ob das an jedem Standort dann immer gleich bleibt, wage ich jedoch zu bezweifeln. Dafür sind wir eine Kulturlandschaft und waren in allen Jahrhunderten und Jahrtausenden flexibel. Der Mensch war immer mobil, hat sich irgendwo angesiedelt, ist dann wieder umgesiedelt; das liegt letztendlich in der Natur der Sache.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Unter diesem Aspekt gibt es nicht nur haushalterische Maßnahmen, sondern auch gesetzgeberische Maßnahmen. Ich erinnere an das Ökokonto, zu dem die Anhörung stattfindet.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Das soll genau die notwendige Flexibilität bei der Frage des Ausgleichs von Eingriffen in den Naturschutz geben. Diese notwendige Flexibilität ist, meine ich, für ein dicht besiedeltes Wirtschafts- und Industrieland wie Baden-Württemberg die angemessene Antwort. Wir wollten räumlich und zeitlich mehr Flexibilität gewährleisten. Sie ist aber auch die angemessene Antwort für die gebeutelte Landwirtschaft, die häufig den doppelten und dreifachen Flächenentzug bei Eingriffen in die Landschaft befürchten musste. Wenn eine Straße oder eine Schienentrasse geplant war, war es doch immer die Landwirtschaft, die zum einen die Fläche für die Maßnahme und zum Zweiten auch noch den Ausgleich bereitstellen musste. Das wird in der Zukunft flexibler gehandhabt, sodass wir damit die Ernährungssicherung, auch die Sicherung mit regionalen Produkten, in der Zukunft besser absichern können, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Bereich des Naturschutzes ist PLENUM sicherlich ein Modell. Das Biosphärengebiet ist, wenn man so will, das Großmodell PLENUM, mit dem wir wirklich ein Vorzeigeprojekt für das Land gestalten wollen: Wie kann in einem Industrieland angewandter Naturschutz mit den Menschen, mit den Kommunen und mit der Wirtschaft letztendlich funktionieren? Dafür gibt es Rezepte. Ich bin überzeugt davon, dass wir dabei auch etwas Ordentliches hinbekommen.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Das sind die Modelle, und das sind die Best-Practice-Beispiele für das gesamte Land, die dann auch übertragbar sind.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Die können sich mehr als sehen lassen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke sehr herzlich den Regierungsfractionen, namentlich der Unionsfraktion, für die Verstärkung der Mittel im Bereich des Verbraucherschutzes. Der Konsument ist, glaube ich, derjenige, der am Ende der Kette in einer arbeitsteiligen Welt steht und der eine arbeitsteilige Welt immer weniger in ihrer Gesamtheit letztendlich erfassen kann. Wir müssen ihm Hilfestellungen

(Minister Peter Hauk)

geben. Wir müssen auch als Verwaltung transparenter werden. Das gilt aber für Industrie und Wirtschaft gleichermaßen. Es muss mehr informiert werden, aber Informationen müssen auch so gestaltet werden, dass sie beim Verbraucher ankommen können, damit er sie auch tatsächlich erfassen kann.

Deshalb werden wir in allererster Linie das Thema der Verbraucherbildung verstärken.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um Ruhe bitten.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber sofort!)

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Wir wollen die Mittel dafür einsetzen, dass in unseren Schulen pädagogisch mehr geschult, gelehrt und erzogen wird, was die Fragen des Alltagslebens angeht:

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau!)

Wie vergleicht man Preise, wie vergleicht man Versicherungsverträge, Finanzverträge?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Alltagskompetenzen, Herr Minister!)

– Alltagskompetenz in diesem Sektor soll vermittelt werden, und zwar nicht dadurch, dass wir ein neues Unterrichtsfach einführen, sondern dadurch, dass wir den Pädagogen Arbeitshilfen an die Hand geben. Das ist die Aufgabe der Zeit. Das machen wir in diesem Jahr. Herzlichen Dank dafür, dass der Landtag hierfür die notwendigen Mittel bereitstellt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Aber er stellt sie auch bereit, um die bereits in früheren Jahren vorgenommenen Kürzungen der sogenannten institutionellen Förderung im Bereich der Verbraucherzentrale wieder rückgängig zu machen. Auch dafür herzlichen Dank. Wir kommen damit wieder auf den Level von Anfang dieses Jahrtausends. Das ist angesichts von Personalsteigerungen auch notwendig. Mich haben viele Anfragen und Anträge auch der Grünen zur Finanzausstattung der Verbraucherzentrale erreicht. Die Verbraucherzentrale ist ja autonom, aber ich gehe davon aus, dass sie einerseits Gehaltsaufstockungen um ein paar Euro vornehmen wird, um qualifiziertes Personal zu halten oder zu bekommen, und dass sie andererseits auch die Bereiche, die besonders beratungsbedürftig sind, entsprechend ausgestalten wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend zum Thema „Ländliche Räume“ noch einige wenige Worte verlieren.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Bitte keine leeren Versprechungen!)

Im Konjunkturprogramm des Bundes kommen ländliche Räume gar nicht vor.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bedauerlicherweise!)

Es ist augenfällig, dass sich die Berliner aus ihrer Sicht mit den ländlichen Räumen – da mache ich häufig nicht einmal mehr große Unterschiede zwischen Union und SPD – schon gar nicht mehr auseinandersetzen. Ich danke hier diesem Hohen Haus fast in der Gänze, dass es die ländlichen Räume immerhin hochhält und dass es uns immer noch gelingt, Wirtschaftsstruktur und Infrastruktur allüberall im Land zu entwickeln, hier in Stuttgart beispielsweise mit Stuttgart 21 und mit dem Neubau der Trasse von Stuttgart über Ulm nach München und damit der europaweiten Ost-West-Trasse.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, bitte verlegen Sie die Unterhaltungen nach außerhalb des Plenarsaals.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Peter Hauk: Das ist das eine: millionenschwere Projekte in Stuttgart.

Das andere sind eine Million oder eine halbe Million schwere Projekte in Dörfern und Gemeinden im ländlichen Raum, die einerseits die Infrastruktur für das soziale Zusammenleben unserer Dörfer und Gemeinden deutlich stärken – es ist ja unsere Zielsetzung, diese Soziostruktur, wenn man so will, zu erhalten – und die andererseits auch gewährleisten, dass die Wirtschaftsstruktur unserer Dörfer und Gemeinden im ländlichen Raum und damit in der Summe die Lebensattraktivität erhalten bleibt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Wir werden im Jahr 2009 in diesem Bereich zwei Schwerpunkte setzen. Der erste Schwerpunkt heißt qualifizierte innerörtliche Sanierung, Herstellung von adäquatem Wohnraum in Dörfern und Gemeinden für junge Familien entsprechend verbunden mit Arbeitsplätzen durch die Förderung von KMUs.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Da müssen Sie mehr machen, sonst passiert nichts!)

Der zweite Schwerpunkt betrifft die Frage der Breitbandinfrastruktur. Da geht der Appell auch an alle Kommunen. Der Ball liegt jetzt im Feld der kommunalen Seite. Wir werden durch das Konjunkturprogramm noch einmal eine Verstärkung der Mittel erfahren. Die Förderprogramme sind mit dem Gemeindetag und mit dem Städtetag abgestimmt. Der Ball – die Entscheidung, ob er aufgenommen wird – liegt jetzt auf der kommunalen Seite. Ich kann nur sagen: Aus wirtschaftsstrukturellen Gründen, aber auch vor dem Hintergrund der Frage, wo die jungen Menschen in Zukunft wohnen werden, ist auf eine gute Breitbandinfrastruktur unbedingt Wert zu legen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Eben!)

Das ist der absolute Schwerpunkt der Förderung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Alfred Winkler SPD: Bringen Sie einen Arzt hin!)

(Minister Peter Hauk)

Meine Damen und Herren, wenn Sie, Herr Kollege Winkler, kritisieren, dass das Volumen des Haushalts des MLR zurückgegangen sei, dann empfehle ich Ihnen, den Haushalt zu lesen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Habe ich doch!)

Dann werden Sie merken, dass wir seit dem 1. Januar einen Landesforstbetrieb haben,

(Abg. Alfred Winkler SPD: Habe ich doch gesagt, Herr Minister!)

der zuvor im Haushalt brutto veranschlagt war und jetzt netto budgetiert ist.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Habe ich doch gesagt, Herr Minister! Ich bin des Lesens mächtig! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stimmt! – Gegenruf des Abg. Alfred Winkler SPD: Und des Rechnens!)

Dann sieht das Ganze schon wieder anders aus. Ich glaube, wir setzen in diesem Bereich Akzente. Ich bitte Sie sehr, auch diese Akzente zu unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 08 – Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/3608. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Kapitel 0801
Ministerium

Wer dem Kapitel 0801 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0801 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0802
Allgemeine Bewilligungen

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3908-1. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0802 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0802 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0803

Ländlicher Raum, Ernährung und Landwirtschaft

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3908-2. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den

bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer Kapitel 0803 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0804

Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Kann ich die Kapitel 0805 und 0806 zusammen aufrufen?

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD und Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Nein!)

Ich rufe auf

Kapitel 0805

Flurneuordnung und Landentwicklung

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0805 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0806

Vermessung und Flurneuordnung

Wer stimmt zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0806 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0809

Landwirtschaftsverwaltung

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Kapitel 0809 ist mehrheitlich zugestimmt.

Kann ich die Kapitel 0810 bis 0816 zusammenfassen?

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl!)

– Nein?

(Abg. Jochen Karl Kübler CDU: Noch mehr! – Abg. Reinhold Gall SPD: Bis Kapitel 0820! – Gegenruf des Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Nein! Nur bis 0816!)

– Ja oder Nein?

(Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Ja!)

Ich rufe auf

Kapitel 0810

Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume mit Landesstelle für landwirtschaftliche Marktkunde

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Kapitel 0812

Landwirtschaftliches Technologiezentrum Augustenberg

Kapitel 0813

Staatliches Weinbauinstitut, Versuchs- und Forschungsanstalt für Weinbau und Weinbehandlung Freiburg

Kapitel 0814

Staatliche Lehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau Weinsberg

Kapitel 0816

Staatliche Lehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau Heidelberg

Wer diesen Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den Kapiteln 0810 bis 0816 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0818

Haupt- und Landgestüt Marbach

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

(Unruhe)

Ich rufe auf

Kapitel 0819

Staatliche Lehr- und Versuchsanstalt für Viehhaltung und Grünlandwirtschaft einschließlich Milchwirtschaft

Kapitel 0820

Landesanstalt für Schweinezucht

Kapitel 0822

Staatliche Milchwirtschaftliche Lehr- und Forschungsanstalt Wangen im Allgäu

Wer diesen Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Den Kapiteln ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0826

Veterinärwesen

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0827

Chemische und Veterinäruntersuchungsämter

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0829

Naturschutz und Landschaftspflege

Hierzu liegen zwei Änderungsanträge vor.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/3908-4, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/3908-3. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer dem Kapitel 0829 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Kann ich über die Kapitel 0831 bis 0835 zusammen abstimmen lassen?

(Zuruf von der SPD: Nein!)

Ich rufe auf

Kapitel 0831

Allgemeine Bewilligungen der Landesforstverwaltung

Wer stimmt dem Kapitel zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0833

ForstBW

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0834

Forstliche Bildungszentren

Wer stimmt zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe auf

Kapitel 0835

Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist die Zweite Beratung des Einzelplans 08 abgeschlossen.

Ich rufe **Buchstabe d** auf:

Einzelplan 11: Rechnungshof

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/3611

Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 11 – Rechnungshof – eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Frau Abg. Lazarus das Wort.

Abg. Ursula Lazarus CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Munding – Sie sind heute zum ersten Mal für den Einzelplan 11 verantwortlich –,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Guter Mann!)

sehr geehrte Damen und Herren! Der Finanzausschuss widmet einen erheblichen Teil seiner Sitzungszeit den Ergebnissen der Arbeit des Rechnungshofs, den Beiträgen in den Denkschriften und den Beratenden Äußerungen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf Sie um Ruhe bitten.

Abg. Ursula Lazarus CDU: Dieser zeitliche Aufwand steht im Grunde genommen in Diskrepanz zur Höhe des Haushaltsbedarfs für den Rechnungshof. Denn der Einzelplan 11 ist nach wie vor mit 19,1 Millionen €, also mit 0,05 % des Gesamtetats, der kleinste Einzeletat des Landes, gefolgt – wenn man es sich richtig ansieht – von den Etats des Landtags und des Staatsministeriums. Man kann also wirklich nicht sagen, dass die Höhe eines Etats die Bedeutung der Institution widerspiegeln würde. Der Rechnungshof ist mit einem vergleichsweise kleinen Etat in bester Gesellschaft.

Außerdem ist er sicher ein besonders personalintensiver Haushalt. 18,32 Millionen € Personalkosten entsprechen immerhin einem Anteil von 96 %, wobei der Landesrechnungshof dasselbe Schicksal wie jeder öffentliche Haushalt hat, nämlich über 35 % an Versorgungsempfänger zu geben.

Noch eine Bemerkung habe ich zu machen, die ich mir auch schon im Finanzausschuss erlaubt habe. Der Einzelplan 11 enthält fast keine Einnahmen, nämlich ganze 1 000 €, und die stammen aus dem Verkauf von unbrauchbar gewordenen Gegenständen. Ein wirkliches Kunststück, auch diese noch an den Mann oder die Frau zu bringen.

Spaß beiseite: Der Landesrechnungshof erforscht die Effizienz der Aufgabenerfüllung der Landesverwaltung. Aber er ist im weiteren Sinn auch Teil dieser Verwaltung, auch wenn er vom Status her unabhängig ist. Deshalb muss sich auch der Rechnungshof die Frage nach der Effizienz seiner eigenen Arbeit gefallen lassen.

Zumindest einen Teil der Antwort hat der Rechnungshof Ende letzten Jahres selbst gegeben, als er im November erstmalig einen Ergebnisbericht vorgelegt hat. Ein Kurzbericht war zwar immer Teil einer Rechnungshofdenkschrift, aber der jetzige neue und ausführliche Bericht soll – ich zitiere – „Transparenz und Nachvollziehbarkeit in die Arbeit der Finanzkontrolle“ bringen. Er soll – ich zitiere nochmals Herrn Präsidenten a. D. Frank – „eine umfassende und nüchterne Bilanz der gemeinsamen Arbeit von Landtag und Rechnungshof“ sein – also Rechnungslegung von Erfolgen und von Misserfolgen.

Ich verweise darauf, dass aus Sicht des Rechnungshofs in die Rechnungslegung die Qualität der Zusammenarbeit zwischen dem Landtag und ihm selbst einbezogen ist. Das kann aber sicher nicht heißen, dass der Finanzausschuss mit jedem Denkschriftbeitrag konform geht. Der Finanzausschuss hat eben nicht nur finanziell, sondern auch politisch zu werten.

Die Herausgabe dieses Ergebnisberichts war wohl seit längerem geplant. Ich glaube jedoch zu wissen, dass ein Besuch des Finanzausschusses beim kanadischen Rechnungshof einen entscheidenden Anstoß gegeben hat. Wir sind alle mit einem derartigen kanadischen Bericht im Gepäck nach Hause gereist und haben natürlich auch Herrn Frank ein Exemplar mitgebracht. Sage niemand, Ausschusstreisen würden keinen Erfahrungszuwachs und keine praktischen Konsequenzen mit sich bringen.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Sehr geehrte Damen und Herren, als Berichterstatterin danke ich dem verabschiedeten und dem amtierenden Präsidenten des Rechnungshofs und deren gesamtem Team für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und darf dies sicher auch im Namen des Finanzausschusses tun. Die CDU-Fraktion wird Einzelplan 11 zustimmen.

Danke.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Rust für die Fraktion der SPD.

Abg. Ingo Rust SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt kaum einen Einzelplan, den der Finanzausschuss so schnell beraten hat wie den des Rechnungshofs. Das hat, wie die Frau Berichterstatterin eben schon erwähnt hat, nichts mit der Bedeutung des Rechnungshofs, sondern mit der großen Einmütigkeit bei diesem Einzelplan und mit dem relativ geringen Volumen des Einzelplans zu tun. Kein anderer Einzelplan weist so wenige Ausgaben und so wenige Einnahmen aus. Das wurde eben schon erwähnt. Mit einem Volumen von 19,1 Millionen € ist der Einzelplan des Rechnungshofs der kleinste Einzelplan in unserem Haushalt.

(Ingo Rust)

Es gibt auch, wie gesagt, kaum einen Einzelplan, den der Finanzausschuss so gern berät wie den des Rechnungshofs. Das liegt daran, dass wir davon überzeugt sind, dass jeder Euro, den wir in den Rechnungshof investieren, ein gut angelegter Euro ist, und zwar aus zweierlei Gründen: Zum einen geht der Rechnungshof sehr sparsam mit den Mitteln um, die wir ihm zur Verfügung stellen. Das hat der alte Präsident so gemacht, und das wird der neue Präsident ebenso machen. Zum anderen wissen wir, dass jede Denkschrift und jede Beratende Äußerung, die uns der Rechnungshof zur Verfügung stellt, einen hohen Wert für unsere Arbeit haben und wiederum Kosten sparen, weil wir unsere Einrichtungen im Land sehr viel effizienter gestalten können, als wenn wir eine solche interne Revision wie den Rechnungshof nicht hätten.

Ich möchte auch betonen, dass kaum ein Einzelplan so einmütig diskutiert wurde wie der des Rechnungshofs. Alle Fraktionen haben im Finanzausschuss dem Einzelplan des Rechnungshofs zugestimmt, und ich gehe davon aus, dass wir das auch hier im Plenum so machen werden.

Deshalb darf ich im Namen des Finanzausschusses sehr herzlich für die Zusammenarbeit danken. Für Sie, Herr Präsident Munding, sind es noch Vorschusslorbeeren, aber ich bin sicher: Wir werden in gewohnter Weise mit dem Rechnungshof zusammenarbeiten. Ich darf auch im Namen der SPD-Fraktion Ihnen, dem Senat und vor allem Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die vor Ort unsere Einrichtungen prüfen, Dank sagen.

Wir werden dem Einzelplan zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Voßschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schlachter für die Fraktion GRÜNE.

Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Hochverehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf mich zunächst meinen Vorrednern anschließen. Es war der angenehmste Einzelplan, den wir im Finanzausschuss beraten haben. Daher am Ende des Tages noch ein einmütiges positives Signal auch an die wenigen Zuhörerinnen und Zuhörer.

Die Arbeit des Rechnungshofs ist für mich und für unsere Fraktion so etwas wie das Stethoskop für den Arzt. Wir bekommen hier Einblicke in das Innenleben der Verwaltung, und der Rechnungshof zeigt uns auch die Symptome auf. Er legt die Finger dort in die Wunde, wo es Fehlfunktionen gibt, und – das ist ganz wichtig – der Rechnungshof macht auch immer wieder wirtschaftlich interessante Vorschläge.

Die unabhängige Berichterstattung des Rechnungshofs ist wertvoll für uns im Finanzausschuss, aber auch für die parlamentarische Arbeit insgesamt, denn wir haben ja die Haushaltshoheit hier.

Ihnen, Herr Präsident Munding, und Ihren Mitarbeitern herzlichen Dank für das wertvolle und nützliche Tun in Ihrem Haus. Wir von den Grünen schätzen die Arbeit des Rechnungshofs sehr, die qualitätvolle Analyse und auch die sachliche Kommunikation, die mit Ihnen möglich ist, auch wenn wir Ihnen nicht in allem zu 100 % zustimmen – wir tun es, sagen wir einmal, zu 96 %.

Für uns Grüne ist das Prinzip der Nachhaltigkeit im Umgang mit Ressourcen so etwas wie die Hauptprämisse unseres Politikverständnisses. Dieses Prinzip steckt eigentlich auch in der Arbeit des Rechnungshofs, und dessen Erkenntnisse sind für unsere Arbeit sehr, sehr wertvoll.

Ich glaube, nicht nur für uns Grüne, sondern für alle Fraktionen kann man sagen: Die Arbeit des Rechnungshofs ist ein wertvolles Kompendium für das, was wir hier zu leisten haben.

Allerdings muss ich einschränkend sagen, dass es im Finanzausschuss wie im Parlament manchmal sehr nützlich wäre, wenn wir die sehr guten Gedanken aus dem Rechnungshof stärker aufgreifen würden; denn wir brauchen, denke ich, vor dem Hintergrund der Deckungslücken für die nächsten Jahre gute Vorschläge, wo wir noch wirtschaftlicher, wo wir effizienter arbeiten könnten. Ich glaube, wir sollten da hin und wieder mehr auf den Rechnungshof hören. Eines sage ich immer wieder gern: Auch in diesem Falle wäre es nützlich, wenn die Macht der Argumente manchmal mehr Gewicht hätte als die Macht der bloßen und nackten Mehrheit. Lieber Kollege Röhm, Sie kennen den Spruch.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Aber bei Marbach waren wir dafür. Deshalb traue ich mich wieder, hier vor Ihnen zu stehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das werde ich Ihnen nie vergessen!)

Vor diesen Hintergründen stimmen wir diesem Einzelplan natürlich zu.

Ich bedanke mich für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit. Ich habe nur die Hälfte meiner Redezeit gebraucht, und ich hoffe, Sie merken daran: Auch die Grünen arbeiten wirtschaftlich, effizient und punktgenau.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Werner Raab CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Voßschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal zeigt die Beratung über den Einzelplan des Rechnungshofs die große Einigkeit in den Fraktionen. Die Arbeit des Rechnungshofs – das ist von der Vorrednerin und den Vorrednern bereits angesprochen worden – wird über alle Fraktionen hinweg geschätzt. Sie ist eine wichtige Unterstützung für uns im Landtag, wenn es darum geht, Wirtschaftlichkeitsreserven aufzudecken. Dass in der politischen Bewertung nicht alle Vorschläge des Rechnungshofs die Unterstützung der Fraktionen finden, ist gerade beim Kollegen Schlachter deutlich geworden, der sich entgegen der Empfehlung des Rechnungshofs für die Beibehaltung des Landgestüts Marbach ausgesprochen hat.

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Ich denke, die politische Entscheidung müssen wir selbst treffen; dies kann uns niemand abnehmen. Aber eine gute Beratung, eine Durchleuchtung der Landesverwaltung liegt nicht

(Michael Theurer)

nur im Interesse des Landtags als demjenigen, der das Königsrecht ausübt, nämlich den Haushalt zu beschließen, sondern ist sicherlich auch für die Landesverwaltung eine wichtige Hilfe. Ich hoffe, dass die meisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien der Landesregierung den Rechnungshof als Unterstützung ansehen, der hilft, Wirtschaftlichkeitsreserven aufzudecken, und der auch hilft, Arbeitsabläufe zu optimieren. Ich denke, dass Präsident Munding dabei die Arbeit seines Vorgängers, Präsident Frank, fortsetzt.

Als Vertreter der FDP/DVP-Fraktion freut es mich natürlich ganz besonders, dass die Landesregierung an dieser Stelle durch den stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Ulrich Goll als einzigem Vertreter der Landesregierung vertreten wird, der damit dem Rechnungshof seine Reverenz erweist.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Ingo Rust SPD: Hat der gerade Dienst?)

Der Rechnungshof hat in seiner Denkschrift – ich will hier nur einen Beitrag exemplarisch herausgreifen – das Thema „Landeseigene Gebäude und energetische Sanierung“ frühzeitig aufgegriffen. Ich habe als Berichterstatter zum Einzelplan 14 seit vielen Jahren immer wieder angemerkt, wie notwendig und wichtig gerade bei den Universitätsgebäuden die energetische Sanierung ist. Hier kommen ökonomische Sinnhaftigkeit und umweltpolitische, ökologische Sinnhaftigkeit zueinander. Ich hoffe, dass es gerade jetzt mit dem Konjunkturpaket gelingt, diese seit vielen Jahren vom Finanzausschuss eingeforderte und vom Rechnungshof vorgeschlagene energetische Sanierung des Landesvermögens voranzubringen. Wenn man es betriebswirtschaftlich sieht, ist das tatsächlich eine Investition, die sich rechnet.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Jetzt ist der Kultusminister gekommen!)

An diesem Beispiel kann man zeigen, dass die Vorschläge des Rechnungshofs zu Einsparungen in Millionenhöhe führen können. Das hat gerade dieser Denkschriftbeitrag ergeben.

Jetzt ist auch noch der Kultusminister gekommen, der dem Rechnungshof hier natürlich auch noch die Reverenz erweist.

(Abg. Werner Raab CDU: Sonst ist wohl niemand hier?)

Der Rechnungshof hat z. B. vorgeschlagen, die Pädagogischen Tage nicht während der Unterrichtszeit abzuhalten, sondern in den Ferienzeiten. Auch das ist ein Beitrag, um den Unterrichtsausfall abzusenken

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hoch kompliziertes Thema!)

und damit die Qualität der Bildung zu verbessern.

(Beifall der Abg. Beate Fauser und Hagen Kluck FDP/DVP – Abg. Ingo Rust SPD: Das wird bloß nicht gemacht! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist mit den Elternvertretern abzusprechen! Das ist ein hoch kompliziertes Thema!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir als FDP/DVP-Fraktion möchten dem Rechnungshof ebenfalls danken. Im Grunde genommen müssten bei den Einnahmen dieses Einzelplans die Einsparungen, die durch die Vorschläge des Rechnungshofs zustande kommen, eingerechnet werden. Wir machen das einfach gedanklich.

(Heiterkeit des Abg. Ingo Rust SPD – Abg. Ingo Rust SPD: Dann sind wir im Plus!)

Wir als FDP/DVP-Fraktion bedanken uns für die vielen guten Vorschläge und die gute Zusammenarbeit. Wir werden dem Einzelplan 11 gern zustimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 11 – Rechnungshof. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/3611.

Ich rufe auf

Kapitel 1101

Rechnungshof

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1102

Allgemeine Bewilligungen

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1103

Staatliche Rechnungsprüfungsämter

Wer dem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch diesem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 11 und am Ende der Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 12. Februar 2009, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

(Beifall)

Schluss: 18:08 Uhr